Atom Express & Atommüllzeitung

atom

Mai/Juni 85 4.-DM

Frauen in der Anti-AKW-Bewegung

Weltwirtschaftsgipfel

Entsorgung in der Klemme

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

Die Hoechst AG erstattete Strafanzeige:

"Frankfurt. Konzeptionen zur Veränderung einer Stadt"

Entgiftungsprogramm statt Krebshaushalt/Kommunaler Haushalt 1985

„Im Zentrum der Zerstörung steht in Frankfurt ein Konzern, von dem nicht nur Politiker abhängen, sondern auch Leben und Gesundheit". Wegen diesen u. a. ***„ungeheuerlichen Beleidigungen"*** stellte der Chemiekonzern Hoechst AG Strafanzeige gegen DIE GRÜNEN IM RÖMER. 268 Seiten konkrete Utopien, mittel- und kurzfristige Maßnahmen zur Veränderung von Frankfurt in eine ökologische, demokratische und soziale Stadt. Teilvernetzte Konzeptionen zu **„Programm: Gesunde Luft für Frankfurt"** (Industrie/Energieversorgung/Verkehr/Grünprogramm), **„Programm: Gesundes Wasser für Frankfurt"** (Trink-und Grundwasservergiftung/Abwassersituation/Grundwasserraubbau), **„Ökologische Stadtgestaltung/Ökologisches Bauen"** (Bauplanung/Ver- und Entsorgungseinrichtungen/Grün- und Freiflächen/Bau- und Wohnbiologie/Wohngifte/Projekt Ökologische Siedlung), **„Entscheidungen in die Stadtteile/Für nachbarschaftliche Beziehungen"** (Autonomie der Ortsbezirke/Dezentralisierung der Entscheidungen/Bürgerbeteiligung/Förderung nachbarschaftlicher Beziehungen) usw. ... Viele der rund 150 Fotos zeigen das historische Frankfurt, vom Baden im Main bis zum dichten Straßenbahnnetz. Diese und aktuelle Fotos (Stadtautobahnbau, Stadtleben, Grundwasserraubbau u. v. a.) provozieren Ideen, wie Frankfurt heute aussehen könnte.

Dieses Buch voller ökologischer Ideen kostet DM 5,- (Einzelexemplar plus DM 2,50 für Porto/Versand). Ab 5 Ex. gibt's 30% Mengenrabatt (plus Porto/Versand). **Erledigt werden Bestellungen nur gegen Vorkasse** – Scheck, bar oder Überweisung. Kto-Nr. 380 222-601 Postscheckamt Frankfurt. Bestellungen an:

DIE GRÜNEN IM RÖMER
6000 Frankfurt/M. 1 · 069/28 37 02/03
150 Fotos, 268 Seiten, DM 5,–

KARLSRUHER
STADTZEITUNG

Nr. 35 ist Anfang April erschienen.

INHALT:

sozialrev. Initiativen und revolutionäre Klassenpolitik

Chips, Büroautomatisierung, Telearbeit (incl. 2 neuer Übersetzungen aus PW)

Buch- und Zeitschriftenbesprechungen

Schwerpunkt: Kritik des kapitalistischen Sozialstaats und der Existenzgeldkampagne

Abo: 4 Nummern zehn Mark

Bestellung durch Überweisung auf Kto.-Nr. 1257 03-755 Postgiroamt Karlsruhe. Schreibt bitte drauf, ab welcher Nummer das Abo gelten soll! Wer jetzt gleich abonniert, kriegt Nr. 27 (mit Plakat) oder Nr. 31 geschenkt. Die Bestellung kann innerhalb einer Woche schriftlich widerrufen werden.
Postfach 3644 7500 Karlsruhe
Tel.: 0721/856461

ACHTUNG: Nr 36 / Sommer 85 erscheint unter neuem Namen !!

INTERFERENZ ist die Funkzeitschrift der Freien Radios. Von Freien Radios gemacht, aber nicht nur für die eigene Diskussion. Sondern für alle, denen die offiziöse (Medien-) politik nicht paßt. Diesmal u.a. Radio Panzerknacker / Radio Irgendwo: Stundenlang live/Vom Tabu zum Trittbrett: Die Panik der Legalisierer. Probenummer 6 Mark Abo (6 Ausgaben) 30 Mark/Scheck oder richtiges Geld bitte beilegen. INTERFERENZ Zugweg 10 5000 Köln 1.

Impressum

Der Atom Express/Atommüllzeitung wird herausgegeben von 'Verein für eine umweltgerechte Energiepolitik e. V.' und vom 'Lüneburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen (LAGA)'.

Redaktionsanschriften:

Atom Express
Reinhäuser Landstr. 34, Postfach 1945
3400 Göttingem, Tel.: 0551/7700158
Atommüllzeitung
Sültenweg 57, 2120 Lüneburg,
Tel.: 04131/45290 oder:
c/o G. Garbers
Posener Str. 22, 2121 Reppenstedt
Tel.: 04131/63315

Bestellungen:

Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie, Postfach 1945, 3400 Göttingen
Konto:
Verein für eine umweltgerechte Energiepolitik, Reinhäuser Landstr. 24, 3400 Göttingen
PSchA Hannover 148 99 - 308
oder
Elke Rickert, Vorwerk 5 a, 3119 Altenmedingen
Konto:
'Gorleben aktuell', G. Garbers
PSchA Hamburg 378 14 - 206
Diese Konten sind gleichzeitig Spendenkonten!

Druck: Steidl, Düstere Straße, Göttingen

V. i. S. d. P.: Eva Frintrup, Günter Garbers, Matthias Küntzel, Ulrike Schierenberg

Diese Nummer kostet 4,- DM, für BI's und andere Wiederverkäufer 3,-DM.

Ein Abonnement kostet 25,- DM für fünf Ausgaben incl. Porto. Ein Förderabonnement kostet 35,- DM.

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. 'Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitung dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

ACHTUNG!

Diesen Aufkleber könnt Ihr ab sofort bei den oben angegebenen Adressen bestellen. Da es uns finanziell nicht gerade rosig geht, nehmen wir auch Geld dafür. Wir verkaufen diesen neuesten Schlag gegen die Atomlobby zum sensationellen Solidaritätspreis von 2,- Deutsche Mark.

INHALT

Razzia in Göttingen 4
Frauen in der Anti-AKW-Bewegung 5
BBU - das Ende ? 13

Schwerpunkt 1:
Frauen in der Anti-AKW-Bewegung
Gleichberechtigung der Frauen in der Bewegung? Ist die Frage überflüssig? Wohl kaum. In dieser Ausgabe beginnen wir eine längere Reihe über diese grundsätzliche Frage. Über unsere Schwierigkeiten, uns selber durchzusetzen gegen die 'Polit-Makker' und unser Selbstverständnis ab
Seite 5

Entsorgung 15
Uran-Anreicherungs- Anlage 23
Wiederaufarbeitung 26
Weltwirtschaftsgipfel 31
AKW-Export in die Türkei 44

Schwerpunkt 2:
Weltwirtschaftsgipfel
Die Aktionen gegen den Weltwirtschaftsgipfel werden in diesem Jahr wahrscheinlich das zentrale Thema der bundesdeutschen Linken sein. Zur Geschichte der Gipfeltreffen und zu den Auseinandersetzungen um die Aktionen ab
Seite 31

Herbstmanöver-Kriminalisierung 46
Bombenzug-Blockaden 48
Hanau 49

Schwerpunkt 3:
Aktionstage im Wendland
Was haben die Aktionstage gebracht? Ist die Anti-AKW-Bewegung ein Stück weiter gekommen? Können die Transporte verhindert werden? Berichte und Meinungen dazu auf
Seite54

Verfassungsschutzbericht 52
Wendland — Aktionstage 54
Standortberichte 63

Letzte Meldung
Fest der freien Wenden

5 Jahre
Republik freies Wendland
Großes Fest mit Markt der Möglichkeiten etc. am 16. Juni in Trebel. Insbesondere eingeladen sind alle Inhaber/innen von Wendenpässen. Andere nette Menschen natürlich auch.

mal wieder Razzia in Göttingen

Dienstag, 12.März, 9.00 Uhr morgens: Der Fachhandel für bessere Bücher öffnet gerade seine Türen, als auch schon ein ansonsten eher literatur uninteressiertes Publikum eintritt. Die Göttinger Polizei ist mal wieder unterwegs und zu Besuch im Büro des Göttinger Arbeitskreises, bei einer Druckerei, in den Ladenräumen zweier linker Buchgeschäfte und bei verschiedenen Einzelpersonen, die mit dem Arbeitskreis in Verbindung gebracht werden, deren Adressen der Fahndungscomputer aber zum Teil nach einem totalen Kollaps ausgespuckt haben muß.

Da, wo niemand zu Hause ist, werden kurzerhand die Türen aufgebrochen, die Schlösser ausgewechselt, und die Betroffenen konnten sich ihre neuen Wohnungsschlüssel nachmittags (!) auf der Wache abholen.

Die Begründung für diese neuerlichen Hausdurchsuchungen in Göttingen lieferte die Staatsanwaltschaft in zwei Varianten: Eine ist ein Artikel in dem vom Göttinger Arbeitskreis herausgegebenen Atomkraft Nein Danke Kalender 1985 über die Wendlandblockade vom 30.April letzten Jahres, in welchem - zu Recht - eine aus Sicht der Anti-AKW-Bewegung positive Wertung der damaligen Ereignisse vorgenommen wird. Im Durchsuchungsbefehl liest sich das anders: die Wendlandblockade werde beschönigend dargestellt, Straftaten mithin begrüßt, die Einleitung von Ermittlungsverfahren nach § 140 StGB (Belohnung und Billigung von Straftaten) sei somit unvermeidlich geworden. Von der Razzia erhoffe man sich, »... daß sie zur Auffindung von Beweismitteln und Gegenständen, die der Einziehung unterliegen, ... führen wird«. Mit Beweismitteln und Gegenständen sind dabei sämtliche Unterlagen, die mit dem Vertrieb und der Herstellung der Kalender zu tun haben sowie der Kalender selbst gemeint.

Tatsächlich und folgerichtig wurde dann auch die Restauflage des Kalenders, soweit zugänglich, beschlagnahmt - 2.801 Exemplare immerhin. Um sich von der Absurdität des 140-Vorwurfs zu überzeugen, genügt es, den AKW-Kalender auf Seite 27 aufzuschlagen und den inkriminierten Artikel nachzulesen - jeder weitere Kommentar erübrigt sich.

Der zweite Anlaß für die Durchsuchung - in diesem Fall hauptsächlich der Läden - war die Vermutung, daß die Betroffenen durch den Vertrieb sogenannter »Raubdrucke« gegen das Urheberrecht verstoßen hätten. Mit Hilfe einer vierzehnseitigen, eng beschriebenen Liste machten sich die Polizeibeamten, in ständigem Funkkontakt mit Sachverständigen des Börsenvereins des deutschen Buchhandels stehend, an die Durchsicht diverser Bücherschränke. Der Kraftakt zeigtigte Erfolg; wahrhaftig wurden aus den Regalen der Buchläden sowie einiger Bücherleser, die in Wohngemeinschaften mit den von der Durchsuchung Betroffenen zusammenleben, ein paar dieser »Raubdrucke« gefingert. Ein gutes Dutzend mag es insgesamt gewesen sein. Unterstellen wir es der für die Polizei offensichtlichen Fremdheit des Metiers, daß auch der eine oder andere Titel eingesackt wurde, der den Anforderungen des Urheberrechtes voll genügt. Ein Wort im nachhinein an einen uns namentlich nicht bekannten Beamten, der große Probleme mit der Handhabung jener Liste hatte: El Salvador ist wirklich nicht der Name eines Autors, sonders eines - zugegebenermaßen recht kleinen - Landes in Mittelamerika.

Trotz der offensichtlichen Lächerlichkeit der Vorwürfe wegen des Wendlandblockadenartikels und skurriler Szenerien wie der oben angedeuteten, besteht zum Lächeln oder Achselzucken kein Anlaß. Razzia und neuerliche Ermittlungsverfahren reihen sich sozusagen nahtlos in die Kriminalisierungswelle ein, die den Wendlandwiderstand insbesondere der letzten Monate überschwemmen. (siehe auch andere Artikel in dieser Nummer). Das Ausmaß der Ermittlungsverfahren und der eingeleiteten Strafverfahren ist kaum noch überschaubar. Aktivisten aus dem Wendland sind dabei ebenso betroffen, wie auswärtige AKW-Gegner, Bürgerinitiativen ebenso wie Zeitungen.

Gegen die Redaktionen von Atommüllzeitung und Atom Express haben sich diese Verfahren mittlerweile ausgeweitet; gegen einzelne mutmaßliche Redakteure wird in fünf oder sechs verschiedenenen Angelegenheiten ermittelt, war es schon die dritte Hausdurchsuchung innerhalb kürzester Zeit.

Abgesehen von der Flut an Ermittlungsverfahren verschärfen die Strafverfolgungsbehörden die für die Betroffenen ohnehin zunehmend bedrohliche Situation, indem sie immer inflationärer mit Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen umgehen. Jeder Polizeibesuch, jede Razzia bedeutet für die Betroffenen eine Belastung, ob nun Türen aufgebrochen und Räume verwüstet werden oder nicht. Dieser Gewöhnung an die Alltäglichkeit von Polizeiübergriffen müssen wir ebenso energisch zu begegnen versuchen, wie der Strafverfolgung und den Prozessen selbst.

Frauen in der Anti-AKW-Bewegung

An unsere Leserinnen:

Frauen in der AKW - Bewegung, Frauen in der Linken überhaupt und vor allem wir Frauen in der atom - von Zeit zu Zeit war das Thema innerhalb der Redaktion, immer dann, wenn es uns zuviel wurde mit der männlichen Dominanz. Doch bewegten sich diese Diskussionen mehr auf der Schiene sogenannter gruppen - interner Probleme. Die Anti - AKW - Bewegung mit ihren Strukturen und Machtverhältnissen, die Rollen der Frauen und das Verhalten der Männer zur permanenten inhaltlichen Auseinandersetzung innerhalb der Zeitung zu machen, dies als einen Schwerpunkt auch in Form von Artikeln zu begreifen, haben wir jedoch immer vor uns hergeschoben. Das soll sich nun ändern. (Einen Anfang findet ihr in dieser Nummer.)Strukturen in dieser Bewegung als Themenkomplex - ähnlich wie z.B. Widerstandsdiskussionen die wir seit Bestehen der Zeitung führen - nicht einmalig, sondern solange, bis sich eine Auseinandersetzung über Struktur - und Verhaltensänderung erledigt hat...

Beteiligt euch daran, schreibt über Erfahrungen, über alles, was ihr dazu im Bauch und im Kopf habt. Wir fänden es toll, wenn auch Männer in diese Auseinandersetzung mit einsteigen und was schreiben würden.

Die letzte atom war - vielleicht habt ihr es bemerkt - (fast) ausschließlich in einer Sprache geschrieben, die die Frauen ansprach und die Männer ausschloß. Wir haben das nicht etwa aus der Einschätzung heraus getan, daß nur noch AKW - Gegnerinnen, Kämpferinnen usw.unsere Zeitung lesen. Vielmehr hatten wir gehofft, unseren eigenen bisherigen Sprachstil deutlich machen zu können, ihn ironisieren zu können und so bei euch Reaktionen und Diskussionen provozieren zu können. Wir haben das nur als EINEN Ansatz verstanden diese Diskussion über Struktur und Machtverhältnisse in der Bewegung aufzugreifen. Anlaß, über unsere Sprache zu reflektieren, war ein Leserinnen - Brief aus Münster gewesen, der uns vorwarf, herrschende Machtstrukturen durch unsere Sprache festzuschreiben, eine Sprache, die - wie in den offiziellen Medien auch - manipuliert und »mit typischer HERRschaftlicher Ignoranz Frauen unberücksichtigt läßt«. Der Vorwurf stimmt, wie wir meinen und war längst überfällig. Deshalb unsere Aufforderung an alle Systemkämpfer und wohl auch Kämpferinnen, auch auf eine bewußte Schreibweise zu achten, die Frauen nicht ausschließt. Wir haben nichts dagegen, wenn Artikel so geschrieben werden, daß in ihnen ausschließlich 'weibliche' Formen verwendet werden, weil wir der Meinung sind, daß Männer lange genug ihr sprachliches (und natürlich nicht nur das) Monopol in dieser Zeitung gehabt haben. Also, viel Spaß beim Lesen der Zeitung, die atom - Redaktion.

Über Atomkraftwerke, Männerherrschaft und Frauenbewegung

Was Entsorgungszentrum mit AKW-Gegner zu tun hat?

Anlässe hatten wir, die Frauen der Redaktion, schon viele, über unsere Rolle, unser Selbstverständnis, unsere Wut und Frusts zu schreiben. Praktisch geht es uns aber so, wie es wohl allen Frauen geht, die mit Männern Politik machen - die letzte oder nächste Demo, die vielen vorliegenden Artikel oder die anstehenden Verfahren und Prozesse sind immer wichtiger. Wen interessieren schon die angeblich gruppeninternen Probleme, die gehören nicht in eine Zeitung, kriegt frau zwischen den Diskussionen beigebogen.
Konkreter Anlaß uns aufzuraffen und sozusagen öffentlich schriftlich über die Frauen in der Anti - AKW - Bewegung zu reflektieren ist (endlich!) eine diesbezügliche Reaktion von aussen. Bei einer der Redaktionssitzungen zur Januar/Februar - Ausgabe lag plötzlich ein **Leser**brief auf dem Tisch, der eben kein solcher war. Da setzte sich nicht wie üblich irgend ein Typ mit Atomtechnologie oder Widerstand auseinander, sondern da fragten einige Frauen aus Münster »inwieweit ihr Machtstrukturen ernsthaft in Frage stellt«.
Unsere - zumindest nicht sichtbare - Auseinandersetzung mit der Frauenfrage, die kritiklose Übernahme der HERRschenden Sprachformen und somit die Ignoranz von Frauen in der Bewegung wurde gleichgesetzt mit der manipulierten Sprache in offiziellen Medien (Entsorgungszentren statt Atommüllager).
Noch bevor wir Frauen vage Vorstellungen davon hatten, ob wir uns als Teil der Redaktion angegriffen oder unterstützt fühlen sollten, hatten die Männer schon reagiert: 'Ist doch klar, daß der abgedruckt wird, oder?' Das wärs dann wohl gewesen, wahrscheinlich hätte mann, solange mann dran denkt, die lästigen Buchstaben - in - in seinen Artikeln berücksichtigt und damit auf die Kritik reagiert. »Schließlich ist mann ja auch linksorientiert und daher auch für Gleichberechtigung!« hatten die Münsteranerinnen geschrieben und so ist es natürlich tatsächlich auch bei uns. Die Mehrheit der Redaktion ist aber glücklicherweise nicht nur linksorientiert; wir sind nämlich - frau/mann lese und staune - regelmäßig mehr Frauen als Männer.
Den meisten von uns also krochen Erinnerungen hoch, vom Bauch ins Bewußtsein, von der unteren Schublade mitten auf den Redaktionstisch. Unsere häufigen, inkonsequent und schüchtern angebrachten Aufforderungen zu Strukturdiskussionen und die Reaktionen der Männer, die gleich den Wunsch nach Familienidylle und Kuschelgruppe vermuteten. Unsere Wut über den angeblich unangebrachten persönlichen und nicht objektiv - politischen Schreibstil einiger Frauen. Unsere Unfähigkeit die irgendwie vorhandene Rollen - und Arbeitsverteilung in der Redaktion anzukratzen ohne uns dabei auf den männlichen Stil umpolen zu lassen. Unser ebenfalls inkonsequent durchgeführter Versuch durch kollektive Austrittsdrohung Diskussionen zu erzwingen und vor allem Strukturen aufzubrechen.
Und das alles läuft 'natürlich' schon immer so, mal unterschwellig und leise, mal unübersehbar und laut, auf die Dauer in jedem Fall unerträglich.
Und das alles läuft weiß Göttin nicht nur in der Zeitung der AKW - Gegnerinnen, sondern in der gesamten Szene, die überdurchschnittlich bestückt ist mit autonomen Politmackern, Vätern der Bewegung und frustrierten Apo - Freaks. Bei vielen haben wir auf jeden Fall die Ehre es mit alten Kämpfern zutun zu haben - vermutlich waren sie während der Entstehumgsphase der autonomen Frauenbewegung in Wyhl.
Wir haben nach etlichen, z.T. guten Diskussionen eine längere Reihe über die Frauen in der Anti - AKW - Bewegung beschlossen. Wie sieht diese Szene aus, wie ist das Verhältnis von Männern und Frauen, wie können wir unser Selbsverständnis als Feministinnen mit unserer konkreten politischen Arbeit vereinbaren, warum machen wir nicht ausschließlich Frauenpolitik, was fordern wir von den Männern, wo muß sich was ändern?
Die letzte Nummer der atom sollte ein Anfang sein. Wir hatten gehofft durch die (fast) ausschließliche und kommentarlose Verwendung von weiblichen Endungen und Personenbezeichnungen Reaktionen hervorzurufen und evtl. einige von diesen in der jetzigen Ausgabe abdrucken zu können. Für uns sichtbare Reaktionen blieben leider aus aber auch dies ist vielseitig zu interpretieren...

Wir tun dies - zumindest was die Leser betrifft zu unseren Gunsten und fordern die Leserinnen lautstark auf sich mit uns durch die Zeitung über alles auseinanderzusetzen, was die Frauen in unserer Bewegung betrifft.

Mit feministischen Grüßen,
die Frauen aus der atom

Walpurgisnacht. Demonstration Berlin 1979.

Autonomie - und wie!?

Tine aus Marburg

Autonomiediskussionen sind eine Lieblingsbeschäftigung der Widerstandsbewegungen. Ständig werden Differenzen des Standpunkts beschworen, beschrieben, bearbeitet; da wird abgegrenzt, ausgegrenzt, begrenzt - heraus kommt von der innerparteilichen Autonomie bis zur 'Vollautonomie' eine prachtbunte Palette möglicher Unabhängigkeitserklärungen. Und das ist so richtig wie wichtig, um den unterschiedlichen Problemen und Ansätzen, den vielen Utopien Ausdruck zu geben und die Chance fruchtbarer Auseinandersetzung nicht in seichtem Massenkonsens zu ersticken. Wichtig auch als Machtpotential innerhalb möglicher Zusammenschlüsse, gleichgültig ob dauerhafter Art oder auf eine Aktion bezogen. Erst ein autonomer Status ermöglicht es, freiwillig an etwas teilzunehmen und gleichzeitig die Bewegungsrichtung des Bündnisses mitzubestimmen, statt mehr oder minder diskussionslos in einer Gruppenhierarchie zu verschwinden.

Sie ist also zu Recht beliebtes Thema, die Autonomie - zu Recht wird sie mit viel Eifer und von vielen Gruppen betrieben.
Bescheiden, symtomatisch und doch erstaunlich bescheiden, angesichts dieses geschäftigen Treibens geben sich die Bewegungsfrauen. Für Viele erledigt sich die Frage der Arbeitsmethodik (gemischtgeschlechtlich oder nicht) mit der Wahl eines Arbeitsschwerpunktes ausserhalb spezifisch feministischer Thematik.
In schöner Zwangsläufigkeit erfreut sich dann auch die Anti - AKW, - Raketen, - Imperialismus usw. - Arbeit des männlichen Schmucks - oder realistischer schmucker männlicher Dominanz - als entsprängen rein weibliche Widerstandsgruppen der puren Denkakrobatik.
Frau könnte vermuten, patriarchalische Unterdrückungsmechanismen samt zugehörigen Mackern hätten sich stillschweigend aus der Linken verdrückt. - Schön wär's, doch ist's nicht so. Fischer, Schilly und Konsorten sind leider nur die fotogenen Exponenten eines allgemeinen Zustandes, der sich noch immer durch ein großes MANN - frau Machtgefälle auszeichnet.
Noch immer sind Podien, Mikrophone und machtvolle Plätze vorwiegend von Männern bevölkert.
Noch immer tummeln sich Männer in den Spähren von Denkleistung und Entschlußkraft, wofür Frauen dann die Zuarbeit im Verborgenen bleibt.
Noch immer sind Frauen gezwungen, auf dem dünnen Seil zwischen der Diffamierung als Mann - Weib oder Macho - Frau (dies wenn sie den Sprung in die Machtetage wagen) und dem Status der schweigend - strickenden Minderheit zu balancieren.
Welche Frau kennt nicht das plötzliche Desinteresse an einem ihrer Vorschläge, an einer Einschätzung, die, trotz gleichen Inhalts, fünf Minuten später von einem Mann vorgetragen helle Begeisterung auslöst. Welche kennt nicht das nervöse »keine Zeit« oder »es gibt aber doch noch soo viel Wichtigeres, gerade jetzt« - sobald die Frauenfrage auftaucht, oder dieses langgezogene »nicht schooon wieder«, wenn sie die männlich - orientierten Strukturen der Gruppe kritisiert.
Welche kennt nicht die subtile Freude der Männer, die Zuneigung, die prompt auftaucht, wenn Frauen die traditionellen Verhaltensmuster nicht verlassen, dort wo sie beschwichtigen, integrieren, harmonisieren, Beziehungsarbeit leisten, wärmen - dort, wo sie im nur allzuoft eiskalten Klima, das Männer untereinander schaffen, Menschlichkeit installieren.
Das sind nur wenige und dem subtilen Unterdrückungsspektrum eigene Beispiele - auch knallharter, ungeschminkter Sexismus zeigt sich da immer wieder quicklebendig.
Weßhalb also diese Bescheidenheit?!? Dafür finden sich zwar viele Gründe, am hinderlichsten aber scheint mir die Verstrickung in den Vielfrontenkampf, zu dem Frauen gezwungen sind.
Da muß gegen die Gewalt eines Staates (einer Welt) gekämpft werden, deren **Standbein** das Patriarchat ist, dann gegen den offenen oder versteckten Sexismus derer, mit denen wir uns im gemeinsamen Kampf für eine lebenswerte oder

Frauen aller Länder vereinigt euch!

Überhaupt lebbare Zukunft verbünden (wollen, müssen) und nicht zuletzt der Kampf gegen eine jahrtausendelange verinnerlichte Rollenzuweisung, die in dem Paradoxum gipfelt, daß wir noch immer, zu oft, zu intensiv,zu ausschließlich unsereUnterdrücker lieben, das wir ihnen vertrauen und sie zum Zentrum unseres Lebens machen. Und darüber immer wieder die Ungeheuerlichkeit einer so brutalen, weltweiten, perfekten Unterdrückung verdrängen.

»Das ist unsere Genossin Wlassowa, gute Kämpferin. Fleißig, listig, zuverlässig. (...) Ihre Arbeit ist klein, zäh verrichtet und unentbehrlich. (...) Alle Wlassowas aller Länder, gute Maulwürfe, unbekannte Soldaten der Revolution, unentbehrlich.«

Berthold Brecht

Stelle sich eine doch mal den streetfighter in trauter Zweisamkeit mit dem gegnerischen Bullen vor, der ja auch weder Gorleben noch Startbahn erfunden hat, und sich entschuldigend auf die Zwänge des Systems beruft - da wird tagtägliche weibliche Realität undenkbar.
Betrachtet frau die neuere Geschichte, wird nur zu deutlich, wie gefährlich und selbstzerstörerisch der Verzicht auf Autonomie und Macht werden kann. Der Zerfall der ersten deutschen Frauenbewegung nach der Durchsetzung des Frauenstimmrechts 1918 ist nur zum Teil mit der Fixierung auf eben jenes Wahlrecht für Frauen zu erklären; die Hauptursache für den Weg in die Bedeutungslosigkeit war der Versuch vieler Aktivistinnen, Forderungen und Rechte in und mit progressiven Organisationen durchzusetzen. Massenweise verschrieben sich feministische Frauen der Parteiarbeit und gaben ihre unabhängigen und einflußreichen Organisationen (z. B. die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, den Weltstimmrechtsbund, Frauenwohl u.a.m.) auf, was zwar den Parteien gut tat, für die Frauenbewegung aber der politische Tod war. Bleibt nur die Feststellung, daß dies eine zwar alte aber bis heute äußerst wirkungsvolle Taktik der HERRschenden war/ist, nämlich Widerstand zu kanalisieren und Protest zu integrieren.

»Einmal in der Partei standen wir unter Kontrolle. Unser Aufmerksamkeitswert war verloren.«

Carrie Chapman Catt

Es dauerte ein halbes Jahrhundert, bis der krasse Widerspruch zwischen emanzipatorischem Selbstverständnis und diskriminierender Praxis - beginnend mit der symbolischen Tomate gegen den Sexismus im SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund) - die zweite autonome Frauenbewegung entstehen ließ.
Feministinnen wollten nicht länger ihre Kraft in gemischtgeschlechtlichen Gruppen vergeuden und begannen, sich mit Frauen und unabhängig von Männern zu treffen, sich zu organisieren und autonom politisch zu wirken, woraufhin sie auch prompt zu einer der stärksten außerparlamentarischen Faktoren in den siebziger Jahren avancierten.
AKW's, Raketen, die wachsende Kriegsbedrohung haben dann viele Frauen so erschreckt, Widerstand schien so dringend, daß sich viele bald wieder den gemischtgeschlechtlichen, männerdominierten Gruppen anschlossen und die Verteidigung ihrer Rechte verschoben oder hintenanstellten. Nur: nichts bietet Frauen eine Gewähr dafür, daß Fortschritte ihrer Befreiung (die eh minimal genug sind) nicht immer wieder rückgängig gemacht werden.
Autonomie, als Voraussetzung für Macht, ist und bleibt in einer Gesellschaft, die sich durch Immunität gegenüber Vernunftsargumenten und Menschlichkeit auszeichnet, auch in Zukunft Basis jeder Emanzipationsbestrebung, und zwar für uns in zweifacher Hinsicht (nämlich erstens arbeitsmethodisch und zweitens psychologisch).

7.000 Frauen auf der Walpurgisnacht in Berlin.

* Autonomie ist für uns die wirkungsvollste Möglichkeit, eine starke Frauen'lobby' zu schaffen, indem in unhierarchischer Form die einzelnen Gruppen vernetzt werden, was innerhalb der autonomen Frauenbewegung bisher noch nicht ausreichend organisiert ist.

* Frauen werden damit unabhängig von der Zustimmung ihrer 'Genossen', sie ersparen sich viel Zeit, Demütigung und vermeiden die Verwirrungen der täglichen Grabenkämpfe. Die reichlich uneffektive und fast unverschämte Aufgabe, Machos zu Menschen machen zu müssen, entfällt zu Gunsten eigener Veränderung und eigener Befreiung von Rollenzwängen.
* je stärker autonome Frauengruppen werden, desto mehr verlieren Frauen den Status der Bittstellerin (denn wie gesagt: es gibt immer Wichtigeres als feministische Forderungen) und müssen in Bündnissen als gleichberechtigte Partnerinnen akzeptiert werden.
Und damit hier keine Mißverständnisse auftreten: ich will die 'Linke' nicht noch weiter aufsplittern; aber warum sollte eine Einheit auf Kosten der Frauen gehen? Autonomie wäre für uns vielmehr eine gerechtere Basis für Kompromisse sowie eine selbständigere und nicht diskriminierende Form der Kooperation.
* Frauen leben in einem patriarchalischen, von Männern besetzten und beHERRschten Land. Frauen sind deformiert, kolonisiert und korrumpiert. Deshalb ist es wichtig für uns, unsere Deformationen aufzuspüren und herauszufinden, was unsere Realtität ist. Dies ist nur in weiblichen Freiräumen möglich. Denn Männer sind nicht nur als Gehuldigt, sondern genauso als Kritisierte im traditionellen Sinne Zentrum unserer Betrachtung. Die Mitarbeit in gemischten Gruppen reproduziert und zementiert die alten Rollenzuweisungen.
* Männer wären natürlich gezwungen, sich wesentlich schneller mit eigener Veränderung (Emanzipation) auseinanderzusetzen, wenn nicht Frauen ihnen dauernd ihre Kälte und Männlichkeit erträglich machten.
* Autonomie vermindert die Gefahr, sich trotz der Kritik an den patriarchalischen Normen zu orientieren; das Pfand für ein wenig Machtpartizipation ist eine unveränderte Struktur.
* Wir sollten unsere Kräfte dazu gebrauchen, Alternativen zu den männerorientierten Gruppen und deren Arbeitsmethoden zu schaffen, was politisch radikaler und effektiver als deren Unterstützung wäre. Wirkliche Emanzipation ist nur durch Unabhängigkeit von unseren potentiellen und viel zu häufig auch tatsächlichen Unterdrückern realisierbar. Damit ist nun weder eine Inselkultur, noch eine Beschränkung auf rein feministische Themen, noch der Glaube, Frauen seien das bessere Geschlecht, gemeint, sondern der Versuch, die Grundlagen für ein Spiel (eine Arbeit) mit gleichen Karten zu schaffen. Die Frauenfrage ist eine grundsätzliche, Frauen sollten sie auch so behandeln.

Männer oder keine ...?

Wie ist unsere Situation in einer Bewegung, in der wir mit Männern zusammenarbeiten?
Was hat Atompolitik mit Frauenunterdrückung, mit dem Patriarchat zu tun?
Warum engagieren wir uns nicht in der Frauenbewegung?
Was sind die Utopien für unseren Widerstand?

Ich will als erstes auf die zweite Frage eingehen:
Eine spezifische weibliche Betroffenheit durch Atomkraftwerke, die sich aus der Gebährfähigkeit und der Zuständigkeit für Kinder und die folgenden Generationen ergibt, lehne ich ab. Es ist eine Folge der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und ein Teil der Frauenunterdrückung, daß Frauen die Hauptverantwortung für Kinder übernehmen.

Blockade vor einem der Haupttore des Greenham Common-Bauplatzes

Ein anderer Umstand läßt jedoch erkennen, daß Atomtechnologie eine Folgeerscheinung des Patriarchats ist, denn sie trägt die Charakterzüge patrarchalischer Entstehung, obwohl sie für das Patriarchat kein notwendiges Standbein, sondern nur ein besonders krasser Auswuchs ist, auf den es notfalls verzichten könnte. Aber an dieser Technologie zeigt sich ganz unübersehbar die Folge der männlichen Selbstüberschätzung. An kaum einem anderen Punkt ist sie krasser zu erkennen und in der Konsequenz gefährlicher. Die Atomingenieure und -manager halten sich für Männer, »die jeder Herausforderung gewachsen sind.«
Kein Problem scheint ihnen unlösbar. Sie wollen und dürfen nicht glauben, daß gerade die nicht, aber auch sonst niemand in der Lage ist, diese Technologie zu beHERRschen. Dabei machen sie am laufenden Band schwere technische Fehler, arbeiten schlampig und schliddern knapp und mit viel Glück an einer Beinah-Katastrophe nach der anderen vorbei. Dennoch sind sie davon überzeugt, daß sie alles, inklusive unserer Zukunft fest im Griff haben. Diese Selbstüberschätzung ist nur ein Stückchen in dem Katalog von Ursachen, durch die das industrielle und kapitalistische System ständig ineffektive und zerstörerische Produktionsweisen hervorbringt. Doch auch dieses System ist nur ein Teil des viel älteren und ursprünglicheren Patriarchats.
Diese Tatsache bedeutet für uns Frauen, die gegen Atomanlagen vorgehen, daß wir in doppelter und dreifacher Weise kämpfen müssen. Die Strukturen des Patriarchats sind in der Gegenbewegung genauso zu spüren und müssen für uns Ziel unserer Angriffe sein. Unsere Entfaltungsmöglichkeiten in gemischten Gruppen sind gegenüber den Möglichkeiten in der Frauenbewegung um einiges zurückgeworfen. Mich hat mal eine Frau aus der Frauenbewegung gefragt, wie ich es überhaupt aushalte, in gemischten Gruppen politisch aktiv zu sein. Die Frage ist berechtigt: Dinge, für die sich die Frauenbewegung seit Jahrzehnten einsetzt, ja die einfachsten Grundbedingungen für unsere Entfaltung, sind in gemischten Gruppen nicht erfüllt. Ich komme mir fast komisch vor, es nocheinmal aufzuzählen:
Auf den Treffen reden hauptsächlich Männer, manchmal werden Aspekte, die eine Frau gesagt hat, erst berücksichtigt, wenn auch ein Mann sie nochmal wiederholt hat. Bei gemeinsam auftretenden Paaren wird häufig nur auf IHN Bezug genommen, sogar dann, wenn SIE es war, die den Vorschlag eingebracht hat.
Sobald ein größerer Kreis von Menschen zusammen sitzt, um über die Zukunft der Bewegung zu diskutieren, fangen einige Männer an, sich durch endlose Reden und leere Phrasen zu produzieren. Sie drücken sich sehr gewählt aus, und ihre Worte klingen recht schlau, doch bei näherem Hinsehen stellt sich für uns heraus, daß nicht viel dahinter war. Solche Verhaltensweisen sind für die gemeinsame Weiterentwicklung der Diskussion und der Erkenntnis sehr hinderlich.
Manche Frau, die es nicht gleich durchschaut, denkt erstmal, daß sie weniger wüßte, oder sie traut sich nicht auch mal unfertige Gedanken auszusprechen. Dabei entwickeln sich Diskussionen viel besser, wenn die Atmosphäre es zuläßt, miteinander laut nachzudenken. Stattdessen erzeugen Männer mit dem oben beschriebenen Verhalten einen Diskussionsstil, in dem jeDER nur Statements abgibt.
Das sind nur ein paar Beispiele aus der Alltäglichkeit, in der Anti-AKW-Bewegung, mit der wir leben und die wir leider schon viel zu oft aus Gewohnheit nicht mehr wahrnehmen.
Es gibt noch einen anderen Grund, durch den wir doppelt beansprucht werden. Bewegungen, wie die Anti-AKW-Bewegung, die keine Loyalität gegenüber dem Staat zeigen, die sich nicht an seine Gesetze und vorgeschriebenen Protestformen halten, sind einem starken äußeren Druck ausgesetzt. Die Verfolgung durch den Staat und die Kriminalisierung können wir nur durch einen guten Zusammmenhalt aushalten. Aus dem Grund wünsche ich mir mehr Geborgenheit untereinander und mehr Offenheit im Umgang mit unserer Angst, um sie gemeinsam zu bewältigen. Aber stattdessen müssen wir in den Gruppen noch weiterkämpfen. Wir müssen z.B. das Bild des vermeintlich militanten Macho entlarven, der stets HERR der Situation sein will und keine Schwäche zeigt, der nicht zugibt, wenn ihm manchmal die Knie weich werden. Wir müssen uns wehren gegen seine Arroganz gegenüber Menschen, die seiner Meinung nach weniger Mut haben. Da finden wir wieder

Ansätze der gefährlichen Selbstüberschätzung, die auch schon im Zusammenhang mit den Atominginieuren aufgetaucht ist.
(Nur- solche Männer in der Gegenbewegung haben nicht die Mittel in der Hand, um mit ihrer Selbstüberschätzung so viel Unheil anzurichten). (Wie man's nimmt, die säzzerin).
Die Macho-Kultur im militanten Teil der Bewegung war bei den Hausbesetzern noch krasser ausgeprägt. Dort gab es narzistische Rituale, durch die sich die »starken Männer« nach außen darstellten. Wortradikalität, Kleidung, Bewegungen, alles war darauf abgestimmt, dem Bild des harten Mannes zu entsprechen. Frau mußte auf Besetzer/innen-Versammlungen bereit sein, sich anbrüllen zu lassen, wenn sie nicht die passende Meinung hatte. Besonders schlimm war es, wenn sie dann auch noch in ihrer Kleidung nicht der Norm entsprach.
Im Vergleich dazu sind die Umgangsformen in der Anti-AKW-Bewegung schon etwas angenehmer, sodaß es manchmal möglich ist, einen Satz zu sagen, ohne gleich auf »Kampf« vorbereitet zu sein. Vielleicht liegt es daran, daß die Tradition der Anti-AKW-Bewegung älter ist, und daß sie noch mehr von den Stärkezeiten der Frauenbewegung beeinflußt wurde.

Die Hausbesetzerinnenbewegung ist später entstanden und die Besetzerinnen und Besetzer waren meist jünger. Sie sind in einer Zeit politisiert worden, in der die Frauenbewegung nicht mehr so viel Stärke hatte.
Aber sowohl beim Häuser besetzen, als auch in der Anti-AKW-Bewegung, sogar in reinen Frauengruppen, müssen wir unsere eigene Selbstunterschätzung überwinden, die der Gegenpart zur Macho-Kultur ist. Frauen sind dazu erzogen worden, einer offenen Konfrontation mit der Macht und der Gewalt auszuweichen, solange es geht. Dadurch machen wir uns zu Opfern.
Bei der Frauenblockade der Wendlandblockade ist diese Haltung nicht überwunden worden. Während die Konzepte für die beiden nördlichen Straßen eine Totalblockade des Autoverkehrs vorsahen, war das Ziel der Frauenblockade, lediglich die Durchfahrt für die Autos zu erschweren. Als eine kleine Gruppe von Frauen, die mit dem Konzept nicht einverstanden war, ein paar Bäume quer über die Straße zog, beseitigten andere Frauen selbst die Bäume.
Ich hatte schon vorher den Eindruck, daß die Frauen einer Konfrontation mit dem Polizeiapparat aus dem Wege gehen wollten und empfand das Konzept als zu unentschlossen. Ich bin mit den anderen Frauen die ähnlich dachten, zur Blockade der 191 gegangen, auf der Materialblockaden die Straße vollständig dicht machen sollten. Doch hierbei waren wir wieder den doppelten Schwierigkeiten in gemischten Gruppen ausgesetzt.
Früher habe ich mal auf eine Wandzeitung im Frauenhaus von 1004 geschrieben, daß Gewaltfreiheit eine Widerstandsform sei, die gerade Frauen mehr entspräche. Für diesen Satz könnte ich mich jetzt ohrfeigen! Wie soll frau sich gewaltfrei gegen eine Vergewaltigung wehren? Gerade unsere viel zu wenig entwickelte Gegenwehr bietet den Männern die Möglichkeit der Unterdrückung. Unsere Wehrlosigkeit ist leider mehr, als nur eine Ideologie der »Gewaltfreiheit«. Wenn es nur das wäre, könnten wir sie ja schnell durch eine andere Erkenntnis überwinden. Aber sie ist bei uns ganz tief

Italienische Feministinnen demonstrieren jeden Mittwoch vor dem Parlament in Rom. (Foto: Gigi de Grossi)

verankert worden: »Mädchen prügeln sich nicht!« wurde uns eingeimpft und tatsächlich war dann unsere Bestimmung eher verprügelt zu werden, als selber zu prügeln
Eine Frau, die zusammen mit ihrem Freund von Bullen verprügelt worden war, erzählte mir, daß sie diese von Männern ausgeübte Gewalt viel erniedrigender empfunden hatte, als ihr Freund. In der Situation repräsentieren die Bullen nicht nur die Staatsgewalt, sondern außerdem Männer, die bei den Schlägen ihren ganzen Frauenhaß herauslassen.(Siehe auch das besonders brutale Vorgehen von Bullen auf Frauendemos, Weiberfastnacht usw., d.s'in.)
Unsere Erziehung zur Wehrlosigkeit hat weitreichende Folgen. Selbst wenn wir mehr Entschlossenheit an die Stelle unsere anerzogenen Zaghaftigkeit setzen wollen, sind doch unsere Jahrzehnte alten Barrieren noch lange nicht überwunden. Ich nehme sogar an, daß bei der Frauen-Wendlandblockade im Prinzip der Wunsch vorhanden war, sich einer Konfrontation zu stellen. Aber bei der praktischen Umsetzung fehlt noch sehr viel.
Dabei schließe ich mich nicht aus. Manchmal werde ich sehr passiv, wenn es gefährlich wird, und lasse doch wieder die Männer entscheiden. Hinterher stelle ich meistens fest, daß ihre Entscheidungen nicht besser waren, als es meine gewesen wären.
Eine eigene Militanz zu entwickeln ist viel schwerer, als sich an den von Männern vorgegebenen Mustern zu orientieren. Manche Frauen, die ihre Zaghaftigkeit überwunden haben, gleichen sich wieder den Ritualen an, die ihnen die Männer vorgemacht haben. (Rituale, wie ich sie im Zusammenhang mit den Hausbesetzern beschrieben habe)

Aber all diese Wünsche zu erfüllen, die tief eingepflanzten Barrieren zu überwinden, solidarischer Umgang mit unserer Angst und ihre Überwindung, all das geht natürlich viel leichter, wenn wir in unserer unmittelbaren Umgebung nicht mehr mit Männern zusammenarbeiten. Daher die Frage, warum engagieren wir uns nicht in der Frauenbewegung?

und er ist männlich!

Meine Entscheidung hat sehr unterschiedliche Gründe. Sie ist zum Teil ein Produkt meiner persönlichen Geschichte. Ökologie-Themen waren für mich die ersten Fragen, die mich gründlich aufrüttelten. Später wollte ich auf vorhandenen Erfahrungen aufbauen und eine längere Kontinuität in dem Bereich entwickeln, der mein politischer Ansatzpunkt war. Hinzu kommt noch, daß durch Atomkraft (sowie auch bei verschiedenen anderen Umweltsauereien) Schäden angerichtet werden, die später nicht mehr repariert werden können.
Ein weiterer Grund für meine Schwerpunktsetzung ist, daß es in der Anti-AKW-Bewegung ein konstruktives Spannungsverhältnis zwischen bürgerlichem Protest und radikalerem Widerstand gibt, wie in kaum einer anderen Bewegung. Das alles hat bei mir, zusammen mit noch einigen anderen Faktoren dazu geführt, daß ich zumindest an dem Thema Atomkraft weitermachen wollte.
Doch Frauenpolitik heißt ja nicht, sich auf sogenannte »frauenspezifische« Themen zu reduzieren, denn es gibt keine Trennung von »Frauenproblemen« und anderen Themen. Frauenpolitik kann auch heißen, sich mit anderen Frauen gegen Atomkraft oder Kriegsvorbereitung und Kriegsführung, gegen Wohnraumzerstörung, Knast, Vergiftung durch die chemische Industrie usw. zu wehren.
Die Unabhängigkeit von Frauengruppen darf meiner Meinung nach nicht zur Insel werden. Wir sollten sie nutzen, um unsere Positionen offensiv in den verschiedenen Gegenbewegungen gegen diese Gesellschaft einzubringen.
Eine Frauengruppe, in der wir letztes Jahr gegen Atomkraft aktiv waren, ist leider zerfallen, weil jede einzelne von uns an einem anderen Thema ihren Schwerpunkt setzen wollte, Mittelamerika, Imperialismus und Patriachat, Anti-AKW-Arbeit - es gab so vieles, was einzelne von uns machen wollten. Wir konnten uns nicht einigen; unsere politische Geschichte war zu unterschiedlich und die Bezüge zu den einzelnen Themen nicht gleich intensiv. Nach dem Zerfall sind wir wieder zerstreut zum Teil in gemischte Gruppen zu den jeweils von uns bevorzugten Themen gegangen. Damit war ich wieder einen Schritt zurückgeworfen. Wir waren in der Gruppe schon in mancher Hinsicht dichter an meiner Utopie, als ich es jetzt bin. Ich möchte weiter gegen Atomkraft aktiv sein, aber viel lieber zusammen mit Frauen, als mit Männern. Wir können in Gruppen viel besser bei den Versammlungen unsere Positionen vertreten.
Wir können vorher durch Diskussionen untereinander mehr Klarheit über unsere Stand- und Bewegungspunkte gewinnen. Ich möchte jedoch nicht die völlige Ausgrenzung von soeiner Frauengruppe aus den Organisationszusammenhängen der Anti-AKW-Bewegung. Ich will in diesen Zusammenschlüssen die Männer immer wieder mit den Positionen der Frauenbewegung konfrontieren.
Und der Wunsch nach Zusammenarbeit mit Frauen ist nicht unabhängig von der politischen Vorstellung der einzelnen Frauen. Ich möchte nicht zu Formen kommen, wie sie bei der Frauen-Wendlandblockade gewählt wurden. Ich möchte nicht mit Frauen in mystische Sphären abwandern, oder mich ausschließlich auf Selbsterfahrung konzentrieren. Ich hab ein sehr ungutes Gefühl, wenn uns Bullen gegen Vergewaltiger helfen sollen.
Frauenbanden, die ihre Wehrlosigkeit überwinden, können rädikale Formen des Kampfes gegen Atomanlagen finden, oder auch mal einen Vergewaltiger selbst das Fürchten lehren.

Erklärung des Kommandos »Oliver Hardy«

Tortenanschlag auf Jo Leinen

Wir haben uns soeben von unserem langjährigen Allesvertreter Jo Leinen "symbolisch" mit einer Torte verabschiedet. Diese Geste kam zustande aus zunehmender Sorge um seine politische wie charakterliche Entwicklung: Abwiegelei bis hin zum Verrat, politische Mauscheleien, die sozialdemokratische Aushöhlung des BBU und eine stattliche Profilneurose. Doch unsere Verärgerung macht heute einer tiefen Freude Platz, denn endlich spielt JL nicht mehr die Rolle eines sozialdemokratischen Experten für die Befriedung der außerparlamentarischen Friedens- und Umweltbewegung, sondern kann die ihm angemessene Funktion eines Abgeordneten und möglicherweise auch Ministers erfüllen.

Vom Abwiegler (Brokdorf, 28.2.81) ...

"Bürgerprotest ... wird von uns als notwendiges demokratisches Element in unserer Gesellschaftsordnung verstanden und unterstützt."
(SPD-Saar, Regierungsprogramm 1985")

"Aber bitte mit Sahne!"
(Kommando "Oliver Hardy")

Ihr Kandidat
Jo Leinen

SPD Saar

... zum Abgeordneten: Ein Allesvertreter schleimt sich hoch

HEY JO !

Wer hätte das gedacht?! An Deinem großen Tag, an dem Du umjubelt wirst von Deinen Genossen und begehrt vom TV, widerfährt Dir so eine Gemeinheit! Da bekommst Du treuloser Mensch seit Kindertagen das erste Mal eine Torte geschenkt, und plötzlich verwandelt sich diese nette Geste in ein heimtückisches "Attentat". Und das auch noch symbolisch-gewaltfrei — so ganz nach Deinem Geschmack.

Laß Dich trotzdem beglückwünschen: Du darfst Dir nämlich die Auszeichnung anheften, soeben Ziel des ersten bundesdeutschen "PIEING" (sprich: pai-ing, von engl. "pie": spez. Backwerk) geworden zu sein. Und Du weißt es doch zu schätzen, der Primus zu sein.

Verdient hast Du es allemal: In unserer Hitliste der Profilneurotiker Deiner Politikergeneration haben wir Dich nämlich gleich hinter Möllemann und knapp vor Kelly, Vogt und Fischer eingereiht. Wurde Zeit, daß wir uns einen alten Wunsch erfüllten. Es war überfällig!

Seit Brokdorf beispielsweise, wo Du — wie immer — rechtzeitig zur Stelle warst, um dem Fernsehpublikum das Ziel der Demonstration am 28.2.81 zu erläutern. Es waren zwar andere, die die Demo angeschoben hatten (anfangs sogar gegen Deinen Willen), aber man muß eben den richtigen Riecher haben, um den Erfolg von 100.000 Menschen persönlich einzuheimsen. Darin hast Du ja mittlerweile Übung.

Noch nachträglich auf dem Magen liegt uns auch jene Szene auf dem Container, wo Du Dich "in der Pose des Anführers" (SPIEGEL 49/83) zum Sprecher eines Polizeikonzeptes machtest, möglichst wenig AKW-Gegner-Innen (und diese vor allem möglichst langsam) zum Bauplatz kommen zu lassen. Im BBU-Pressedienst las sich das anschließend natürlich ganz anders:

"Durch den mutigen Einsatz von BBU-Vorstandsmitgliedern (Leinen und Vogt, Anm.) war es überraschenderweise gelungen, zwischen der Polizeieinsatzleitung der Straßensperre in Dammfleth und den Demonstranten eine Vereinbarung für den Weitermarsch zum Bauplatz auszuhandeln."

Gaaanz mutig standest Du schon wieder vor den Fernsehkameras, als einige hundert Menschen, die Du angeheizt hattest, ihre Selbstschutzausrüstung an der Polizeisperre abzuliefern, unter die Knüppel gerieten.

"Zu neunzig Prozent richtig ..."

Stimmt der Verdacht der Grünen und Autonomen also doch, der umtriebige "Alternativfunktionär" führe im Schilde wie es sein Kontrahent Alexander Schubert auf den Punkt bringt, "die Öko- und Friedensbewegung an eine herrschende Partei in diesem Staate anzubinden"?

"Im Sinne der Dialektik", einer Wechselwirkung und Wechselbeziehung, sieht Josef Leinen sich "zu neunzig Prozent richtig verdächtigt". Ja, so sei das, setzt er fast fröhlich hinzu, und er wisse auch gar nicht, "was so schlimm daran wäre".
(aus: SPIEGEL 49/83)

Oder ein Jahr später, als die erste Runde der "Deeskalationsgespräche" zwischen Polizei und "dialogbereiten" Abwieglern der Friedens- und Umweltbewegung anlief. Da hieltest Du Dich diskret aus den direkten Zusammenkünften zurück, schicktest aber stattdessen den naiven (von Dir in den BBU-Vorstand gemauschelten) Wolfgang Sternstein an einen Tisch mit Stümper und Konsorten. Als die Geschichte dann vorzeitig aufflog, konntest Du ihn für die "unautorisierten" Formulierungen des unterschriftsreifen "Staatsvertrages" verantwortlich machen. Doch diese Gespräche waren beileibe keine Panne: Sie deckten sich genau mit Deiner Haltung gegenüber den Kräften der Inneren Sicherheit. Denn bereits 1982 war es anläßlich der Bonner Friedensdemonstration per telefonischer Standleitung zu Denunziationen seitens des Friedens-KOA an die Polizei gekommen: Ein paar von der Route abweichende "Autonome" ließen damals Deine Freunde zum Telefonhörer greifen. Eine Mißbilligung dieses Vorgangs haben wir Deinerseits nie vernommen. Stattdessen warst Du es 1983 persönlich, der den festgenommenen Demonstranten der Polizeifalle von Krefeld hinterrief: "Wer A sagt, muß auch B sagen!" In Deinen eigenen Prozessen hast Du die umfassende Solidarität der Anti-AKW-Bewegung immer gern mitgenommen, gegenüber den nichtgewaltfreien Kräften der Friedensbewegung hingegen hast Du die Distanzierungswut bereitwillig vorangetrieben.

Man nehme:

Warum eigentlich immer nur Eier, Tomaten, Steine oder Bierdosen? Warum nicht einmal Backwerk, so, wie in den USA seit Jahren bei Yippies und anderen Querköpfen gegen Politiker und andere Charaktermasken im Einsatz?! Also Negerküsse, Windbeutel oder auch ganze Torten.
Es empfiehlt sich, Biskuitböden zu nehmen und nur Sahne aus der Spraydose zu verwenden, von wegen der Festigkeit. Der Boden sollte mit einigen Lagen Gelatine oder einem Bogen Pergamentpapier belegt werden, damit die Sahne nicht vorher durchsuppt. Verzierung nach freier Wahl, ballistische Übungen sind für Anfänger unerläßlich. Wurfbewegungen fordern beim Opfer Abwehrbewegungen heraus, also heißt es, schnell zu sein.
Eine Torte sagt mehr als tausend Worte!

Wir hätten Dir schon bei den "Loccumer Gesprächen" zeigen sollen, was 'ne Torte ist!
Daß Wahlmanipulation und -absprachen zugunsten einer sozialdemokratischen Unterwanderung der BBU-Vorstandsgremien zu Deinem Verständnis von Basisdemokratie zählen, hat uns nicht mehr verwundert. Und daß Deine SPD-Seilschaft im BBU-Vorstand die verbandskritische Mitgliederzeitschrift "UMWELT-MAGAZIN" austrocknen wollte, fiel schon kaum noch in's Gewicht. Aber wir haben uns nicht vorzustellen gewagt, daß vor Deinem Abgang nach Saarbrücken schnell noch die Umwandlung des BBU in einen Spendensammelverein mbH erfolgen sollte. Und dieser Akt war wirklich vom Leinsten: Erst werden ein paar windige Geschäftsleute angeheuert, es folgen verdeckte Gespräche außerhalb des BBU-Vorstandes, dann wird die Ablehnung des Konzepts durch eine heimliche Vereinsgründung umgangen (Versammlungsleiter, Vortragender und prompt gewählter 1. Vorsitzender des "Fördervereins": Jo Leinen), um schließlich der BBU-Mitgliederversammlung vollendete Tatsachen zu präsentieren.

Deine SPD-Genossen haben Dir den rechtzeitigen Absprung vor'm endgültigen Zusammenbruch des BBU ermöglicht: mit einem Landtagsmandat und der Aussicht auf den Chefsessel im Umweltministerium. Das läßt unsere Verbitterung über Dich und Deine Politik in verhaltene Freude umschlagen: Endlich bist Du dort angekommen, wo sich Deine Rolle mit der ihr entsprechenden Funktion deckt. Ja, das ist gelebtes Zen: Sich einer Aufgabe stellen, seinen Weg gehen, einen Wunsch Wirklichkeit werden lassen — ganz im Hier und Jetzt. Uns jedenfalls bleibst Du in Zukunft erspart.
— Wir freuen uns schon auf den Augenblick, da auch Deine neue Umgebung bemerkt, was für einen Karrieristen sie sich da eingehandelt hat. Behaupte lieber nicht, Du hättest "zu keinem Zeitpunkt" daran gedacht, Deine "Nabelschnur zur SPD" durchzuschneiden (SPIEGEL 49/83). Das Angebot der GRÜNEN, Dir ein Bundestagsmandat zuzuschustern, war bloß nicht attraktiv genug.
Statt Dir eine Torte hinterherzuwerfen, hätten wir Dir vielleicht doch besser ein Denkmal setzen sollen — aus Schleim.

Saarbrücken, 10. März 1985

Westdeutsche Büßer- und Abwieglerbewegung, (der 5. Schieg), Kommando "Oliver Hardy"
Diese Aktion unterstützen:WABS — Widerstand als Breitensport; Bundesverband ökologischer Klinikenputzer (BÖK); Verband der deutschen Schmierfettindustrie; BI "Campari trinken für den Frieden"; Notgemeinschaft "Von Fettnapf zu Fettnapf"; Kleingärtnerverein Bockenheim; Aktionsgruppe "MAG — Makaber aber geschmacklos"; BI Küche im Widerstand; 3 arbeitssuchende Hausfrauen und 5 arbeitslose Psychologen aus Nürnberg-Fürth sowie eine ganze Menge Deiner alten Bekannten.

Fotos Argus

Innerhalb des BBU hat es in den vergangenen Monaten heftige Kontroversen um Einfluß und Politik der SPD im Verband gegeben, der Rücktritt des Vorstandsmitgliedes Inge Ammon macht dies z.T. öffentlich.Während einige für den BBU bedeutende BI's derzeit über Austritt diskutieren, ist die Schwandorfer BI gerade eingetreten. Ob der BBU am Ende ist, ist also so einfach nicht zu beantworten. Möglich ist auch, daß in der Mitgliedschaft eine der Vorstandszusammensetzung folgende Ausdifferenzierung Richtung SPD stattfindet, die zumindest solange Chancen hat, wie sich die SPD in der Regierungsopposition befindet. Wir dokumentieren im Folgenden das Papier eines Bremer BI-Treffens in Bremen, bei dem sich die BBU-Kritiker zusammenfanden und nach neuen Möglichkeiten der Koordination jenseits von Vereinklüngel suchten.
Weitere Diskussionspapiere zum BBU sind jederzeit willkommen.

Erklärung:

Warum wir aus dem BBU austreten

Die Rolle des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), früher ein fortschrittlicher, kämpferischer und außerparlamentarischer Umweltverband, hat sich gewandelt.
In den 70er Jahren hat der BBU wesentlich dazu beigetragen, eine bundesweite Koordination unabhängiger Bürgerinitiativen zu organisieren. Als Sprachrohr von vielen lokalen und regionalen Initiativen im Umwelt und Friedensbereich sorgte der BBU für eine notwendige Presseöffentlichkeit. Mit dem umfangreichen , vom BBU verbreiteten Informationsmaterial war es den Umweltinitiativen möglich, den Gedanken des Umweltschutzes in der Bundesrepublik bekannt zu machen. Zu Demontrationen gegen umweltzerstörende Großprojekte wurde vom BBU mitaufgerufen und vor Ort unterstützt. Die damalige Zielsetzung des BBU. die Umweltinitiativen zu stärken, war Grund für uns, dem Verband als Mitgliedsgruppe beizutreten.
Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre nahm der staatliche Druck auf die Bürgerinitiativen im Zuge der Auseinandersetzungen um Großprojekte zu. Demonstrationen, sachkundiges Argumentieren und Unterschriftensammlungen konnten die herrschenden Politiker und Wirtschaftsfunktionäre nicht davon abhalten,ihre Pläne weiter durchzusetzen. Als eine Konsequenz gründete sich die Partei der GRÜNEN, um auf parlamentarischem Weg Einfluß zu nehmen.
Als andere Konsequenz wäre es hier, zu diesem Zeitpunkt, die eindeutige Aufgabe des BBU gewesen, die außerparlamentarische Protest und Widerstandsbewegung der Umweltinitiativen offensiv zu unterstützen.
Schon ab 1976 haben wir auf den Mitgliederversammlungen versucht, uns einzubringen mit Anträgen zu mehr Transparenz der Vorstandsarbeit und zu einer offenen Diskussion über den politischen Standort und die Strukturen des BBU. Dabei haben wir die Erfahrung gemacht, daß von seiten des BBU–Vorstands unsere staats- und systemkritische Haltung und unsere offensiven Forderungen nach mehr Selbstbestimmung zunehmend unterdrückt wurden.
Ende März 1985 haben sich Vertreterinnen und Vertreter der unterzeichnenden und anderer kritischer Bürgerinitiativen getroffen. Nach einer ausführlichen Diskussion sind es drei zentrale Punkte, die uns zu unserem gemeinsamen Austritt veranlaßt haben:

1. Ergebnis der Einbahnstraßenpolitik des BBU
Der BBU hat seine zentrale Aufgabe als Multiplikator und Organisator einer staatsunabhängigen Umweltbewegung verloren. Dienstleistungen für Bürgerinitiativen und kritische Mitbürger (Informationsmaterialien, Pressekonferenzen und anderes) werden heute auch von Parteien und großen Naturschutzverbänden wahrgenommen. Die politische Funktion des BBU als Impulsgeber für Kampagnen, Großveranstaltungen und Aktionen ist nahezu verkümmert.

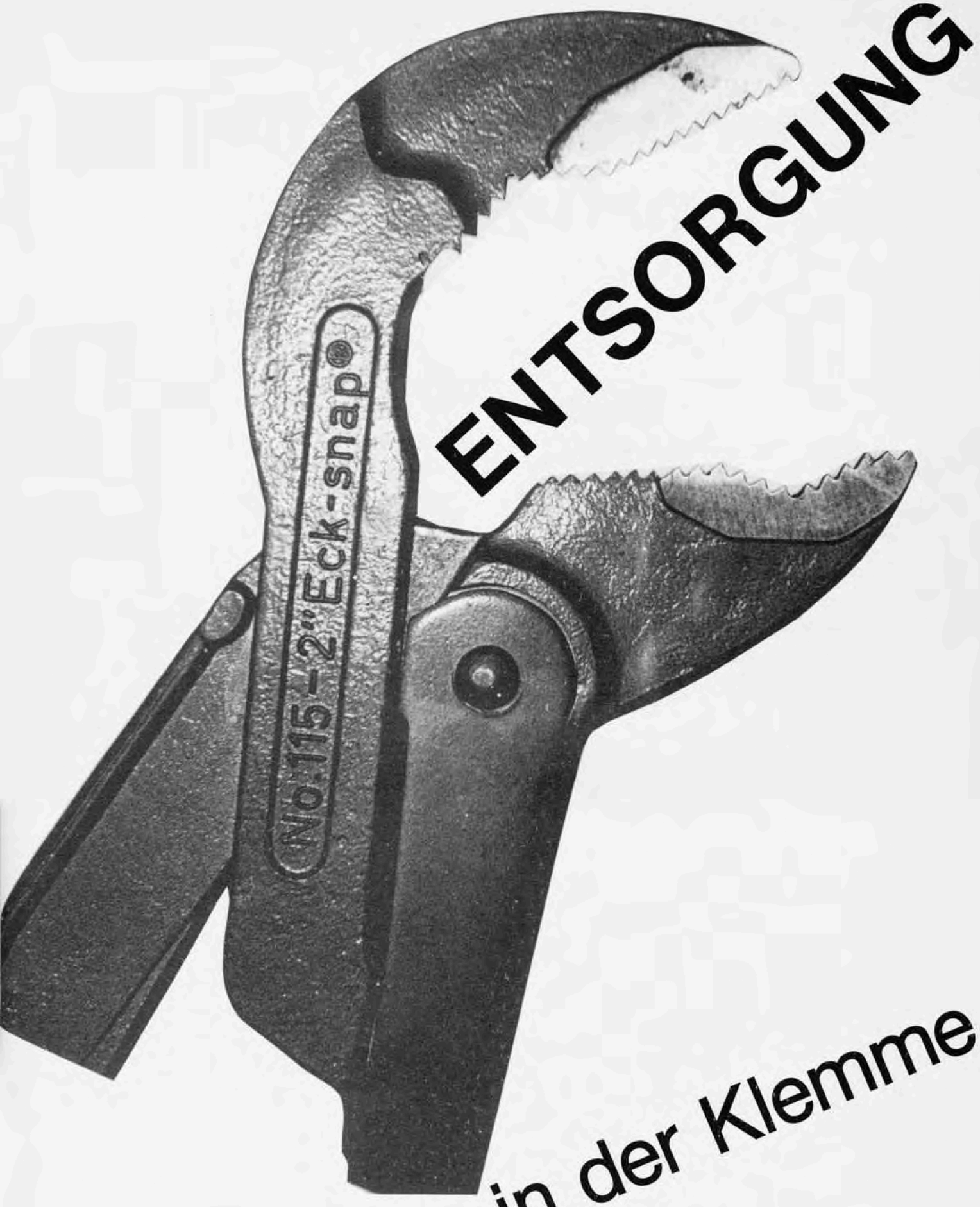
2. Sozialdemokratisierung der Umweltschutz– und Friedensbewegung
Mit einer atemberaubenden Geschwindigkeit haben die sozialdemokratischen Funktionäre es seit der „Wende" 1983 verstanden, das Umweltschutz- und Friedensbedürfnis der bundesdeutschen Bevölkerung für ihre parteipolitischen Interessen zu vereinnahmen. Wir stellen fest, daß die Sozialdemokraten, gegen deren Politik sich in den 70er Jahren die Umwelt- und Friedensbewegung gegründet hat, sich heute an die Spitze eben dieser Bewegung zu setzen versuchen . Diese Praxis hat Tradition:
- Vereinnahmung der Anti-Atom-Tod-Bewegung in den 50er Jahren.
- Vereinnahmung der außerparlamentarischen Protestbewegung mit dem Schlagwort „Mehr Demokratie wagen" Ende der 60er Jahre.

Für uns steht heute fest, daß von dieser traditionsreichen Vereinnahmungsstrategie sowohl die Bürgerinitiativbewegung als auch der BBU-Vorstand nicht ausgenommen bleiben.

3. Verselbstständigung und Unkontrollierbarkeit des BBU-Vorstands
Der BBU-Vorstand ist zu einem von uns unkontrollierbaren Wasserkopf geworden. Bürgerinitiativen und Arbeitskreisen ist es auf den Mitgliederversammlungen – laut Satzung des BBU das höchste Gremium – nicht mehr möglich, die Tätigkeit des Vorstands einzuschätzen und zu kontrollieren. Vorenthaltung von Information, Wahlmanipulation und gezielte Desinformation durch den BBU-Vorstand haben dazu geführt, daß wir, die Bürgerinitiativen und Arbeitskreise im BBU, nur noch als Kulisse für diesen Vorstand dienen.
Folgende Vorfälle sind Ausdruck dieser abgehobenen und unkontrollierbaren Vorstands-Tätigkeit:
- Polizeigespräche Loccum 1982/83
- Wahlmanipulation auf der Mitgliederversammlung 1983
- Kündigung des Umweltmagazins 1984
- Gründung eines Spendensammelvereins 1984/85

Verhandelte Berechenbarkeit unseres Widerstandes !
Installierung eines gefügigen, von Sozialdemokraten majorisierten Vorstandes (Mitgliederversammlung 1984)
Unterdrückung von Kritik aus den eigenen Reihen !

Eigentlich hätte das schon genügen sollen !
Die geheime Gründung des Spendensammelvereins am 10.11. 1984 brachte unsere Geduld endlich zum Überkochen. Trotz mehrfacher Nachfragen auf der Mitgliederversammlung in Würzburg, nur 14 Tage später, wurde uns die Information über die Tätigkeit des Spendensammelvereins in Nürnberg von Vorstandsmitgliedern bewußt vorenthalten.
Wir sind nicht länger bereit, uns als Feigenblatt für reformistische, abgehobene und selbstherrliche Vorstandspolitik im BBU mißbrauchen zu lassen ! Eine grundsätzliche Erneuerung nach dem außerparlamentarischen Verständnis von Bürgerinitiativ- und Widerstandsbewegungen erscheint uns in den Strukturen des BBU nicht mehr möglich.
Mit dieser Erklärung wenden wir uns an alle lokalen und regionalen Bürgerinitiativen und Initiativzusammenschlüsse. Wir würden uns freuen, wenn ihr diese Erklärung bekannt macht und darüber diskutiert. Eine Stärkung des selbstbestimmten Kampfes und der außerparlamentarischen Verantwortung halten wir für unabdingbar.
Kontakt: AK Verkehr, Cheruskerstr. 10, 1000 Berlin 62



ENTSORGUNG

in der Klemme

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

Collage: P.Brigant

Schwarzer Tag für die Atommafia

„Mit diesem Urteil haben wir nicht gerechnet". Das war der spontane und deshalb wohl ehrliche Kommentar von DWK Vertretern zum Zwischenlager-Urteil des VG Stade, Kammer Lüneburg. In der Tat, entgegen früheren Entscheidungen des gleichen Gerichts ist zunächst die Einlagerung von abgebrannten Brennelementen (BE) in das Transportbehälterlager (TBL) Gorleben gestoppt.
Die Atommafia jault und ist eher ratlos. *„Wenn dieses Urteil Bestand hat, dann haben die Atomgegner das Atomprogramm geschafft"*, so Alexander Warrikof, CDU-MdB und Über- Atomlobbyist in Bonn.
Ob dieser höchst erfreuliche Zustand der Verwirrung der 'Entsorgungsstrategen' länger anhält ist ungewiß. Schon haben die DWK und die Gorleben-Genehmigungsbehörde PTB Widerspruch eingelegt. In einigen Monaten wird das OVG Lüneburg in zweiter Instanz entscheiden, und dann kann alles anders aussehen. Die Begründung des Urteils allerdings ist bemerkenswert. Kommentar des NDR:*„Es liest sich so, als sei es von den Atomkraftgegnern selbst geschrieben."*
Fazit des Urteils: die Kammer sieht ebensowenig eine Rechtsgrundlage für den Betrieb des Zwischenlagers wie eine Möglichkeit nach 40 Jahren das Zwischenlager wieder leerzuräumen. Die Sicherheit schließlich, so das Gericht weiter, sei nicht nachgewiesen.
Dies ist in jedem Fall Grund genug, sich die 'Entsorgungssituation' bundesdeutscher AKW's und die Zukunft des TBL Gorleben genauer anzusehn.

Wohin mit dem Atommüll?

Mitte der 60er Jahre ging in Kahl (Bayern) das erste AKW der BRD mit einer Leistung von 16 MW an's Netz. Seit dieser Zeit wird im großen Umfang Atommüll produziert.
Derzeit sind 15 Leistungsreaktoren (größer als 300 MW) mehr oder weniger in Betrieb. Das bedeutet, daß allein in diesem Jahr rd. 350 t abgebrannte BE anfallen, die irgendwo gelagert werden müssen.
Der 'Entsorgungsbericht' der Bundesregierung vom August 1983 geht davon aus, daß im Jahr 1990 eine Atomenergieleistung von 23 600 MW und im Jahr 2000 von 30 200 MW installiert sein wird.
Allein zwischen 1985 und dem Jahr 2000 werden also rund 8900 t abgebrannte BE anfallen. Die DWK macht für dieses Problem die folgende Rechnung auf:

„Durch Verträge mit ausländischen Wiederaufarbeitern, d. h. der britischen Firma BNFL und der französischen Cogema sind von diesen 8900 t ab 1985 2700 abgedeckt. Bis heute sind nach Frankreich aus der BRD rd. 1200 t geliefert worden, nach England rd. 20 t (Davon sind ca. 500 t aufgearbeitet.)
Der verbleibende Rest an ausgedienten BE von 6200 t wird in kraftwerkseigenen Lagerbecken oder in den DWK-Zwischenlagern Gorleben und Ahaus eingelagert. Ab Inbetriebnahme der WAA Wackersdorf 1993 werden dann bis zum Jahre 2000 in dieser WAA rd. 2000 t Uran aus ausgedienten BE wiederaufarbeitet werden.
Aus dieser groben und pauschalierten Mengenbetrachtung folgt, daß für das Jahr 2000 mit einem Lagerbestand an ausgedienten BE in einer Größenordnung von rd. 2500 t in der WAA Wackersdorf (nach dem Jahr 2000) wiederaufgearbeitet und diesbezüglich des Restes in Höhe von rd. 1500 t müssen dann auch andere Entsorgungsmöglichkeiten

benutzt werden. Dazu gehört in erster Linie eine verstärkte Ausnutzung der W AA Wackersdorf durch Erhöhung der betrieblichen Verfügbarkeit auf rd. 450 t und 500 t Jahresdurchsatz, der von der DWK angestrebt wird. Darüberhinaus werden voraussichtlich auch Möglichkeiten dazu bestehen, BE im Ausland wiederaufarbeiten zu lassen, und gegebenenfalls könnte auch der zusätzliche Entsorgungswege, nämlich die Möglichkeit zur direkten Endlagerung, genutzt werden."

Soweit H. G. Scheuten, er ist Vorstandsvorsitzender der DWK, in den 'Energiewirtschaftlichen Tagesfragen' vom März 1985 (vgl. Tabelle).

Brennelement-Entsorgung

● Kumulierter BE-Anfall 1985–2000	8900 t
davon ins Ausland	2700 t
● verbleiben für Zwischenlager	6200 t
hiervon werden in der WA 350 aufgearbeitet (1993–2000)	2200 t
● d.h. im Jahr 2000 befinden sich in Zwischenlagern	4000 t
hiervon Vorratshaltung für WA 350 (Wiederaufarbeitung nach dem Jahr 2000, 7jährige Vorlagerzeit	2450 t
● verbleiben für Entsorgung im Ausland oder für WA 350 (Durchsatzerhöhung auf 500 t) oder direkte Endlagerung	1550 t

Entsorgung von ausgedienten Brennelementen, die aus deutschen LWR-Kernkraftwerken zwischen 1985 und 2000 entladen werden müssen. Quelle: DWK

Energiewirtschaftliche Tagesfragen 35. Jg. (1985) Heft 3

Tausendsassa WAA ?

Dieses 'Entsorgungskonzept' ist nicht als ein Papiertiger. Zwischenlager und WAA spielen die zentrale Rolle. Insbesondere die WAA Wackersdorf übernimmt einen merkwürdigen Part. Ein Teil der abgebrannten BE wird wiederaufgearbeitet, was übrig bleibt wird später wiederaufgearbeitet und was dann noch übrig bleibt, wird auch wiederaufgearbeitet, indem mann einfach einen höheren Tagesdurchsatz bei der WAA ansetzt. Ein richtiger Tausendsassa also, diese WAA? Kein Stück, denn selbst wenn sie technisch gefahrlos betrieben werden könnte, was aber hier nicht zur Debatte steht und von der DWK selbst nicht angestrebt wird, selbst wenn sie die angestrebte Kapazität erreichen würde, was aber weltweit noch keine WAA geschafft hat, selbst dann wäre eine WAA kein Beitrag zur Lösung des Atommüllproblems. Die WAA verschärft es vielmehr, denn sie vergrößert das Volumen der später endzulagernden Abfälle um ein Vielfaches und wird nach spätestens 20 Jahren selbst Atommüll. Dies hat jüngst in Bonn der Vertreter der EVU's und DWK-Vize C. Salander auf Befragung von Abgeordneten auch bestätigt.

Die DWK selbst sagt, wenn sie von der 'Entsorgung' spricht kein Wort zu einem Endlager. Mit gutem Grund, denn selbstverständlich kann erst dann von der Lösung des 'Entsorgungsproblems' gesprochen werden, wenn ein sicheres Endlager zur Verfügung steht. Weltweit kann davon keine Rede sein. Das einzige Projekt, das in der BRD für die Endlagerung hochradioaktiver, wärmeproduzierender Abfälle verfolgt wird, ist das Endlager im Salzstock Gorleben. Die Ergebnisse der bisherigen Bohrungen jedenfalls lassen den Salzstock eher als einen nassen Schwamm denn als mögliches Endlager erscheinen. Neuere amerikanishce Studien kommen zu dem Ergebnis, daß Salz grundsätzlich kein geeignetes Endlagermedium ist.

Hier liegt für die nächsten Jahre ein Schwerpunkt des Widerstands, so jedenfalls hat es die Atommüllkonferenz Anfang April in Ahaus beschlossen.

Die Zwischenlagerung ist im 'Entsorgungskonzept' der Bundesregierung und der EVU's die Achillesferse. Zwischenlagerung ist sowohl in den Kompaktlagern des jeweiligen AKW's, wie auch in externen Lagern, wie Gorleben geplant. Ein gleiches Lager ist in Ahaus in Bau, für Würgassen und Stade sind kleinere geplant. Gorleben und Ahaus haben eine Kapazität von je 1500 t BE. Beide Lager werden als 'Entsorgungsnachweis' für ältere AKW's ohne eigene Kompaktlager z. B. für Würgassen, Stade Biblis A+B, Neckarwestheim und Phillipsburg I dringend benötigt.

Fortsetzung nächste Seite

Zwischenlager einsturzgefährdet!

Stellungnahme

Die Zwischenlager bei Gorleben sind über dem Gipshut des Salzstocks Gorleben errichtet worden.Nach den Ergebnissen der Salzspiegelbohrungen zur Erkundung des Salzstocks auf seine Eignung als Endlager ist festgestellt worden, daß der Gipshut mehr oder weniger stark verkarstet ist, d.h. Lösungshohlräume aufweist. Wenn die Gewölbedächer über Karsthöhlen einstürzen, bilden sich an der Erdoberfläche in der Regel Einbruchstrichter, die man als Erdfälle oder Dolinen bezeichnet. Um eine Einbruchsgefahr auf einer bestimmten Bebauungsfläche ausschließen zu können, müßte man durch ein dichtes Netz von Salzspiegelbohrungen nachweisen, daß keine oder zumindest unbedeutende Hohlräume vorhanden sind.

Derartige Untersuchungen sind auf dem Zwischenlagergelände bei Gorleben nicht durchgeführt worden, obgleich u.a. auch das Nieders. Landesamt für Bodenforschung (NLfB) in Hannover im Jahre 1981 empfohlen hat, „das Baugelände auch im Hinblick auf mögliche Verkarstungen durch entsprechende Bohrungen zu untersuchen."

Verzichtet man aber, wie hier geschehen, auf solche Bohrungen, dann hätte man als Ausgleich wenigstens eine spezielle Gründung der Zwischenlagergebäude ausführen müssen. D.h. die Gebäude hätten auf einer starren Bodenplatte errichet werden müssen, so daß im Fall der Entstehung eines Erdfalls dieser praktisch überbrückt würde, ohne daß Teile der Gebäude mit hinabstürzen können. Eine derartige Gründung ist jedoch nicht ausgeführt worden. Stattdessen wurde nur eine Normalkonstruktion mit Hallenstützen auf Einzelfundamenten, Außen– und Giebelwänden auf Steifenfundamenten sowie Bodenteilplatten mit Trennfugen gewählt, die bei einer Erdfallentstehung nicht tragfähig ist.

Unter diesen Aspekten ist es unververständlich, daß für die Zwischenlager sowohl eine Bau– als auch eine Betriebsgenehmigung erteilt worden ist.

Prof. Dr. Eckhard Grimmel, Institut für Geographie und Wirtschaftsgeographie,

Kompaktlager, wie sie in anderen AKW's nachträglich eingebaut wurden, sind juristisch sehr umstritten und z. B. in Biblis seit 1981 gerichtlich gestoppt. Sicherheitstechnisch sind sie in jedem Fall eine Katastrophe.

Lediglich für die neuen 1300 MW- Reaktoren der Baulinie 80, die alle mit Kompaktlagern versehen sind, ist für ca. 8-9 Jahre Lagerkapazität vorhanden. Alle alten AKW's ohne Kompaktlager sind bis zur Halskrause voll und haben erhebliche Probleme, die geforderte 6-9jährige Entsorgungsvorsorge nachzuweisen.

Es gibt also, dürfen die Zwischenlager Gorleben und Ahaus nicht in Betrieb gehen, in der Tat einen 'Entsorgungsengpaß'. Was sind nun die Gründe, die das VG Stade zum vorläufigen Verbot der Einlagerung veranlaßt haben ?

Zwischenlagerung illegal

Das VG Stade, Kammer Lüneburg, sagt, daß es im Atomgesetz (ATG) für diese Art der Zwischenlagerung gar keine Rechtsgrundlage gibt. Es hat festgestellt, daß mit der 4. Novelle zum ATG von 1976, der sog. Ensorgungsnovelle k e i n e gesetzliche Regelung zum Bau und zum Betrieb von externen Zwischenlagern eingeführt wurde.

„Für die Entsorgung schwebte dem Gesetzgeber ein - damals projektierter - geschlossener Entsorgungspark vor. Die §§ 9 a-c ATG sollten demnach eine lükkenlose Regelung der Entsorgung treffen."

Das von der Physikalisch-Technischen - Bundesanstalt (PTB) als Genehmigungsbehörde gewählte Verfahren hatte zur Folge, daß keine Bürgerbeteiligung nach dem Atomrecht, wie sie etwa bei den weit weniger gefährlichen Landessammelstellen zwingend vorgeschrieben ist, durchgeführt wurde. Dieses Verfahren bedeutet aber auch, daß die Genehmigungsbehörde auf den laufenden Betrieb des Lagers keinen Einfluß mehr hat. Auch die atomrechtliche Genehnugungsbehörde des Landes Niedersachsen hat keine Eingriffsmöglichkeiten. Einzig zuständig ist jezt die winzige Baubehörde des Landkreises Lüchow-Dannenberg. Dort gibt es keinen einzigen Fachmann für Atomfragen!

Dieser unhaltbare Zustand ist eine Folge der rechtlichen Klimmzüge, die einzig die Durchsetzung der Zwischenlager ermöglichten.

Das VG erklärt daher in seinem Urteil: *„...Daher wird angesichts der im Entsorgungsbereich in den bisher vorhandenen Bestimmungen grundsätzlich angeordneten Genehmigungsbedürftigkeit sowohl der Errichtunng, als auch des Betriebes der Anlagen (...) eine spezialgesetzliche Regelung für die Errichtung u n d für den Betrieb des Zwischenlager zu fordern sein."*

Das Gericht hat auch die Sicherheit des Zwischenlagers für abgebrannte BE grundsätzlich in Zweifel gezogen. Es hat den von der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg unterstützten Klägern attestiert: *„Sie haben substantiiert dargelegt, daß wesentlich höhere Transportbehältertemperaturen als von der Beigeladenen (DWK/BLG) angegeben zu erwarten seien, als deren Folge umfangreiche Hüllrohrschäden auftreten werden, wodurch bei nicht auszuschließenden Undichtigkeiten des Dichtungssystems der Transportbehälter radioaktive Stoffe in erheblichem Maß frei werden können."*

Die Möglichkeit, schadhafte Castor-Behälter wie vorgesehen aus dem Zwischenlager abzutransportieren, ist nicht realisierbar. *„Das Gefährdungspotential ist auch nicht, wie etwa bei Kernkraftwerken, durch Abschalten schnell zu verringern, sondern allenfalls durch einen langwierigen Abtransport der zwischengelagerten Stoffe, der aber mangels anderer Anlagen nicht realisierbar erscheint."*

„Die Zwischenlagerung könnte sich dergestalt in eine Dauerlagerung verwandeln."

Damit hat das Gericht zugleich darauf hingewiesen, daß es derzeit keine Entsorgung des Zwischenlagers gibt. Das Gericht sagt: *„Im Hinblick auf die bisherige Entwicklung dürften (...) durchaus Zweifel bestehne, ob zum Ende des Einlagerungszeitraums tatsächlich eine WAA oder ein Endlager realisiert werden können."*

Es ist also festzustellen:

1. Externe Zwischenlager sind grundsätzlich kein Beitrag zur Entsorgung, da nach der geplanten langen Zwischenlagerung von 40 Jahren die Entladung der Castor-Behälter unmöglich wird. Zwischenlager vergrößern das Atommüllproblem.
2. Für den Betrieb von AKW's fehlt jetzt auch der formale Entsorgungsnachweis. Die PTB selbst hât in diesem Verfahren argumentiert: *„...die bis 1992 zu erwartenden insgesamt etwa 5590 t Schwermetall in Form von bestrahlten BE könnten nur zu einem Teil der WAA in Karlruhe und ausländischen Anlagen zugeführt werden. Der Entsorgungsnachweis werde von zahlreichen Kernkraftwerksbetreibern ab 1988 nur noch durch das Transportbehälterlager Gorleben und weitere externe Zwischenlager geführt werden können."*

Mit der Klärung der Frage ob es denn eine Rechtsgrundlage für externe Zwischenlager gibt, ist auch das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe beschäftigt. Die BI Lüchow-Dannenberg hatte schon 1982, als die Baugenehmigung vom OVG Lüneburg für rechtmäßig erklärt wurde, Verfassungsbeschwerde eingelegt.

Mit einer Entscheidung ist noch dieses Jahr zu rechnen. Sollte die Rechtsauffassung des VG Stade vom Verfassungsgericht bestätigt werden, dann werden wohl in einigen AKW's die Lichter ausgehen.

Völlig ungeklärt ist die Frage, was mit dem Müll geschieht, der ab 1990 aus Frankreich zurückkommt. Der 'Entsorgungsbericht' der Bundesregierung sieht dafür den Bau von Sicherstellungslagern vor, die die HAW-Glaskokillen aufnehmen sollen.

Solche Lager sind derzeit für Dragahn und für Wackersdorf beantragt, wann und wo mit dem Bau begonnen wird, ist ungewiß.

Da in 5 Jahren der Müll aus Frankreich zurückkommt und eine oberirdische Sicherstellung nicht in Sicht ist, dürften die Betreiber von AKW's in Zukunft in erhebliche Argumentationsnöte kommen, wenn sie die Verträge mit ausländischen Wiederaufarbeitern als den geforderten Entsorgungsnachweis verkaufen müssen.

Hannes Kempmann

Atommülleinlagerung gestoppt:

Bodenbelag muß auf den Müll

Was war die DWK stolz. Endlich, mit großem Polizeiaufwand war es ihr gelungen, am 8. und 9.10. letzten Jahres ihre erste eigene Atomanlage in Betrieb zu nehmen: das Faßlager Gorleben. 505 Fässer mit schwach– und mittelradioaktiven Abfällen aus dem AKW–Stade wurden angeliefert.

Seit der Gründung dieser Gesellschaft mit beschränkter Haftung haben gut 360 Mitarbeiter ca. 1,5 Mrd. DM Verlust erwirtschaftet.
Doch diese Tatsache bürgt nicht für Kompetenz beim Bau von Atomanlagen. Peinlich wurde es schon, als vor der Inbetriebnahme bei einer Vorführung, die dem Einlagerungsvorgang demonstrieren sollte, der extra angekarrte LKW samt Container nicht in die Halle fahren konnte, weil das Tor ca. 20 cm zu niedrig geplant und gebaut worden war. Mit Hammer und Meißel ging man daran, den Fehler zu beheben. Das man einen Notausgang schlicht vergessen hatte, merkte mann erst bei der Bauabnahme und wurde mit betretenen Gesichtern registriert. Richtig kriminell wurde es, als man schwere Baumängel am Boden der Halle vertuschen wollte. Dieser Boden ist ca. 5.500 qm groß und sollte ursprünglich aus einer 60 cm dicken Betonplatte bestehen. Die Herstellung wurde einer Arbeitsgemeinschaft einheimischer Firmen übertragen, schließlich hatte mann Arbeitsplätze versprochen und die Anlage hatte nicht gerade viele Freunde. Hier die Chronologie des Skandals:
– Im Frühjahr 83 mißlang die Herstellung einer ca. 60 cm dicken Betonplatte: die Platte wies bis zu 2 % Gefälle und eine sehr rauhe Oberfläche auf.
– Im Oktober 83 verlangte das Gewerbeaufsichtsamt (GAA) Lüneburg deshalb eine zusätzliche Versiegelung des Bodens, um eine Verstrahlung besser „abwaschen" zu können.
– Daraufhin läßt die DWK einen 2 cm dicken Estrich (Duralit – Sonderhärte 800) – angemischt mit einer Salz(!)lösung – auftragen. Wie aus der technischen Beschreibung des Herstellers zu entnehmen ist, korrodieren bereits bei einer Luftfeuchtigkeit von mehr als 85 % Metalle z.B. Atommüllfässer, die mit diesen Belägen in Verbindung kommen.
– Noch im Dezember 83 hält der TÜV Hannover diesen Belag für ungeeignet.
– Nun unter Zeitdruck im Juni 84, versucht es die DWK mit einer Flüssigharzversiegelung. Dieser Versuch scheitert, da sich das Harz nicht mit dem Duralit–Belag verbindet.
– Daraufhin beantragt die DWK Lattenroste aus Baustahl, um den direkten Kontakt der Fässer mit dem Bodenbelag zu vermeiden. Dieses Verfahren führt wegen zusätzlicher Arbeitsvorgänge im Kontrollbereich nach Ansicht der DWK nur zu einer „unwesentlichen" Erhöhung der Strahlenbelastung des Personals.
– Nach anfänglichen Bedenken stimmen GAA Lüneburg und TÜV Hannover dieser Lösung im August 84 zu. Möglicher Korrosion an den Lattenrosten soll durch Wegwischen von auftretendem Schwitzwasser und häufiger Kontrolle entgegen getreten werden. Die zusätzliche Strahlenbelastung für das Personal wird als hinnehmbar bezeichnet.

Für die Betreiber war das Einlenken von GAA und TÜV dringend notwendig, da die für die erste Anlieferung vorgesehenen Fässer aus dem AKW Stade spätestens am 15.10.84 von Stade abtransportiert sein mußten, um den weiteren Betrieb des AKWs zu ermöglichen. Unmittelbar nach (oder vor?) dem Eintreffen der ersten Fässer im Zwischenlager Anfang Okt. 84 bemerkten Mitarbeiter der BLG Schäden am Fußboden der Lagerhallte. Metallene Abstandshalter, die aus Montagegründen in den Duralit–Estrich eingearbeitet wurden, waren nach einem Jahr so stark korrodiert, daß sie den Bodenbelag aufsprengten.

Seit dem 12. Okt. 84, also nur vier Tage nach Anliegerung der ersten Fässer wurde die weitere Einlagerung auf Anordnung des GAA Lüneburg gestoppt. Pikant: das GAA Lüneburg hat in einem Eilverfahren, indem die BI Lüchow–Dannenberg die Anlieferung noch stoppen wollte, und in dem das Gericht just an diesem 12.10. entschied, argumentiert, es gäbe keinen Grund, an der Sicherheit des Fasslagers zu zweifeln. Von dem verfügten Einlagerungsstopp der erst Wochen später bekannt wurde, war vor Gericht keine Rede. Bis heute wird nun überlegt, wie die Schäden behoben werden können. Letzter Stand der Dinge: Der Duralit–Estrich soll ganz rausgerissen werden. Das GAA Lüneburg hat nur noch ein Problem: Der salzhaltige Zement ist Sondermüll. Bis jetzt wurde noch keine Müllkippe gefunden, auf der dieser Müll deponiert werden könnte. Der Einlagerungsstopp wird also möglicherweise noch einige Zeit andauern. Wärs nicht so traurig, mensch wäre versucht, zu schmunzeln. Aber es ist nicht nur traurig, es ist auch kriminell. Ein Blick in das Strafgesetzbuch ist manchmal hilfreich, hier ist er auch erfreulich: Nach § 311e StGB macht sich strafbar, wer wissentlich eine kerntechnische Anlage oder Gegenstände, die zur Errichtung oder zum Betrieb einer solchen Anlage bestimmt sind, fehlerhaft herstellt oder liefert und dadurch wissentlich eine Gefahr für Leib oder Leben eines anderen oder für fremde Sachen von bedeutenden Wert herbeiführt...
Der TÜV Hannover wies darauf hin, daß der salzhaltige Fußbodenbelag eine stark korrodierende Wirkung hat. Auf dem Boden abgestellte Atommüllfässer werden in kürzester Zeit undicht, ihr radioaktiver Inhalt gelangt an die Umwelt

Durch den Fehler beim Bau ist damit eine Gefahr für Leib oder Leben, der in der Nähe der Anlage lebenden Menschen, im Sinne der Vorschrift des StGB entstanden. Strafbar ist jedoch schon der Versuch der fehlerhaften Herstellung. Diesen Versuch haben die Veranwortlichen bei den Betreibern unternommen, in dem sie daraufhinwirkten, daß das Lager ohne Beseitigung des Baufehlers in Betrieb gehe. Ebenso liegt in dem Vorgang eine strafbare Handlung nach § 323 StGB, der lautet *„ Wer bei der Planung, Leitung oder Ausführung eines Baues oder des Abbruchs eines Bauwerkes gegen die allgemein anerkannten Regeln der Technik verstößt und dadurch Leib oder Leben eines anderen gefährdet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft."*

Die Freude der DWK an ihrer ersten eigenen Atomanlage wird also möglicherweise nicht besonders lange andauern.

Hannes Kempmann

Schacht Konrad

Die von der Physikalisch Technischen Bundesanstalt (PTB) für April d. J. angekündigte Auslegung der Unterlagen für das atomrechtliche Planfeststellungsverfahren verzögert sich um mindestens ein Jahr. Ursache dafür sind die nicht vorliegenden Ergebnisse der seismologischen Untersuchungen und die Auswertungen der noch laufenden Tiefbohrungen. Beide Meßprogramme waren erst aufgrund der Auseinandersetzungen zwischen der PTB und der Stadt Salzgitter um ein Gegengutachten der Gruppe Ökologie durchgeführt worden. Die PTB hatte ursprünglich offenbar vorgehabt, die Pläne ohne die Auswertungen auszulegen, aber dann wohl die öffentliche Kritik gefürchtet. Mit dem Planfeststellungsbeschluß rechnet die PTB in zwei Jahren, mit der Einrichtung des Atommüllagers zwei Jahre später. Da die Zeitplanung insgesamt nicht geändert wurde, muß die PTB das Verfahren im weiteren Verlauf straffen, um die jetzt entstandene Zeitverzögerung aufzuholen.

Im Zusammenhang mit einer unbedingt rechtzeitigen Fertigstellung des Endlagers tauchten erstmals öffentlich Spekulationen über die Nichteignung von Gorleben auf. So meldete die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 23.3.85 *"die Einhaltung des Zeitplans für 'Konrad' ist wichtig, weil sonst Entsorgungsengpässe entstehen könnten, falls sich der Gorlebener Salzstock entgegen überwiegenden Annahmen der Wissenschaftler für die Endlagerung doch nicht als geeignet erweisen sollte."*

US - Studie belegt:

Explosionen im Endlager möglich!

Plagten sich die nieders. Landesregierung und die Physikalisch–technische Bundesanstalt (PTB) seit Jahren damit ab, den Salzstock Gorleben trotz haarsträubender Bohrergebnisse mit der ständig wiederholten Leier „keine Zweifel an der Eignung" gesundzubeten, durchkreuzen jetzt ausgerechnet amerikanische Forscher den bundesdeutschen Plan, weltweit als Erste mit der Lösung des „Entsorgungsproblems" zu glänzen. Die Bundesregierung hat mit der Untersuchung von Salzstöcken aufs falsche Pferd gesetzt. Mitarbeiter des Brookhaven National Laboratory,New York, bestrahlten unter Endlagerungsbedingungen u.a. Steinsalz aus dem „Versuchsendlager" Asse bei Wolfenbüttel – das Ergebnis war im wahrsten Sinne des Wortes „hochexplosiv". Als Folge der Zersetzung des Steinsalzes in den Endlagerschächten durch die Zerfallswärme des Atommülls kommt es unter Wassereinwirkung zu explosiven chemischen Reaktionen.

Gibt die PTB als nötigen Isolierungszeitraum für den Atommüll 100.000 Jahren an, so muß mit einer solchen Katastrophe bereits während der Einlagerungszeit in Gorleben gerechnet werden. Von 1995 an soll ca 50 Jahre lang radioaktiver Abfall eingelagert werden. Anschliessend wird das Bergwerk zugeschüttet, weitere Kontroll– und Überwachungsprogramme werden für entbehrlich gehalten.

Zerstörung des Salzes

Der hochradioaktive Atommüll soll in Gorleben in sogenannten Kokillen, mit einer Stahlummantelung versehenen Glaszylindern, in den die radioaktiven Stoffe eingeschmolzen sind, eingelagert werden. Diese werden in 800 m Tiefe in 300 m tiefen Bohrlöchern aufeinandergestapelt. Durch die radioaktiven Zerfallsprozesse in den Glaszylindern erwärmen sich die Kokillen und das sie umgebende Salz für die ersten 200 Jahre auf Temperaturen um 150 Grad Celsius und kühlen dann erst in den nächsten 1.000 Jahren langsam wieder ab.

Die Bestrahlungsexperimente mit dem Assesalz ergaben, daß das Steinsalz (Natriumchlorid NaCl) durch die radioaktive Strahlung in Natrium und Chlor gespalten wird. Das Natrium scheidet sich dabei als fein im Salz verteiltes (kolloidales) Metall aus, während das Chlor teilweise gasförmig abgegeben wird. **Am stärksten ist dieser Effekt bei Temperaturen zwischen 150 und 175 Grad Celsius**, während er unter 100 Grad und über 300 Grad nahezu verschwindet. Damit ist die radiolytische Zerstörung des Steinsalzes bei den Temperaturen am wirkungsvollsten, die die ersten 200 Jahre im Endlager herrschen. Versuche mit Druck, wie er auch im Endlager zu erwarten ist, verstärkten die Salzzerstörung. Nach 10 Jahren liegt die Menge des um eine Kokille entstandenen Natriums bei neun bis dreizehn Kilogramm, nach 25 Jahren bei 36 bis 57 Kilo, nach 50 Jahren bei 88 bis 153 Kilo und nach 300 Jahren zwischen 230 und 298 Kilo.

Noch während der Einlagerungszeit entstehen im Steinsalz um den hochradioaktiven Abfall herum große Mengen metallischen Natriums und gasförmigen Chlors, beides zusammen eine explosive Mischung. Natrium wird wegen seiner Reaktionsfreudigkeit nur in besonders reaktionsträgen Flüssigkeiten wie Petroleum aufbewahrt, bei Luftzutritt verbrennt es bei der erhöhten Temperatur im Endlager zu Natriumperoxid. Beim Zusammentreffen mit Wasser reagiert es äußerst heftig unter Bildung von Natriumhydroxid (naoH) und Wasserstoff (H2). Bei beiden Reaktionen besteht die Möglichkeit von Explosionen. Aus dem Natriumhydroxid entsteht in Verbindung mit zusätzlichem Wasser aggressive Natronlauge, die zusammen mit Chlor die Stahlummantelung der Kokillen angreifen kann. Und dieses Wasser ist im Endlager in ausreichender Menge vorhanden. Dazu bedarf es nicht erst des mittlerweile selbst von den Betreibern für möglich gehaltenen Wassereinbruchs. Bisherige Untersuchungen ergaben Laugeneinschlüsse im Salz, die ebenso wie das an das Natriumchlorid gebundene Kristallwasser bei Erwärmung oder Zerstörung der Salzkristalle freiwerden. Das durch die Zerfallswärme im Steinsalz entstehende Temperaturgefälle sorgt dafür, daß sich dieses Wasser auf die Kokillen zubewegt.

Endlagerung erledigt

Wenn die Betreiber diese Erkenntnisse nicht ebenso ignorieren und vertuschen würden wie die bisherigen Untersuchungsergebnisse wäre Gorleben als Atommüllager, die bisherigen Forschungen mit Salz als Endlagermedium sowie das jetzige bundesdeutsche „Entsorgungskonzept" überhaupt erledigt. Ging man weltweit und auch in der BRD bislang von einem „Mehrbarrierensystem" für die Endlagerung aus, so stellen diese Forschungen klar, daß es in Gorleben für den hochradioaktiven Müll keine einzige Barriere gibt. Bereits auf dem Hitzakker–Hearing 1983 wurde deutlich, daß die einstmals als Bedingung aufgestellte Barriere Deckgebirge nicht existiert, die Barriere Salzstock löst sich durch Wasserdurchflüsse und die o.a. Forschungsergebnisse in Wohlgefallen auf, die Barriere Stahlummantelung zersetzt sich und die Haltbarkeit der Barriere Glaszylinder ist äußerst fragwürdig.

Französische und australische Untersuchungen ergaben, daß im großtechnischen Verfahren hergestelltes Borosilikatglas starke innere Spannungen, Sprünge und Risse aufweist, die durch die radioaktive Strahlung verstärkt werden. In den Spannungszonen war schon nach einem Monat Liegezeit in 95 Grad C. heißem Wasser eine erhöhte Wasserlöslichkeit des Glases zu erkennen. **Der bisher als größte Katastrophe angenommene Wassereinbruch wird damit nur noch zum zusätzlichen Problem** – er verteilt die bis dahin ausgetretenen radioaktiven Stoffe weiträumig und in viele Erdschichten. Ein radioaktives Georgswerder wird also nicht erst das Problem kommender Generationen sein – wir werden es selbst noch erleben.

Nach amerikanischen Anforderungen wäre der Salzstock Gorleben nicht genehmigungsfähig. Doch dies ficht die PTB und die Landesregierung nich an, *„ die bisherigen Befunde stellen die Eignungshöffigkeit ... nicht grundsätzlich in Frage"* (der nieders. Minister für Bundesangelegenheiten Hasselmann). Nach bisherigen Ausgaben von 176 Mio. DM und geschätzten Investitionen von weiteren 3 Mrd. DM für den Salzstock Gorleben muß es einfach Wunder geben. Noch in diesem Jahr soll mit der Schachtabteufung in Gorleben begonnen werden. In der Asse sollen die „in situ" Versuche aufgenommen werden, d.h. die behälterlose Verfüllung, bei der zu Granulat verarbeiteter Atommüll mit Tritiumwasser angemachtem Zement über Rohrleitungen in 900 m Tiefe verbracht wird.

Auf die amerikanischen Autoren der Studie wurde daher Druck ausgeübt, ihre Ergebnisse doch nicht so konkret auf die (Nicht–)Eignung von Salz als Endlagermaterial zu beziehen.

Quellen:
1. M. Wentz, Gorleben versalzen in: natur 3/85
2. HAZ vom 12.3.85

Anhörung:

Direkte Endlagerung und Wiederaufarbeitung

Am 28. März 1979 beschlossen die Regierungschefs von Bund und Ländern das abschließende Urteil über die zukünftigen "Entsorgungswege" erst Mitte der 80er Jahre zu fällen. Grundlage dazu sollte die Studie "Andere Entsorgungstechniken" werden, die jetzt im Bundestag erörtert wurde. Doch die politsche Entscheidung über die "Entsorgung" fiel bereits mit der WAA-Standortbenennung – einer öffentlichen Auseinandersetzung über die Ergebnisse der Studie wurde damit vorgebeugt.

Die Bundesregierung hatte sich zwar schon längst für die Wiederaufarbeitung entschieden – der Forschungs- und Technologieausschuß des Bundestages ließ trotzdem am 27. März 1985 die Experten aufmarschieren, um sie zur Frage der "Entsorgungskonzepte" zu hören. Da lief ein Ritual ab, das in mancher Hinsicht sicher ganz eindrucksvoll war – am eindrucksvollsten dabei die Zahl der Fachleute: Rund 20 aus dem In- und Ausland waren aufgeboten worden (überwiegend gestandene Kernenergiebefürworter), um die knapp 7 Stunden auszufüllen. Ein ausgeklügeltes System – die Zahl der Fragen, die jede Fraktion stellen durfte, war proportional der Fraktionsstärke – sorgte dafür, daß die CDU/CSU, FDP und rechte SPD ausgiebig zum Zuge kamen.

Dennoch gab es einige interessante Punkte. So war es schon fast peinlich anzuhören, wie die offiziellen Experten sich drehten und wendeten, wenn es um die Kostenfrage ging: Die offizielle "Systemstudie Andere Entsorgungstechniken" weist eindeutige Kostennachteile der Wiederaufarbeitung aus. Schließlich wurde aber klargestellt, daß die Unsicherheiten bei den Rechenannahmen so groß seien, daß dieses Ergebnis nicht belastbar wäre – genausogut könne es umgekehrt sein. Rund ein Viertel der 60 Mio. DM teuren Studie ist damit scho zur Makulatur erklärt worden.

Im ersten Moment verblüffend war es an einer anderen Stelle, Herrn Direktor Salander (DWK) wie einen "Kritiker" reden zu hören – freilich ging es dabei um Probleme der Direkten Endlagerung. Wohlgemerkt: Daß Herr Salander die Direkte Endlagerung kritisiert, ist ihm an sich nicht vorzuwerfen (das stört höchstens die SPD) – es gibt da in der Tat viele berchtigte Kritikpunkte. Vorzuwerfen ist ihm, und vielen anderen Wiederaufarbeitungsbeführwortern, vielmehr eine schon zynisch zu nennende Inkonsequenz: Eine Inkonsequenz, die auf die mangelhaften Erfahrungen und das mangelnde Wissen bei der Direkten Endlagerung ausführlich hinweist – und gleichzeitig die zum einen Teil ebenfalls mangelnden, zum anderen Teil katastrophal schlechten Erfahrungen mit der Wiederaufarbeitung bewußt nicht zur Kenntnis nimmt.

Bemerkenswert auch noch, daß Herr Direktor Stoll (ALKEM) – sozusagen der führende Plutoniumfachmann der Bundesrepublik – bei der Diskussion internationaler Wiederaufarbeitungserfahrungen rundweg abstritt, daß die britische Wiederaufarbeitungsanlage Sellafield/Windscale bereits über 200 kg Plutonium mit dem Abwasser in die Irische See abgeleitet hat. Die Zahl stammt aus hochoffiziellen Quellen (vom britischen National Radiological Protection Board und von Statistiken der EG) – hat Herr Stoll, sonst eher als gewiefter, vorsichtiger Diskutierer bekannt, hier Zuflucht zu einer bewußten Lüge genommen – oder ist er zur Zeit aufgrund gewisser Ereignisse etwas verwirrt?

Noch mehrere solcher Höhepunkte ließen sich hier aufzählen – doch interessant sind auch die Punkte, die auf der Anhörung nicht zur Sprache gekommen sind, weil kein Abgeordneter danach gefragt hat (eine Minderzahl der Abgeordneten hätte schon gerne, kam aber nicht ausreichend zu Wort). Es folgt ein wichtiges Beispiel zu einem Thema, das auf der Anhörung unbedingt ausführlich hätte diskutiert werden müssen, wenn diese Anhörung wirklich eine Funktion im Rahmen demokratischer Willesnbildung gehabt hätte. Diese Funktion hatte sie aber ohnehin nicht, darum ist der folgende Beitrag in **atom** ohnehin besser aufgehoben:

Gefährdung des Betriebspersonals einer WAA

Die Gefährdung des Betriebspersonals der Wiederaufarbeitungsanlage ist einer der wesentlichen Schwachpunkte des "Integrierten Entsorgungskonzeptes". Die DWK hat die zu erwartende Strahlenbelastung sehr optimistisch abgeschätzt. Der Wert, den sie angibt (3,95 Pers. Sv/a; 1 Sv = 100 rem; für eine 700 Jahrestonnenanlage), kann bestenfalls als Wunschziel angesehen werden, das unter idealen Bedingungen vielleicht erreicht wird.

Insbesondere weist die Analyse der DWK /1/ folgende Schwachpunkte auf:

- Inkorporation radioaktiver Stoffe wird ausgeschlossen und leistet damit keinen Beitrag zur Strahlenbelastung. Im Gegensatz dazu ist Inkorporation beim Umgang mit radioaktiven Stoffen heute leider ein fast alltägliches Ereignis; bei den rd. 96 000 nach Strahlenschutzverordnung überwachten beruflich strahlenexponierten Personen der BRD wurden 1983 insges. 12 212 Inkorporations- und Ganzkörpermessungen für notwendig erachtet /2/. In den letzten Jahren wurden im Durchschnitt bei 0,5 – 1% solcher Messungen höhere Inkorporationen festgestellt /3/.
- Teilkörper-Strahlenbelastungen werden nicht berücksichtigt. Der Natur der Arbeit entsprechend, sind aber z. B. gerade hohe Strahlenbelastungen der Hände besonders häufig zu erwarten.
- Strahlenbelastungen des Personals durch Reparaturen werden ebenfalls nicht berücksichtigt; diese entziehen sich lt. DWK einer quantitativen Erfassung. Die erste größere Panne wirft also allein schon sämtliche Abschätzungen der DWK über den Haufen.
- Die DWK setzt voraus, daß sämtliche administrativen Strahlenschutzmaßnahmen völlig perfekt funktionieren. Auch dies ist völlig unrealistisch – es ist menschlich, gelegentlich Fehler zu machen, und die Planung der Arbeit muß dem Rechnung tragen. Bei der Hantierung mit radioaktiven Stoffen kommen immer wieder Irrtümer und Fehlhandlungen vor, wie schon die offiziellen Berichte des Bundesinnenministeriums über "meldepflichtige Vorfälle" zeigen (veröffentlicht z. B. in /3/).
- Die Analyse der DWK ist hauptsächlich an die Erfahrungen in der Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe angelehnt – offenbar stellten z. B. die Franzosen zur Situation in La Hague kaum Daten zur Verfügung, trotz bestehender und oft zitierter Kooperationsverträge! Die Verhältnisse in Karlsruhe (Versuchsanlage) sind aber kaum auf die jetzt geplanten Großanlagen zu übertragen – die betrieblichen Abläufe sind ganz anders, die Instandhaltungs- und Reparaturkonzepte nicht zu vergleichen.

WAA Windscale *Foto B. Junghanß*

– Insgesamt stellt die DWK selbst fest, daß nicht konsequent versucht wurde, Unsicherheiten bei der Abschätzung der Strahlenbelastung durch konservative Annahmen abzudecken. In Kombination mit den anderen Schwachpunkten folgt daraus klar, daß die DWK bestenfalls die untere Grenze der Strahlenbelastung abgeschätzt hat.

Eine realistische Betrachtung führt zu viel höheren Werten für die Strahlenbelastung des Betriebspersonals. Wenn es Schwierigkeiten mit dem unerprobten Fernbedienungskonzept gibt, oder die Alterung der Anlage Probleme schafft, kann die Strahlenbelastung auf das rd. Dreißigfache des von der DWK angegebenen Wertes ansteigen /4/. Es ist bemerkenswert, daß die Ausarbeitungen der DWK einfach als Teil in die "Systemstudie Andere Entsorgungstechniken" übernommen wurden, offenbar, ohne in irgendeiner Form kritisch überprüft zu werden,

Dieser Problemkreis erscheint besonders wichtig angesichts neuester Daten zur Krebshäufigkeit in kerntechnischen Anlagen in den USA – die natürlich nicht nur für die WAA, sondern auch für die Konditionierungsanlage und jedes andere kerntechnische Werk von Interesse sind:

Im Oktober 1984 haben Gewerkschaftsvertreter geheime Berichte über im Auftrag des US-Department of Energy durchgeführte epidemiologische Studien erhalten. Diese Studien stammen von April 1982 und Mai 1984. Sie zeigen z. B. folgendes /5, 6/:

– Arbeiter in Oak Ridge National Laboratory: Leukämiefälle liegen 49% über dem nationalen Durchschnitt.
– Arbeiter der Y-12 waffenproduzierender Anlage der Union Carbide Cor.: Gehirntumore 100 - 400 % über dem nationalen Durchschnitt.
– Uranverarbeitende Anlage in Fernald, Ohio (Betreiber: Department of Energy): Krebs des Verdauungstraktes 36 % über dem nationalen Durchschnitt.
– 2529 Arbeiter aus über 20 Anlagen des Department of Energy, die zwischen 1947 und 1978 mehr als 5 rem Strahlenbelastung erhalten hatten: Mastdarmkrebs 200 % über dem nationalen Durchschnitt.

Die Gewerkschaftsvertreter warfen dem Department of Energy vor, Daten bewußt zurückzuhalten, weil es als Arbeitgeber kein Interesse am Bekanntwerden hat.

Diese Ergebnisse werden in der Kontroverse um die Wirkungen "geringer" Strahlendosen sicher noch eine Rolle spielen. Sie sind ein Beweis mehr dafür, daß das von offiziellen Stellen gezeichnete Bild der Kernenergie als "sicher und sauber" nur dadurch entstehen kann, daß negative Informationen verheimlicht werden.

Jedenfalls verdient die Sicherheit der Beschäftigten in kerntechnischen Anlagen mehr Aufmerksamkeit. Kein energiepolitisches Konzept, und kein Entsorgungskonzept darf auf Kosten derer, die vor Ort eine schwierige und gefährliche Arbeit verrichten, realisiert werden.

Helmut Hirsch

Quellennachweis:

/1/ "Sicherheitstechnische Arbeiten zur Modell-WAA, "Technischer Anhang 13 zum Abschlußbericht "Andere Entsorgungstechniken", DWK mbH, Hannover 1985.

/2/ "Zahlenmaterial über den Vollzug der Strahlenschutzverordnung, Stand: 31. 12. 1983", Bundesinnenministerium, RS II 3 - 515 030/13, Bonn 1984.

/3/ "Umweltradioaktivität und Strahlenbelastung", Jahresberichte des Bundesinnenministeriums, Bonn 1976 -1981.

/4/ "Bericht Wiederaufarbeitung 2", Naturwissenschaftlergruppe NG 350 und Gruppe Ökologie Hannover, Hannover/Marburg 1983.

/5/ Brief der Präsidenten des Atomic Trades & Labour Council, Oakridge, Tennessee; der United Steel Workers of America, Local 8031, Rocky Flats, Colorado; der Int'l Association of Machinists & Aerospace Workers, District 34, Cincinnati, Ohio; und der Oil, Chemical & Atomic Workers, Local 3-689, Piketon, Ohio, an Representative M. Lloyd, Washington, vom 3. Oktober 1984.

/6/ "High Cancer Rates Found in Nuclear Plants", New Scientist, 11. 10. 1984.

alternativkonferenz ATOMWAFFENSPERRVERTRAG

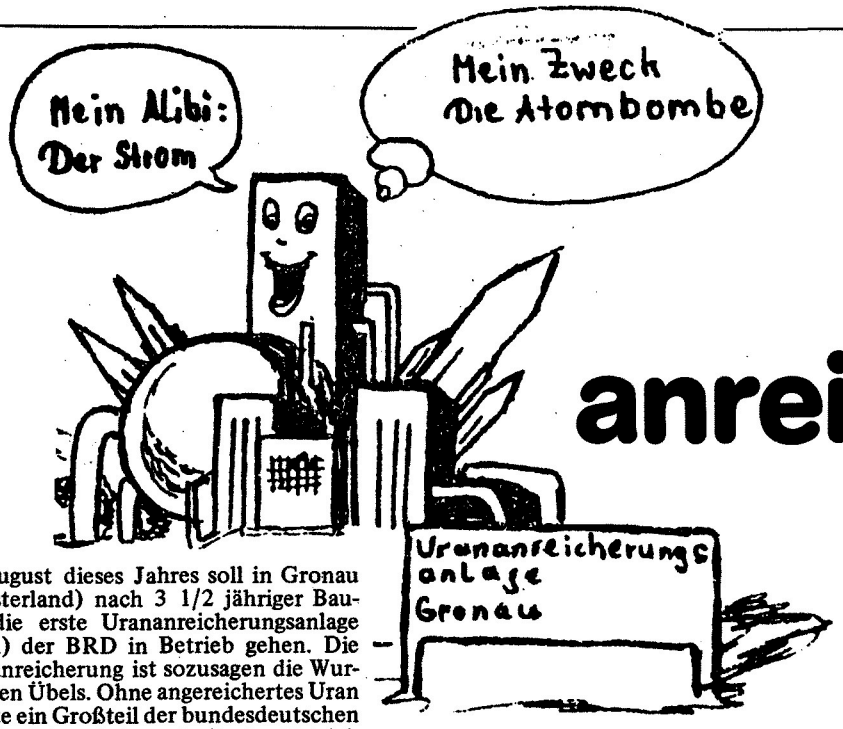
Trotz Atomwaffensperrvertrag – Atombomben „Made in Germany"

Unter diesem Titel wird die Alternativkonferenz zur 3. NPT–Überprüfungskonferenz im September stattfinden. Die Bedeutung der mit dem Atomwaffensperrvertrag (NPT) verknüpften Probleme ist jetzt offenbar auch in der Friedensbewegung deutlich geworden, denn zum 3. Konferenzvorbereitungstreffen am 20.4. fanden sich erstmals mehrere der im Koordinierungsausssschuß vertretenen Gruppen ein. Der festgelegte Trägerkreis repräsentiert ein dementsprechend breites Spektrum, u.a. BUKO (3. Welt Solibewegung), BUF, Friedensliste, KOFAZ, ASF, IFIAS (SPD) für die Friedensbewegung, BI Hanau, Atommüllkonferenz, sowie BBU, Grüne und SPD Hessen Süd. Die Beteiligung letzterer dürfte im Konflikt um die Hanauer Atomfabriken für einigen Zündstoff innerhalb der SPD sorgen.

Konsens bestand über die inhaltlichen Schwerpunkte der Konferenz (Atomtechnologieexport, zivilitärische Atomnutzung/Atomwaffentechnologie, nukleare Aufrüstung), die die Rolle der BRD bei der Entwicklung und Weiterverbreitung von Atomwaffen in das Blickfeld der Öffentlichkeit rücken sollen. Strittig blieb vorerst der Charakter der Sache, d.h. ob es um eine erstmalige Zusammenschau und damit das Öffentlichmachen der Problematik geht (was eine überwiegende Plenumsveranstaltung bedeuten würde) oder ob Detailprobleme vertieft und Handlungsansätze diskutiert werden sollten, was in Arbeitsgruppen auf Kosten einer bewegungsübergreifenden Darstellung ginge. (Näheres siehe Atom Nr. 3). Als Konferenzort wurde Bonn festgelegt.

Nächstes Treffen am 16.5.85. 11 Uhr im Kessenicher Hof, Mechenstr. 55 in Bonn.

Kontakt: Helmut Lorscheid, Klemans-Hofbauer Str. 17, 5300 Bonn, Tel.: 0228/675145



Uran anreicherung

Ein Weg zur Bombe

Im August dieses Jahres soll in Gronau (Münsterland) nach 3 1/2 jähriger Bauzeit die erste Urananreicherungsanlage (UAA) der BRD in Betrieb gehen. Die Urananreicherung ist sozusagen die Wurzel allen Übels. Ohne angereichertes Uran könnte ein Großteil der bundesdeutschen AKW's nicht arbeiten, da für den Betrieb von Leichtwasserreaktoren ein Brennstoff, der zu 3 - 3,5% aus dem spaltbaren Isotop Uran 235 besteht, benötigt wird. Natururan enthätlt jedoch nur 0,7% U 235, der Rest ist nicht spaltbares U 238. Daher muß das Uran in der UAA auf 3 - 3,5% U 235-Anteil angereichert werden.
Der Grundstock für den Bau der UAA in Gronau wurde 1970 mit der Unterzeichnung des 'Vertrages von Almelo' gelegt. Mit diesem Vertrag beschließen Großbritannien, die Niederlande und die BRD gemeinsam die Entwicklung und industrielle Nutzung der Urananreicherung nach dem Ultrazentrifugenverfahren (s. u.) zu betreiben. Auf der Grundlage des Vertrages wurde die URENCO Ltd. gegründet, deren deutscher Partner die Gronau-Betreiberfirma Uranisotopengesellschaft m.b.H. (URANIT) ist. Seitdem wurden in Capenhurst (GB) und Almelo (NL) UAA's in Betrieb genommen.
Nachdem Mitte der 70er Jahre die ersten offiziellen Planungen für eine UAA auch in der BRD bekannt wurden, benannte mann 1976 Gronau (40 km von Almelo entfernt) als Standort.

Gratwanderung zwischen ziviler und militärischer Nutzung

Neben den großen Gefahren, die mit der Handhabung und Lagerung von radioaktivem und hochgiftigem Uranhexafluorid UF 6 (allen dürfte die Havarie des französischen Frachters Mont Louis im Ärmelkanal vom Sommer 1984 noch in schlechter Erinnerung sein) verbunden sind, soll in diesem Artikel v. a. auf die große militärische Bedeutung der UAA eingegangen werden.
Der ehemalige Direktor des kernphysischen Instituts der Uni Münster, Prof. Dr. E. Huster hat einmal gesagt: **„Jeder, dem man eine UAA verkauft, hat damit den Weg frei zu Atom- und Wasserstoffbomben."**

Diese Möglichkeit ist bisher noch nicht glaubwürdig bestritten worden! So windet sich z. B. das Bundesinnenministerium in der Antwort auf eine kleine Anfrage der GRÜNEN im Bundestag zur UAA um klare Antworten herum, wenn es um konkrete Fragen potentieller militärischer Nutzung der UAA Gronau geht. Sie verweist auf den Atomwaffensperrvertrag und die EURATOM-Kontrollen (s. AZ Nr. 26, 27). Da davon jedoch alle Substanzen, die für zivile, medizinisch-wissenschaftliche oder industrielle Zwecke genutzt werden, ausgenommen sind, leitet Zimmermann daraus die Schlußfolgerung ab, daß die BRD befugt ist, „in ihrem Gebiet (...) Anreicherungsanlagen zu errichten und zu betreiben." (Bundesinnenministerium, Geschäfszeichen RS-AGK 4 – 510 211/6, 25. 10. 84).Ganz im Gegenteil:

In einer Bekanntmachung über die Hersteller-Firma der Ultrazentrifugen M.A.N. URANIT Gm bH vom 28. 12. 82 bestätigt das Gronauer Amtsgericht indirekt, daß mit der UAA eine militärische Option verbunden ist. Die Bekanntmachung endet mit den Satz:„Die Gesellschaft d a r f nur friedlichen Zwecken dienen."
Grundsätzlich können alle Anreicherungstechniken sowohl zur Erzeugung von Reaktorbrennstoff als auch zur Herstellung von Bombenmaterial genutzt werden. Zur Umstellung von ziviler auf militärische Nutzung braucht lediglich die innere Organisation einer UAA, konkret die Schaltung der Trennungsmaschinen verändert zu werden, um Uran auf mindestens 10% U 235-Anteil anzureichern. Unterhalb dieser Grenze ist es nicht waffentauglich; von da ab nimmt die Waffentauglichkeit aber rapide zu. So hat es z. B. bei 50%iger Anreicherung schon eine Sprengkraft, die mit der von 100 t TNT vergleichbar ist. Das heißt jede Anreicherungsfabrik bekommt potentielle militärische Bedeutung. Bis 1975 gab es UAA's auf industrieller Ebene nur in Atomwaffenstaaten, erst mit dem deutsch-holländisch-englischen Ultrazentrifugenprojekt sind auch Nicht-Atomwaffenländer mit von der Partie. (vgl. Technische Hochschule Twente (Hrsgb.): Urananreicherung - Geschichte, Technologie, Markt; 1975).
Der Vertrag von Almelo bietet nur scheinbaren Schutz gegen eine Option der BRD auf eigene Atomwaffen. Zwar sind in ihm gewisse Klauseln aus dem Atomwaffensperrvertrag enthalten, aber auf der anderen Seite ermöglichte er erst die deutsche Beteiligung an internationaler Forschung und damit eine Weiterentwicklung der fraglichen Technologie. Außerdem wurde zunächst eine deutsche Pilotanlage in Almelo errichtet, was insofern militärisch höchst brisant ist, als die BRD nur dazu verpflichtet ist, auf eigenem Territorium keine Atomwaffen herzustellen.
Darüberhinaus kommt der Urananreicherung eine Schlüsselposition bei der Entwicklung von thermonuklearen (Wasserstoff) -Bomben zu. Diese benötigen eine Uranbombe als 'Zündhütchen' für die Erzeugung der hohen Temperaturen, die für die Detonation der H-Bombe erforderlich sind (vgl. TH Twente: UAA – Geschichte, Technologie, Markt).

Die Gaszentrifuge

All das sind bekanntlich keine neuen Erkenntnisse. Die Urananreicherung ist vielmehr eine Technologie, an der sich schon Generationen von Wissenschaftlern, Politikern und profitgeilen Industriellen die Hände schmutzig gemacht haben. Dabei stand im Anfang ganz klar die militärische Option im Vordergrund. Den furchtbaren 'Erfolg' ihrer Arbeit führten die ersten von ihnen der Welt dann in Hiroshima und Nagasaki vor.
Auch in Deutschland wurde seit dem 2. Weltkrieg an der Urananreicherung gear-

beitet. Chemiker der Universität Hamburg versuchten, mit Hilfe der Gaszentrifuge (Entdeckung 1919), mit der auch die Gronau-Anlage arbeiten soll, Uran auf 30 -50% anzureichern, um daraus eine Spaltbombe herzustellen. Glücklicherweise kamen die Nazis aber nicht mehr dazu die fast fertige Atombombe auch einzusetzen.
Nach Kriegsende forschten die gleichen Wissenschaftler mit Unterstützung der gleichen Industriekonzerne weiter am Gaszentrifugenverfahren. Nachdem für kurze Zeit das Trenndüsenverfahren (s. u.) in Betracht gezogen worden war, favorisierte mann aber doch bald wieder die Gaszentrifuge, deren Weiterentwicklung, die Ultrazentrifuge, 1957 patentiert wurde. Unter den Nazi-Wissenschaftlern, die an ihrer Entwicklung maßgeblich beteiligt waren, waren auch der Holländer Kistenmaker, späterer Direktor der UAA Almelo und der spätere Leiter der Kernforschungsanlage Jülich, Böttcher.
1960 wurde die gesamte Zentrifugen-Forschung auf Drängen der USA als bombentechnische Schlüsseltechnolgie unter Geheimhaltung gestellt. Sie war durch die Lieferung deutscher Zentrifugen nach Brasilien alarmiert worden und fürchtete um ihre Monopolstellung für angereichertes Uran in der westlichen Welt (vgl. Joachim Radkau: Aufstieg und Krise der deutschen Atomindustrie 1945 –1975, Reinbek 1983). Außerdem entzog die US-Regierung vier amerikanischen Privatfirmen die Genehmigung zur Herstellung und Entwicklung von Gaszentrifugen, da dieses Verfahren schwerer als das in den USA bisher übliche Gasdiffusionsverfahren gegen Mißbrauch zu kontrollieren sei (Die Welt, 25. 3. 1967). Denn Mißbrauch von hochangereichertem Uran behagte den washingtoner Kriegspolitikern nun doch nicht, schließlich wollten sie das Uran selbst haben.
Nach genau diesem Verfahren, bzw. der weiterentwickelten Variante der Ultrazentrifuge, soll nun auch die zukünftige bundesdeutsche UAA in Gronau arbeiten.
Dabei wird gasförmiges UF 6 mit so hoher Geschwindigkeit geschleudert, daß das schwerere U 238 durch die Fliehkraft an die Außenwand der Zentrifuge geschleudert wird, während sich das leichtere U 235 im Zentrum sammelt.
In einer Bewertung aller erprobten Verfahren kommen die Autoren der von der Technischen Hochschule Twente herausgegebenen Studie 'Urananreicherung - Geschichte, Technologie, Markt' zu folgender Beurteilung über die Zentrifugen-Technologie: „(...) Für mittelgroße und kleine hochindustrialisierte Länder mit militärischen Zielen auf dem Kernwaffengebiet ist diese Methode auch sehr günstig. Eine Verbreitung dieser Technologie über die Welt würde den mittelgroßen und kleinen Ländern die Fabrikation von Atom-Waffen sehr erleichtern."
Gegner der holländischen Ultrazentrifugen-UAA in Almelo haben herausgefunden, daß das dort angereicherte Uran teilweise auf Umwegen in die USA gelangt, und dort zum Bau von Cruise Missiles genutzt wird!

Aufruf:

Für Samstag, den 8. Juni, rufen wir alle Atomkraftgegner/innen zu einer Demonstration gegen die Urananreicherungsanlage (UAA) in Gronau (Westfalen) auf. Wir wollen der Atomindustrie und den politisch Verantwortlichen den wachsenden Widerstand gegen die UAA vor der für August geplanten Inbetriebnahme der UAA demonstrieren.
Die UAA wird in der BRD am Anfang des sogenannten "Brennstoffkreislaufs" stehen. In dieser Anlage soll Natururan für den Einsatz in Atomkraftwerken angereichert und somit nutzbar gemacht werden. Ohne angereichertes Uran wären fast alle Atomkraftwerkstypen nicht mehr funktionstüchtig. Daher sollte der Widerstand gegen Atomenergie an den Wurzeln des Übels, also an der UAA, beginnen.

Wir sagen niemals ja zur UAA!

ZEIGEN WIR DER ATOMMAFIA UNSERE BETROFFENHEIT UND UNSEREN UNWILLEN!

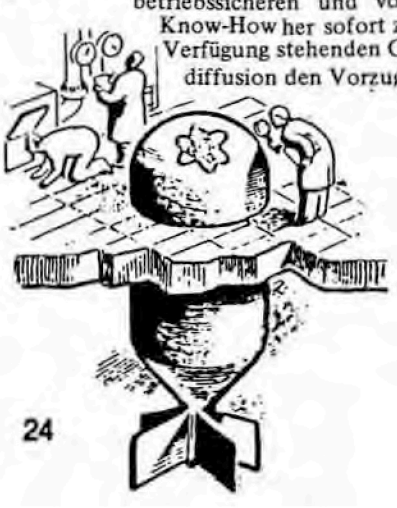
Wir fordern:
Keine Inbetriebnahme der UAA Gronau
Weg mit dem Atomprogramm
Freilassung aller eingeknasteten AKW- und Kriegsgegner/innen

Kontakt:
AKU Gronau, Siedlerweg 7, 4432 Gronau, Tel. 02562/2781

Da die Vorbereitung und die Durchführung von Demonstrationen eine Menge Geld verschlingen, nehmen wir jede Spende "strahlend" entgegen.
Unser Konto: AKU Gronau, Volksbank Gronau, BLZ 401 640 24, Kontonummer 140 966 800

Das Gasdiffusionsverfahren

Die hauptsächlich in den USA und Frankreich, aber auch teilweise in Großbritannien eingesetzte Gasdiffusionsmethode, bei der UF 6 durch eine poröse Schicht diffundiert und sich so in U 238 und U 235 trennt, setzte sich in der BRD nicht durch. Gasdiffusionsanlagen haben einen sehr hohen Energieverbrauch und werden erst wirtschaftlich bei hohen Produktionsraten von 6000 – 9000 t/Jahr. Dafür ist es aber erforderlich gigantische Anlagen mit kilometerlangen Membranen zu errichten. Das Beharren der Franzosen auf der Gasdiffusionstechnologie ist dafür verantwortlich, daß die sich nach dem Krieg zunächst abzeichnende deutsch-französische Zusammenarbeit auf dem Anreicherungssektor nicht zustande kam. Da Frankreich mit dieser Zusammenarbeit eindeutig militärische Ziele verknüpfte, gab es der zwar aufwendigen aber sehr betriebssicheren und vom Know-How her sofort zur Verfügung stehenden Gasdiffusion den Vorzug.



Das Trenndüsenverfahren

Beim Trenndüsenverfahren läßt mann Urangas mit hoher Geschwindigkeit durch eine gekrümmte Düse fließen. Dabei folgt das leichtere U 235 der Krümmung eher als das schwerere U 238, das an der Außenwand der Düse abgelagert wird.
Die kommerzielle Nutzung dieses Verfahrens war in der BRD zwar nie ernsthaft erwogen worden, jedoch spielt es eine entscheidende Rolle bei den kriminellen Technologie-Export-Geschäften der BRD. Das deutsche Unternehmen STEAG, das die Arbeiten am Trenndüsenverfahren im Kernforschungszentrum Karlsruhe finanziert, hat Trenndüsen nach Indien, Brasilien und Südafrika exportiert. Gerade bei diesen Ländern, die alle den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet haben, wäre es naiv zu glauben, daß hinter ihrem Interesse etwas anderes steht als militärische Erwägungen.

Die Laserisotopentrennung

Obwohl die Ultrazentrifuge in Gronau noch dieses Jahr in Betrieb gehen soll, hat das Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) gegenwärtig noch ein zweites Eisen im Feuer, in dessen Entwicklung es eine Million nach der anderen buttert und deren amerikanische Patentrechte sich die Gronau-Betreiber-Firma URANIT bereits Mitte der 70er Jahre gesichert hat die Laserisotopen-Trennung, bei der UF 6 mit Hochleistungslasern, deren Frequenz auf die Resonanzfrequenz des U 235 eingestellt ist, beschossen wird. Dadurch werden die U 235 Teilchen in so starke Schwingung versetzt, daß die Verbindung mit dem U 238 zerbricht. Bis heute ist nicht absehbar, wann dieses Verfahren großtechnisch einsetzbar sein wird, da es noch reihenweise Schwierigkeiten gibt. Trotzdem fließt die staatliche Förderung weiter in dieses Projekt, da „ein so hohes wirtschaftlich-technisches Risiko nicht vom Unternehmer allein getragen werden kann", und da „das Gaszentrifugenverfahren die Grenzen seiner Wirtschaftlichkeit erreicht hat." (Pressemitteilung des BMFT v. 22. 8. 84). Dafür, daß dies nur vorgeschobene Gründe für das staatliche Engagement sind, spricht die Tatsache, daß mit diesem Verfahren in relativ kleinen, gut zu versteckenden, Anlagen in wenigen Arbeitsschritten extrem hohe Anreicherungsgrade zu erzielen sind.
„Wenn die erwartete Produktion mit Laserstrahlen (...) Wirklichkeit wird, ist es selbst möglich, auf Halblaborebene Mengen hochangereicherten Urans zu produzieren."(TH Twente: UAA - Geschichte, Technologie, Markt)

Atomwaffentechnologie für Pakistan

Anklage gegen den Falschen!

Im März wurde vor einem Freiburger Gericht gegen den Inhaber des kleinen Ingenieurbüros CES–Kalthoff, A. Migule, verhandelt. Vorgeworfen wird ihm, eine Anlage zur Urananreicherung, auch geeignet zur Herstellung atomwaffengrädigen Urans, an Pakistan geliefert zu haben. Ein Prozeß, der Aufmerksamkeit verdient hätte und bei dem die Bundesregierung mit auf die Anklagebank gehört hätte, der jedoch aus gutem Grund auf Sparflamme gekocht wurde.

Außer der Lieferung von Anlagen ohne Exportgenehmigung zur Gewinnung von Fluor aus Flußspat sowie zur Fluorierung von Urandioxid zu Uranhexafluorid, (unabdingbar für die Anreicherung) wird M. beschuldigt, *„Zweifel an der Vertragstreue der Bundesrepublik gegenüber dem Atomwaffensperrvertrag geweckt zu haben und somit den außenpolitischen Beziehungen Schaden zugefügt zu haben."(1) „Aufgrund des hohen Stellenwertes, den die Bundesregierung diesem Vertrag und seiner Beachtung beimesse, habe sie ein Interesse daran, den Export nuklearer Technologie in jene Länder zu kontrollieren, die den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet haben und von diesen Ländern notfalls Sicherungsmaßnahmen zu verlangen."*

Uranhexafluorid gilt der Atomkontrollbehörde IAEO als der „Starting–Point–of–Safe–Guards", also als jene heiße Schwelle, bei der die Kontrollnotwendigkeit nach dem Atomwaffensperrvertrag einsetzt.

Trotz der gerichtlichen Anhörung von „Experten"des Auswärtigen Amtes, des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft und des hochkarätigen Vorwurfes wurde M nur zu 8 Monaten Knast auf Bewährung und 30.000 DM Geldbuße verurteilt – ein Strafmaß, das der Richter mit einer durchschnittlichen Wirtshausschlägerei mit einfacher Körperverletzung verglich und das lächerlich ist angesichts der Folgen einer gezündeten Atombombe und nicht zuletzt des nicht genannten Gewinns des 15 Mio DM–Coups.

M. mußte bei seinem Geschäft allerdings nicht besonders raffiniert vorgehen, er nutzte lediglich einen einfachen Trick; wer dem Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft seine Exporte nicht anzeigt und die Anlagen unauffällig deklariert kann die Grenze leicht hinter sich bringen – eine einfache Nichtbeachtung der Genehmigungspflicht, jederzeit wiederholbar. M. hatte die Geräte bei 120 Firmen in der BRD und im europäischen Ausland aufgekauft, auf 62 Lastwagen verpackt und durch den Zoll gesandt. Doch Migule ist nur die Spitze eines Eisbergs. Zia–Ul–Hags Einkäufer erwerben bei ihren nuklearen Einkaufsexpeditionen sogenannte „dual–Use–items" Geräte, die zivil und militärisch eingesetzt werden können und die deshalb keinem Exporttabu unterliegen. Zeitgleich mit Migule lieferte „Team–Industries" Stuttgart, einige Dutzend Frequenzumformer, die auch in der Textilindustrie Verwendung finden. Die Aluminium–Walzwerke Singen steuerten Alu–Randstangen bei, Leybold–Heraeus Vakuumpumpen; einzeln betrachtet harmlose Teile und damit nicht genehmigungspflichtig. Sämtliche Geräte fanden aber beim Bau der Gaszentrifuge, dem Herzstück der Urananreicherung, Verwendung. Und einige Firmen sind nicht neu im Geschäft und damit auch nicht unbedarft. So lieferten beispielsweise Siemens und Leybold–Heraeus bereits Teile für die Urananreicherungsanlage (UAA) im Kernforschungszentrum Karlsruhe (KFK), für die südafrikanische und brasilianische Anlage.

Die Bundesregierung war und ist weit davon entfernt, diese Praxis ändern zu wollen, eine Verschärfung der Bestimmungen wäre eine *„Zwangsjacke für die deutsche Exportindustrie"* (M. Ruck, Atomexperte des Bundesamtes)(3).

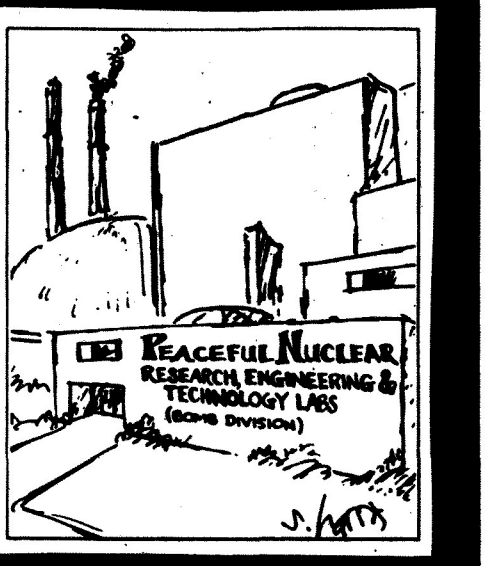
Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus

In den 70iger Jahren wurde das im KfK entwickelte Beckersche Trenndüsenverfahren, das der BRD Unabhängigkeit auf dem Gebiet der Urananreicherung verschaffen sollte, unter größter Geheimhaltung nach Südafrika exportiert, unter maßgeblicher Mitwirkung des damaligen BMFT (Bundesministerium für Forschung und Technologie) –Staatssekretärs Haunschild. Das Geschäft wird bis heute von der Bundesregierung bestritten. 1979 zündete Südafrika vermutlich über dem Südatlantik eine Atombombe. Der Abschluß eines Vertrags über die Lieferung eines kompletten Brennstoffkreislaufs, incl. WAA und UAA, an Brasilien war der zweite Verstoß gegen den Atomwaffensperrvertrag (NPT). Die USA hatten im Gegensatz zur BRD die Lieferung der o.a. „sensiblen" Technologien an Brasilien abgelehnt. Sowohl Brasilien als auch Südafrika verfolgten mit ihrer Nuklearpolitik militärische Optionen und haben den NPT nicht unterzeichnet.

BRD fördert pakistanische Atomtechniker

Nachdem Indien 1974 einen ersten Atomtest durchführte, erklärte der damalige Präsident Bhutto, Pakistan werde die Bombe bauen und *„wenn wir dafür Gras fressen müssen."* 1975 verschwand der pakistanische Atomtechniker Abdul–Quader Khan eines schönen Tages aus der niederländisch–englisch–deutschen Anreicherungsanlage Almelo. Er hatte anläßlich eines längeren Aufenthalts dort Pläne und Know–How für den Bau einer Gaszentrifuge zur Anreicherung atomwaffenfähigen Materials mitgehen lassen – mit einer kompletten Liste der Lieferfirmen. Khan ist heute Atomcheforganisator in Islamabad und überwacht die atomaren Einkaufsbummel seiner Leute.

Zweifel an der friedlichen Motivation des pakistanischen Atomprogramms befielen zumindest die Bundesregierung offenbar nie. So hospitierten mindestens 15 pakistanische Austauschwissenschaftler im KfK und beschafften sich dort auf die bekannte pakistanische Art Unterlagen über die Wiederaufarbeitung. doch diese kleinen Unregelmäßigkeiten trübten das gute deutsch–pakistanische Verhältnis nie – jüngst Kohl sah sich bei seinem Besuch bei General Ul–Haq veranlaßt, die gute Zusammenarbeit zu loben und gleich weitere Abkommen zu schließen.



Alles ist erlaubt – solange mann nicht erwischt wird

Warum darf Haunschild ungestraft Anreicherungsanlagen verscherbeln und Migule nicht? Der Unterschied zwischen Migules und Haunschilds Machenschaften ist in der Teilnahme des US–Geheimdienstes zu sehen. Dieser war bei der Verfolgung von Computer–Experten nach Pakistan auf Migules Lastwagenkolonnen gestoßen und hatten den deutschen Zoll informiert. Die internationale Aufmerksamkeit zwang in diesem Fall zum Handeln – um den Schein zu wahren und die großen Geschäfte zu retten, läßt mann schon mal einen kleinen Fisch über die Klinge springen.

Pakistan steht heute offenbar kurz vor der Atombombe. Es ist in der Lage, Uran anzureichern und verfügt nach eigenen Angaben über eine Anlage zur Wiederaufarbeitung von Uran. (4)

Im Februar dieses Jahres wurde bekannt, daß ein Beschaffungsagent der pakistanischen Atomenergiebehörde in den USA unterwegs gewesen war, um 50 Atombombenzünder zu erwerben.(5)

Anmerkungen:
1. Taz v. 1.3.85
2. Badische Zeitung v. 12.3.85
3. Badische Zeitung v. 16.3.85
4. Taz v. 27.3.83
5. Taz v. 27.2.85

40 000

Die Teilnehmerzahl von 40.000 Demonstranten/innen auf der Großdemo in Schwandorf am 16.2.85, zwei Wochen nach der WAA-Standortentscheidung hatte alle Erwartungen bei weitem übertroffen. Zu der Kundgebung auf dem Marktplatz hatte ein breites Bündnis von Parteien, Verbänden wie dem BUND und kirchlichen Gruppen aufgerufen.

In Sonderzügen unf Bussen reisten die Teilnehmer aus allen Landesteilen an. Dennoch bildeten die „Einheimischen" die Mehrheit der Demonstranten.

Die Redner auf der Kundgebung, neben Vertretern verschiedener Bürgerinitiativen der Schwandorfer Landrat Schuirer, Hubert Weinzirl vom Bund Naturschutz, SPD–MdL Hiersemann, Otto Schily von den Grünen, Robert Jungk und der Pfarrer Leo Feichtmeier wiesen auf die Gefahren und die Unwirtschaftlichkeit sowie die militärische Dimension der WAA hin. Zudem warfen sie der bayrischen Staatsregierung vor, die Oberpfälzer mit dem Argument zu ködern, das Projekt schaffe Arbeitsplätze.

Auf einer anschließenden Kundgebung auf dem zukünftigen Baugelände rief Jens Scheer die Teilnehmer dazu auf, die WAA durch energischen und vielfältigen Widerstand zu Fall zu bringen, wie dies in Gorleben geschehen sei.

Collection Lahitte Foundation
www.luka.org
Digitized 2016

Fotos: Andreas Schoelzel und „Was lefft"

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

Rodungsbeginn für die WAA Wackersdorf

Mitte April wurde der Bebauungsplan, der der DWK „bauvorbereitende Maßnahmen" gestattet, von der Regierung der Oberpfalz genehmigt. Die Baumaßnahmen können allerdings erst nach Veröffentlichung des Planes durch den Landrat Schuierer beginnen. Dieser hatte die Bayrische Landesregierung mit seiner Weigerung, den Bebauungsplan auszulegen, zur Durchsetzung des „Selbsteintrittsrechtes" von übergeordneten Behörden, der „LEX Schurier", veranlaßt. Eine Regelung, die jetzt eventuelle Verzögerungen durch den Landrat vermeiden könnte, **mit Baubeginn muß daher ab sofort gerechnet werden.** Die Baugenehmigung enthält laut eines den oberpfälzer BI's anonym zugegangenen Briefes den Bau einer Sicherungsanlage, bestehend aus Sicherungszaun, Wasserwerferstraße, Beleuchtung sowie eines klar abgegrenzten Bereiches mit „Barrierewirkung" für Demonstranten. Ob eine Ausnahmegenehmigung für weitere Rodungsarbeiten im Sommer erteilt wird, ist noch unklar. Die Polizei rechnet laut Brief mit massiven, gewalttätigen Demonstrationen und einer längeren Besetzung des Baugeländes. Ab Beginn der Bauarbeiten werden Polzeikräfte in der Stärke einer Hundertschaft am Baugelände stationiert, zur Bekämpfung von Großdemonstrationen will die Bayrische Regierung einen extra Einsatzstab aufstellen.

Die BI's lassen sich nicht abschrecken

Derzeit laufen am geplanten Baugelände Waldspaziergänge und Baumvernagelungsaktionen zur Erschwerung der Rodung.
Für den **zweiten Rodungstag** soll eine Telefonkette ausgelöst weden und am Bauplatz durch **gewaltfreie Behinderungsaktion** die Einstellung der Arbeiten erwirkt werden. Gedacht ist dabei an Baumbesteigungen, Ankettaktionen u.ä.
Für den Samstag danach rufen die BI's zu einer massenhaften **„Waldbesichtigung"** auf, bei der verteilte Baumpatenschaften angehängt werden sollen.
Für diese beiden Aktionen rufen die BI's auf zu **bundesweiten dezentralen Unterstützungsaktionen** (s. Aufruf).
Am 12. Mai veranstaltet der Bund Naturschutz und die BI's einen **Sternmarsch** zum Baugebiet mit anschließender Menschenkette.
Vom 10.–18. August entsteht auf einer dem Gelände benachbarten Wiese ein **Sommercamp** der BI's, zu dessen Teilnahme schon jetzt bundesweit aufgerufen wird. Die Woche davor organisiert der BUND ein ähnliches Zeltlager.
Für den 12. Oktober rufen die oberpfälzer BI's sowie die Atommüllkonferenz zu einer **bundesweiten Demo** gegen die WAA in München (in der Höhle des Löwen) auf (s. Aufruf).

Der Rechtsweg

Das beantragte Volksbegehren über den Gesetzesentwurf zur Einrichtung eines „Nationalparks Bodenwöhrer Senke" wurde vom bayrischen Inenministerium als verfassungswidrig verworfen, da er die Handlungsfreiheit der Gemeinden beschneide und nur als Vorwand diene, die WAA zu verhindern.
Der Antrag wurde nun dem Bayrischen Verfassungsgerichtshof in München vorgelegt.

Neues von der Atom–Lobby

Inzwischen hat die DWK den Bauauftrag für die WAA einem Firmenkonsortium unter der Federführung der KWU vergeben. Das bedeutet laut DWK–Chef Scheuten für die Schwandorfer Industrie, daß er „mehr enttäuschte als zum Zuge gekommene einheimisch Firmen" geben wird. Im Klartext: 8,5% des Gesamtauftragsvolumens sollen an ansässige Betriebe verteilt werden, allerdings nur unter der Bedingung, daß sie „konkurrenzfähige Angebote" liefern. Sollten sie dazu nicht in der Lage sein, kommen auch „andere, entsprechend leistungsfähige Unternehmen" zum Zuge. Nicht umsonst geht also bereits die Information um, daß die ersten fälligen Arbeiten von Holzfällern aus Österreich vorgenommen werden.
In der Zwischenzeit diskutiert die Schwandorfer Metallinnung darüber, ob einheimische Betriebe wohl dazu in der Lage sind, die benötigten Zäune zu liefern.
Es wird sich also zeigen, wie viele der laut DWK höchstens 2500 auf der Baustelle Tätigen aus der Oberpfalz kommen werden. Ebenfalls wird sich herausstellen, wie lange sich die Oberpfälzer noch mit Hilfe der vorgegaukelten Arbeitsplätze verarschen lassen.
Neben der radioaktiven Belastung werden sie in Zukunft noch mit einer weiteren Entwicklung konfrontiert: Auf der Messe „Reise 85" in Hamburg bestand bis auf weiteres noch großes Interesse am Urlaubsgebiet „Oberpfälzer Wald". Viele der Standbesucher bekundeten aber ihre Absicht, nach Fertigstellung der WAA nicht mehr zu kommen.

Kehren wir in die Welt der Atomfetischisten zurück: Da wäre zunächst einmal der DWK zu einem gelungenen Ramschkauf zu gratulieren – nicht von der WAA ist die Rede, die wird dem kleinen Stromkunden schon noch mit explodierenden Kosten (die DWK geht selber schon von 10 Mrd DM aus, inklusive Infrastruktur) um die Ohren fliegen, sonder auch von den 130 ha Wald, auf denen Strauß & Co's Lieblingsspielzeug zu stehen kommen soll. Der reale Preis dafür wäre 7 Mio DM, doch der bayrische Landtag schenkte der DWK sage und schreibe 5 Mio DM und so standen nur noch 2 Mio auf dem Kassenbon.
Da das Gelände gar so groß ist, das benötigte Aufarbeitungsvolumen in den 90er Jahren mit 700 t/a bereits das doppelte der Kapazität der geplanten WAA erreicht und das Raumordnungsverfahren bereits zwei Anlagen vorsieht, redet Bayerns Umweltminister Dick bereits von zwei zu bauenden Fabriken.
Zunächst einmal aber soll laut DWK eine WAA bis zur kalten Inbetriebnahme im Jahr 1993 fertiggestellt werden, die entgültige „heiße" Phase würde dann 1995 beginnen. Die erste Teilerrichtungsgenehmigung liegt Mitte dieses Jahres vor.
Ein Hindernis nennt die DWK selber: Durch Einsprüche und Gerichtsverfahren könnte die Bauzeit schnell länger werden. Arbeiten wir gemeinsam daran, daß das Projekt gänzlich undurchsetzbar wird!

Klaus Barm
(Nürnberger BI gegen die WAA)
(Ergänzung Atommüllzeitung)

Weitere Informationen:
BIWAK Regensburg
Tel. 0941/5 55 55
Mi.–Fr. von 16–19 Uhr

Aktionen gegen WAA - Planung in Dortmund

Die erste deutsche WAA, die in den nächsten Jahren im oberpfälzischen Wackersdorf gebaut werden wird, wird höchstwahrscheinlich von zwei der drei großen deutschen Planungsunternehmen bis zur Übergabe an die DWK geplant und organisiert. Die Firmen Uhde in Dortmund und Lurgi in Frankfurt, die bereits auf 20–jährige Zusammenarbeit zurückblicken können, teilen sich dann diesen Auftrag, der ein Finanzvolumen von rd. 3,5 Mrd. DM umfaßt. Die General–Unternehmung will die Mühlheimer KWU übernehmen. Für Uhde in Dortmund ist dies nur ein Auftrag von vielen im großtechnischen Bereich, von ihr werden z.B. auch regelmäßig chemische Werke in der sog. 3. Welt gebaut. Von den ca. 2.500 Uhde Mitarbeiter/innen sind nur etwa 10 % in der WAA Planung tätig. Dieses Unternehmen in Dortmund ist nun kurz nach der Standortbekanntgabe für die WAA bereits zum zweiten Mal Ziel einer Aktion der örtlichen Anti–AKW–Bewegung geworden. Nachdem bereits im Oktober 1984, anläßlich der Atommülleinlagerung im Wendland, ein Vordach des Firmengebäudes besetzt worden war, um ein erstes Mal auf das Unternehmen hinzuweisen, haben am 8. Februar (erneut) Mitglieder und Freundinnen des Ökohaufens in Dortmund sich vorgenommen, die Belegschaft über die WAA–Problematik zu informieren und , solidarisch mit den bayr. BIs, ihren Protest gegen den Bau dieser lebensbedrohenden und wirtschaftlich unsinnigen Anlage auszudrücken.

Nachdem zunächst am Morgen Flugblätter für die Beschäftigten verteilt worden waren, ist mittags eine Gruppe von AKW–Gegnern in die Empfangshalle des Unternehmens gegangen, und hat versucht mit Hilfe von Schautafeln, Flugblättern und Redebeiträgen ihre Position deutlich zu machen. Unter den Augen des firmeneigenen Sicherheitspersonals nutzten nur wenige dieses Angebot. Der Versuch der Gruppe einen Verantwortlichen der Planungsabteilung zu sprechen scheiterte an den Einschränkungen der Firma nur drei Vertreter ohne Presse empfangen zu wollen. Die Aktion wurde schließlich nach einer Stunde mit Polizeigewalt beendet. Anzeigen wegen Hausfriedensbruch wurden angekündigt.
Ökohaufen Dortmund (aber das nächste Mal hoffentlich nicht mit handgeschriebenen Vorlagen, d.S.)

SPD für WAA-Arbeitsplätze

So nicht!

War es nur aus reiner Naivität oder ein politisch bewußter Schritt? Fakt ist jedenfalls, daß die bayerische Landtags-SPD einem CSU-Antrag zugestimmt hat, der sich für den Bau der WAA durch überwiegend örtliche Industrie ausspricht. Vielleicht muß man der SPD zugute halten, daß sie einfach noch nicht so lange zur WAA-Gegnerschaft zählt und ihr von daher langjährige Positionen der WAA-Gegner/innen noch fremd sind?

Ihre Argumentation, „falls" die WAA gebaut werden sollte, müßten Oberpfälzer Firmen auch die Aufträge erhalten, hat auf jeden Fall unter WAA-Gegnern/innen keinen Platz – sie kann höchstens von örtlichen CSU-Größen angeführt werden, die sich's mit keinem recht verderben wollen.

Es ist doch genau das Ködern mit dem Arbeitsplatzargument, mit dem die CSU ein Stillhalten der Bevölkerung, also ihre vielgepriesene Akzeptanz, erschleichen will.

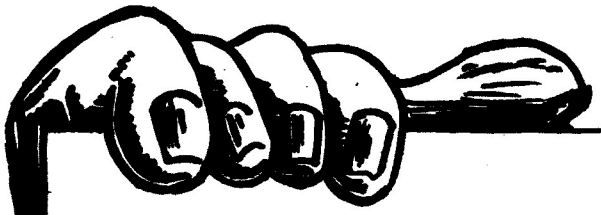
Es kann und darf nicht Aufgabe der WAA-Gegner sein, diese Köder für die Bevölkerung noch besser zu tarnen.

Wenn wir den Beweis führen, aufgrund der Erfahrungen von anderen AKW-Standorten, daß das Gros der Arbeitsplätze nicht an die örtliche Bevölkerung geht, und daß die Stellen, die sie trotzdem noch abbekommen, u.U. kaum in der Lage sind, die durch die WAA zerstörten Arbeitsplätze in gewachsenen Strukturen wie der Teich-, Forst- und Landwirtschaft und dem Fremdenverkehr auszugleichen, dann tun wir das n i c h t, um mehr WAA-Arbeitsplätze für die örtliche Bevölkerung durchzusetzen, sondern um den Menschen deutlich zu machen, daß das Arbeitsplatzargument ein Scheinargument ist, daß es hier nämlich gar nicht um Arbeitsplätze geht – die Arbeitsplätze quasi nur ein Abfallprodukt sind.

Wer sich für den Bau der WAA einsetzt, ist genauso verantwortlich für deren Betrieb. Und niemand soll glauben, nach den ersten Tot- und Mißgeburten und durch Krebs getötete Arbeiter sagen zu können: Das habe ich nicht gewußt – ich wollte doch nur Arbeitsplätze für die Oberpfälzer...

DIE OBERPFÄLZER LASSEN SICH DURCH NICHTS UND NIEMANDEN FÜR DUMM VERKAUFEN!

Aus: Radi - Aktiv
Sondernummer '85



Atompfalz niemals!

Es ist entschieden, daß die WAA nach Wackersdorf kommen soll. Die Voraussetzungen zum Baubeginn werden geschaffen.
In der Region formiert sich der Widerstand. In letzter Zeit haben die Bürgerinitiativen großen Zulauf, und in ganz Bayern bilden sich Initiativen gegen die WAA Wackersdorf. Es finden regelmäßige Treffen und Aktionen auf dem Bauplatz statt (wöchentliche Waldspaziergänge, Bäume vernageln, das Gelände für weitere Aktionen erkunden ...). Die Betreiber werden diese WAAhnsinnsanlage, wenn überhaupt, dann nur mit gewaltsamen Mitteln gegen den Willen der Bevölkerung durchsetzen können.
Die Oberpfalz wacht auf, aber das Gefährdungspotential der WAA betrifft nicht nur Bayern :

- bei einem Unfall müßten große Teile Europas evakuiert werden
- schon im störungsfreien Normalbetrieb wird ein vielfaches Mehr an Radioaktivität freigesetzt, als von einem Atomkraftwerk. Davon sind nicht nur große Teile der BRD betroffen, sondern auch andere Staaten, wie Österreich und die CSSR.

In der WAA wird Atommüll verarbeitet, der aus vielen Atomanlagen in der ganzen Bundesrepublik stammt und als gefährliche Fracht durch die ganze BRD transportiert werden muß.
Die WAA wird als Entsorgungsnachweis propagiert, obwohl sie das Atommüllproblem nicht löst, im Gegenteil sogar verschärft. Mit der Wiederaufbereitung forciert die Bundesrepublik die Plutoniumwirtschaft mit der Möglichkeit für den Bau von Atomwaffen. Die Folge ist der Atomstaat : die Grundrechte werden weiter eingeschränkt; die Bevölkerung wird nicht vor den strahlenden Anlagen geschützt, sondern diese strahlenden Anlagen vor der Bevölkerung. Davon sind wir alle betroffen. Bisher konnte die bundesweite Anti-Atom-Bewegung verhindern, daß eine WAA gebaut wird.
Sowie der erste Baum für die WAA fällt, und das kann noch im April geschehen, wird es in der Oberpfalz keine Ruhe mehr geben. Aber die Atommafia sitzt nicht nur in der Atompfalz, sonder überall. Zeigt ihr, daß sie nirgendwo in Ruhe gelassen wird !

1. Am **2. Rodungstag** finden Widerstandsaktionen am WAA-Bauplatz statt. Wenn ihr nicht hinkommen könnt, ärgert, behindert, stört den Atomfilz aus Politik und Industrie, wo immer ihr ihn findet !
2. Am **ersten Samstag nach Rodungsbeginn** planen die bayerischen Bürgerinitiativen eine große Waldbesichtigung und Spontanaktionen. Kommt hin oder macht eure Begleitmusik zu Hause!
3. Ab **11. August** finden Zeltlager in der Nähe des WAA-Geländes statt.
4. Am **12. Oktober** demonstrieren wir vor der bayerischen Staatsregierung in München gegen das WAAhnsinnsprojekt.

Weitere Informationen gibt's im BIWAK-Büro, Spiegelgasse 10, 8400 Regensburg, Tel.: 0941/55555; Mi.,Do.,Fr. 16-19 Uhr und Sa. 10-13 Uhr.

DIE ATOMMÜLLKONFERENZ

RadiAktiv

AUS DEM INHALT:

40 000 in Schwandorf – vorher, nachher..... 4

Wer provuziert wen? Polizei und Politiker rüsten sich 6

SPD stimmt für WAA-Arbeitsplätze 9

Standortentscheidung – Reaktionen 10

Wie ght's weiter?..... 25

Die Kirche – Kumpanei mit den Mächtigen?..... 27

Interview mit Robert Jungk... 28

Chronologie des Widerstands.. 33

Herausgeber:
LAKO – Landeskonferenz der bayrischen Anti-AKW-Bürgerinitiativen

Redaktion:
NIGA – Nürnberger Initiative gegen Atomanlagen

Bestellungen:
NIGA c/o Anita Aschenbrenner
Keßlerplatz 15
8500 Nürnberg 20

Konto: Postscheckkonto Nürnberg, Angelika Tobias-Gottschalk (Sonderkonto)
Nr.: 21720 - 855

Ein Jahresabo (5 Ausgaben) kostet incl. Porto 20 DM. Ein Förderabo kostet 30 DM. Ab 5 Exemplaren kostet 1 Exemplar 2,50 DM zuzüglich Porto.

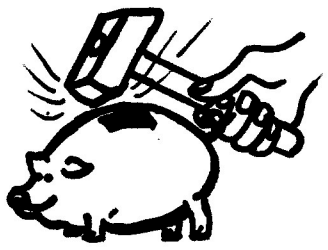
Einzelpreis: 3 DM

Bestellt gleich mehrere Radi's und sorgt für den Weiterverkauf!

SPENDENAUFRUF WEGEN ANTI–WAA–SPRÜH–PAROLEN IN SCHWANDORF

Anfang Dezember letzten Jahres wurden in der Innenstadt von Schwandorf mehrere Gebäude mit Anti-WAA-Parolen besprüht.
In diesem Zusammenhang wurden acht Leute von der Polizei festgenommen, die jetzt der Tat verdächtigt werden und gegen die inzwischen ein Ermittlungsverfahren wegen Sachbeschädigung eingeleitet wurde. Es handelt sich um einen Sachschaden zwischen 50. und 100.000 DM.

Durch Vorbereitung und Durchführung der Prozesse entstehen eine Menge Kosten (Rechtsanwälte...).
Der Kampf gegen die WAA und ihre Betreiber ist unsere gemeinsame Sache ! Wir fordern deshalb alle WAA-Gegner/innen auf, uns finanziell zu unterstützen.
Sollten wir aufgrund von Freisprüchen einen Teil des Geldes wieder zurückkriegen, werden wir damit einen Rechtshilfefond aufbauen, der Leute unterstützen soll, die im weiteren Verlauf des Anti-WAA-Widerstandes kriminalisiert werden.
Spendenkonto : 10 524 622, Bayer. Raiffeisen-Zentralbank, BLZ 750 600 00, Ludwig Hopfensperger



Vom 2. bis 4.Mai 1985 fand in Bonn nicht nur der Weltwirtschaftsgipfel statt, sondern es gab auch eine Vielzahl von Veranstaltungen, Aktionen und Demonstrationen gegen diese konzentrierte Ansammlung des »Bösen« auf dieser Welt. Leider überschnitt sich wiedereinmal der Drucktermin dieser Zeitung mit einer größeren Aktion, über deren Verlauf wir gerne noch etwas geschrieben hätten. Aber es ließ sich nicht vermeiden, daß die neue atom geradeeben vor dem Gipfel herauskommt, zu spät, um mit dieser Nummer zu den Aktivitäten zu mobilisieren, zu früh, um über die selben zu berichten. Also Funkstille zum Weltwirtschaftsgipfel? Mitnichten! Nach durchaus kontroverser Diskussion haben wir uns dazu entschlossen, einen inhaltlichen Artikel über die Bedeutung der Weltwirtschaftsgipfel abzudrucken, sowie in einem weiteren Artikel die politische Entwicklung der Aktionen gegen den Gipfel nachzuzeichnen und zu guterletzt noch zu versuchen, wie wir unser eigenes Verhalten in diesem Zusammenhang nachträglich zubeurteilen.

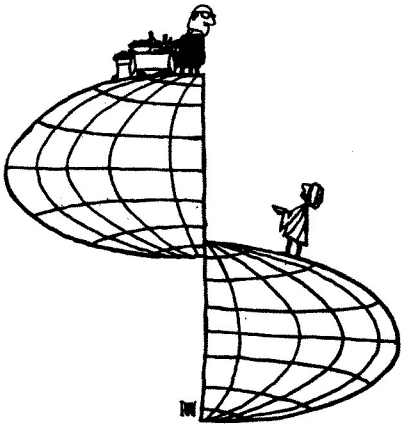
Wie alles anfing ...

Der Termin des WGG war in Insiderkreisen der Friedensbewegung bereits im Spätsommer 1984 bekannt. Es wurden auch in einzelnen Organisationen - vor allem in Kreisen der DKP und ihr nahestehender Gruppen - erste Überlegungen in Richtung einer Aktionsplanung angestellt. Dabei zeigte sich aber sehr früh, daß es eine zeitliche Überschneidung mit den aus diesen Kreisen bereits seit 1983 vorbereiteten Aktionen zum 40.Jahrestag des Kriegsendes geben würde. So war das Interesse aus dieser Richtung gering, eigenständige Aktionen gegen den WWG zu initiieren. Andere Gruppen aus dem Spektrum des Koordinierungsausschusses KOA der Friedensbewegung warteten zunächst einmal ab, ließen die nur mäßig erfolgreichen Herbstaktionen 84 verstreichen und stürzten sich dann in eine länger andauernde Selbstverständisdiskussion des KOA, die in einem faktischen Auseinanderfallen dieses seit 1982 in unterschiedlicher Zusammensetzung operierenden Gremiums endete. Formal wurde zwar der Kompromiß erzielt, den KOA als Diskussionsrunde fortbestehen zu lassen, ihm aber während einer einjährigen »Beratungsphase« jede Entscheidungskompetenz zu nehmen und grundsätzlich keine bundesweiten Großaktionen mehr zu initiieren bzw. zu unterstützen. Einzig einen »Großen Ratschlag der Friedensbewegung«, der im Juni dieses Jahres stattfinden soll, darf der einst so mächtige KOA noch vorbereiten. Während dieser sich bis Anfang 1985 hinziehenden Zerfallsdiskussionen entstand keinerlei Initiative zu möglichen Aktionen gegen den WWG, obwohl die Zeit nun schon bedrohlich kurz geworden war. Auch die Grünen und die unabhängigen Friedensgruppen - im Bundeskongreß BUF zusammengeschlossen, vermochten sich zu keiner Initiative durchringen, viele wußten noch nicht einmal von diesem anstehenden wichtigen Termin.

So blieb es einigen Leuten aus dem Göttinger Arbeitskreis vorbehalten, auf der Bundeskonferenz der Anti-AKW-Gruppen Ende November in Braunschweig mit dem Aufruf: »Wir stürmen den Weltwirtschaftsgipfel« die Aktionsplanung ins Rollen zu bringen.

Der Göttinger AK lud daraufhin zu einer bundesweiten Aktionskonferenz gegen den WWG für den 9.Februar nach Göttingen ein, sowie zu einem Vorbereitungstreffen Mitte Januar in Münster. Ebenfalls im Januar kam es dann zu einem ersten »informellen Treffen« in Bonn auf Einladung des BBU unter der Beteiligung des DKP-und SPD-Spektrum, die die Göttinger Aktivitäten mißtrauisch und sorgenvoll beobachtet hatten. Auf diesem Treffen zeigten sich erstmals - jedenfalls für uns - die sehr grundlegenden inhaltlichen und aktionsmäßigen Differenzen innerhalb des Bonner KOA's. Vor allem die tradionellen Fraktionen der bundesdeutschen Friedensbewegung mochten sich mit Aktionen den den WWG nicht anfreunden, im Gegenteil, schienen sie zu fürchten, wie der Teufel das Weihwasser. Dabei spielten offensichtlich folgende Überlegungen eine Rolle:

- beim mehr SPD-orientierten Spektrum, also JUSOS, Gewerkschaften, Gustav-Heinemann Initiative, die Mehrheitsströmung im BBU-Vorstand und den SPD beeinflußten kirchlichen Gruppen waren grundsätzliche inhaltliche Schwierigkeiten vorhanden, gegen den Gipfel als solchen Protestaktionen zu starten, da sie den Gipfel als Institution, als Ausdruck westlichen imperialem Politikverständnisses, nicht konsequent ablehnten. Schließlich war Kanzler Schmidt jahrelang der unumstrittene Star der Weltwirtschaftsgipfel und auch ein Kanzler Jo-



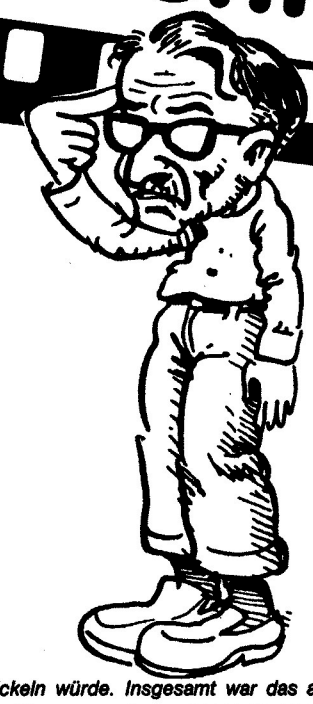
chen Vogel würde sich eher beim Gipfel zu profilieren versuchen, als ihm etwa demonstrativ fernzubleiben. Dazu kam die allgemeine Einschätzung dieses Spektrums, daß es zur Zeit keine Basis für Aktionen mit Massencharakter gäbe, und man sich daher lieber auf sicherere Termine wie die Ostermärsche konzentrieren sollte. Eine nicht ganz unbedeutende Rolle dürfte bei den SPD-nahen Organisationen auch der anstehenden Landtagswahlkampf in Nordrheinwestfalen gespielt haben. Allein die Parteiloyalität hätte Gipfelabstinenz verlangt, um nicht Ministerpräsident Rau in zusätzliche Schwierigkeiten zu bringen, ganz abgesehen von Innenminister Schnoor, zuständig für den Polizeieinsatz am 4.Mai in Bonn.

Auf der anderen Seite hatte das SPD Spektrum aber auch frühzeitig erkannt, daß ein völliges Ausklinken aus den WWG-Aktivitäten auf Widerspruch in den eigenen Reihen stoßen könnte. So wurde als Auffangmöglichkeit eine Saalveranstaltung ins Auge gefaßt und andererseits alles unternommen, um die Aktivitäten der unabhängigen Gruppen nicht zu groß werden zu lassen.

- beim mehr DKP-orientierten Spektrum war die die Ausgangspositon sehr viel komplizierter. Politisch inhaltlich gab es zunächst einmal keine Schwierigkeiten mit dem Gipfel. Aber da war die nicht lösbare Terminüberschneidung mit den Aktivitäten zum 40.Jahrestag. Eine Aktionseinheit unter der Führung der VVN (Vereinigte Verfolgte des Naziregimes) und unter Einschluß des linken SPD- und DGB-Flügels mobilisierte seit Monaten zu 3 zentralen Großkundgebungen in Frankfurt, Hamburg und Köln und zwar ausgerechnet auch am 4.Mai, weil der 8.Mai nun mal in der Woche lag. Das DKP-Spektrum saß dabei, wie sich später zeigte, zwischen allen Stühlen: es sympathisierte mit den Aktivitäten gegen den WWG, konnte und wollte seine eigenen Planungen anläßlich des 40.Jahrestages nicht gefährden.

Auf diesem Bonner Treffen gab es auch den ersten Kontakt innerhalb des unabhängigen Spektrums der Friedensbewegung, den Grünen, 3.Weltgruppen und Gruppen aus der Anti-AKW-Bewegung. Dabei zeigte sich, daß sowohl die Grünen, als auch der BUF und die oppositionellen kirchlichen Kräfte wie ESG (Evangelische Studentengemeinden) und IKVU (Initiative Kirche von unten) die Initiative der Brauschweiger Bundeskonferenz unterstützen und sich an den Planungen gegen den Gipfel beteiligen würden. Am Ende des Treffens hatte man also mit folgender Konstellation zu tun: SPD und trationell kirchliche Gruppen lehnten jede Aktionsplanung gegen den Gipfel entschieden ab, die DKP orientierten Gruppen hätten zwar wollen, konnten aber nicht, der Rest stieg in die weitere Vorbereitungsphase ein und rief gemeinsam zur Aktionskonferenz im Februar auf. Ein mögliches Tribunal im Saal wurde von allen Gruppen befürwortet, von den erstgenannten aber nur, wenn dies in strikter Abgrenzung von allen anderen Aktionen geschieht, was wiederum die anderen Gruppen ablehnten. Das SPD- und DKP-Spektrum setzte zudem optimistisch darauf, daß sich das kunterbunte Spektrum von Grünen bis zu den Autonomen sowieso nicht würde einigen können und sich das Problem von selbst lösen würde und am Ende ein Tribunal unter Federführung des trationellen Spektrum als einzige größere Veranstaltung realisiert werden würde.

Aktionskonferenz



Am 9.Februar fand dann die erste und in diesem Rahmen auch einzige bundesweite Aktionskonferenz gegen den WWG statt. Ca. 350 bis 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem Spektrum der unabhängigen Friedensgruppen, Anti-AKW- und 3.Welt-Gruppen, den Grün-Alternativen, den verschiedensten Gruppieren aus dem autonomen Spektrum, sowie einigen Beobachten von BBU und DKP. Allein die große Beteiligung belegte das breite Interesse an gemeinsamen Aktionen gegen den Gipfel. Eine Konferenz dieser politischen Zusammensetzung und Größenordnung war seit Jahren in der BRD nicht mehr zustandegekommen, insofern war die Konferenz ein gewisser Erfolg und eine Bestätigung des bisherigen Vorgehens. Dennoch ging die Konferenz am Ende im Chaos unter und war nicht in der Lage, eine gemeinsame Aktionsplanung zu verabschieden. Die Gründe dafür sind nur schwer zu analysieren. Von der allgemeinen politischen Ausgangslage her gesehen, hätte es nicht zu dieser Beschlußunfähigkeit kommen dürfen. Auch die vorliegenden Papiere waren nicht so kontrovers, daß man sich nicht auf ein Kompromißpapier hätte einigen können. Entsprechend mußten andere Gründe für das Scheitern der Konferenz ausschlagegebend gewesen sein: Mißtrauen zwischen den unterschiedlichen politischen Strömungen, mangelnde Toleranz anderen politischen Auffassungen gegenüber, bzw. sich überhaupt mit diesen zu befassen, unzureichende Vorbereitung bei vielen Gruppen, die über ihre Position vorher gar nicht, oder ohne konkretes Ergebnis diskutiert hatten, nur schwer nachvollziehbare taktische Winkelzüge bei anderen. Daraus folgte eine potentielle Entscheidungsunfähigkeit bei vielen Anwesenden und wie schon so manches mal gab die weit verbreitete politische Disziplinlosigkeit der Konferenz den Rest.

Aber auch die real vorhandenen Differenzen kamen nicht zum Ausdruck. Unserer Meinung trafen in Göttingen vor allem 3 Einschätzungen zusammen:

1. Die Einschätzung vieler Autonomer, zunächst einmal den Verlauf der Diskussion in den Gruppen und Städten abzuwarten und sich von daher alle Möglichkeiten in Bezug auf Ort, Zeit und Charakter einer zentralen Aktion offen zu halten. Im autonomen Spektrum selbst gingen die Meinungen weit auseinander. Einige wollten keine zentrale Aktion, weil sie zwischen Friedenslatschdemo und einem zweiten Krefeld keine machbare Alternative sahen, einige sprachen sich für dezentrale Aktionen in den Städten aus, die dann in einer politischen Aktion zusammengefaßt werden könnten, wieder andere sympathisierten mit einer militanten Massenaktion -»wir sind beim Gipfelabendessen dabei«-, wenn die Stimmung sich entsprechend entwickeln würde. Insgesamt war das autonome Spektrum zwar stark vetreten, konnte aber keine ausdiskutierten Positionen einbringen und war insgesamt am schlechtesten vorbereitet, vor allem was die Kenntnis des Diskussionstandes in anderen Gruppen anging.

2. Die Position des »Mittelblocks« mit folgender Einschätzung: Wir müssen zwischen den beiden möglichen Extremen einer Friedenslatschdemo auf der einen und einer isolierten militanten Aktion auf der anderen Seite einen Aktionsweg beschließen, der ein Optimun an politischer Kraft und Provokation gegen den Gipfel organisiert, ohne sich der Gefahr größerer direkter Auseinandersetzungen mit dem Polizeiapparat aussetzen zu müssen. Zwei Dinge wären dafür Voraussetzung gewesen: einmal in dem Spektrum zwischen Grünen und Autonomen eine feste Aktionseinheit zu schmieden und was den Demonstrationsort, die Zeit und die mögliche Route angeht, sich dem Gipfelgeschehen so dicht und so direkt wie möglich zu stellen und damit eine gewisse Widerstandbereitschaft für alle sichtbar praktisch unter Beweis zu stellen. Diese Position, die in erster Linie auf die eigenen Kräfte im vorher umschriebenen Spektrum setzte, wurde auf der Konferenz z.B. im Göttinger Vorschlagspapier deutlich.

Das Vorschlagspapier tendierte auf eine Aktionsplanung, wie sie in der Vergangenheit zu Bremerhaven 1983, den Herbstmanövern 84 und der Wendlandblockade zustandegekommen und sich bewährt hatte.

3. Die Position der BUF, die sehr stark von taktischen Überlegungen in Richtung Bündnispolitik im Bonner KOA geprägt war. Am Vorabend der Göttinger Konferenz beriet der BUF-Trägerkreis seine Position. Das Göttinger Vorschlagspapier lag diesem Treffen bereits vor, ein Vorschlag aus dem Mittelblock und entsprechend als Kompromißpapier tendiert. Der BUF formulierte allerdings in klarer Abgrenzung eine eigene Beschlußvorlage, die sich rein formulierungsmäßig zwar nur unwesentlich vom Göttinger Vorschlag unterschied, in der Intention jedoch, wie sich dann auf der Konferenz zeigte, in eine ganz andere Richtung ging. Vorangiges Ziel der BUF Überlegungen war, in kommenden Bündnisverhandlungen mit der VVN und vielleicht noch mit dem BBU ein vermeintlich verhandlungsfähiges Beschlußpapier aus der Göttinger Konferenz mitzubringen. Auf ein Aktionsbündnis ohne zumindest einen Teil der trationellen Friedensorganisationen gab der BUF zu dieser Zeit nichts. In der Diskussion wurde sehr deutlich, daß der BUF, bzw. die ihn vertretenen Personen, die Option auf ein mögliches Bündnis in Richtung VVN und die Verlegung deren Demo am 4.Mai von Köln nach Bonn wichtiger war, als ein möglicher Kompromiß mit dem in Göttingen anwesendem Spektrum. Entsprechend wurde der BUF Antrag begründet: es sei notwendig, die VVN und den BBU mit einem »salonfähigen« Beschluß politisch unter Zugzwang zu setzen. Dabei ging es nicht nur um eine »kalkulierbare Aktion«, der sich auch traditionelle Kräfte ohne Bauchschmerzen anschließen könnten, sondern es ging auch um die Aufnahme der Inhalte der VVN Demo zum 40.Jahrestag der Kapitulation und zwar als einen ganz wesentlichen, wohlmöglich sogar dominierenden Teil der Aktionen gegen den Weltwirtschaftsgipfel. Diese überaus starke inhaltliche Fixierung auf die Inhalte der VVN Aktionen dürfte auch auf den Einfluß des KB (Kommunistischer Bund) zurückzuführen sein, der intern den Aktionen gegen den 40.Jahrestag die erste Projorität eingeräumt hatte.

Auf dieser aktionsmäßigen und inhaltlichen Grundlage war klar, daß der BUF sein Vorschlagspapier bereits als äußersten Kompromiß verstand und ein Abrücken von diesem zum frühzeitigen Scheitern der Bündnispläne geführt hätte. Nicht zuletzt das dermaßen begründete kompromißlose Verhalten des BUF in Göttingen führte zu dem kontraproduktiven Ergebnis, daß sich die Autonomen in Abgrenzung zu den BUF Plänen auf eine zuvor gar nicht vorhandenen Maximalposition einigelten, nämlich nun unbedingt beim Gipfelessen dabei sein zu wollen. Die Folge war die politische Handlungsunfähigkeit der gesamten Konferenz, denn jeder Kompromißantrag war bei der festgefahrenen Ausgangsposition zum Scheitern verurteilt.

Ende gut, alles gut?

Nach dem Scheitern der Göttinger Konferenz war der Katzenjammer groß, vor allem bei uns in Göttingen - hatten wir doch soviel Zeit und Kraft in die Vorbereitung und Organisation des Treffens gesteckt. Alle Anstrengungen schienen umsonst gewesen zu sein, die letzte Chance vertan. SPD und DKP hatten in ihrem Optimismus recht gehabt.

Nach einer kurzen Phase völlige Lähmung gab es dann aber doch neue Initiativen: der BUF lud für den 2.März zu einem Treffen in Bonn ein, das Umweltzentrum Münster zu einer »2.Aktionskonferenz«, die einen Tag später stattfand.

In Bonn diskutierten ca. 60 Leute aus dem autonomen, unabhängigen und grünalternativen Spektrum den ganzen Tag lang äußerst diszipliniert, und siehe da, was drei Wochen zuvor noch unmöglich war, man einigte sich auf eine gemeinsame Großaktion am 4.5., auf ein Tribunal am 3.5. und auf die Bildung eines Trägerkreises, der die Aktionen vorbereiten und koordinieren sollte. Der Wille, in letzter Minute doch noch zu einer Einigung zu kommen, war bei allen Anwesenden unverkennbar - ein eindeutiger Fortschritt gegenüber der Göttinger Konferenz. Zudem hatten sich in der Zwischenzeit alle taktischen Überlegungen in Richtung auf die traditionelle Friedensbewegung erübrigt: denn diese wollte auch bei noch so viel Zugeständnissen nichts mit einer Großdemonstration zu tun haben und ein Tribunal nur dann mittragen, wenn der Zusammenhang zur Demo ausdrücklich ausgeklammert bliebe. Lediglich die VVN ließ weiterhin Interesse durchblicken, mußte aber klein beigeben, nachdem die SPD signalisiert hatte, ihrerseits aus allen Bündnissen anläßlich des 8.Mai auszusteigen, falls die VVN sich unterstehen sollte, ihre Demonstration von Köln nach Bonn zu verlegen. Auch die BUF sah damit den Punkt erreicht, an dem ein weiteres Zugehen auf SPD und DKP nicht mehr möglich war und stimmte dem in Bonn diskutierten Konzept zu - einem Konzept, das auf der Göttinger Konferenz als Position des Mittelblocks bereits vorlag, dort aber von der BUF als sektiererisch und völlig unabnehmbar zurückgewiesen worden war.

Das Münsteraner Treffen, an dem vor allem Autonome teilnahmen, formulierte zwar Kritik an den Bonner Vereinbarungen, konnte sich aber auf keine gemeinsame Gegenposition verständigen und den weiteren Verlauf der Dinge damit praktisch nicht mehr beeinflussen.

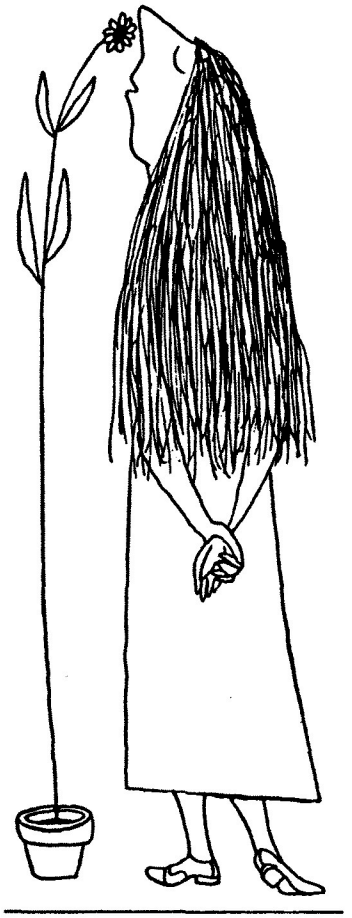
Trägerkreis und Büro

Die politische Zusammensetzung des Trägerkreises entsprach weitgehend dem auf der Göttinger Aktionskonferenz anwesendem Spektrum:

Die Grünen, ESG, IKVU, Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen BUKO, BUF, autonome Frauen, Autonome, Bonner Friedensplenum, Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie, sowie Mittelamerikakommitees.

Im Laufe der Zeit und nach zum Teil hitzigen Debatten um die Erweiterung des Trägerkreises stießen noch die Demokratischen Sozialisten DS und die Friedensliste NRW dazu; der BUKO verließ aus inhaltlichen Gründen später wieder den Trägerkreis, hielt seine Unterstützung von Demo und Tribunal aber aufrecht, und die Vereinigten Studentensachaften VDS nahmen als Beobachter an den Sitzungen teil. Zur Erledigung der laufenden Geschäfte wurde in Bonn ein Büro eingerichtet und mit Leuten von der BUF, der GAL Münster, den Grünen, den Autonomen und dem Göttinger AK »paritätisch« besetzt.

Dem einmal pro Woche tagenden Trägerkreis muß trotz erbitterter Debatten, trotz oft mühseligem Ringen um Details und Formulierungen und trotz grundlegender politischer Differenzen etwa zwischen Autonomen und Grünen insgesamt politische Handlungsfähigkeit und weitgehend solidarisches Umgehen miteinander bescheinigt werden. Der eine oder andere beinahe Eklat, die eine oder andere Drohung, den Kram hinzuschmeißen, können darüber nicht hinwegtäuschen. Zum größten Knall kam es, wie schon oft, bei der Diskussion um den Aufruf. Für die Grünen hatte Bundesvorstandssprecher Lukas Beckmann erklärt, auf keinen Fall eine Formulierung mittragen zu können, die nicht expliziert das Bekenntnis zu ausschließlich gewaltfreien Aktionen beinhalte; mit dem von ihnen vorgeschlagenem Passus waren die Autonomen, das die Mittelamerikagruppen vertretende InfoBüro Nicaragua und auch wir aus Göttingen nicht einverstanden. Die Ankündigung, einen eigenen Aufruf zu verfassen und damit die Spaltung des Trägerkreises lag in der Luft. Schließlich wurde doch noch ein Kompromiß erzielt, der zwar niemanden glücklich machte, mit dem aber weiter gearbeitet werden konnte.



Insbesondere der relativen politischen Stärke des Trägerkreises ist es auch zu danken, daß die mehr oder weniger offen vorgetragenen Spaltungs- und Zersetzungsversuche des SPD- und DKP-Spektrums letztendlich gescheitert sind. Mehr noch: diesen Gruppierungen lief mehr und mehr die eigene Basis weg, in vielen Städten schlossen sich Jusos, SDAJ usw. den örtlichen Aktionsbündnissen gegen den Gipfel an. Die Bonner Funktionäre aus den Führungsetagen von DKP, BBU, SPD plus »Massenorganisationen« wurden zunehmend in die Rolle von Statisten gedrängt und politisch gelähmt. Auch wenn das SPD Tribunal am 2.4. noch zustandekommen sollte - was bei Redaktionschluß noch nicht klar war -, ändert das nichts an dieser Tatsache. Wann hat es soetwas schon mal gegeben?

Versuch einer ersten Wertung

Trotz aller Probleme und Schwierigkeiten ist es nun doch zu Aktionen gegen den Weltwirtschaftsgipfel gekommen. Allerdings ist für das Zustandekommen dieser Aktionen ein ungeheurer Kraftakt vonnöten gewesen, der bei vielen an der Vorbereitung beteiligten Gruppen und Personen nicht nur viel Kraft und Zeit, sondern sicher auch Motivation gekostet hat. Auf der Göttinger Konferenz ist viel Porzellan zerschlagen worden, viele haben sich von den Planungen wieder frustriert abgewendet, wirklich massenhaftes Engagement von Gruppen ist in vielen Fällen der lustlosen Pflichterfüllung streßgewohnter Funktionäre gewichen. Damit ist viel Power und Phantasie verloren gegangen. Die Gründe hierfür bei einzelnen Gruppen oder gar Personen zu suchen, wäre sicherlich falsch. Es sind stattdessen grundsätzliche Schwächen der »Bewegungen«, die die Vorbereitung solcher Aktionen so schwierig und oft sogar unmöglich macht. Anstrengungen, wie die im Vorfeld des Weltwirtschaftsgipfels, sind nicht ohne weiteres wiederholbar. So bleibt nur zu hoffen, daß uns die Zukunft Besseres bringt.

Redaktion Atom Express

Der Sprung ins Wasser

"Wir stürmen den Weltwirtschaftsgipfel — Eine Einladung an alle politischen und sozialen Bewegungen in der BRD —". So beginnt der, auf der Anti-AKW-Bundeskonferenz am 25.11.84 verabschiedete, Aufruf, mit der die Anti-AKW-Bewegung die Initiative ergriff zu "Auseinandersetzungen mit und zu Aktionen gegen den Weltwirtschaftsgipfel". Jetzt, wo der Gipfel und die Aktionen dagegen unmittelbar bevorstehen, ist es Zeit ein Fazit zu ziehen — eine Auswertung davon, was sich seit der Anti-AKW-Bundeskonferenz bis heute, Ende April, abgespielt und entwickelt hat. Dieses soll keine Auswertung der politischen Entwicklung in der BRD anhand des Weltwirtschaftsgipfel sein, dies kann sinnvoll erst nach dem Gipfel geleistet werden. Wichtig erscheint es uns aber, zu diesem Zeitpunkt, vor dem Gipfeltreffen (hinterher wird vieles durch die Aktionen selber verwischt) unser Vorgehen und Verhalten auf den Konferenzen und in den Auseinandersetzungen um die bundesweiten Aktionen darzulegen und kritisch zu betrachten und zur Diskussion zu stellen, da dies alles ja nur in geringem Maß öffentlich gemacht worden ist.
Was ist für uns übrig geblieben ? Kann sich für uns daraus eine neue Perspektive entwickeln oder ist dies alles mit unserem politischen Selbstverständnis nicht mehr in Einklang zu bringen ? Wir fordern dazu auf, darüber eine rege Diskussion zu führen.

Warum gegen den Gipfel ?

Nach dem gescheiterten Friedensherbst '83 ist die gesamte Linke vom Sog der Perspektivlosigkeit, der die Friedensbewegung in ein tiefes Loch stürzte, mitgerissen worden. Darüber können auch nicht die Aktionen gegen die Herbstmanöver, die Mittelamerika-Aktivitäten oder die Ereignisse und Aktionen im Wendland hinwegtäuschen.
Uns war es wichtig, dieser Entwicklung insgesamt etwas entgegenzusetzen. Zumal die politische Perspektivlosigkeit verstärkt wird durch eine immer mehr um sich greifende soziale Perspektivlosigkeit. Um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten, mußte eine Politik gefunden werden, die sich nicht auf einzelne Punkte beschränkt, die von den einzelnen Rest-Bewegungen isoliert nebeneinander behandelt werden.
Gerade anhand des WWG erschien es uns möglich, diese gesamte unabhängige Linke zusammenzubringen. Nicht nur, weil gerade der WWG d a s allumfassende Thema ist, sondern auch weil die von uns gemeinte Linke sowieso schon von ihrem politischen Selbstverständnis einzelne Aspekte in einen politischen Gesamtrahmen einzuordnen versuchte. — Anders als z.B. die traditionelle Friedensbewegung mit ihrer Fixierung auf die Pershings.
Was uns zudem bei den Überlegungen Mut machte, war die Tatsache, daß sich diese "Restlinke" am Anfang eines neuen Selbstbewußtseinsprozesses gegenüber der allmächtigen Friedensbewegung befand, die mittlerweile handlungsunfähig geworden war. — Damit verbunden die Hoffnung, dem ganzen Polit- und Partei-Funktionärsapparat entgehen zu können, der sich mittlerweile in Bonn fest installiert hat, der allen bis dahin gelaufenen Aktionen jegliche Aussagekraft genommen hatte.
Ein weiterer ganz wesentlicher Aspekt spielt in diesem Zusammenhang die Sozialdemokratie. Wir sehen zwar, nicht erst seit heute, die Gefahr für die Linke, die von der Partei der Grünen ausgeht, und haben es bisher auch immer versucht, uns diesem Problem zu stellen. Doch die Frage "Parlamentarisierung des Widerstands" schien uns zweitrangig gegenüber dem, was im Jahre 1985 auf uns zukommen würde.
Mit dem Datum "8. Mai" ist endgültig der Punkt (nach der Wende in Bonn) erreicht, wo die SPD und auch die DKP — allein durch die Polarisierung in der politischen Auseinandersetzung in dieser Frage — als die "Gralshüter des Antifaschismus" auftreten werden. Die politische Lage hat sich tatsächlich schon so weit entwickelt, daß die SPD wieder als Opposition gegen eine Politik auftreten kann, die sie selber jahrelang vertreten und vorbereitet hat.
Wenn die "unabhängige Linke" sich in ihren Auseinandersetzungen als Schwerpunkt auf die Frage "8. Mai" eingelassen hätte, wäre sie unweigerlich von SPD, DKP und Gewerkschaften aufgesogen worden. Damit wäre das Loch nach dem Herbst '83 endgültig gewesen.
Alles, was danach noch selbstbestimmt in unserem Sinn Politik gemacht hätte, wäre ein kleiner isolierter Resthaufen gewesen, von diesem Staat leicht zu denunzieren als "Öko-Terroristen" (Spiegel) bzw. "RAF-Umfeld".
Nicht zuletzt wäre eine inhaltliche Konzentration der unabhängigen Linken auf den 8. Mai ein Rückschritt gewesen in Richtung auf eine Ein-Punkt-Fixiertheit, vor allem in eine Fixiertheit auf den nationalen Rahmen — eben das, weshalb wir die traditionelle Friedensbewegung so vehement kritisiert haben.
Bei Eintritt einer solchen Situation wäre eine von uns bestimmte politische Arbeit, die sich in jahrelangen Auseinandersetzungen entwickelt hat, über Jahre hinweg unmöglich geworden.
Wir finden es wichtig, den 8. Mai 1945 zu würdigen, aber als das was er ist. — Dieses Datum steht für die Befreiung vom Hitlerfaschismus. Dieses soll gefeiert werden. — Es steht aber nicht für die Befreiung vom Faschismus in Deutschland schlechthin. Der hat sich über dieses Datum hinweggerettet. Die Repräsentanten dieser menschenverachtenden Politik sind wieder zu "Eckpfeilern" dieses Staates geworden. Also absolut kein Grund zum Feiern. Dieser 8. Mai 1945 steht aber auch für den Eintritt in die neue Welt(Wirtschafts)Ordnung, die noch heute Geltung hat und die wir gerade am konkreten Beispiel Weltwirtschaftsgipfel bekämpfen wollen.

Dieses aber auch klar zu machen, wäre u.E. innerhalb der 8. Mai-Kampagnen selber nicht möglich ! Auch dieses ist nur möglich innerhalb einer eigenen selbstbestimmten Aktion und Kampagne — ebenfalls ohne SPD-Einfluß.
Und als letzte Punkte, warum wir es für richtig halten, eine große starke Demonstration in Bonn im Zusammenhang mit dezentralen Aktionen und Informationsveranstaltungen zu machen: — seit Jahren bejammern und bekämpfen wir dieses System. Wir erklären uns solidarisch mit den Unterdrückten und Verfolgten. Und nun kommen die Exponaten dieser Politik in unser Land und wollen sich feiern lassen. Da ist es für uns eine Selbstverständlichkeit, etwas dagegen zu tun. Verhindern können wir das alles nicht. Aber wir können der Welt zeigen, daß es auch hier Protest und Widerstand dagegen gibt.
Und nicht zuletzt können wir den Menschen hier über Zeitungen, Diskussionen, Veranstaltungen etc. klarmachen, was hinter dieser ganzen Politik steckt, die dazu beigetragen hat, daß die BRD heute wieder eine der führenden Wirtschaftsnationen auf dieser Erde ist.

Aufruf der Anti-AKW-Bundeskonferenz

"Der Weltwirtschaftsgipfel betrifft alle Menschen in allen Ländern der Welt. Den Widerstand dagegen zu organisieren fällt nicht in den Zuständigkeitsbereich einer bestimmten Bewegung ... Die Anti-AKW-Bewegung wendet sich daher an alle Menschen und politischen wie sozialen Bewegungen in der BRD ... die gegen Unterdrückung, Umweltvernichtung, Ausbeutung und Kriegstreiberei sind, darüber zu beraten, was wir der konzentrierten Macht des internationalen Kapitals und der herrschenden Politik ... an Widerstand entgegen setzen können.
Die Anti-AKW-Bewegung lädt zu einer bundesweiten Konferenz im Februar ein, um über die folgenden und andere Vorschläge zu diskutieren und — wenn möglich — zu entscheiden.
— In der Woche des Weltwirtschaftsgipfels finden in vielen Städten regionale Veranstaltungen statt, auf denen sich inhaltlich mit der herrschenden (Wirtschafts-)Politik und dem sie betreibenden und verantwortenden System auseinandergesetzt werden soll.
— Am Vorabend einer zentralen Widerstandsaktion findet ein großes Tribunal statt, auf dem Betroffene über die Auswirkungen imperialistischer Politik ... zu Wort kommen sollen.
— Den aktionsmäßigen Höhepunkt bildet am 4. Mai eine Großdemonstration am Ort des Weltwirtschaftsgipfels, in Bonn, die einen anderen und kämpferischeren Charakter als die traditionellen Friedensaufläufe haben und mit der unsere Solidarität mit den internationalen Befreiungskämpfen ausgedrückt werden soll."
(Aus der Erklärung der Anti-AKW-Bundeskonferenz)

Euphorie und Chaos

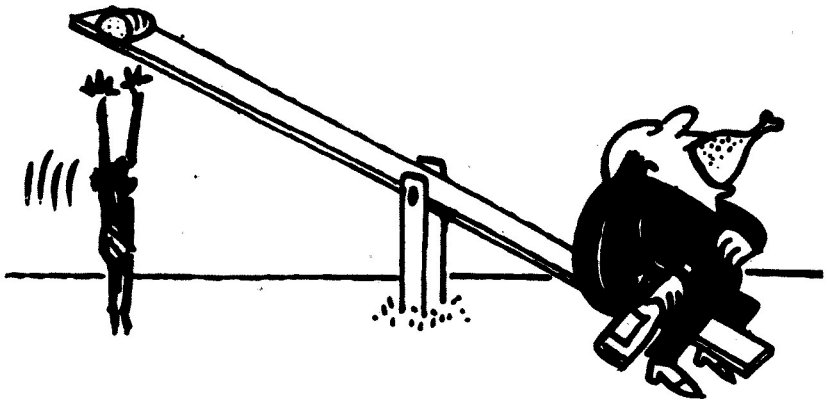
Diesen Überlegungen und dem Aufruf folgte ein erstes Vorbereitungstreffen im Januar in Münster (etwa 30 Gruppen vertreten), wo sich zeigte, daß die dort anwesenden Personen und Gruppen in etwa das Spektrum darstellten, welches wir uns auch vorgestellt hatten. Dieses Treffen verlief, trotz z.T. großer politischer Unterschiede, sehr solidarisch und konstruktiv. Schon damals zeigten sich die verschiedenen Positionen zu zentralen Aktionen in Bonn bzw. anderswo bzw. nur dezentrale Aktionen und Tribunal bzw. Kongreß.
Wegen des solidarischen Verlaufs auf diesem Treffen waren wir auch optimistisch und voller Zuversicht gingen wir in das Göttinger Treffen — mit dem bekannten chaotischen Ausgang. Gründe für das Scheitern sind in dem anderen Artikel genannt worden. Ein wesentlicher Punkt sollte aber doch ausgeführt werden. Der ist bzw. könnte folgender sein:

Die oben genannten Gründe für Aktionen zu dem Zeitpunkt an dem Ort gegen den WWG sind einfach nicht genug diskutiert gewesen, so daß es vielen Gruppen auch nicht möglich war, konsequent und konstruktiv Stellung zu beziehen. Bei vorheriger ausführlicher Diskussion hätte z.B. das Auftreten der BUF-Menschen (Bündnis-Taktiererei) nicht eine so verheerende Wirkung haben können. Den Fehler aber hier nur bei diesen Gruppen zu suchen, ist verfehlt. Wir, die wir uns schon so weitgehende Gedanken gemacht hatten, haben es versäumt, diese Gedanken auch vorher in die Diskussionen einzubringen, anstatt sich darauf zu verlassen, daß ähnliche Gedanken an anderer Stelle diskutiert werden. Vielleicht sind wir da auch selber schon viel zu sehr in den Gefilden der "Polit-Funktionäre" (oder sind wir selber schon welche ?).
Dieses zusammen mit den großen Berührungsängsten und dem z.T unsolidari-

schen Verhalten zueinander führte bei uns in Göttingen zu einem totalen Frust und zu der Einschätzung, daß die unabhängige Linke momentan nicht fähig ist, solche Aktionen und Kampagnen (auch nach außen hin) selbständig und basisdemokratisch durchzuführen.
Die ganze Aktion schien für uns selber gestorben — ohne Perspektive.
Auch wenn drei Wochen später in Bonn und in Münster ein recht vielversprechender Neuanfang gemacht wurde, so hatte die Göttinger Konferenz doch ein ganz konkretes Ergebnis — die Eigendynamik, die die ganze Kampagne vorher gehabt hatte, vor allem die Kraft, unabhängig von allen existierenden Gremien, Gestalt anzunehmen, war dahin. Die Initiative lag jetzt beim BUF und anderen Gruppen mit vielen taktischen Hintergründen, die dem ganzen eine Menge Kraft zu nehmen schienen.
Vor allem führte die Bildung des Trägerkreises bei vielen zu neuen unüberwindlichen Schranken, die (noch begründet aus den Erfahrungen vorheriger Bonn-Aktionen) nicht oder nur sehr schwer überwunden wurden. Wir sind in der Anti-AKW-Bewegung eigentlich immer ohne solche Gremien ausgekommen, was auch nur gut war. Allerdings hatten wir auch immer genügend große Zusammenhänge vor Ort, die die rein organisatorische Arbeit übernahmen. Dies scheint in Bonn anders.

Geheimdiplomatie

Von Anfang an war klar, daß dieser Trägerkreis kein reines Organisationsgremium sein würde, sondern daß dort die Politik gemacht werden würde, und zwar vorwiegend von Polit-Funktionären. Eine Situation, die eigentlich unserem eigenen politischen Verständnis entgegensteht. Wir haben dort trotzdem mitgearbeitet. Aus folgenden Gründen:
Die Zusammensetzung des sich allwöchentlich treffenden Kreises erschien uns politisch sinnvoll, da das gesamte Spektrum, welches uns vorher vorschwebte, gleichberechtigt vertreten war. Gleichzeitig hatte uns auch das mittlerweile stark gestiegene Interesse an inhaltlichen Materialien zum WWG Mut gemacht, daß die ganze Kampagne doch noch eine Perspektive besaß. Im Trägerkreis waren zu dem Zeitpunkt keine Gruppen aus dem SPD- bzw. DKP-Spektrum vertreten. Die vermeintliche Übergewichtigkeit der Grünen glaubten wir durch die eigene politische Kraft kompensieren zu können. Zudem erschien uns jeder andere Versuch, zu diesem Thema etwas vernünftiges bundesweites auf die Beine zu stellen, von vornherein als aussichtslos bzw. als Schwächung dieses Bündnisses.
Die anfänglichen Befürchtungen, dem Geschangel und Gemauschel der Polit-Funktionäre nicht gewachsen zu sein, stellten sich dann auch als sehr konkret heraus. Da wurden Papiere geschrieben, interfraktionelle Gemauschel jagten einander, in einer Geschwindigkeit und Undurchsichtigkeit, daß es vielen von uns schwer fiel, den Über- und Durchblick zu bewahren. Aus dem Tribunal schien ein



„Dreht euch doch mal um!"

reines medienfixiertes Spektakel zu werden. Der Komplex "Imperialismus und Widerstand" (ein Hauptanliegen der autonomen Kräfte) schien plötzlich ganz rauszufallen. Der Antrag auf Einberufung einer neuen Aktionskonferenz wurde einfach abgelehnt, da diese angeblich nicht nötig sei. Inhaltliche Vereinbarungen des einen Treffens wurden beim nächsten Treffen wieder umgestoßen und mußten unendlich lang neu diskutiert werden. Der Komplex "8. Mai" und "Militarisierung" bekam aus bündnispolitischer Taktiererei ein Übergewicht.

Die Methoden und die Umgangsweisen, wie sie teilweise herrschten, widersprachen jeglichem Politikverständnis, was wir mitbrachten. Dies führte letztendlich dazu, daß wir selber zu Methoden griffen, um dort mit unseren Positionen nicht unterzugehen, die wir eigentlich ablehnen. Z.B. damit zu drohen, als Organisation auszusteigen, wenn unsere Inhalte nicht weiter berücksichtigt würden. Dieses Vorgehen hatte dann auch noch einigermaßen Erfolg. Und danach ging dann doch alles ein wenig einfacher.
Letzendlich wurde ein bundesweiter Aufruf des Trägerkreises verabschiedet, der genauso gut oder schlecht ist, wie ein Kompromißpapier sein kann. Alle Gruppen hatten Bauchschmerzen damit, die BUKO ist deswegen sogar ausgestiegen. Wir haben diesen Aufruf trotzdem unterstützt, obwohl er in manchen Punkten wirklich die Schmerzgrenze zumindest erreicht, weil es das Ergebnis der ganzen Diskussionen und Auseinandersetzungen im Trägerkreis beinhaltet, und weil wir die gesamte Aktion und Kampagne in ihrem ganzen Zusammenhang nach wie vor richtig und wichtig finden. Und, weil wir es auch richtig finden, innerhalb dieses Spektrums zu arbeiten, allerdings erst, nachdem einige Sachen abgeklärt waren und letztendlich doch ein einigermaßen solidarisches Arbeiten möglich war.
Bei einem stärkerem Auftreten von Gruppen aus unserem Spektrum wäre wohl auch noch einiges mehr möglich gewesen.

Was ist übrig geblieben ?

Von unseren anfänglichen Überlegungen mußten wir in einigen Punkten doch Abschied nehmen.
Die Art des Politikmachens nach basisdemokratischen Grundsätzen, um z.B. gerade dem "autonomen" Politikverständnis wieder mehr Stärke zu geben, mußten wir begraben. Das "Gremium von oben" hat sich auch diesmal wieder durchgesetzt.
Teile der Autonomen, die wir als wichtigen Bestandteil des Spektrums angesehen hatten und haben, in dem wir Politik machen wollen, haben sich auch diesmal aus dem Bündnis verabschiedet.
Im Aufruf sind wir nicht um eine Formulierung über die Aktionsform herumgekommen. Und die dort gewählte Formulierung bereitet zumindest Bauchschmerzen.
Der Punkt "8. Mai" steht unserer Meinung nach im Aufruf viel zu sehr im Vordergrund.
Die Arbeit dazu hat uns unheimlich viel Kraft gekostet, die vielleicht besser woanders aufgebracht worden wäre.
Wesentliche Vorstellungen sind aber konkret geworden, die wir sonst nicht erreicht hätten.

- Das Tribunal ist in der jetzigen Ausgestaltung alles andere als nur medienfixiert. Von den Inhalten her sind unsere Vorstellungen real geworden. Ob sie auch darüberhinaus etwas bewirken können, hängt von uns ab.
- Die Demonstration findet statt am Ort des Geschehens (wenn auch nicht direkt im Regierungsviertel). Die Aktion kann und wird auch nicht mehr verstanden als bloßer Aufguß der traditionellen Bonn-Demos. Die Aktion gewinnt praktisch mit jedem Tag auf den Gipfel zu an Brisanz.
- Demonstration in Bonn, Tribunal und dezentrale Aktionen stehen als ein Ganzes da und werden von den Gruppen so vertreten.
- In fast allen größeren Städten haben sich Bündnisse zusammengeschlossen, von denen während der ganzen Zeit Veranstaltungen zu dem Thema gemacht werden.
- Allein die inhaltliche Auseinanderset-

zung mit diesem Thema von so vielen Menschen, ist ein wesentlicher Fortschritt gegenüber den Jahren vorher. ~~Die~~ unabhängige Linke hat ihre Unabhängigkeit zumindest bewahren können.

— Die ganze Kampagne ist nicht zu einer, wie von vielen beschworen, Grünen Wahlkampfveranstaltung geworden.

Ein endültiges Fazit kann frühestens nach dem Gipfel gezogen werden. Und wird sich letztendlich auch daran zeigen, ob dieses Bündnis und dieses Thema nur ein für den Moment aufgesetztes Thema war oder ob sich daraus tatsächlich eine Perspektive entwickeln kann.

Redaktion Atom Express

Jungsozialisten in der SPD

Bundesvorstand
Ollenhauerstr.1
Postfach
53 Bonn 1

Massive Einwände gegen die Aktionsplanungen der Partei-Grünen für Anfang Mai in Bonn hat der Bundesvorstand der Jungsozialisten formuliert.
In einer Stellungnahme des stellvertretenden Bundesvorsitzenden Olaf Scholz, die an die mehreren tausend Juso-Arbeitsgemeinschaften verschickt wurde, heißt es:

Eine Großaktion in Bonn zum Weltwirtschaftsgipfel halten für für eine völlige Kopfgeburt, da wegen der zeitlichen Nähe zum 1.Mai, den nicht soweit zurückliegenden Ostermärschen und den antifaschistischen Aktivitäten eine solche Veranstaltung nicht erfolgreich stattfinden kann. Gerade vor dem Hintergrund der Veranstaltungen im Friedensherbst '84 sollten wir hier sensibel sein.

Aus dem autonomen Bereich (BUF und Göttinger Arbeitskreis mit teilweise erheblichen Unterschieden) ist eine solche Veranstaltung heftig betrieben worden. Wir haben uns dagegen ausgesprochen, zudem zu den oben genannten Gründen auch noch negativ zu vermerken ist, daß keine Klarheit über die Aktionsformen hergestellt werden konnte, die eine wie vom Göttinger Arbeitskreis vorgeschlagene Zielsetzung »Stürmt den Weltwirtschaftsgipfel« ausgeschlossen hätte. Außderdem bezog sich die von diesen Gruppen vorgeschlagene inhaltliche Ausrichtung auf ein viel zu enges politische Spektrum.

Jetzt haben sich diese Gruppen mit den GRÜNEN zusammengetan und wollen ihre Demonstration am 4.Mai in Bonn und vom 3. zum 4.Mai ein Tribunal zum Imperialismus durchführen. Das Tribunal ist eine billige Kopie des vom BBU und der DFG-VK schon lange vorgeschlagenen »Internationalen Gegengipfels«. Weil sich BBU, DFG-VK und fast alle anderen Gruppen der Friedensbewegung dagegen ausgesprochen, die von ihnen vorgschlagene Veranstaltung als bloße Deckung für die autonomen Demonstrationen mißbrauchen zu lassen, haben sich einige autonome Gruppen jetzt an die Grünen verkauft - einige arbeiten für diese Veranstaltung sogar hauptamtlich dort - und betreiben nichts weiter als eine Wahlkampfveranstaltung der GRÜNEN in Nordrhein-Westfalen.

Aber auch die Grünen werden wohl erleben müssen, daß sie nicht als »selbsternannte Friedensbewegung« gegen die »reale Friedensbewegung« aus kirchlichen Gruppen, bürgerlichen Organisationen, KOFAZ, JUSOS, BBU, DFG-VK und anderen handeln können, um egoistische Zwecke zu verfolgen.

Daß niemand eine Partei mit der Friedensbewegung verwechseln sollte, haben schon größere Parteien miterleben müssen.

Wir Jungsozialisten rufen auf zur Unterstützung des »Internationalen Gegengipfels«, der am 2.Mai in der Beethovenhalle in Bonn stattfinden soll. Wichtige internationale Redner sollen den Protest deutlich machen, gegen Aufrüstungsstrategien, ökonomische Ausbeutung und Unterdrückung. Gedacht ist an Politiker und Kirchenvertreter aus den USA, Süd- und Mittelamerika, Südafrika, Asien usw.

AUF ZUM GIPFEL!

Für eine Welt ohne Ausbeutung, Unterdrückung und Intervention!

Vor 40 Jahren, am 8. Mai 1945, wurde der Hitlerfaschismus in Deutschland besiegt. Mit dem Ende der Diktatur, des Krieges und des industrialisierten Massenmords verband sich bei Millionen Menschen die Hoffnung auf eine andere Welt in Frieden und Gerechtigkeit. In der Bundesrepublik haben aber die herrschenden Kreise aus Industrie, Wirtschaft und Politik, die an der faschistischen Kriegspolitik teilgenommen und sie finanziert hatten, die Niederlage überlebt. Sie sind auch heute noch in den entscheidenden Stellen und Funktionen der BRD zu finden (z.B. Flick & Co.).

Zehn Jahre später, am 5.5.1955 — das „Nie wieder Krieg" war noch nicht verklungen — trat die BRD der NATO und der Westeuropäischen Union (WEU) bei. Heute, 30 Jahre später, steht in der BRD, die sich als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches betrachtet, das größte Kriegsarsenal ihrer Geschichte. Die Stationierung von Pershing II und Cruise missiles wurde begonnen und auf die Durchsetzung der offensiven Kriegsführungsdoktrinen (AirLand-Battle, AirLand-Battle 2000) orientiert. Die dafür erforderliche enorme Aufrüstung soll u.a. mit weitreichenden konventionellen Waffen durchgeführt werden (Rogers-Plan/FOFA). Unter Anführung der USA und mit weitgehender Unterstützung der BRD soll ein Krieg in Europa wieder führbar und gewinnbar gemacht werden. Unter dem Etikett „Konventinalisierung" und „Europäisierung" wird diese Aufrüstungspolitik verharmlost. Mit der Wiederbelebung der WEU hofft die BRD eines TAges selbst Mit-Verfügung über Atomwaffen zu erhalten. Gleichzeitig ist die BRD zur stärksten Industrienation in Westeuropa geworden.

Vom 2.—4. Mai treffen sich die selbsternannten Herrscher der Weltwirtschaftsordnung, die für die „3. Welt" Ausbeutung, Unterdrückung, Hunger, Elend und Not bedeutet, zu ihrem 11. Weltwirtschaftsgipfel. Sie werden vor der dort versammelten Weltpresse das politisch bestätigen und werbewirksam in Szene setzen, was Großbanken, Konzernmultis und Politiker dieser Staaten als ihre Weltwirtschaftspolitik der 80er und 90er Jahre längst abgesteckt haben. Ohne weltweite militärische Absicherung, Krisen-, Kriegs- und Interventionsplanung, ist dieser „Ordnung" nicht denkbar. Es ist deshalb kein Zufall, daß gerade die am Weltwirtschaftsgipfel beteiligten Staaten (mit Ausnahme Japans) den Kern des weltweiten Militärbündnisses NATO bilden. Die BRD kann sich als militärischer Aufmarsch- und Kriegsschauplatz für Europa, als Drehscheibe für Interventionstruppen, als zentraler Koordinator von Polizei- und Überwachungsstaatsmodellen in Westeuropa und als weltweiter Rüstungsexporteur wieder direkt beteiligen.

Für uns bedeuten der Weltwirtschaftsgipfel und die Jahrestage von NATO-Mitgliedschaft und Kriegsende nicht nur einen zeitlichen, sondern auch einen inhaltlichen Zusammenhang. Auf Betreiben der Bundesregierung wurde der Gipfel vom Juni auf den Mai vorverlegt. Sie möchte sich, 40 Jahre nach der Kapitulation, nicht als Besiegte feiern lassen, sondern lieber im Kreise der erhofften zukünftigen Sieger. Nach wie vor werden heute die Grenzen in Europa infrage gestellt.

Deshalb kommen wir am 4.Mai alle nach Bonn!

Wir werden anklagen und Widerstand leisten.

Wir werden auf einem Tribunal am 3. Mai in der Godesberger Stadthalle die menschenverachtende Politik, für die der Weltwirtschaftsgipfel symbolisch steht, entlarven!

Eine Demonstration am 4. Mai wird unseren Protest und Widerstand zum Ausdruck bringen!
Es wird an allen Tagen des WWG dezentrale Aktionen geben.
Im Gegensatz zu den Herrschenden der Weltwirtschaftsordnung wird von uns keine Gewalt ausgehen.
Die Aktivitäten gegen den Weltwirtschaftsgipfel sind für viele mittragende Aktionsgruppen Ausdruck aktiven, gewaltfreien Widerstands!

Wir werden uns unsere Anwesenheit in Bonn am 4. Mai nicht verbieten lassen!

Mit aggressiven Außenwirtschaftsstrategien beuten die Industrieländer Mensch und Natur in der „3. Welt" aus. Direktinvestitionen versprechen hohe Gewinne durch Ausnutzung der Menschen als billige Arbeitskräfte. Entwicklungshilfe dient mehr den Exportinteressen der Industrieländer als dem Aufbau einer Selbstversorgungswirtschaft in der „3. Welt". Rohstoffe werden zu Billigstpreisen geplündert; der sich immer weiter ausdehnende Weltmarkt zerstört die letzten intakten Ökosysteme. Die Geschäftsbanken erpressen Wucherzinsen, zahlreiche Länder der „3. Welt" geraten in eine Verschuldungskrise. Der Internationale Währungsfond (IWF) tritt als Finanzpolizist auf. Er zwingt die verschuldeteten Länder zu einer Wirtschaftspolitik, die ihren Export steigert, aber die eigene Bevölkerung in Arbeitslosigkeit und Armut stürzt. Hungerkatastrophen sind die Folge. Wenn die Menschen sich in Hungeraufständen wehren, werden sie durch rechte Regime niedergeschossen. Zur Bekämpfung von Befreiungsbestrebungen stationieren die westlichen Staaten „Schnelle Eingreiftruppen" und entsenden Militärberater in die „3. Welt".

Auch in den westlichen Industrienationen verschlimmert diese Weltwirtschaftspolitik die soziale Lage. Das bedeutet tendenzielle Verelendung, Massenarbeitslosigkeit, Ausländerhetze, Umweltzerstörung, steigende Repression gegen oppositionelle Bewegungen (weiße Folter, Verschärfung des Asylrechts, Isolationshaft, verschärftes Vorgehen der staatlichen Sicherheitsapparate gegen streikende Arbeiter, in Großbritannien z.B. usw.).

Sowohl in der „3. Welt" als auch in den Industriestaaten werden die Probleme der Gesellschaft in erster Linie auf dem Rücken der Frauen ausgetragen. Frauen leisten ⅔ der Arbeit auf der Welt. Sie erhalten dafür 10% aller Einkommen und besitzen nur 1% der Produktionsmittel. Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Unterdrückung von Frauen ist von zentraler Bedeutung für die Aufrechterhaltung dieses Weltwirtschaftssystems. Frauen gelten als „Menschen 2. Klasse". Sie leisten überwiegend unbezahlte oder schlechter bezahlte Arbeit und befinden sich hauptsächlich in untergeordneten Arbeitsverhältnissen. Frauen werden psychisch und physisch sexuell ausgebeutet (Sextourismus, Prostitution, sexueller Mißbrauch in der Ehe und am Arbeitsplatz).
Diese strukturellen und direkten Gewaltverhältnisse, die weltwirtschaftlichen Interessen dienen, indem sie die Ausbeutung der weiblichen Arbeit sichern, betreffen Frauen weltweit in derselben Weise. Für die Frauen in der „3. Welt" führt dies zur absoluten Verelendung.

Wir fordern:

- **Stopp den aggressiven Außenwirtschaftsstrategien der Industrieländer!**
- **Vollständiger Schuldenerlaß und Wiedergutmachungszahlungen an die Länder der sogenannten 3. Welt.**
- **Keine Interventionen gegen und Unterdrückung von Befreiungsbestrebungen!**
- **Stoppt die Kriegspläne der NATO! Keine Stationierung der Pershing II und Cruise missiles, Abbau der bereits stationierten Raketen! BRD raus aus der NATO!**
- **Abschaffung aller ABC-Waffen!**
- **Stoppt die Atomtests, Rüstungsexporte und Weltraumrüstung!**
- **Abschaffung der weltweit doppelten Unterdrückung der Frauen durch die herrschende Weltwirtschaftsordnung und das Patriarchat! Aufhebung der geschlechtlichen Arbeitsteilung!**
- **Keine Unterdrückung und Kriminalisierung von Widerstandsbewegungen!**
- **Endgültiger Verzicht auf die Wiedervereinigungsansprüche seitens der BRD. Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft.**
- **Für eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung!**

Aktionsbündnis gegen den Weltwirtschaftsgipfel
Trägerkreis
Siegburger Str. 11
5300 Bonn 3
Tel. (0228) 47 44 00

Spendenkonto:
Bernd Perlinger, Sonderkto. WWG
Nr. 100 954 748
Sparda-Bank Köln (BLZ 370 605 90)

Weltwirtschaftsgipfel

Vom 2. - 4. Mai treffen sich in Bonn die politischen Repräsentanten der sieben führenden Staaten der kapitalistischen Welt. Sie nennen ihr Treffen »Weltwirtschaftsgipfel«. Alleine in diesem Namen steckt das ganze Bewußtsein imperialistischer Politik. Die sieben »Großen« entscheiden über das Wohl und Wehe der über 180 »Kleinen«.
Aber hier soll es ja auch nicht um die Gesundung der gesamten Welt gehen, sondern um das Wohl eben dieser sieben »Großen« . Das andere wird sich schon finden - und wenn nicht, dann ist es auch nicht so wild. »Uns geht es ja gut.« Doch dies stimmt auch nicht mehr so. Die Verelendung immer größerer Bevölkerungskreise in den westlichen Industrienationen wird ein Thema sein in Bonn. Aber wohl mehr von dem Gesichtspunkt, wie man diese Massen beruhigen kann. Doch davon wird in den offiziellen Kommuniques ebensowenig etwas erscheinen, wie von den Absprachen, wie denn jetzt mit den Ländern der 3. Welt umgegangen wird, insbesondere den aufbegehrenden.
Auf dem Bonner Gipfel wird es keine neuen Impulse geben. Die Strategien für die nächsten Jahre sind schon entschieden - in den Chefetagen der Großbanken und der Multis. Und sie sind auch entschieden in den Chefetagen der NATO. In Bonn wird dies alles nur noch einmal auf Linie gebracht werden. Ein Schauspiel mit »Spitzenbesetzung« wird die Weltöffentlichkeit in Bonn erleben.

Zur Geschichte

Die Institution »Weltwirtschaftsgipfel« gibt es solange noch nicht. Die Bonner Runde ist erst das 11. Zusammenkommen zu diesem Schauspiel, welches sich alljährlich vollzieht. Das erste Treffen dieser Art, 1975 in Rambouillet (Frankreich), geht darauf zurück, daß im Frühjahr 1975 deutlich wurde, daß sich die Weltwirtschaft (insbesondere die kapitalistische) nicht so rasch vom ersten Ölschock des Jahres 1973 erholen würde. Erstmals drohte der Welthandel, der in der Nachkriegszeit regelmäßig zugenommen hatte, rückläufig zu sein.
Der französische Staatspräsident Giscard d'Estaing führte die weltweite Rezession und die zunehmende Arbeitslosigkeit auf das 1973 zur gängigen Praxis gewordene freie Floaten der wichtigsten Weltwährungen, d.h. das ungehemmte Schwanken der Wechselkurse zurück.
Unter der Regie von Nixons Finanzminister Shultz und mit der aktiven Unterstützung des deutschen Finanzministers Schiller waren die Wechselkurse der wichtigsten Weltwährungen freigegeben worden. Im Zuge der Ölkrise stellten sich aber unerwartet starke wellenweise Ausschläge des Dollarkurses gegenüber den europäischen Währungen und dem japanischen Yen ein, die den Handel und Investitionen für alle Beteiligten zu einem Risiko machten, weil niemand mehr kalkulieren konnte, wieviel der eigenen Währung bei der Endabrechnung zu erhalten bzw. aufzubringen war.
Giscards Ziel war es, die Zukunft des Wechselkurssystems der westlichen Welt auf der höchsten Ebene der Staats- und Regierungschefs der hauptverantwortlichen Länder zu erörtern. Die bereits zum damaligen Zeitpunkt stattfindenden regelmäßigen Treffen der Finanzminister der USA, BRD, Frankreich, Japan und Großbritannien (die 5 Länder, die einen ständigen alleinigen Sitz im Exekutivdirektorium des Internationalen Währungsfond haben) oder ähnliche Treffen schienen Giscard nicht geeignet zu sein, die Situation allein zu bewältigen. Er wollte die Regierungschefs selbst an der Währungspolitik interessieren und für mehr Stabilität der Währungen mobilisieren. In Schmidt konnte er sofort einen Mitstreiter finden und schon Ende Juli 1975 auch den US-Präsidenten dafür gewinnen.
Ford gab seine Zustimmung aber nur unter der Voraussetzung, daß auf dem Treffen nicht nur über Währungsfragen, sondern auch über die Wirtschaftslage im allgemeinen gesprochen werde. Die US-Regierung war auch nicht bereit, Giscards Prämisse zu unterschreiben, daß die weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten in erster Linie auf den starken Kursausschlägen der Währungen beruhten.

Nach Erhalt der amerikanischen Zustimmung wurde zum ersten Weltwirtschaftsgipfel am 15. - 17. November 1975 nach Rambouillet eingeladen. Eine ständige Einrichtung wurde mit dieser Tagung allerdings noch nicht geschaffen. Das Rambouillet-Kommunique deutet sogar eindeutig in seinem letzten Punkt in die andere Richtung. Es beschwichtigte die in Rambouillet nicht vertretenen Länder, die die Entwicklung eines westlichen Direktoriums befürchteten, mit der Absichtserklärung, »im Rahmen der bestehenden Institutionen und aller einschlägigen internationalen Organisationen unsere Zusammenarbeit zur Lösung all dieser Probleme zu verstärken«.
Zur festen Einrichtung wurde der Gipfel auch noch nicht, als US-Präsident Ford nur 7 1/2 Monate später zum zweiten Treffen nach Puerto Rico am 28./29. Juni 1976 einlud. Diese Einladung war zu sehr von wahltaktischen Erwägungen des US-Präsidenten bestimmt. Der zweite Gipfel zeigte auch mindestens auf den ersten Blick zu magere Ergebnisse, um eine automatische Fortsetzung zu rechtfertigen.

Die bisherigen Gipfel

1975 Rambouillet
1976 Puerto Rico
1977 London
1978 Bonn
1979 Tokio
1980 Venedig
1981 Ottawa
1982 Paris
1983 Williamsburg/USA
1984 London

Nach dem knappen Scheitern Fords bei den Präsidentschaftswahlen im November 1976 bedurfte es einer erneuten Initiative Giscards Anfang 1977, um eine dritte Tagung im Mai 1977 in London zu initiieren. Giscard hat sein Aktivwerden mit dem Fortbestehen struktureller, d.h. nicht rein konjunktureller Weltwirtschaftsprobleme begründet. Die bedeutendsten Industrieländer müßten sich vertieft mit den Nord-Süd-Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern und mit sektoralen Strukturproblemen, z.B. Stahlindustrie, befassen. Sie sollten die tieferen Ursachen der Veränderungen analysieren und aus der Diagnose eine Reihe von Schlußfolgerungen ziehen.
Erst in London wurde 1977 auf Initiative des neuen US-Präsidenten Carter die Grundlage der kontinulerlichen jährlichen Gipfeltreffen gelegt. Carter regte den entscheidenden Passus in der Londoner Gipfelerklärung an, wonach es »feste Absicht« der Regierungschefs ist, die in der Substanz erzielte Übereinstimmung nunmehr in die Tat umzusetzen und »die Fortschritte zu überprüfen, die bei allen hier in Downing Street erörterten Maßnahmen erzielt werden, um die Dynamik des konjunkturellen Erholungsprozesses aufrechtzuerhalten.«
Die Gipfeltreffen fanden ihre objektive Berechtigung in der zunehmenden Bedeutung der internationalen Wirtschaftsverpflechtung für die Entwicklung der nationalen Volkswirtschaften. Der internationale Handel und die Direktinvestitionen, die Abhängigkeit von Energieeinfuhren und Rohstoffen ließen jede einzelne der kapitalistischen Volkswirtschaften in eine immer größere Abhängigkeit von denjenigen der kapitalistischen Partnerländer, aber auch der öl- und rohstofferzeugenden Länder

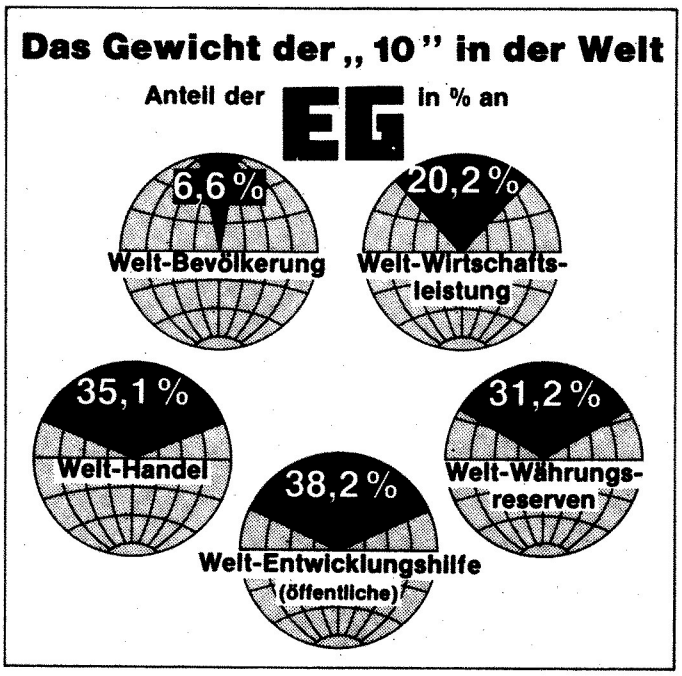
Bonn 1985

geraten. Die Ölkrise hatte die gemeinsame Schwäche der Energieeinfuhrabhängigkeit der Industrieländer aufgedeckt.
Subjektiv hofften die Regierungschefs, über Gipfelkonferenzen mit einer direkten Spitzendiplomatie ihre historische Rolle als Staatsmänner europäischen und internationalen Rangs vor dem heimischen Publikum wirkungsvoll zur Geltung bringen zu können.

Die Gipfelrunde

Am ersten Weltwirtschaftgipfel sollten nach dem Willen Giscards nur fünf Länder teilnehmen, die fünf Großen im IWF, die im dortigen Exekutivdirektorium einen Anspruch haben, nur sich allein zu vertreten. Giscard mußte sich jedoch schließlich damit abfinden, auch Italien einzuladen.
Als Hausherr des zweiten Gipfels von Puerto Rico nahm sich Ford die Freiheit, Kanada als siebtes Land hinzuzuziehen. Der endgültige Teilnehmerkreis der Weltwirtschaftsgipfel von sieben Staaten und einem Vertreter der Europäischen Gemeinschaft kam erstmals auf dem dritten Gipfel 1977 in London zusammen.
Die sieben Staaten, die auf den Weltwirtschaftsgipfeln vertreten sind, stellen über 50 % des Welthandels und über 50 % der Weltindustrieproduktion. Sie bringen es sogar auf 83 % des Bruttosozialprodukts der in der OECD vereinigten 24 Industrieländer. Dennoch sind auf den Gipfeln nur vier der zehn EG-Staaten und nur sieben der vierundzwanzig OECD-Staaten vertreten. Von den Entwicklungsländern ganz zu schweigen. Gerade bei den EG-Staaten zeigt sich somit, welches Gefälle es innerhalb dieser Organisation gibt, und macht somit auch deutlich, daß dies nun mal keine Gemeinschaft ist, sondern ein Zusammenschluß von Staaten, in dem sich die schwachen Mitglieder dem anzupassen haben, was die starken Länder beschließen.

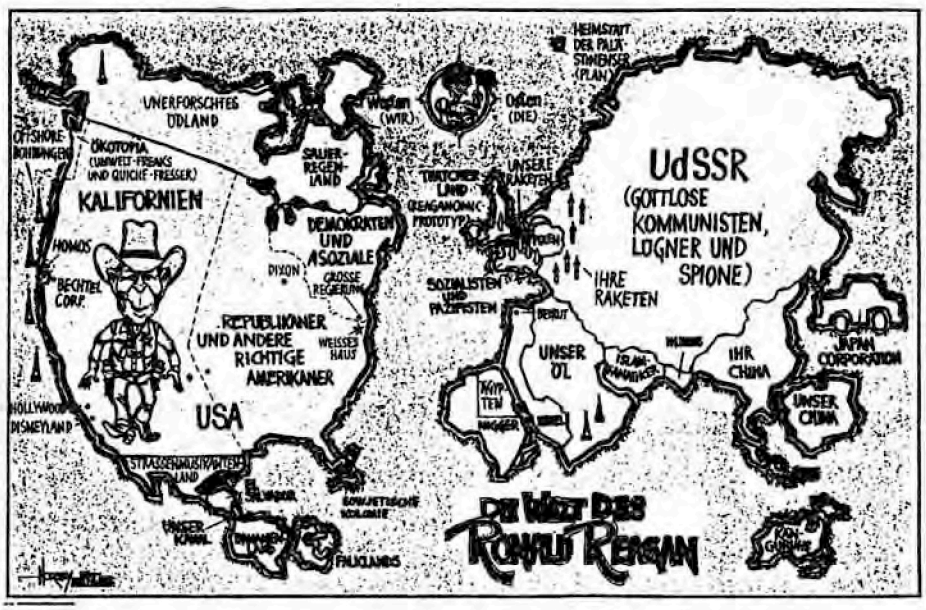
Giscard lud zum ersten Weltwirtschaftsgipfel nicht nur die Außenminister als unvermeidliche Begleiter der Regierungschefs in Fragen der Außenbeziehungen, sondern auch die Finanzminister ein, da die Währungspolitik im Mittelpunkt stehen sollte. Ab 1978 zogen einige Delegationen weitere Fachminister im Wirtschaftsbereich zu den Gipfeln hinzu.
Während so beim ersten Gipfel in Rambouillet 1975 nur sechs Delegationen mit 18 Ministern am Verhandlungstisch saßen, stieg die Anzahl der Teilnehmer im Ministerrang bis Venedig 1980, wo alle Delegationen einen für Energiefragen zuständigen Minister hinzugezogen hatten, auf 28. In Ottawa 1981 erschienen allerdings nur noch die USA, Frankreich und die BRD mit einer Vierer Delegation.
Der erweiterte Kreis tagte allerdings nicht mehr ständig geschlossen. Er wurde zu den meisten Arbeitsessen und zu immer mehr fachlich abgegrenzten Arbeitssitzungen aufgespalten.



Widersprüche

Während nach Außen hin zwar immer die Geschlossenheit der Gipfelkonferenz dargestellt wird, findet hinter den verschlossenen Türen ein erbittertes Ringen um nationale und ideologische Interessen statt.
Da die Interessen in den Hauptthemen Stabilität und Wachstum, Währungspolitik , Handelspolitik, Entwicklungspolitik und Energiepolitik nicht identisch sind, bilden sich bei den einzelnen Themen unterschiedliche Koalitionen. Die Zugehörigkeit zur EG stellt dabei nicht unbedingt ein stärkeres Bindeglied dar, daß ein Land dazu veranlaßt, seine nationalen Interessen im EG-Interesse zurückzustellen.
In Fragen der Energiepolitik steht z. B. Großbritannien häufig auf der Seite der USA und Kanadas, da diese drei Länder über eigene bedeutende Erdöl- und Erdgasvorkommen verfügen. Während die vier anderen Gipfelteilnehmer nahezu ganz auf die Einfuhr angewiesen sind. Zeitweilig hat auch Frankreich aus politischen Erwägungen mehr Verständnis als die drei Ölproduzierenden Länder für die Argumente der OPEC-Länder gezeigt. Dennoch gaben alle sieben Gipfelteilnehmer in Grundfragen der Energiepolitik ihrer Position als Nettoeinfuhrländer Vorrang vor den eigenen Produktionsinteressen. Nach außen, in diesem Fall gegenüber den OPEC-Ländern, wird in den Gipfelerklärungen eine Position eingenommen, die sich seit den OPEC-Preiserhöhungen von 1979 deutlich im Ton verschärft hat.
In Fragen der Rohstoffpolitik gegenüber Entwicklungsländern standen die BRD und Großbritannien der von den USA vertretenen marktwirtschaftlichen These näher als der in der EG dominierenden Linie, die eher auf Rohstoffabkommen und einen von der Welthandelskonferenz befürworteten gemeinsamen Rohstoff-Fonds setzt.
In der Handelspolitik haben sich Großbritannien und Kanada in der Regel die Möglichkeit sektoraler Schutzmaßnahmen offen halten wollen, während Frankreich, teilweise von Italien unterstützt, hinhaltenden Widerstand gegen den Abbau des Außenzollschutzes der EG in der Tokio-Runde leistete, um die innergemeinschaftliche Präferenz zu wahren.
In der wirtschaftspolitischen Zentralfrage nach der Priorität für Stabilität oder für Wachstum und Beschäftigung spielt die wirtschaftstheoretische und ideologische Ausrichtung der nationalen Regierungen die entscheidende Rolle. Während Ideologien sonst von nationalen Interessen überlagert werden.
Frankreich stand unter Giscard bis 1981 in Ottawa, im Lager der Stabilitätsbefürworter, das Zünglein an der Waage spielten dann Großbritannien oder die USA. Die Briten standen auf den ersten vier Gipfeln (unter Labour-Regierung) eindeutig im Lager der Wachstumsbefürworter, das in Carters Amtszeit in den Jahren 1977 bis 1980 von der US-Delegation angeführt wurde. Der Stabilität gaben dagegen ab 1979 die Briten unter Thatcher und die USA 1975/76 unter Ford und ab 1981 unter Reagan den Vorzug.

Theaterbühne



Mit dem Gipfel 1981 in Ottawa findet dann ein Schnitt statt. Hauptgrund: der Machtwechsel in den USA. Der erzkonservative Reagan-Clan - nur gefolgt von der Thatcher-Regierung - setzte zur Gesundung der eigenen Wirtschaft auf einen streng monetaristischen, am kurzfristigen Ziel der Geldmengensteuerung orientierten Wirtschaftskurs. Die fünf übrigen Gipfelteilnehmer forderten dagegen übereinstimmend eine Revision der US-Hochzinspolitik durch den Einsatz auch anderer Mittel als ausschließlich monetaristischer Wirtschaftssteuerung.

Die Treffen der ersten Gipfelrunde 1975-81 fanden vor einem politischen Hintergrund statt, der geprägt war von einer relativen Schwäche der US-Politik - im Gegensatz zu Reagan - und einem Emanzipationswillen der anderen Industriestaaten, allen voran Frankreich und die BRD. Nur vor diesem Hintergrund ist es zu verstehen, daß die Gipfelergebnisse auch eine relative Verbindlichkeit in der Politik der Sieben garantierte.

Dieses änderte sich schlagartig mit der Reagan-Politik. Schon 1981 in Ottawa erscheint Reagan mit der Parole, daß die getroffenen Abmachungen nicht verbindlich seien, sondern daß er dieses Treffen eher als ein Treffen des »gegenseitigen Kennenlernens« begreifen würde.

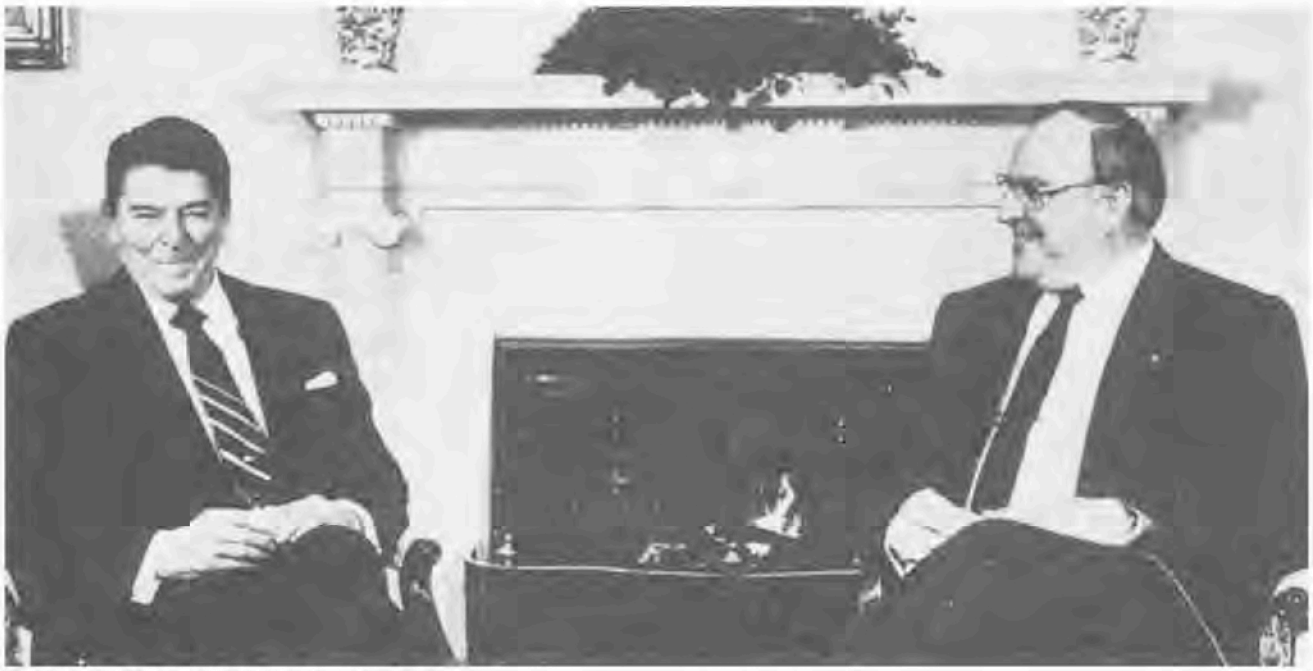
Dies setzt sich in all den darauffolgenden Konferenzen fort. Dann auch noch unterstützt, trotz wirtschaftlichen Erstarkens der EG-Länder, durch die derzeitige Vasallenrolle der Briten, Japaner und vor allem der BRD.

Der Rechtsruck bewirkt daneben noch etwas anderes. Die ganze Politik ist auf das Prinzip »Der stärkere gewinnt« abgestimmt.

In den Industriestaaten wachsen die Widersprüche. Die Multis, Großbanken und Großindustrien weisen immer größere Plus-Bilanzen auf, auf der anderen Seite stehen erhöhte Arbeitslosigkeit und Sozialabbau - Verelendung der Massen. Zugleich bewirkt die US-Hochzinspolitik einen Kollaps des Geldwesens sowie der Wirtschaft in der 3. Welt. So sind alle Gipfel seit Ottawa geprägt von diesem Problem, ohne daß Lösungsvorschläge angeboten wurden.

So wurden die Weltwirtschaftsgipfel seit diesem Zeitpunkt zu reinen propagandistischen Prestigeversanstaltungen, die die Probleme nur noch vor sich herschieben, und der Bevölkerung im eigenen Land die eigene nationale Wichtigkeit und das »Herr der Lage« Sein suggerieren soll.

Die Wahrheit sieht anders aus: die gegenwärtige Politik wird nicht mehr von den »World-Leadern« gemacht - die derzeitige Politik wird gemacht von den Krisengewinnern: Großbanken und Großmultis. Die politischen »Führer« sind nur noch Ausführende. Unterstützt wird dies durch den absoluten Hegemonialanspruch der Reagan-Regierung und des westlichen Neokolonialismus.



März 1984 im Weißen Haus: Begegnung Reagan und Kohl

London 1984

Die Ergebnisse vom Weltwirtschaftsgipfel in London 1984 lassen sich kurz zusammenfassen:
Kein Problem wurde gelöst. Die US-Staats- und Handels-Defizite wurden nicht direkt erwähnt, sondern nur angedeutet. Die durch die von ihnen bedingten hohen Zinsen aussichtslos gemachte Verschuldung der Dritten Welt wurde nicht gelöst. Der große Zusammenbruch nur durch weitere Umschuldungsmaßnahmen hinausgeschoben.
Verabschiedet wurden hohle Papiere, ein Bekenntnis zu den »Demokratischen Werten«, in die man die BRD einbezog, um sie über die Siegesfeier der Alliierten am »Atlantikwall« hinwegzutrösten, an der sie nicht teilnehmen durfte, weil sie die Besiegten waren. Darüber hinaus ein Friedens-Verhandlungsangebot an die Sowjetunion, welches nicht einmal das Papier wert war, auf das es gedruckt wurde.

1985 - Gipfel in Bonn

40 Jahre nach dem Sieg über den Hitlerfaschismus stehen die Besiegten wieder als führende Industriestaaten da. Japan und die BRD führen in dieser Reihenfolge hinter den USA die kapitalistischen Staaten an. Die Probleme sind ähnlich groß, wenn nicht noch größer als 1931, als das Weltwirtschaftssystem schon einmal zusammenbrach. Der »Feind« steht wieder im Osten. Nur über eine Einverleibung der Ostblockwirtschaft scheint das Weltwirtschaftsproblem für die kapitalistischen Staaten zu lösen zu sein, wenn nötig, mit militärischer Gewalt. Die Aufrüstung der NATO zeigt unmißverständlich in diese Richtung.
Die Dritte Welt erscheint nur noch als ein aussaugbares Etwas. Sollte sich dort Widerstand gegen die imperialistische Politik regen, so läßt die militärische Lösung nicht lange auf sich warten.
Dieses gilt genauso für die immer größer werdenden Widersprüche in den kapitalistischen Staaten selbst. Der britische Bergarbeiterstreik ist da nur ein Beispiel.
Über alle innerkapitalistischen Widersprüche hinweg werden sich die »Leader« in Bonn einig zeigen. Die Probleme sind die gleichen geblieben wie in den letzten Jahren, nur noch etwas zugespitzter. Der Kommentar aus »Die Unabhängigen« zum Gipfel 1984 in London hat noch heute Bestand.

Gipfel ohne Aussicht

Zu London: Ratlosigkeit vor der Schuldenkrise der Dritten Welt.

Über Irland eilte US-Präsident Ronald Reagan zum „Weltwirtschaftsgipfel" nach London – einst ein zweitklassiger Schauspieler in mäßigen Wildwestfilmen, heute ein zweifellos hervorragender Polit-Darsteller unter sehr zweitklassigen Kollegen. In Irland spielte er zuerst einmal den verlorenen großen Sohn der alten, armen Heimat, wenn auch vor leeren Stühlen, die von seinen Geheimdienstbewachern besetzt werden mußten. Dann machte er in Dublin der Sowjetunion Verhandlungsangebote, die sinnvoll gewesen wären, wenn er sie vor der Stationierung seiner auf Moskau gerichteten atomaren Erstschlagraketen in Deutschland gemacht hätte – auch dies ein Schauspiel, aber ach, ein Schauspiel nur . . .

Und dann also der Gipel 1984 in London.

Zwei Probleme lassen heute alle solchen Welt-Gipfel zur Farce werden:

Das erste Problem beruht auf dem amerikanischen Haushaltsdefizit, das für 1984 mindesteens 300 Milliarden Dollar betragen wird, und das verbunden ist mit einem amerikanischen Außenhandelsdefizit von voraussichtlich 126 Milliarden im Jahre 1984, ein die Welt erschütternder Rekord. Diese Defizite müssen mit Krediten finanziert werden und das treibt die Zinsen in den USA in bisher unerreichte Höhen.

An diesem Punkte aber hängt das erste Problem mit dem zweiten zusammen: Mit der Verschuldung der Dritten Welt. Die Verschuldung der Entwicklungsländer ist auf 800 Milliarden Dollar, also auf mehr als zwei Billionen DM gestiegen. Allein die Länder von Mexiko bis Argentinien sind mit 340 Milliarden Dollar verschuldet. Das sind Summen, die sich der Laie kaum vorstellen kann. Nur ein sehr begrenzter Teil dieser Kredite stammt aus staatlichen Quellen oder von internationalen Institutionen, wie etwa der Weltbank. Viele dieser Gelder sind von den internationalen Großbanken ausgeliehen worden und müssen irgendwann abgeschrieben werden.

Für alle diese Schulden sollen die armen Länder der Welt die überhohen amerikanischen Zinsen zahlen. Bei sogenannten „Umschuldungen" stellt man ihnen dann Bedingungen, die das Elend der hungernden Massen ins Unerträgliche steigern und die den großen Gesamtbankrott dennoch nur hinausschieben. Schon hat Bolivien seine Zahlungen völlig eingestellt. Irgendwann werden andere südamerikanische Staaten unweigerlich folgen. Dann wird die Weltwirtschaftskrise vom heutigen schleichenden Zustand in ihr ganz akutes Stadium übergehen. Wir werden ein neues Jahr 1931 erleben, nur diesmal im Weltmaßstab.

Der Weltwirtschaftsgipfel von Versailles 1982 schob das Problem vor sich her. Die Gipfel-Farce in Williamsburg 1983, auch sie ein Reagan-Theaterstück, hatte kein Ergebnis. Und nun London 1984, ein „Gipfel" am Rande des Abgrundes.

Das Ergebnis? Die ganze Welt weiß, daß in den letzten zwanzig Jahren beispiellose Fehler gemacht worden sind, daß man der Dritten Welt gigantische Technologien aufgeschwätzt hat, vor deren halbfertigen Ausbau-Ruinen sie steht und deren Rechnungen sie nun nicht bezahlen kann. Ein grausamer neuer Kolonialismus unterwarf sich arme Völker mit jetzt verpulverten Milliarden-Krediten. Wäre das Wort Zinsknechtschaft nicht durch eine düstere Propaganda einst so schrecklich mißbraucht worden: Jetzt drückt es den Zustand von Zweidrittel der Weltbevölkerung aus.

Und was war in London? Ein paar Staats-Schauspieler füllten die Pause vor dem Beginn des letzten Aktes einer Menschheits-Tragödie mit leeren Reden und mit Versprechungen, die schon gebrochen waren, ehe ihre Flugzeuge wieder zuhause gelandet waren. H.

Das Atomgeschäft

Die KWU kann auf ein gutes Geschäftsjahr 1984 zurückblicken. Die nächsten Jahre dürften aber größere Anstrengungen erfordern, wenn sie weiterhin im Geschäft bleiben will. Nicht nur, daß sie seit 4 Jahren keine Neubestellung im Inland mehr verbuchen konnte, auch die Exporte von Atomreaktoren - und die KWU hat ja bekanntlich ca. 80% ihrer Produktionskapazität für den Export ausgelegt - gestalten sich zunehmend schwieriger. Gerade da der Konkurenzkampf im Nuklear-Export äußerst hart ist (die KWU muß vor allem gegen kanadische, US-amerikanische und französische Konkurenz bestehen), kommen staatlichen Finanzierungszusagen in Form von Hermes-Bürgschaften, die aus Bundeshaushaltsmitteln getätigt werden, eine überragende Bedeutung zu.
«In den letzten 1o Jahren hat die Bundesregierung gegen entsprechendes Entgeld Ausfuhrgewährleistungen für Kernkraftwerke in Argentinien, Brasilien, im Iran und in Spanien mit einem Gesamtvolumen von knapp 1o Mrd. DM gewährt» (Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der GRÜNEN zum Atomkraftwerkexport in die Türkei). Für das Atomgeschäft mit Ägypten gab Bonn eine Finanzzusage in Höhe von 2,6 Mrd. DM. Um den deal zustandezubekommen, mußte selbst Bundespräsident von Weizäcker nach Kairo fliegen.
Für die Türkei ist eine Bürgschaft von 1,5 Mrd. DM im Gespräch. Nach einem Bericht der tageszeitung vom 29.3.85 wurde im Februar 85 die Hermes-Bürgschaft wieder zurückgezogen und angeblich ist das Türkei-Geschäft geplatzt. Trotzdem spricht vieles dafür (Einfluß der BRD auf Mitgliedschaft der Türkei in der EG, politischer Flankenschutz der Bundesregierung für die NATO-Diktatur), daß die KWU doch noch den Auftrag erhalten wird, und es gilt als sicher, daß die Gelder dann wieder freigegeben werden.
Gab es seit 1971 Atomabkommen mit Ägypten, Argentinien, Brasilien, Indonesien, Iran (zur Zeit des Schah), Mexiko und Pakistan, so durften letztes Jahr auch noch China und die Türkei ein Abkommen mit der Bundesrepublik über die «Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie» unterzeichnen. (zum Atomgeschäft mit China siehe atom, Jan/Feb 85 Ausgabe).
Im folgenden soll etwas näher auf das Atomgeschäft mit der Türkei eingegangen werden.

TÜRKEI

Obwohl die Türkei mit Hilfe der USA schon seit 1955 auf dem Gebiet der Atomenergienutzung forscht - die Türkei ist zwar NPT-Mitglied, doch dürfte es sich hier mit großer Wahrscheinlichkeit um militärische Forschung handeln, dafür spricht übrigens auch die Tatsache, daß die NUKEM in Hanau hochangereichertes Uran an die Türkei lieferte (Frankfurter Rundschau vom 5.12.84) - kam bis vor kurzem kein «kommerzielles» nukleares Stromprojekt zustande. ASEA-Atom (Schweden), das das erste AKW in der Türkei errichten sollte, zog sich 1980 wieder aus dem Geschäft zurück, da die Finanzierung nicht gesichert war oder anders ausgedrückt: die innenpolitischen Verhältnisse in der Türkei boten zu jener Zeit dem schwedischen Konzern nicht genügend Stabilität. Das änderte sich erst, als die Militärs im September 1980 die Macht übernahmen, um, wie Jürgen Roth und Kamil Taylan zutreffend feststellen, «ein neues ökonomisches Modell in der Türkei durchzusetzen» (Roth/Taylan: Die Türkei - Republik unter Wölfen). Errichtet werden soll eine freie Marktwirtschaft westlicher Prägung, und damit ungehinderter Zugang ausländischen Kapitals durch Abbau der Importsteuer, Abwertung der türkischen Lira ... Diese Entwicklung wurde maßgeblich von den westlichen Kreditgebern wie IMF, OECD und Weltbank mitbestimmt, die durch ihre Auflagen den Ausverkauf der nationalen Wirtschaft betrieben. Auch auf die Türkei trifft zu, was Allende 1972 vor der UNO ausführte: «Wir sind Zeugen einer offenen Schlacht zwischen den großen transnationalen Konzernen und den souveränen Staaten; die grundlegenden politischen, ökonomischen und militärischen Entscheidungen dieser Staaten werden durch weltweite Organisationen untergraben, die von keinem Staat abhängen und in ihrer Tätigkeit nicht durch irgendwelche Parlamente oder Einrichtungewn des kollektiven Interesses kontroliert werden können».

Beim Atomgeschäft mit der Türkei geht es in erster Linie natürlich um den Profit, den die KWU erzielen will. Durch solche deals wird die Türkei darüber hinaus wieder ein Stück weit mehr ins imperialistische Weltmarktgefüge integriert, und so bestehende Abhängigkeiten zementiert. Und die Türkei ist nicht nur potentieller Absatzmarkt für westliche Industrieprodukte und bedeutender Rohstofflieferant (vor allem was die sogenannten strategischen Mineralien wie Magnesium, Chrom, Asbest, Borax u.a. anbelangt, die militärisch von Bedeutung sind), sondern geostrategisch ein äußerst wichtiges NATO-Land und «politisch-militärischer Vorposten gegen revolutionäre Bewegungen in Afrika und im Nahen und Mittleren Osten» (Roth/Taylan). Sie stellt den Brückenkopf für die schnelle Eingreifgruppe RDF dar.

Im Brüter entsteht hochwertiges Waffen- Plutonium. Es eignet sich besonders für taktische Atomsprengköpfe

mit der Türkei

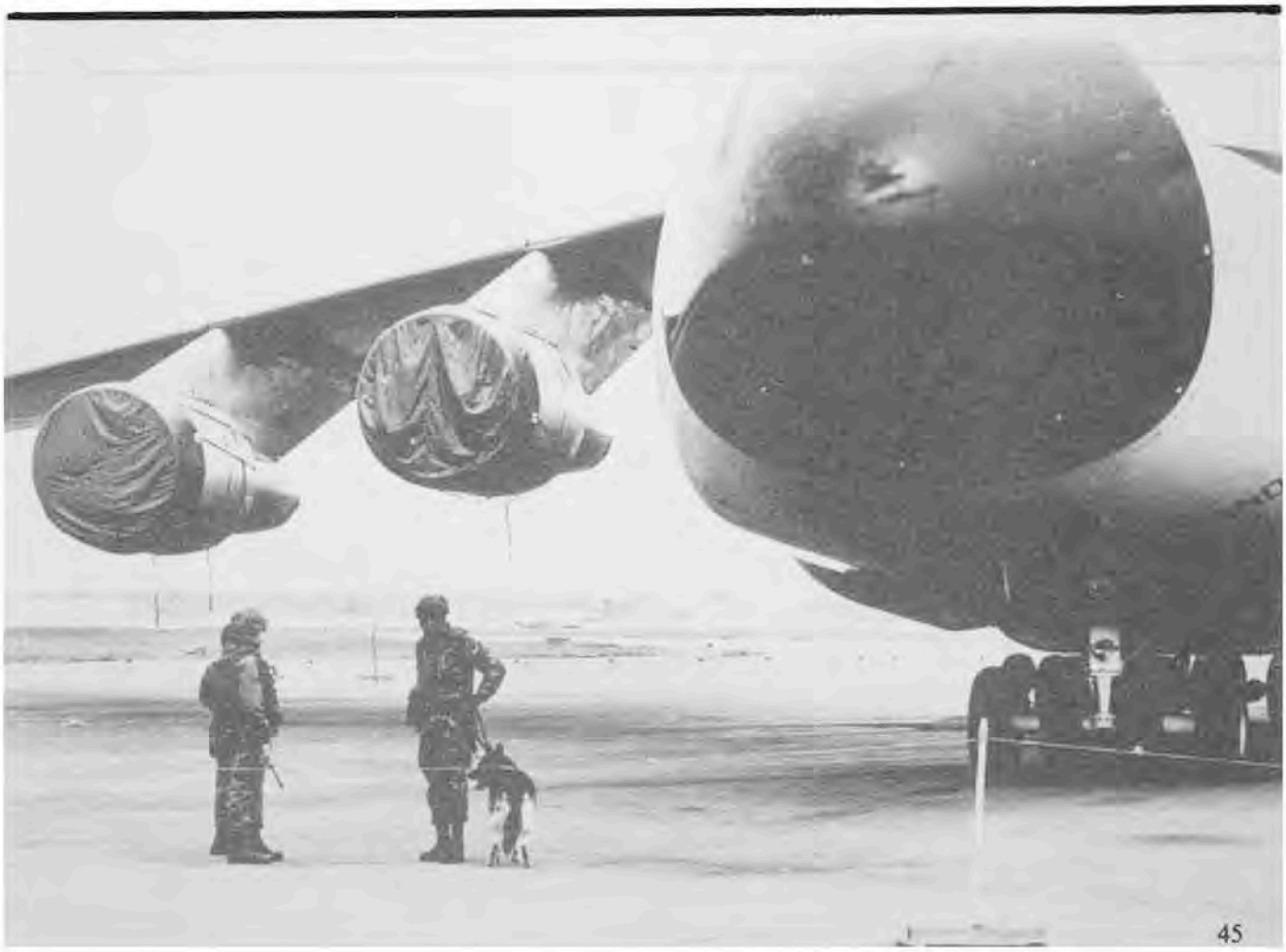
Dabei zeichnet sich immer mehr ab, daß der Türkei im pro-westlich orientierten islamischen Staatenbündnis die Funktion einer regionalen Ordnungsmacht zukommt. (siehe 'tageszeitung' v. 20.10.84).

Da die ökonomische Unsinnigkeit der Stromerzeugung aus Atomkraftwerken bekannt ist, und überhaupt nicht einsehbar ist, wie ein 1000 MW-Reaktor sinnvoll ins türkische Stromversorgungsnetz zu integrieren ist, da das Gebiet, in dem das AKW gebaut werden soll, zudem Überschwemmungsgefährdet ist und am Rande.eines Erdbebengürtels liegt, der Reaktor gravierende Sicherheitsmängel aufweist (was nicht heißen soll, daß es sichere AKWs gibt - zu dem KWU-Export-Modell mit den abgemagerten Sicherheitsstandarts siehe die Kurz - Studie des Öko - Institut Freiburg), auf der anderen Seite nach Berechnungen des staatlichen Wasserversorgungsamtes an den Flüssen der Türkei 350 hydro - elektrische Wasserkraftwerke mit einer Gesamtkapazität von 100 Mrd. kwh elektrischer Energie gebaut werden könnten, muß mensch sich fragen, was die türkischen Machthaber dazu bewegt, sich auf ein solches Projekt einzulassen. Die türkischen Militärs, die ja schon mit anderen arabischen und islamischen Staaten auf dem Rüstungssektor zusammenarbeiten werden diese Zusammenarbeit auch auf dem nuklearen Sektor ausdehnen. Bekannt geworden ist die Kooperation mit Pakistan zur Produktion einer 'Islamischen Bombe' (Boston Globe vom 28.6.81). Sie werden sich die Option auf eine eigene atomare Bewaffnung offenhalten wollen.
Die Anti - AKW - Bewegung hat deutlich gemacht, daß es eine Trennung zwischen ziviler und militärischer Nutzung von Atomenergie nicht geben kann. Gerade im Jahr der 3. Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages sollte sie auf die Weitergabe von Atomwaffen durch die Bundesrepublik verstärkt aufmerksam machen und einen Exportstop jeglichen nuklearen Materials fordern. Diese Forderung wurde auch auf dem letzten Bundeskongreß der Anti - AKW - Bewegung in Braunschweig erhoben und angenommen.

Indem die Bundesregierung bereit ist, für ein höchst gefärliches und entwichlungspolitisch völlig verfehltes Projekt Gelder in Milliardenhöhe zu geben, macht sie sich - von der sonstigen Militär - und sogenannten Wirtschaftshilfe einmal ganz abgesehen - mitverantwortlich für die verhängnisvolle Entwicklung für die Bevökerung in der Türkei, und alle Beteuerungen seitens der Bundespolitiker, durch Wirtschaftshilfe zur Demokratisierung beizutragen, sind nichts anderes als blanker Zynismus. Schluß mit Ausfallbürgschaften aus Steuergeldern für solch kriminelle Vorhaben!

Walter/BIGA

Eine Materialsammlung zum Atomabkommen mit der Türkei (Presseberichte, Anfrage der Grünen im Bundestag, Kurz - Studie des Öko - Instituts - Freiburg über den KWU - 'Exportschlager') kann gegen einen Unkostenbeitrag von DM 2,50 + Porto bezogen werden bei der Bamberger Initiative gegen Atomanlagen (BIGA) c/o Chr. Mose, Pestalozzistr.5, 86 Bamberg



Gesinnungsjustiz wie sie im Buche steht

Der Fall Brüggen

»Der Vorzug der Glaubwürdigkeit gebührt den Angehörigen der Bundeswehr, weil ihre Aussagen plausibler und glaubwürdiger, vorstellbarer und lebensnaher sind.«

So begründete der leitende Oberstaatsanwalt Schultz - auch zuständig für die Führerscheinentzüge von Blockierern - seine Entscheidung, die Klage gegen mehrere Bundeswehrangehörige einzustellen, die einen 34-jährigen während der Nato-Herbstmanöver im Raum Hildesheim überwältigt und verletzt hatten. Anklage erhoben wird vielmehr gegen den Betroffenen Willi S. Die Vorwürfe lauten auf gefährliche Körperverletzung, Beleidigung, Drohung und falsche Verdächtigung.

Es ist im Prinzip ja nichts neues, daß man damit rechnen muß, bei Anklage gegen Personen im Staatsdienst, am Ende selber als der Angeklagte dazustehen. Schaut man sich aber diesen Vorfall an, so entpuppt sich da doch ein ziemlich dickes Ding.

Zur Erinnerung: Im Brüggen fand auf dem Privatgelände von Wille S. ein Friedenscamp statt. Im Dorf hatte es deshalb bereits Anfeindungen von rechtsgerichteten Jugendlichen gegen die Bewohner gegeben.
Als nun in der Nacht vom 22.9.84 ein Uniformierter auf dem Grundstück auftaucht, fürchten die Bewohner eine weitere Bedrohung. Willi S. tritt dem Unbekannten entgegen und vertreibt ihn durch Drohung mit einem Knüppel. Wenig später taucht der selbe Uniformierte mit Verstärkung auf. Sie überwältigen Wille S. und zerren ihn zu einem Jeep. Erst nach dem Einschreiten von Nachbarn trifft endlich die Polizei ein.

Wille S. sieht die Vorfälle als Übergriffe von Bundeswehrsoldaten. Er berichtet von Prügeln durch die Soldaten und kann Atteste über Verletzungen nachweisen.

Seine Freundin kann seine Schilderungen bestätigen.

Staatsanwalt Schulz nun - »ich bin selber auch Soldat gewesen« - scheinen die widersprüchlichen Aussagen seiner ehemaligen Kameraden eher zuzusagen.
Demnach seien zwei Soldaten unter Führung eines Leutnants mit der Suche nach zwei Schützenpanzern beauftragt gewesen und von Jugendlichen im Dorf darauf aufmerksam gemacht worden, daß es im Dorf Leute gäbe, die am Vortag Bundeswehrfahrzeuge beschädigt hätten. Dem mußte natürlich nachgegangen werden. Bei seinen eigenmächtigen nächtlichen »Nachforschungen«, so der Leutnant, sei ein Bewohner unter Beschimpfungen auf ihn losgegangen und hätte ihn mit dem Knüppel bedroht. Daraufhin erzählte er seinem Bataillionskommandanten von dem Vorfall. Zusammen mit mehreren Soldaten fuhren sie erneut nach Brüggen.

Der Batallionskommandeur allerdings im Glauben auf der Suche nach den Schützenpanzern zu sein, der Leutnant im Glauben, seinen Vorgesetzen zu dem Haus führen zu sollen. Beim zweiten Auftauchen auf dem Hof seinen sie wieder angegriffen worden. Der Kommandeur sei seinen Leuten mit einem Klappspaten zur Hilfe gekommen (den habe er wegen der harten Kampfführung der Engländer ständig bei sich gehabt). Wille S. konnte überwältigt werden, wobei man ihn nicht geschlagen, sondern an Armen und Händen gehalten hätte.

Diese Aussagen überzeugten die Staatsanwaltschaft insbesondere, da sie durch die Beteiligten Soldaten ruhig und besonnen vorgetragen wurden. Wille S. hingegen habe ein geradezu hysterisches Verhalten gezeigt, was in den Augen der Staatsanwaltschaft nicht für seine Glaubwürdigkeit sprach. Auch schien seine ablehnende Haltung gegenüber der Bundeswehr unverständlich. Schulz: »Ich kann mich da nicht reinversetzen«.

Oberstaatsanw.Schulz

Bevor es nun zu einer Entscheidung vor dem Schöffengericht in Elze kommt, hat die Generalstaatsanwaltschaft noch über eine Beschwerde der Anwältin Klawitter zu entscheiden: Sie fordert die Anklage gegen ihren Mandanten Willi S. einzustellen und dieselbe gegen die betroffenen Bundeswehrsoldaten wiederaufzunehmen.
Begründung: Bei der Entscheidung der Staatsanwaltschaft sei nur ein ausgesuchter Teil der Akten berücksichtigt worden. Darüberhinaus sei weder die Aussage der Freundin, noch die Atteste über Verletzungen des Angeklagten, noch auf Widerrsprüche in zeitlich verschiedenen Aussagen des Leutnants eingegangen worden.
Oberstaatsanwalt Schulz scheinen Fakten nicht zu interessieren: »Zentraler Punkt der Entscheidung ist für mich die Glaubwürdigkeit!«

Führerschein statt Katalysator

Ende Februar überraschten Beschlüsse aus Hildesheim und Hannover Leute, die im Zusammenhang mit den Herbstmanöver-Aktionen, Verfahren wegen »gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr« anhängen hatten.
In beiden Fällen tauchten zivile und uniformierte Beamte gleich vorsorglich mit Hausdurchsuchungsbefehlen an der Haustür der betreffenden Personen auf, für den Fall einer Verweigerung des Führerscheins.
Bei C. aus Oldenburg hieß es in der Begründung, C. hätte sich während der Herbstmanöver '84 im Raum Hildesheim mit seinem Wagen vor einen Militärlastkraftwagen gesetzt »und seine Fahrt ohne Grund verlangsamt«. »Es sind demnach dringende Gründe für die Annahme vorhanden, daß dem Beschuldigten in dem zu erwartenden Hauptverfahren die Erlaubnis zum Führen von Kraftfahrzeugen ... entzogen werden wird.« Für ein solches Hauptverfahren gibt es allerdings weder einen Termin, noch eine Anklage.
Bei E. aus Witten/Bochum machten die Beamten gleich Gebrauch von dem Durchsungsbefehl, um nach einem Führerschein zu suchen, den E. bereits 1979 der Polizei als verloren gemeldet hatte.
Gegen sie laufen gleich zwei Verfahren. Eines wegen »Landfriedensbruch und Nötigung« und eines wegen »gef. Eingriffs in den Straßenverkehr.« 3 weitere Insass/inn/en ihres PKWs haben Verfahren wegen »Mittäterschaft« am Hals.
Vorausgegangen war das folgende denkwürdige Ereignis:
Zur Zeit als in Dörpe die 'Blauen' den »entscheidenden Gegenangriff« starten wollten, fuhr E. mit ihrem PKW vor einer Militärkolonne. Der Panzer hinter ihr wollte sie rechts übers Feld überholen, schaffte jedoch den Graben nicht und blieb liegen. Offenbar wütend über den in's Stocken geratenen »Gegenangrif« fuhr ein zweiter Panzer jetzt links an E.'s PKW ran und rammte die Fahrerseite: Totalschaden und Schock einer Mitfahrerin.
Kurioses Ergebnis: die zwei o.g. Verfahren gegen die Fahrerin, jeweils ein Verfahren gegen die drei Mitinsass/inn/en, sowie ein Verfahren gegen den Halter des PKW's, der gar nicht anwesend war!
Der Betroffene C. aus Oldenburg hat seit dem 14.3. seinen Führerschein wieder, denn das durch seine Beschwerde angerufene Landgericht konnte keine Anhaltspunkte erkennen, nach denen C. durch einen gefährlichen Eingriff in den Straßenverkehr Leib und Leben anderer Verkehrsteilnehmer gefährdet haben sollte.
»Inwieweit ein Verstoß gegen § 240 StGB vorliegt, kann dahinstehen. Jedenfalls rechtfertigt ein solcher Verstoß nicht ohne weiteres die Entziehung der Fahrerlaubnis. Dies ist lediglich dann der Fall, wenn eine charakterliche Ungeeignetheit zum Führen von Kraftfahrzeugen festgestellt werden kann. Der Beschuldigte hat nach der Tat fast noch 5 Monate lang ein Fahrzeug im Straßenverkehr geführt, ohne verkehrsrechtlich erneut auffällig geworden zu sein. Es ist daher nicht festzustellen, daß er derzeit zum Führen von Kraftfahrzeugen ch.. ..terlich ungeeignet ist. Die Voraussetzungen des § 111 a StPO liegen demnach nicht vor, so daß der angefochtene Beschluß aufzuheben war.«
(4. gr. Strafkammer LG Oldenburg IV Qs 37/85) c/o RA Burchardt, 2900 Oldenburg
Doch dadurch läßt sich die Staatsanwaltschaft (Sta) Hildesheim nicht davon abhalten, weitere Führerscheinentzüge und -beschlagnahmungen in Nötigungsverfahren zu beantragen. Um dies vermehrt durchführen zu können, entblödet sie sich nicht, willkürlich gewöhnliche Bußgeldbescheide nachträglich in »Nötigung« umzuwandeln. Wir raten daher, bei Androhung des Entzugs Stellungnahmen mit Verweis auf das o.g. LG-Urteil abzugeben.
Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang folgendes: Nachdem C. in Oldenburg der Führerschein auf Antrag der Sta Hannover weggenommen wurde, erkundigte sich die TAZ bei der Sta Hildesheim (Oberstaatsanwalt Schulz) nach den Gründen dieser Maßnahme. Dort wußte man angeblich nichts von diesem Vorgang und sagte auch, daß von der Sta Hildesheim nichts in dieser Richtung veranlaßt bzw. geplant worden sei. Einige Tage später stellte dieselbe Staatsanwaltschaft beim Amtsgericht Elze Antrag auf Führerscheinentzug bei Leuten, die am 22.09.84 in Mehle NATO-Truppen genötigt haben sollen. Anscheinend ist Schulz nach dem TAZ-Anruf auf den Geschmack gekommen und hat sich bei Oberstaatsanwalt Borchers in Hannover Weisung geholt.
Wir gehen davon aus, daß nach der Oldenburger LG-Entscheidung und aufgrund der Tatsache, daß das Elzer LG im Gegensatz zum Oldenburger LG eine Woche Frist für eine Stellungnahme anberaumte (was als Unsicherheit gewertet werden könnte), **vor den jeweiligen Hauptverhandlungen** wegen »Nötigung«, »Gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr« etc. keine Führerscheine mehr beschlagnahmt werden. Es ist aber zu befürchten, daß die Staatsanwälte in den Prozessen Führerscheinentzug als Strafe fordern werden. Sollten einzelne Richter/innen tatsächlich auf Entzug urteilen, so werden die Betroffenen wohl mehrere Gerichtsinstanzen vor sich haben.
Wir glauben, daß sich die Staatsanwaltschaft hiermit eine ähnliche Verunsicherung von Betroffenen und potentiell Betroffenen verspricht, wie vor ein paar Jahren mit der bisher mißglückten - gerichtlich gestoppten - Leistungsbescheide-Kampagne.
Sta Borchers räumt in der TAZ vom 8.03.85 in der ihm eigenen zynischen Art ein, daß es sich hier um ein ungewöhnliches Mittel handele, das sicher empfindlich träfe. Aber man habe ja,» ..., auch mit einer neuen ungewöhnlichen Art von Aktionen zu tun.« Ziel ist es, zu dem für sich alleine noch relativ leicht kalkulierbaren Strafmaß bei Nötigungsverfahren (10-30 Tagessätze) einen zusätzlichen Unsicherheitsfaktor zu schaffen, der stark ins persönliche Leben eingreift: Leistungsbescheide können zigtausend Schulden bedeuten, Führerscheinentzug unterbindet geliebte, bequeme Lebensgewohnheiten und kann oftmals sogar Job oder Ausbildung gefährden.

Bomben - Blockadetreffen

Erholt und braungebrannt aus den Osterferien zurückgekehrt trafen sich in Bremen 200 Leute, zum großen Teil aus der Unterweserregion, um die anstehende Blockade vorzubereiten.

Trotz norddeutscher Einladung kamen leider nur einige Menschen aus Göttingen, Hamburg und Hannover. Bedauerlich war im Vorfeld das Verhalten der BUF, nicht mit zur Bombenblockade als einen Schwerpunkt in diesem Jahr der norddeutschen Antikriegs- und Friedensbewegung aufzurufen, doch wurde die Hoffnung ausgedrückt, daß sich trotzdem viele aus Norddeutschland an der Aktion beteiligen.

Ein neuer Aspekt wurde von der BBA (Bremer Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen) mit in die Diskussion und Aktion gebracht, die mit einer eigenen Aktion während der Blockade darauf aufmerksam machen wollen, daß auf der selben Bahnstrecke in Zukunft Atommüll aus dem AKW Esensham rollen wird.

Die Vollversammlung verabschiedete nach einigen redaktionellen Änderungen folgende Plattform-Auszüge:

Laßt uns die Warnungen erneuern und wenn sie schon Asche in unserem Munde sind. Denn der Menschheit drohen Kriege, gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind. Und sie werden kommen ohne jeden Zweifel, wenn denen, die sie in der Öffentlichkeit vorbereiten, nicht die Hände zerschlagen werden (Bertold Brecht).

»Seit 5 Jahren thematisieren wir die unmittelbare und beständige Vorbereitung zum Krieg. Wir protestierten gegen die Gelöbnisfeierlichkeiten ..., gegen die Ansiedlung von US-Kasernen in Garlstedt ... und nicht zuletzt führten wir 3 Bombenzugblockaden in der Wesermarsch durch. Diese Aktionen sind sowohl als Warnungen gemeint, als Hinweis, wo und wie hier Krieg in aller Öffentlichkeit vorbereitet und organisiert wird (z.B. Libanon, Kurdistan, Iran-Irak). Sie sind aber auch konkreter Widerstand gegen diese Kriegstreiberei ...

Auch das haben wir in den letzten Jahren zigmal wiederholt: daß die BRD sich treu in die Nato-Gefolgschaft einreiht, ohne dabei Eigeninteresse aufzugeben.
Zum einen wird sie als Sperrspitze gegen den Warschauer Pakt hoch- und ausgerüstet, ..., zum anderen ist die BRD eine Drehscheibe für den schnellen Einsatz in die Krisengebiete des Nahen Ostens und für die Sicherung der Ölquellen für die westliche Welt....
Damit am Ende trotzdem noch die eigene Kasse stimmt, hat sich die BRD zudem auch noch zum 3.größten Rüstungsexporteur gemausert ... Wir wissen, daß wir zur Zeit noch zu wenige sind, wir wissen, daß die Bombenzugblockade nicht die einzige Form ist um gegen die Kriegstreiberei Widerstand zu leisten ... Ziel unserer jetzigen Aktion ist es, langfristig den Munitionsumschlag über Nordenham zu stoppen, anderrerseits die Problematik der Aufrüstung und den Ausbau der militärischen Infrastruktur über die Region hinaus in die Öffentlichkeit zu tragen.«

Um dies zu erreichen und verstärkt in die Städte Oldenburg und Bremen hineinzutragen wird außer der Bahnstrecke Nordenham– Hude die Strecken Oldenburg - Hude und Hude - Bremen mit in die Aktion einbezogen.
Am 1.Juni zu Beginn der »Alarmbereitschaft« (vom 1.Juni bis 15.Juli) findet in Nordenham eine Demo statt, die auf die Blockaden aufmerksam machen soll.
Am 2.Tag nach Festmachen des Munischiffes in Nordenham (vor 10 Uhr x + 1, nach 10 Uhr x + 2) beginnt die Aktion schwerpunktmäßig mit Auftaktkundgebungen um 9 Uhr jeweils an den Hauptbahnhöfen. Danach teilen wir uns in dezentrale, unabhängige Gruppen entlang der Strecke auf.
Am 3.Tag nach Beginn der Aktion wird eine zentrale Demo in Bremen um 17 Uhr ab Hauptbahnhof stattfinden, um Menschen, die nicht direkt an den Blockaden teilnehmen, die Möglichkeit zu geben, doch an der Gesamtaktion teilzunehmen.

Eine recht kontroverse Diskussion kam bei der Frage auf, ob und wieweit der zivile Bahnverkehr mit behindert werden sollte. Hier stand der Wunsch nach Vermittelbarkeit der Aktionen, der vor allem vom Arbeitskreis Wesermarsch geäußert wurde, der Erkenntnis gegenüber, daß zivile und militärische Infrastruktur derart miteinander verquickt sind, daß eine Trennung absolut künstlich wäre. Der Vorschlag, am 2.Tag der Aktionen die Strecke völlig dicht zu machen, falls auf ihr noch Munizüge fahren sollten, wurde von der Mehrheit der Teilnehmerinnen/mer mit dem Argument - zu wenig vermittelbar - abgelehnt, obwohl den meisten Leuten klar war, daß es ohne Störung des zivilen Verkehrs kaum abgehen könne.

Im Aktionsrahmen heißt es jetzt dazu: Jedoch richtet sich unsere Aktiuon mit Ausnahme symbolischer Aktionen direkt auf die Bombenzüge. Der entscheidende Schutz dieser Aktionen ist die öffentliche Unterstützung, die sie findet. Wir selber werden keine Aktionen machen, die Menschen verletzen könnten.

Die gesamte Versammlung zeigte, daß trotz allen Geredes vom Wellental, in dem sich die Bewegung befinden soll, noch bei vielen Gruppen der Wunsch ungebrochen ist, Sand im Getriebe der Kriegsvorbereitungen zu sein.

Das Konzept ist klar, viele Ideen sind in den Köpfen und auf einen beruhigenden Erfahrungsschatz können wir zurückgreifen. Der zweite Frühling der Bombenblockaden scheint doch noch zu kommen, genauso spät wie der richtige.
Eingeläutet wurde er durch die rauschende Ballnacht mit 600 Leuten, die sich an die Vollversammlung anschloß.
Kontakte für Plakate, Aufrufe, Infos sind:

AK Wesermarsch
c/o Meyer
Hammelwarder Außendeich
Brake

Kommitee gegen die Bombenzüge
St.Paulistr.10/11
28 Bremen

EA Bremen
c/o Dritte Welt Haus
Buchtsstr.14/15
28 Bremen

Antikriegsreferat des Asta
Universität Bremen
Bibliothekstr.
28 Bremen 33
Tel.:0421/218-3314

Grüne Seifenblase endgültig zerplatzt?

Stand in den letzten Wochen die Stillegung der Plutonium Fabrik Alkem durch die Strafanzeigen der BI Hanau gegen Alkem und das hessische Wirtschaftsminsterium im Raum, so versucht der hessische Wirtschaftsminister Steeger derzeit in Gemeinschaftsaktion mit Innenminster Zimmermann alle Steine für einen Weiterbetrieb aus dem Weg zu räumen. Zimmermann sandte Steeger am 10. April eine „bundesaufsichtliche Stellungnahme" mit „positiven Gesamturteil" zu und drängte auf eine unverzügliche Genehmigung der Anlage, die Steeger ihm prompt binnen séchs bis acht Wochen zusicherte. Während der hessische Wirtschaftsminister „keine Anhaltspunkte sieht, die gegen eine Genehmigung sprächen" (1) und den Vorgang als „Routine" bezeichnete, ist er in doppelter Hinsicht äußerst brisant. Während die Hanauer Staatsanwaltschaft aufgrund der BI–Anzeige in den Akten der Alkem und des Wirtschaftsminsteriums als Genehmigungsbehörde wühlt und prüft, ob die Alkem mit Hilfe des Ministeriums illegal betrieben wurde, sehen weder Steeger, Börner noch Zimmermann ein Problem darin die Anlage durch die Beschuldigten legalisieren zu lassen und obendrei zu erklären, alles gehe nach „Recht und Gesetz" (Börner (2)).

Gleichzeitig ist die Genehmigung der Hanauer Atomfirmen der „casus knacksus" einer Neuauflage der rot/Grünen Zusammenarbeit in Hessen. Wurde Zimmermanns Stellungnahme von den Grünen noch als „Akt der Einmischung in das Prüfungsrecht der Landesregierung" gewertet, so reagierten die Grünen auf Steegers schnelle Zusicherung „verärgert". Die Expertenkommission unter Leitung von Klaus Traube, die als Grundlage für eine weitere Zusammenarbeit von SPD und Grünen einen Plan zum schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie entsprechend den Parteitagsbeschlüssen der SPD erarbeiten soll, würde damit zum „Seifenblasengremium herabgewürdigt."

Doch die SPD gibts nicht auf, die Grünen zum Nulltarif einkaufen zu wollen. Als „Bonbon" für die Grünen werden Selbstverständlichkeiten aufgetischt. So „soll den Wünschen der Firma Alkem nicht in allen Punkten entsprochen werden." (2). Die von Alkem geplante Ausweitung der Kapazität von 460 Kilogramm auf 6,7 Tonnen bei der Plutoniumverarbeitung werde „erheblich reduziert", wenn die Firma den Wunsch nicht im einzelnen begründe, dies sei bisher „noch nicht zureichend" geschehen. (2)

Redaktion atommüllzeitung

Staatsanwalt greift bei Alkem zu

Atomgesetz – Sprengsatz für die Atomfabriken

Als 1975 die sozial–liberale Koalition das Atomgesetz zum dritten Mal novellierte, ahnte wohl kaum einer der damaligen Abgeordneten, welchen juristischen Sprengsatz man sich ins eigene Nest setzte. Das wohl als ‚lex-Hanau' zu definierende Gesetzeswerk sollte die Brennelementfabriken gleichen Sicherheitsstandards unterstellen, wie für Atomkraftwerke. Für bestehende Atomanlagen im nachhinein eine verschärfte §7 Atomgesetz–Genehmigung auszustellen, schien den Gesetzesmachern eher eine Formsache zu sein. Die Alkem stellte ihren Antrag wie auch die übrgen Hanauer Brennelementfabriken fristgerecht im letzten Quartal 1975 und wartete der Dinge. Da auch die Genehmigungsbehörde juristisches Neuland betrat, wurde das Verfahren zwar betrieben, jedoch im Lauf der Jahre grundlegenden Veränderungen „zugestimmt", die ohne vorliegende Genehmigung nach §7 eigentlich nicht erteilt werden durften, denn die Übergangsbestimmung deckt nur die „bisherige Tätigkeit ab. Am deutlichsten wird dies durch die vom hessischen Wirtschaftsministerium gebastelten „Rechtskonstruktionen", mittels derer die Atomabteilung in Wiesbaden etwa 37 Änderungen, wie zum Beispiel dem Bau des Plutoniumbunkers „zustimmte". Der Begriff der „Zustimmung" oder gar der „Teilzustimmung" existiert jedoch in keinem noch so bürgerlichen Atomgesetz.

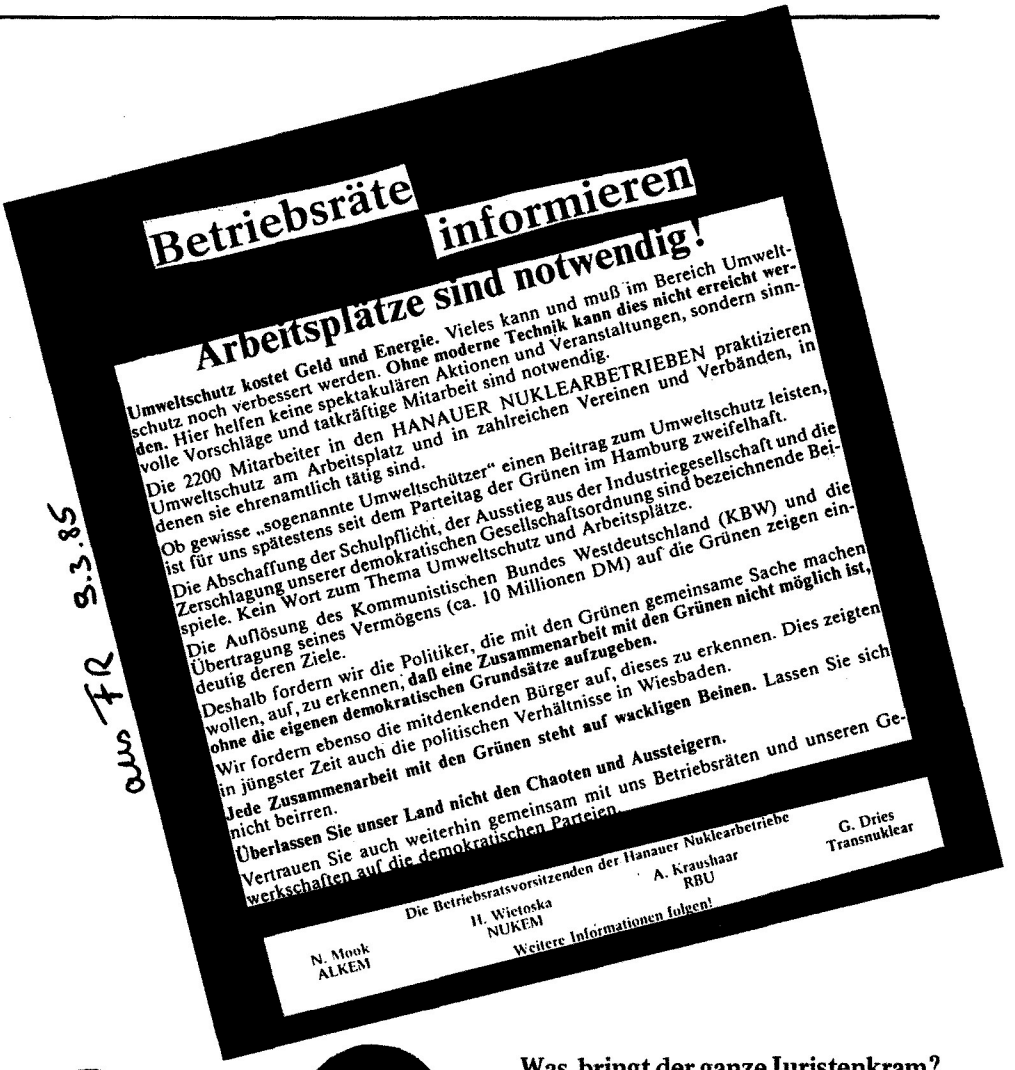
Die Alkem hatte sich außerdem in ihrem eigenen Antragsdschungel verheddert und Sicherheitsberichte geändert und zurückgezogen. Hierbei hatte sie auch einen Neubau beantragt, gleichzeitig aber die Option auf die bestehende Anlage nicht entgültig aufgeben wollen, obgleich sie ein völlig geändertes Konzept verfolgte. Ferner hatte sie ihren Antrag de facto zurückgezogen und damit das Recht, weiterproduzieren zu dürfen verwirkt.

Anordnung zur Schließung und Strafanzeige

All diese aufgedeckten Zustände veranlaßten uns, am 17.10.1984 beim Verwaltungsgericht Ffm einen Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung auf Schließung der Alkem zu stellen.

Vorausgegangen waren bereits der geplatzte Erörterungstermin am 26.9.84 und der Mainhauser Beschluß der GRÜNEN–Hessen vom 7.10.84, eine Klage gegen Alkem finanziell zu tragen. Als „notwendige Begleitmusik" betrachteten wir eine Strafanzeige gegen die Alkem, die am 31.10.84 bei der Staatsanwaltschaft Hanau eingereicht wurde. Unser Anwalt hatte entdeckt, daß selbst das Strafgesetzbuch das unerlaubte Betreiben einer kerntechnischen Anlage im §327 unter Strafe stellt. Dieser Paragraph war zwar in der bundesdeutschen Justiz noch nie zur Anwendung gekommen, bot sich aber geradezu gegen das Zusammenspiel von Genehmigungsbehörde und Betreiber an. Gegen die beiden Verantwortlichen im Wirtschaftsministerium erging gleichfalls Strafanzeige wegen Beihilfe.

Wie erstaunt waren wir aber über das Echo der beiden juristischen Schritte.
Während die einstweilige Anordnung „den Bach runterging", entpuppte sich die Strafanzeige als eigentlicher Renner. Das Verwaltungsgericht schmetterte die einstweilige Anordnung mit dem irren Argument ab, wir hätten ja schon seit 1980/81 den Zustand der Alkem gekannt und somit sei keine Dringlichkeit gegeben. Die Alkem hatte nämlich unsere eigenen Flugblätter als Beweismaterial eingereicht und damit Erfolg gehabt.
Anders entwickelte sich die Strafanzeige. Am 13.12.84 wurde die Staatsanwaltschaft bei der Fa. Alkem vorstellig und beschlagnahmte eine Reihe von Unterlagen. In einem eigens für sie freigemachten Raum werden nunmehr die Akten sistiert. Am Tage nach der Durchsuchung wurden zwar die Staatsanwälte gleich vor den Rechtsausschuß des Landtags zitiert, doch ließen sie sich dort offensichtlich nicht einschüchtern.
Nach der Kommunalwahl vom 10.3.85 erst wurde bekannt, daß die Staatsanwaltschaft nun auch Akten im Wirtschaftsministerium beschlagnahmt hatten.
Bereits am 26.2.85 waren sie im Hause des Pro-Atom-Wirtschaftsministers Stegen vorstellig geworden, um ca. 300 Aktenordner sicherzustellen. Bei dieser Recherche stießen sie auch auf Parallelen im Verfahren für die dritte Brennelementfabrik RBU. Daher wurde das Verfahren auch auf diese Firma ausgedehnt.
Es ist schon ein Novum, daß die Staatsanwaltschaft von sich aus gegen einen Atomgiganten vorgeht. Neu ist auch, daß ein Minister gegen seine beiden leitenden Beamten in der Atomabteilung vorermitteln läßt, deren Aktivitäten er über ein halbes Jahr offen gedeckt hat.


aus FR 9.3.85

Betriebsräte informieren

Arbeitsplätze sind notwendig!

Umweltschutz kostet Geld und Energie. Vieles kann und muß im Bereich Umweltschutz noch verbessert werden. Ohne moderne Technik kann dies nicht erreicht werden. Hier helfen keine spektakulären Aktionen und Veranstaltungen, sondern sinnvolle Vorschläge und tatkräftige Mitarbeit sind notwendig.
Die 2200 Mitarbeiter in den HANAUER NUKLEARBETRIEBEN praktizieren Umweltschutz am Arbeitsplatz und in zahlreichen Vereinen und Verbänden, in denen sie ehrenamtlich tätig sind.
Ob gewisse „sogenannte Umweltschützer" einen Beitrag zum Umweltschutz leisten, ist für uns spätestens seit dem Parteitag der Grünen im Hamburg zweifelhaft.
Die Abschaffung der Schulpflicht, der Ausstieg aus der Industriegesellschaft und die Zerschlagung unserer demokratischen Gesellschaftsordnung sind bezeichnende Beispiele. Kein Wort zum Thema Umweltschutz und Arbeitsplätze.
Die Auflösung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) und die Übertragung seines Vermögens (ca. 10 Millionen DM) auf die Grünen zeigen eindeutig deren Ziele.
Deshalb fordern wir die Politiker, die mit den Grünen gemeinsame Sache machen wollen, auf, zu erkennen, **daß eine Zusammenarbeit mit den Grünen nicht möglich ist, ohne die eigenen demokratischen Grundsätze aufzugeben.**
Wir fordern ebenso die mitdenkenden Bürger auf, dieses zu erkennen. Dies zeigten in jüngster Zeit auch die politischen Verhältnisse in Wiesbaden.
Jede Zusammenarbeit mit den Grünen steht auf wackligen Beinen. Lassen Sie sich nicht beirren.
Überlassen Sie unser Land nicht den Chaoten und Aussteigern.
Vertrauen Sie auch weiterhin gemeinsam mit uns Betriebsräten und unseren Gewerkschaften auf die demokratischen Parteien.

Die Betriebsratsvorsitzenden der Hanauer Nuklearbetriebe
N. Mook, ALKEM
H. Wietoska, NUKEM
A. Kraushaar, RBU
G. Dries, Transnuklear
Weitere Informationen folgen!

Klage gegen Genehmigung von NUKEM II und Strafanzeige

Daß es bei der NUKEM im atomrechtlichen Genehmigungsverfahren nicht mit rechten Dingen zuging, dämmerte uns schon seit den Berichtsanträgen der GRÜNEN im April 1983, als das hessische Wirtschaftsministerium ein sogenanntes „Überholverfahren" von Antrag/Neuanlage im Hinblick auf Antrag/Altanlage bekanntgegeben hatte.

Zwischenzeitlich ist die erste Teilerrichtungsgenehmigung für NUKEM II, also für den Neubau am 28.11.84 ergangen, allerdings ohne Sofortvollzug, so daß eine Klage bereits das Hauptverfahren eröffnet.
Diese Klage wurde am 13.12.84 beim Verwaltungsgericht Ffm eingereicht und durch eine zweite Klage am 21.2.85 von einem zweiten Kläger untermauert.
Da unsere Verdachtsmomente hinsichtlich der Altanlage NUKEM nach wie vor bestehen, haben wir am 26.3.85 ebenfalls Strafanzeige gegen die NUKEM wegen Betreibens einer illegalen Anlage gestellt. Die beiden leitenden Beamten im Wirtschaftsministerium sind ebenso wie bei der Alkem der Beihilfe für eine illegale Anlage bezichtigt. Dies geschah in der Hoffnung, die Staatsanwaltschaft möge ebenso aktiv werden, wie bei der Alkem. Die Strafanzeige ist inzwischen auch auf Wirtschaftsminister Steger und auf Beamte im Bundesministerium ausgedehnt.

Was bringt der ganze Juristenkram?

In Hessen haben die Aktivitäten der Staatsanwaltschaft Verwunderung ausgelöst. Politiker aus der SPD äußerten ihre Skepsis, Hanauer Kommunalpolitiker aus SPD, CDU, FDP waren verblüfft und die Beschlagnahme bei Nuklearbetrieben und Wirtschaftsministerium hat auch uns überrascht. Daß die Staatsanwaltschaft plötzlich in unserem Sinne ermittelt, muß auch erst einmal verdaut werden. Der Tatbestand, die Atombetriebe plötzlich auf juristischen Wege unter Beschuß zu nehmen, weckt manche Hoffnung, sie vielleicht auf diesem Weg auch stillegen zu können. Mancher Verfechter des rot-grünen Bündnisses bei SPD und GRÜNEN wünscht sich im Stillen womöglich auch eine solche Lösung des Problems für Hessen. Doch wie verfrüht oder gar trügerisch sind diese Hoffnungen. Das Blatt bei den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen könnte sich rasch wenden und alles als fehlerhaft jedoch nicht als entscheidend abgetan werden! Was dann? Unser Widerstand darf sich daher nicht auf diesen juristischen Weg abdrängen lassen, auch wenn er uns im Augenblick eine Menge an Energie, Zeit und vielleicht auch Geld kostet.

Elmar Diez

Kontakt:
Initiativgruppe Umweltschutz Hanau
Friedrich-Ebert-Anlage 9
6450 Hanau

Düngemittel aus der Atomfabrik

Ring frei – zur Runde drei im nachträglichen atom- und immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren der Hanauer Atomfabriken. Nach Nukem und Alkem, an denen sich ein folgenreicher Nukleardisput in Hessen entfachte, hatte nun bis 25.01.85 die RBU (Reaktor - Brennelement - Union), Hersteller von Brennelementen für Druck- und Siedewasserreaktoren, ihre Anträge offengelegt.

Die uferlose Expansion, die schon bei Nukem (6 Tonnen bis zu 94% hochangereichertes Uran) und bei Alkem (6.7 Tonnen Plutonium) jeglicher Grundlage entbehrte, setzt sich hier fort. Arbeitet die RBU gegenwärtig noch mit einem Durchsatz von 700to Uran jährlich, so will man jetzt die Verarbeitungsmenge auf bis zu 2000to im Jahr erhöhen. Dies ist jedoch erst ein Teil des Horrors; denn insgesamt möchte sich die RBU ein Kernbrennstoffinventar von 3927to Uran (!) genehmigen lassen. In dieser gigantischen Menge sollen 140to spaltbares Uran-235 enthalten sein. Da die RBU bereits heute zu 90% den deutschen Brennelementemarkt versorgt und zusätzlich einen Exportanteil von 44% aufweist, können die neuen RBU-Anträge nur dahin interpretiert werden, daß die Firma einen gnadenlosen Brennelement - Imperialismus (Ausdrücke gibt es, Oioioi...d.S.) anstrebt : Uran statt Brot für die Welt...

Warum 5% und 10% Anreicherung ?

In jedem Lehrbuch über die Funktionsweise eines AKW's steht klipp und klar, daß Brennelemente für Druck- und Siedewasserreaktoren (das sind die in der BRD bis jetzt vorhandenen) 3% spaltbares Uran-235 enthalten . Die RBU aber beantragt 3900to mit einem Anreicherungsgrad von 10% !
Natürlich werden die Verantwortlichen dafür wieder schlaue Antworten beim Erörterungstermin geben, von wegen Puffermenge oder so ähnlich. Die plausible Antwort jedoch hat der Spiegel in seiner Ausgabe vom 28.Januar 85 gegeben...Das wiederaufbereitete Uran, das Anfang der 90er Jahre aus Wackersdorf kommen soll, muß nämlich höher angereichert sein, weil es zuviel nichtspaltbares Zeug enthält. Also hängt auch bei der RBU die WAA voll drin. Daß es hierdurch auch in Hanau noch gefährlicher wird, wen juckt das schon von den Atommafiosi ?

Die RBU – Eine radioaktive Dreckschleuder
Eine Spitzenstellung nimmt die RBU in Hanau-Wolfgang bei der Umweltbelastung ein; denn ihre radioaktiven Abgaben erreichen ein ähnliches Level wie Atomkraftwerke. Dies erklärt möglicherweise auch die Schädigungsrate des im Osten angrenzenden Wolfganger Forstes. Er ist mit 70% kranken Bäumen der am stärksten geschädigte Teil des Stadtwaldes (bei durchschnittlich 40% Schädigung).

Für die Berechnungen der möglichen Strahlenbelastung hat die RBU ungenaue Daten angegeben. Sie entsprechen nicht der vom Gesetzgeber geforderten Messung am Rande der Einzelanlage RBU. Von der RBU wurde die Umzäunung des gesamten Nukleargeländes als Grundlage genommen. Dies würde ihr einen höheren radioaktiven Ausstoß erlauben.

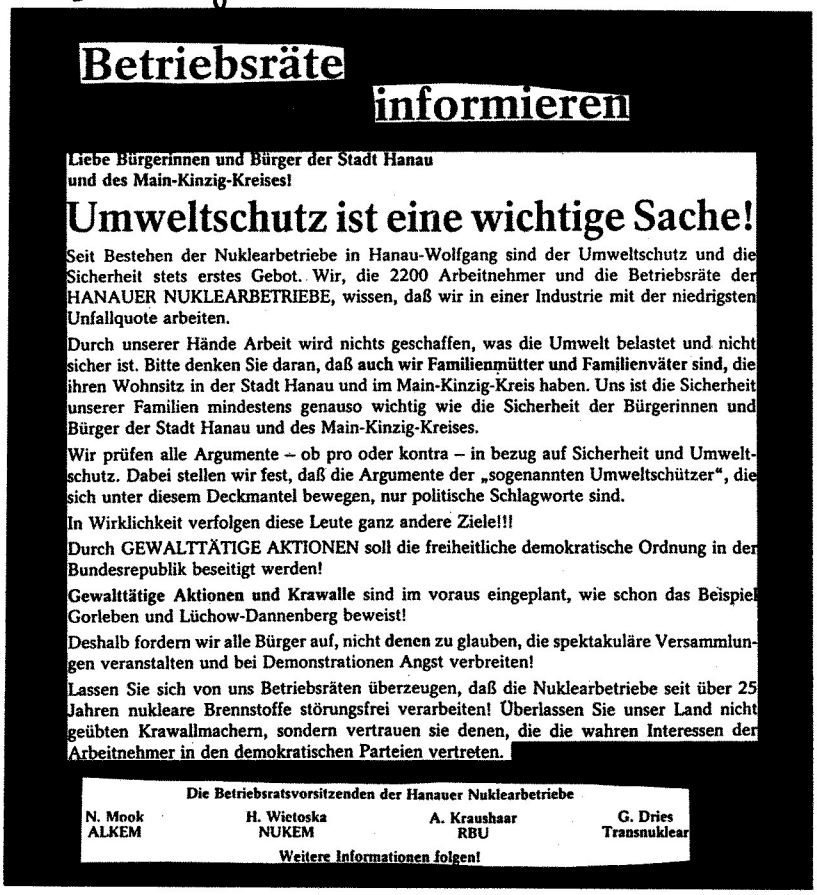
Risiken für Beschäftigte
Selbst der sonst so atomfreundliche TÜV–Bayern rügt in seinem Gutachten, daß die Dosisgrenzwerte für die Beschäftigten bei der Verarbeitung von WAA-Uran nicht mehr eingehalten werden können. (Insgesamt hat der TÜV–Bayern 37 Risiken und Problempunkte aufgelistet). Man fragt sich, was dann wohl aus den Schornsteinen herauskommt ?

Wie immer – schlampige Unterlagen
Weitere Angriffsebenen bietet das Werk im Hinblick auf seinen Antrag nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz, d.h. die Gefahren, die von einer solchen Firma unter dem Gesichtspunkt normaler chemischer Verfahren und Prozesse ausgehen. Hier fehlen gar die kompletten Unterlagen, obwohl dies vorgeschrieben ist. Wir sind auf die Antworten der Firma gespannt. Gefahren, die z.B. durch die Lagerung von hochgiftigem Uranhexafluorid (der Stoff, den die Mont-Louis transportierte) oder gar durch Ammoniak oder Wasserstoff entstehen, werden in den Unterlagen weder für den Normal- noch für den Störfall berücksichtigt.

Der Abfall geht in die Düngemittelproduktion
Nicht allein die hergestellten Brennelemente, sondern auch die Abfälle werfen für die RBU Profite ab. Der Gipfel der Perversion ist, daß Abfallstoffe aus dem Umwandlungsprozeß von Uranhexafluorid in Urandioxid, z.B. Ammoniaksalze, an die Düngemittelindustrie weiterverkauft werden. So werden potentiell radioaktiv verseuchte Stoffe über die Düngung wieder der Nahrungskette zugeführt. Strahlende Tomaten aus Nachbar's Garten mit einem Hauch von RBU – die neueste Kreation aus dem bundesdeutschen Gemüsegarten !
Der Trick dabei ist, daß radioaktives Material unter die sogenannte Freigrenze gebracht wird, d.h., daß es unterhalb der erlaubten Grenzwerte liegt, und dann wieder in Umlauf gebracht wird. Bekanntgeworden ist dieses System auch in Bayern, wo radioaktive Edelstähle aus AKWs solange gesäubert werden – dekontaminiert heißt dies in der Fachsprache – , bis die angestellten Messungen unter der erlaubten Grenze lagen. Ein bißchen Radioaktivität schadet doch nichts !

Jürgen Meier / Elmar Diez
Initiativgruppe Umweltschutz Hanau

Hanauer Anzeiger 2.3.85



Betriebsräte informieren

Liebe Bürgerinnen und Bürger der Stadt Hanau
und des Main-Kinzig-Kreises!

Umweltschutz ist eine wichtige Sache!

Seit Bestehen der Nuklearbetriebe in Hanau-Wolfgang sind der Umweltschutz und die Sicherheit stets erstes Gebot. Wir, die 2200 Arbeitnehmer und die Betriebsräte der HANAUER NUKLEARBETRIEBE, wissen, daß wir in einer Industrie mit der niedrigsten Unfallquote arbeiten.

Durch unserer Hände Arbeit wird nichts geschaffen, was die Umwelt belastet und nicht sicher ist. Bitte denken Sie daran, daß auch wir Familienmütter und Familienväter sind, die ihren Wohnsitz in der Stadt Hanau und im Main-Kinzig-Kreis haben. Uns ist die Sicherheit unserer Familien mindestens genauso wichtig wie die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Hanau und des Main-Kinzig-Kreises.

Wir prüfen alle Argumente – ob pro oder kontra – in bezug auf Sicherheit und Umweltschutz. Dabei stellen wir fest, daß die Argumente der „sogenannten Umweltschützer", die sich unter diesem Deckmantel bewegen, nur politische Schlagworte sind.

In Wirklichkeit verfolgen diese Leute ganz andere Ziele!!!

Durch GEWALTTÄTIGE AKTIONEN soll die freiheitliche demokratische Ordnung in der Bundesrepublik beseitigt werden!

Gewalttätige Aktionen und Krawalle sind im voraus eingeplant, wie schon das Beispiel Gorleben und Lüchow-Dannenberg beweist!

Deshalb fordern wir alle Bürger auf, nicht denen zu glauben, die spektakuläre Versammlungen veranstalten und bei Demonstrationen Angst verbreiten!

Lassen Sie sich von uns Betriebsräten überzeugen, daß die Nuklearbetriebe seit über 25 Jahren nukleare Brennstoffe störungsfrei verarbeiten! Überlassen Sie unser Land nicht geübten Krawallmachern, sondern vertrauen sie denen, die die wahren Interessen der Arbeitnehmer in den demokratischen Parteien vertreten.

Die Betriebsratsvorsitzenden der Hanauer Nuklearbetriebe

N. Mook	H. Wietoska	A. Kraushaar	G. Dries
ALKEM	NUKEM	RBU	Transnuklear

Weitere Informationen folgen!

Verfassungssch(m)utzbericht

Der niedersächsische Innenminister Möcklinghoff stellt im Niedersächsischen Verfassungsschutzbericht »eine Zunahme von Gewalttaten und Rechtsbrüchen in Verbindung mit großen Protesbewegungen« fest.
Der Spiegel kreiert einen »neuen Tätertyp in der Gewaltszene«, der »Ökoterroristen« (Spiegel 11/85).
Verfassungsschutzbericht und Spiegelartikel sind Teil einer erneuten Hetzkampagne gegen die Anti - AKW - und andere Bewegungen. Ein Blick in diese beiden Machwerke lohnt sich also allemal.

Der Niedersächsische Verfassungsschutzbericht ist wieder einmal ein Beleg für den Eifer der vielen Leseratten im Staatsapparat. Welche Redaktion oder welche Flugblattschreiberin wünscht sich nicht Leserinnen, die so großes Interesse an ihren Produkten zeigen. Vorweg dankt Möcklinghoff in seiner Pressemitteilung bei der Vorlage des Verfassungsschutzberichtes. »allen Mitarbeitern des Verfassungsschutzes für ihre gewissenhafte Arbeit zum Wohle unserer demokratischen Ordnung«. Und Demokratie steht für ihn unter »dem Motto der NATO vigilitas pretium libertatis. Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit.« Und nicht nur wachsam soll sie sein, seine Demokratie, sondern auch »wehrhaft«. Wieder einmal dieses sattsam bekannte Vokabular und wieder einmal wird damit alles verdreht: der Staat, von dem die Gewalt ausgeht, wehrt sich angeblich, und unser Widerstand, unsere Notwehr, unsere Gegengewalt öffnet angeblich »den Damm gegen Gewaltanwendung«. Das ist das leider immer wieder erfolgreiche ideologische Verwirrspiel der Herrschenden, mit dem sie jeglichen Widerstand zu diffamieren versuchen. Zu diesem Verwirrspiel gehört aber nicht nur diese Verdrehung der Tatsachen, sondern auch die immer wieder aufgewärmte Totalitarismustheorie: links = rechts. Was zählt, ist »nur die extremistische Betätigung, gleich ob links oder rechts«.
Drei Bereiche nimmt der Verfassungsschutzbericht besonders unter die Lupe: die Aktionen der Anti - Kriegsbewegung, die Aktionenen im Wendland und die sich häufenden Anschläge im Wendland und anderswo. Auf diese Bereiche wird sich auch wohl in Zukunft der Staatsapparat mit allen seinen Repressionsmaßnahmen stürzen.

Anti - Kriegsbewegung

In diesem Teil des Berichtes wimmelt es von Zitaten aus Flugblättern des Göttinger Arbeitskreises. Es wird festgestellt, daß der »unabhängige Flügel der Friedensbewegung versucht habe, die Friedensbewegung insgesamt in eine Konfrontation mit dem Staat zu führen«. Dieser Versuch sei »jedoch erfolglos geblieben«. Als Beispiele werden die Verhinderung der Tagung in Loccum,die Aktionen gegen US - Munitionstransporte in Nordenham, die Aktionen in Bremerhaven/Nordenham, die Störung der Internationalen Luftfahrtausstellung in Hannover und die Störungen der NATO - Herbstmanöver im Raum Hildesheim genannt.

Die Aktionen im Wendland

Sie werden unter der Überschrift »Extremistische Einflußnahme auf die 'Anti - Kernkraftbewegung' und auf die Auseinandersetzungen um die geplante Wiederaufbereitungsanlage in Dragahn und das

Zwischenlager in Gorleben« abgehandelt. Dieser Bereich hat im Bericht ein besonders starkes Gewicht. Hier findet mensch auch das umstrittene Zitat, das dem Pressesprecher der BI Lüchow - Dannenberg in die Schuhe geschoben wurde und wegen dem die uns vorliegende Fassung des Verfassungsschutzberichtes auf gericht-

Foto: E.Brand

Bonn: Bundestagsbelagerung Nov.83

liche Anordnung hin wieder eingestampft werden mußte: künftige Aktionen müßten »vielfältig wie in Nordirland« sein. Wo Widerstand so vielfältig ist wie im Wendland und wo auch Anschläge und Sabotage als Teil des Widerstandes von einer breiten Bewegung getragen werden, muß der Verfassungsschutz zu falschen Zitaten greifen, um Drahtzieher im Hintergrund zu konstruieren und damit Angriffspunkte zu haben. Neben der BI Lüchow - Dannenberg werden als Gruppen der Lüneburger

und der Braunschweiger Arbeitskreis, Atommüllzeitung und Atomexpress sowie »verschiedene Gruppen der 'Neuen Linken' aus Göttingen, Hannover, Hamburg und Berlin« genannt. Sie hätten versucht, mit den Aktionen der Wendlandblockade zur Verhinderung der Atommülltransporte und denen am Tag X eine neue Phase der seit Jahren andauernden Auseinandersetzungen um Kernkraft einzuleiten. »Durch sie sollten 'Atommülltransporte nicht nur symbolisch verhindert, sondern langfristig unmöglich gemacht werden'«. Als Schlußfolgerung aus diesen Aktionen habe die Anti - AKW - Bewegung eine neue Strategie entwickelt: »die Zeit der offen - militanten Großdemonstrationen scheine vorbei zu sein; man müsse günstige Situationen unsichtbar, geschickt und für den Gegener unkontrollierbar ausnutzen. In dieser Richtung gebe es 'in letzter Zeit durchaus ermutigende Anzeichen in Gorleben' (Atomexpress und Atommüllzeitung Januar/Februar 1985, S.17).« Und damit kommt der Bericht zu dem, was den Herrschenden besondere Sorge bereitet:

Foto: Gabi Haas

Krümmel Strommast ...

Anschläge und Sabotage im Wendland und anderswo

Und da tappen sie ziemlich im Dunkeln. Was sie dazu berichten, ist ein einziges Zeugnis ihrer Hilflosigkeit. Zu der R.A.F. gehören sie nicht, zu den RZs auch nicht, diese Gruppen, die sich »die Rattenfängerinnen und ihre Mäuse«, »die schwarzen Schafe im Wendland«, »Konfettiaktion«, oder »Jim Knopf und die Wilde 13« nennen. »Mit der personellen Zusammensetzung von Gruppen wechselten auch die Namen häufig nach kurzer Zeit.«
»Obwohl die Täter bisher nicht ermittelt wurden, behauptete die Zeitschrift 'Graswurzelrevolution', es handele sich um Aktionsbereite, militante Kernkraftgegner, die sich 'aus dem gewaltfreien Widerstand' als 'Kleingruppen abgesprengt' hätten. Es gibt auch eine 'Selbstdarstellung aus dem militanten Widerstand'; danach bestehe der Personenkreis aus mehreren kleinen Gruppen, die sich untereinander kennen, aber selbständig arbeiten. Ein 'ideologischer Überbau' wie vergleichswelse bei den 'Revolutionären Zellen' verbindet diese Gruppen nicht.«
»Täter« konnten sie bisher nicht ermitteln. Der Bericht zeigt, daß sie erst im Anfang stehen bei ihrem Versuch, hinter die Strukturen dieser Gruppen zu blicken.

»Ökoterroristen«

Das bringt auch der **Spiegelbericht** über die »Ökoterroristen« an's Licht: »Militante Umweltschützer sprengen Strommasten und zünden Mülltransporter an. Sie verüben Anschläge auf Zulieferfirmen von Kernkraftwerken und auf Chemiefabriken. Rund 600 solcher Gewalttaten haben Schäden in zweistelliger Millionenhöhe verursacht«. Und ein hoher westdeutscher Verfassungsschützer nörgelte gegenüber dem Spiegel:»Unsere Erkenntnislage war selten so schlecht wie in diesem Bereich...Wenn wir diese Leute erwischen wollen, müssten wir einen Agenten in den kleinsten Kreis hineinbringen und uns dann womöglich auch noch an Straftaten beteiligen.«
Und da die Leute nicht zu fassen sind und Totschweigen nicht mehr möglich ist, muß eine Hetzkampagne herhalten, um den »Ökoterroristen« das Wasser abzugraben: Sie seien »an terroristischen Erwägungen kaum interessiert ... bei den Brandstiftern von heute gibt es, wie einer von ihnen das Klima in der Szene schildert, 'statt Strategiepapieren oft Feten'. Es werde immer 'mehr gesoffen und gefeiert, als geschrieben... wir haben keinen wahnsinnigen theoretischen Überbau, sowas Einleitung der Weltrevolution oder Antiimperialistischer Kampf'«.
Und diese Hetze dient dann dazu, diese Leute in die Nähe von Neonazis zu rücken. Zum Abschluß des Artikels im Spiegel wird ein »Staatsschützer« zitiert: »Das erinnert an das Verhalten von Neonazis, die erst einen trinken und dann spontan Straftaten begehen.«

Foto: G.Zint

vom Winde verweht

Aktionstage gegen Atommülltransporte

Fotos: Th. Einberger PAN-Foto

ALLGEMEINVERFÜGUNG

des Landkreises Lüchow-Dannenberg

über das Verbot von öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzügen im Landkreis Lüchow-Dannenberg am Samstag, dem 23. Februar 1985, und Sonntag, dem 24. Februar 1985 (sogenannte Aktionstage „Gegen Atommülltransporte und Kriminalisierung – Unruhe im Wendland")

So war es am Mittwoch den 20. 2. 85 in der lokalen 'Elbe-Jeetzel-Zeitung' zu lesen. Angefügt war eine 1 1/2 seitige Begründung, in welcher auf mehrere TAZ-Artikel, Sendungen der Radios 'Dreyecksland' (Freiburg) und 'Eulenspiegel' (Braunschweig), sowie versiedene Flugblätter Bezug genommen wurde.

„Nach § 26 des Versammlungsgesetzes wird mit Freiheitsstrafe bis zu 1 Jahr oder mit Geldstrafe bestraft, wer als Veranstalter oder Leiter, 1. eine öffentliche Versammlung oder einen Aufzug trotz vollziehbaren Verbots durchführt oder trotz Auflösung oder Unterbrechung durch die Polizei fortsetzt (...)" (Zitat EJZ).

Die Behörden hatten sich jedoch im Vorfeld der Aktionstage auf eine andere Taktik als beim Tag X geeinigt. Es gab kein offizielles Verbot von Plakaten und Aufrufen zu den Aktionstagen, wahrscheinlich mehr aus Furcht, die Werbetrommel für die Aktionstage noch mehr zu rühren als dies die AKW-Gegner/innen schon taten. Schließlich gab es noch die greifbaren Erfahrungen vom TAg X.

Die Staatsanwaltschaft ließ sich deshalb jedoch nicht davon abbringen, wie wir erfahren haben, gegen die Hersteller/innen und Vertreiber/innen der Aufrufe und Plakate zu ermitteln.

Ebenso ließen sich ungefähr 2000 Menschen durch das Verbot der Behörde nicht davon abbringen, sich während der Aktionstage im Wendland zu versammeln.

Das politische Konzept der Aktionstage konzentrierte sich für den Samstag vor allem auf die Transportstrecke für hochradioaktiven Atommüll (Castor-Transportstrecke). Auch die Polizeikräfte verteilten sich am Samstag entlang dieser Strecke.In kürzesten Abständen waren Mannschaftswagen postiert, entlang der Bahnstrecke Uelzen-Dannenberg , wie auch der Straße Dannenberg-Gorleben. Auf der Straße Dannenberg-Gorleben konnte die Polizei bereits am Morgen durch ein massives Aufgebot verhindern, daß es zu größeren Annsammlungen und längeren Blockadesituationen kam. Die Demonstranten/innen, die von der Polizei immer wieder in immer kleinere Gruppen geteilt wurden, reagierten hierauf mit flexiblen Blockaden. Einige schlugen sich in den Wald und bauten unermüdlich Materialblockaden, andere bewegten sich in kleinen Autokonvois auf der Strecke und machten des öfteren mal halt.

Nachmittag gelang es dann doch noch, spontan eine große Autoblockade aufzubauen. Bei Grippel trafen sich 2 Autokonvois mit ungefähr 150 PKW.

Die Polizei stand ca. 1 Std. lang ratlos vor dem Auspuffpulk, die Blockiere/innen konnten sogar vor ihren Autos eine Materialblockade vor den Autos errichten. Schließlich gelang es der Polizei, laut brüllend und Knüppel schwingend, die Materialblockade zu überrennen, worauf die Demonstranten/innen panikartig zu den Autos oder in den Wald flüchteten.

Ebenfalls auf der Straße befand sich am Samstag morgen eine Gruppe von 30 Oldenburger AKW-Gegner/innen, die dem ostfriesischen Nationalsport , dem Boßeln, fönten. Doch plötzlich wurden sie bei ihrem ostfriesischen Boccia-Spiel, von 2 Wasserwerfern und einer Reihe Mannschaftswagen gestört. Diese versperrten ihnen nämlich die Straße, nahmen 12 Spieler/innen in Gewahrsam, und der Rest durfte nur noch am Straßenrand weiterboßeln.

Entlang der Bahnlinie Uelzen-Dannenberg verhielten sich die Bullen nach der gleichen Taktik wie an der Straße. Es wurde versucht, keine größeren Massen-

und Kriminalisierung

Fotos: Th. Einberger PAN-Foto

ansammlungen zustande kommen zu lassen, weshalb auch gleich nach Erscheinen der Glühwein-/Infostände gegen sie vorgegangen wurde.
Zur gleichen Zeit wurde die erste Massenverhaftung in Hohenzehten versucht. Ungefähr 200 AKW-Gegner/innen wurden samt Autos umzingelt, aber bis auf 20 konnten alle noch ausbrechen und verduften. Die 20 Pechvögel wurden in Busse verfrachtet und im Süden des Landkreises ausgesetzt.
Ab Samstag mittag war die Polizei an der Bahnlinie jedoch nicht mehr Herr der Situation. Die Spaziergänge/innen brachten es auf 170 gelockerte und z. T. entfernte Gleismuttern, 8 angesägte und 18 umgelegte Telefonmasten, 17 Unterhöhlungen des Schotterbettes, 2 kaputte Vorsignale, 1 zur Hälfte angegrabenen und 1 an die Gleise angeschraubten Eisenträger, sowie mit

Schnellbeton behandelte Schienen.
Mehr als klammheimliche Freude kam auf, als der NDR meldete, die Polizei hätte die Schienen gesprengt. Im Laufe der Nacht war auf den Gleisen eine Bombenattrappe mit Schnellbeton eingegossen worden—ein Sonderkommando des LKA Hannover sah sich nicht in der Lage sie zu entschärfen und sprengte sie an Ort und Stelle.
Um dem Treiben ein Ende zu setzen, wurde zum mittlerweile im Wendland bewährten Mittel der 'Masseningewahrsamnahme mit anschließender Aussetzung in der Einöde' gegriffen.

Auf der Bahnlinie Lüneburg-Dannenberg setzten 70 Mitglieder der BI einen Zug mittels Notbremse lahm, nachdem sie zuvor 2 Wagons von innen plakatiert hatten.

Eine Gruppe von 30 Gorleben-Frauen gab bei der Polizei am Nachmittag die üblicherweise bei Hausdurchsuchungen mitgenommenen 'Beweisstücke' wie Flaschen, Schuhe, Papierstapel ab. Nachdem die Bullen ihre Verwunderung überwunden hatten, trieben sie die Frauen mit Schlägen und Fußtritten nach draußen.
Um 17 Uhr wurde dann bei den Trebeler Bauernstuben die Setzung des Gedenksteins, für die Politiker, die den Landkreis an die Atommafia verkauft haben, unter Beteiligung von 300 Zuschauer/innen durchgeführt.
Die letzte große Bullenaktion fand dann noch gegen 23.30 Uhr im Cafe 'Grenzbereiche' in Platenlaase statt. Nachdem sie das Cafe umstellt und durchsucht hatten, mußten sich 98 Besucher/innen einer Personalienfeststellung unterziehen.

Am Sonntag fand dann die Sight-Seeing-Tour mit ca. 700 Teilnehmer/innen statt. Noch bevor diese jedoch wieder an den Ostbahnhof Dannenberg zurückkehrten, nahmen die Bullen die ca. 180 wartenden Demonstanten/innen in Gewahrsam und setzte sie in 2er- oder 3er Gruppen im Süden des Landkreises aus. Damit war die im Vorfeld der Aktionstage umstrittenste Aktion, die Abdeckung der 4 km Gleise zwischen Ost- und Westbahnhof Dannenberg geplatzt.

Und hier ist doch

was los ...

Fotos: PAN-Foto

Nach dem Motto „Hier ist ja nichts los" setzt dann die vereinzelte Jagd nach der spektakulärsten Konfrontation ein. Die Sammlung versprengter Kleingruppen und ein diskutiertes Vorgehen sind in dem Fall nur schwer möglich, die Vereinzelung spielt den Bullen nur in die Hände.

Aber um eins klarzustellen, damit ist nichts gegen gezielte Kleingruppenaktionen gesagt, die sich teilweise auch an den Aktionstagen per se oder im Windschatten größerer Aktionen als die angemessene Taktik erwiesen.

Es gibt noch einen weiteren Aspekt, der die Nachhaltigkeit des Widerstands unnötig herabsetzt. Er betrifft das seit einiger Zeit zu beobachtende Verhalten, gleich die Flucht zu ergreifen, wenn zwei Bullenautos um die nächste Kurve herum kommen. Völlig unnötig werden dann gute Positionen geräumt und Blockaden aufgelöst. Sicher ging die Polizei in der Vergangenheit rücksichtslos vor, aber das ist keine Entschuldigung dafür, sich bluffen zu lassen. Nicht jeder Streifenwagen ist ein Wasserwerfer. Außerdem soll es mal Zeiten gegeben haben, da wurden Ketten gebildet und Widerstand gegen ganze Hundertschaften geleistet. Etwas mehr Besonnenheit und Entschlossenheit wäre also nicht verkehrt.

Was heißt das?

Die Verankerung des Widerstandes in der Bevölkerung muß weiter betrieben werden. Allerdings darf dies nicht nur durch Großaktionen geschehen, sondern bereits im Vorfeld durch intensivere Diskussionen und Veranstaltungen. Durch eine damit einhergehende Vermassung über das radikale Spektrum hinaus läßt sich auf der politischen Ebene wohl am ehesten die Ablehnung des Atomprogramms und die Solidarität mit den Kriminalisierten ausdrücken. Vielleicht ist der Gedanke, zwischen durch mal wieder eine einfache Großdemo zu organisieren (bei aller Zweifelhaftigkeit solcher Aufmärsche), gar nicht so abwegig.

Veranstaltungen wie die Aktionstage haben sich prinzipiell als richtig erwiesen. Verstärkt in das Bewußtsein vieler Leute muß in der Zukunft aber die Erkenntnis treten, daß sich Widerstands- und Protestaktionen unterschiedlichen Charakters, räumlich und zeitlich getrennt, gegenseitig ergänzen können, um in einem politischen Gesamtzusammenhang zu stehen.

Der radikalere Flügel hat mit der Verbindung von größeren und kleineren Widerstandsaktionen offensichtlich eine derzeit angemessene Taktik gefunden, die bei entsprechender Weiterentwicklung eines effektiven Improvisationsvermögens das Beste hoffen läßt. Die Kontinuität scheint sich auszuzahlen. Dies erweist sich hoffentlich nicht nur in Bezug auf den direkten Widerstand gegen die nächsten Transporte als richtig sondern auch hinsichtlich einer ständigen Unruhe im Wendland!

Ein Rückblick auf die Aktionstage bedeutet in diesem Fall, sich Gedanken über die Perspektiven des weiteren Widerstands im Wendland zu machen.

Die Aktionstage waren ihrer Zielsetzung nach politisch richtig. Von ihrer Umsetzung her jedoch gibt es einiges zu kritisieren und in Zukunft besser zu machen. Grundsätzlich positiv zu bewerten ist zunächst, daß verschiedene Gruppen mit den ihnen eigenen Protestformen getrennt voneinander, aber in einem politischen Zusammenhang stehend, die Ruhe der Staatsmacht durchbrachen, obwohl diese per Versammlungsverbot verordnet war.

Die Aktionstage drückten insofern schon eine Möglichkeit aus, das Atomprogramm langfristig politisch unmöglich zu machen, indem die Unruhe im Wendland aufrecht erhalten wird. Noch sind die Atommülltransporte nicht zur Normalität geworden sondern diese besteht vielmehr in der Konfrontation mit dem Staat. Nirgends in der BRD ist das in dem Maße möglich wie im Wendland, weil große Teile der traditionell konservativen Bevölkerung dem Staat zunehmend die Loyalität verweigern und die verschiedensten Widerstandsformen bis hin zu Sabotageaktionen tolerieren .

Bedeutung des bürgerlichen Widerstands

In Anbetracht der neueren Entwicklung besteht allerdings die Gefahr, daß das derzeitige Widerstandspotential zusammenschmilzt. Durch die WAA–Standortentscheidung ist die Bedrohung scheinbar verschwunden, die subjektiv als die stärkste empfunden wurde. Das Wendland ist schon jetzt nicht mehr atommüllfrei, die Symbolik weg, und überdies drohen die Atommülltransporte zur Regel zu werden. Unter diesen Bedingungen besteht die Gefahr, daß nur noch wenige, sich radikalisierende Gruppen dem Atomprogramm Kontra bieten. Die damit verlorengehende Basis wirkt sich möglicherweise derart aus, daß der noch aktive Widerstand problemlos totgeschwiegen werden kann. Er kann leichter kriminalisiert und identifiziert wer-

den. Das formulierte Ziel, das Atomprogramm langfristig politisch unmöglich zu machen, ist kaum zu erreichen, wenn sich die Bevölkerung des Wendlands und seiner Umgebung entsolidarisiert.

Mit den Aktionstagen sollte die latente Widerstandsbereitschaft in der Bevölkerung wieder in den Bereich aktiver Auseinandersetzung zurückgebracht werden, aber dies ist bei weitem nicht in dem erwarteten Maße geschehen. Eine zahlenmäßig geringe bürgerliche Gruppe hat die von ihnen geplante Aktion (Setzen eines Mahnsteins) durchgeführt. Das ist gut, denn das Unternehmen hat innerhalb des Landkreises für Auseinandersetzung gesorgt. Aber es gelang nicht die Massen der bürgerlichen AKW–Gegner/innen in dem erhofften Maß auf die Strasse oder an die Bahnlinie zu mobilisieren, wie dies vor allem für den Sonntag geplant war.

Über die Gründe mag mensch spekulieren: Für viele Bürger waren die im Aufruf dargestellten Aktionsformen wohl nicht adäquat, weil diese ein Maß an Risikobereitschaft und Loyalitätsentzug verlangten, das viele noch nicht aufzubringen bereit sind.

In diesem Zusammenhang tut sich ein grundlegendes Problem auf. Wenn das Ziel darin besteht, eine Vermassung des Widerstands über das Spektrum des Tag X hinaus zu erreichen, dann genügt es nicht, einen Aufruf zu schreiben und den Rest der lieben Göttin oder sonstwem zu überlassen. Vielmehr ist es erforderlich, daß in Einzelgesprächen mit Bürgergruppen, in Infoveranstaltungen, durch spezielle Artikel und Anzeigen in den Zeitungen und durch Prominentenaufrufe mobilisiert wird. Gerade das ist aber nicht geleistet worden, nicht zuletzt weil sich die BI Lüchow–Dannenberg als Repräsentantin des bürgerlichen wendländischen Widerstands restlos aus den Vorbereitungen heraus gezogen hatte.

Solidarität ?

Mit den ausbleibenden Massen war ein weiteres Defizit verbunden. Ein Schwerpunkt dieses Wochenendes sollte schließlich der nachdrückliche Ausdruck der Solidarität aller AKW–Gegnerinnen aus allen Spektren des Widerstands mit den Kriminalisierten sein.

Dieses Ziel wurde nicht erreicht, weil einerseits die breite (Prost! d.S.) Basis gar nicht erst teilnahm. Andererseits war der Solidarisierungseffekt bei den etwa 2.000 Anwesenden bei weitem nicht in dem Maße im Bewußtsein wie dies beabsichtigt war. Auch dies läßt sich u.a. auf eine mangelhafte Vorbereitung zurückführen, denn die Streitigkeiten im Vorfeld der Aktionstage haben offensichtlich zuviel Energie und Zeit gefordert, als daß wesentliche Inhalte intensiv hätten diskutiert und Strategien zu ihrer Publizierung hätten entwickelt werden können.

Unsere Stärke ?

Wer sich an die Konzeptdiskussionen der Aktionstage erinnert, kennt ein weiteres Ziel. Es bestand darin, die Infrastruktur des Widerstands zu stärken, sich Kenntnisse über die örtlichen Gegebenheiten anzueignen und bessere Widerstandstrukturen zu entwickeln. In diesem Sinne haben sich durchaus einige positive Ansätze ergeben.

So scheint eine sich entwickelnde Stärke darin zu bestehen, unter veränderten Bedingungen handlungsfähig zu bleiben bzw. zu werden. D.h., eine Autoblockade ist noch lange nicht beendet, wenn die Polizei sie aufgelöst hat. Die Aktionstage haben bewiesen, daß es trotz eines großen Bullenaufgebots sehr wohl möglich ist, im Anschluß an vorbereitete oder gescheiterte Aktionen aus der Situation heraus effektive Störaktionen durchzuführen. Die große Autoblockade am Samstag-Nachmittag oder auch die Demo in Dannenberg nach der Sightseeing–Tour sind ein Nachweis dafür.

Nervig war allerdings ein Verhalten, das bei vielen Leuten zu beobachten war und sich auch schon in den Vorbereitungen abzeichnete. Allzu oft nämlich scheinen AKW-Gegner/innen den Widerstand mehr unter dem Gesichtspunkt einer Unterhaltungsveranstaltung zu begreifen.

KOMMENTAR

zur „friedlichen Militanz" in Lüchow-Dannenberg

Ein ganz besonderer Widerstand

Manchmal wecken die Geschehnisse im niedersächsischen Landkreis Lüchow-Dannenberg Assoziationen an das berühmte gallische Dorf im Kampf gegen die Römer. Denn während im Bundesgebiet und in West-Berlin nicht nur die Anti-Atomkraft-Bewegung, sondern sämtliche größeren Protestbewegungen zur Bedeutungslosigkeit geschrumpft sind oder durch Integrationsprozesse entschärft wurden, hat sich in der Region Gorleben ein eigenständiger Widerstand entwickelt, in dem vieles möglich ist, woran woanders kaum gedacht wird.

Das Besondere sind nicht allein die Barrikaden und die unzähligen Sabotageaktionen, die in den vergangenen zwei Jahren Sachschäden in Millionenhöhe anrichteten. Wesentlich ist vielmehr, unter welchen Bedingungen Derartiges durchgeführt werden kann, ohne daß sich die Akteure/innen von der in der wendländischen Bevölkerung recht breiten Basis an Atommüllgegnern isolieren. Vor dem Hintergrund eines ausgeprägten Konservativismus' in diesem Landkreis, wo sich schon zu Zeiten der Weimarer Republik satte Mehrheiten für die NSDAP ergaben und auch in der Nachkriegsgeschichte die NPD zweistellige Wahlergebnisse erzielte, erscheint diese Tatsache noch erstaunlicher. Ausdruck dieser Einheit von „friedlichem" und „militantem" Protest (in Anführungszeichen deshalb, weil die Grenzen — auch das ein Unterschied etwa zur Friedensbewegung — fließend sind) sollte auch das vergangene Aktionswochenende sein. Während die einen mit List und Tücke die Bahnschienen (also die zukünftigen Transportstrecken des Atommülls) bearbeiteten, enthüllten die anderen in Dannenberg einen Gedenkstein mit den Namen derjenigen Kommunalpolitiker, von denen sich die Bevölkerung an die Atomindustrie verkauft glaubt. Der zeitliche Zusammenhang dieser verschiedenen Aktionen war nicht zufällig, sondern gewollt. Brandanschläge auf am Bau der Atomanlagen beteiligte Firmen dieser Region und Nacht-und Nebel-Aktionen gegen die Schienenstrecken werden seit geraumer Zeit auch vom „bürgerlichen" Teil der Bewegung in Lüchow-Dannenberg nicht mehr nur geduldet, sondern akzeptiert. Zu groß sind die Enttäuschungen, die viele bei dem Versuch machten, die Einrichtung Europas größter Atommüllkippe vor ihrer Haustür allein mit legalen Mitteln zu verhindern. Die Interessen der Atomindustrie waren weder durch Gerichtsurteile noch durch tausendfachen Protest zu stoppen. Wie wenig das Wort eines Ministerpräsidenten wert ist — „eine WAA in Lüchow-Dannenberg ist politisch nicht durchsetzbar" —, wurde nur allzu deutlich, als sich Ernst Albrecht ums Verrecken bei der Deutschen Gesellschaft zur Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen (DWK) für den Standort Dragahn anbiederte.

Der ungeschriebene Gesellschaftsvertrag zwischen den Regierenden und den Regierten, der u.a. einen gewissen Grad von Ehrlichkeit derer „da oben" gegenüber denen „da unten" beinhaltet, wurde in der Frage der Atommüllbeseitigung im Wendland zu oft und zu offensichtlich gebrochen. Das aber war schon oft eine Voraussetzung für kleinere oder größere Revolten. Das Gefühl der Unvermeidlichkeit von Ungerechtem — und als ungerecht empfindet die Mehrheit der wendländischen Bevölkerung, daß ihnen der Atommüll vor die Füße gekippt werden soll — baut sich immer mehr ab. „Der Widerstand vor Ort hat sich radikalisiert", stellt denn auch Marianne Fritzen, Vorsitzende der mittlerweile auf 700 Mitglieder angewachsenen Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg, fest. „Und er ist in die Breite gegangen." Die Mehrheit der BI-Mitglieder ist — anders als z.B. in Großstädten — fest eingebunden in die ländlichen sozialen Strukturen: am Arbeitsplatz. Bei der Feuerwehr oder im Sportverein wird das Thema Atommüll immer wieder ins Gespräch gebracht. Im Reformhaus zu Lüchow können neben gesunden Nahrungsmitteln auch die neuesten Aufkleber und Broschüren der Bürgerinitiative erstanden werden. Neidisch wird Frau Fritzen nur, wenn sie an anderen Standorten, wie in Wackersdorf, sieht, daß sich auch Kommunalpolitiker — „sogar ein Landrat!" — gegen die Atomprojekte wenden. „Uns hat man von dieser Seite immer nur Knüppel zwischen die Beine geworfen", klagt sie und mag dabei nicht erkennen, daß sich gerade in dieser Situation ein eigenständiger Widerstand entwickeln konnte, der nicht, wie in der Oberpfalz zu befürchten steht, sozialdemokratisch geprägt ist.

Diese Entwicklung bietet jedoch nicht nur in Lüchow-Dannenberg eine Perspektive. So ist z.B. in Hannover zu beobachten, daß vor allem Jüngere, oftmals Schüler, zusammen mit Vertretern der Lehrergeneration zu Aktionstagen und Blockaden ins Wendland fahren, um sich dort mit Freude über die Schienen herzumachen. Da sich bei dem Konzept des Widerstands in Lüchow-Dannenberg eine Konfrontation mit der Polizei oft genug nicht ergibt, stellt sich auch nicht die leidige Gewaltfrage, die gerade in der Friedensbewegung viel an Spontaneität und Effektivität verhindert hat.

Bleibt dennoch die Frage nach den Erfolgsaussichten. Da die Atommülltransporte militärisch nicht zu verhindern sind, geht es nun darum, den politischen Preis für die Regierungspläne so hoch zu schrauben, daß sie auf diesem Weg nicht dauerhaft zu verwirklichen sind. Das Aktionswochenende „Unruhe im Wendland" war ein weiterer Schritt dorthin, nachdem die niedersächsische Landesregierung schon am ersten „Tag X" im Oktober vergangenen Jahres eindrucksvoll demonstrierte, nur mit polizeistaatlichen Methoden der Lage halbwegs Herr zu werden. Auf Dauer, so spekulieren die Atomkraftgegner inner- und außerhalb des Landkreises Lüchow-Dannenberg, werden sich das weder Regierung noch Atomindustrie leisten können.

cak

Schwellenängste überwunden

Der von vielen kritisierte frühe Abfahrtstermin erwies sich als Glücksfall. Zum einen bestand ausreichend Gelegenheit, unterwegs die Orte und Bushaltestellen mit dem Plakat „Deutsche Atommüllstraße Esenshamm – Gorleben" zu versehen und zum anderen trafen bereits um 9.00 Uhr rund 70 Bremerinnen mit 30 anderen Nordlichtern am Infostand Hohenzethen ein. Dieser wurde gerade aufgebaut, ebenso wie eine leichte Truppe von den „Grünen", die nicht im Bundestag sitzen. Da diese sich rasch vermehrten, schnitten sie gleichzeitig den Nachschub von AKW–Gegnerinnen ab. Außerdem versperrten sie fast alle Straßen und Feldwege zum ein Kilometer entferntem Bahngleis Uelzen–Dannenberg. Wohl etwas gereizt bezüglich ihrer neuen „Bärentötermützen" (lt. Presse DM 45,– das Stück, Modell Bayern). die sie angesichts der Kälte wohl dem eisenharten Helm vorzogen, entschieden sich sich, all jene in Gewahrsam nehmen zu wollen, die diese feine Kopfbedeckung mieden. Offiziell hieß es, der verbotene Infostand hätte Schuld sowie die Verweigerung über die Herausgabe der Personalien. Tatsächlich jedoch befand man sich noch im Landkreis Uelzen, über den nicht ein Versammlungsverbot schwebte (Ich habs auch nicht schweben sehen, d.S.). Vom Infostand, der auf Privatgelände eines Bauern stand, mal ganz zu schweigen. Es kam zu Wortgefechten und Rangeleien, es blieb die Flucht in die freundlicherweise vom Bauern geöffnete Scheune. Allerdings verpaßten 19 Leute den Anschluß und damit einen schönen Spaziergang über Wald und Feld zum Bahnkörper. Sie wurden stattdessen in einer Sightseeingtour besonderer Art – es gab im Reisebus weder Informationen noch ausreichende Sichtmöglichkeiten aus den Fenstern – 30 Kilometer verschleppt.

Die Bahnlinie bot sich den Entflohenen in voller Länge an. Auch ohne Werkzeug, ja selbst mit leerem Magen – das Brot wurde noch in Hohenzethen in Gewahrsam genommen – wurde der Appell von Arbeitsminister Blüm bezüglich der Samstagsarbeit sofort in die Tat umgesetzt. Der Saure Regen wurde unverhofft zum Verbündeten. Beidseitig der Strecke lagen genügend kleine und große Äste, die in sorgfältiger Kleinarbeit auf dem Bahnkörper gestapelt wurden; mal zu kleinen, mal zu größeren Haufen. Sogenannte Schwellenängste wurden dabei auch von Freundinnen überwunden, die solcherlei Aktionen bisher noch sehr zurückhaltend entgegenstanden. Für Unruhe im Wendland sorgten vor allem die sich mehrenden Hubschrauber, die immer wieder zur Deckung ins lichte Gehölz veranlaßten. Ein Umstand, der in der flachen Ebene der Wesermarsch bei den Bombenzugblockaden nicht vergönnt gewesen war. Auf halber Strecke Richtung Sellien kam ein nicht angemeldeter Arbeitstrupp entgegen, der den Gleiskörper ähnlich zur Holzsammelstelle umfunktioniert hatte. Überdies sorgten einige aus der Reihe gefallene Telefonmasten für einen singenden und heulenden Backgroundsound. Da die Zahl der Hubschrauber die Vision von Aasgeiern annahmen und sich am Horizont überdies weiße Helme auftaten, wurde dann schließlich doch der Drang nach Bockwurst und Glühwein am Infostand Sellien größer. Geschmeckt hat wieder alles.

Petzi, Pelle, Pingo, Bremen

Auswertung II

Bahnaktion :

Wegen möglichst starker Mobilisierung, sowohl im Landkreis, als auch außerhalb, war es notwendig, Anlaufpunkte "anzubieten". Diese Rolle übernahmen, entlang der Bahngleise, die Glühweinstände. Über diese Stände sollten Infos weitergegeben werden und sie sollten als Kontaktpunkt untereinander und zur ortsansäßigen Bevölkerung dienen.
Diese Anlaufpunkte wurden die ersten Zugriffspunkte der B.. Während in Hohenzehten sich der größte Teil der Leute abgesetzt hatte und unter Umgehung der B. den Bahnspaziergang begann, konnten in Pudripp ca. 150 Leute einfach festgenommen werden, ohne daß sie sich dem Zugriff zu entziehen An den Schienen wurde den ganzen Tag gearbeitet. Dieses wurde von Zivis und B.-Hubschraubern beobachtet. Ein direkter Zugriff auf die "Bahnarbeiter" funktionierte nicht.Dafür wurden Gruppen oder Einzelpersonen, die sich über die Felder entfernten, festgenommen und zum Teil E.D. – Mißhandelt. Dabei gab es Probleme, die im Wald, auf dem Feld festgenommenen Leute abzutransportieren, weil zu wenig Bullen (Nun auf einmal ausgeschrieben ?d.S.) dafür bereitstanden.

Als Konsequenzen, die zu ziehen wären, sehen wir:

Da die Anlaufpunkte bei größerer Mobilisierung notwendig und den B. bekannt sind, wäre es nötig, diese nur kurz zur Information aufzusuchen, um zu umgehen, daß größere Menschenmengen festgenommen werden können. Weiter wäre es zu überlegen, wie sich größere Gruppen verhalten könnten, die nur von wenigen B. umzingelt werden. Es kann nicht Sinn von Aktionstagen sein, den Personalcomputer zu füttern.
Die Ortskenntnis der Teilnehmer von Aktionen müßte verbessert werden, um nicht in Fallen zu tappen, wenn der Wald um die Schienen verlassen wird.
Die Beteiligung bei den Bahnaktionen beschränkte sich auf einen eingeschworenen Kreis. Viele Leute wurden durch das große B.-Aufgebot abgeschreckt. Allerdings besuchten doch zahlreiche "Dörfler", die sich sonst nicht regen, die Glühweinstände. Und brachten nach Übergriffen von den B. auf Ortsansäßige und durch das übermäßige militärische Aufgebot ("Das ist ja wie im Krieg!") den Aktionsteilnehmern Symphatien entgegen. Für sie selbst jedoch war der Schritt, zur Bahn zu gehen, zu groß.

Allgemeine Mobilisierung :

Die Mobilisierung in den Städten ließ zu wünschen übrig. Dies lag zum Teil an den langen, kontroversen Diskussionen um die Aktionsformen, am kalten Wetter im Februar und vieleicht auch an der WAA-Standortentscheidung (obwohl dies kein Grund wäre, angesichts von Konditionierungsanlage und Endlager und...). Die Teilnahme an der Dannenberg-Demo war gering, obwohl vorgesehen war, daß sich viele Landkreis- Menschen daran beteiligen. Vieleicht war auch diese Aktion, mit ihrer Symbolik, schon ein Schritt "zu weit".

Kriminalisierung während der Aktionstage :

Es wurde kein Unterschied mehr zwischen den "Bürgern" aus dem Landkreis und den "Chaoten" aus der Stadt gemacht. Symbolische Aktionen wurden genauso verfolgt wie direkte Aktionen. Es gilt nicht mehr die alte Regel im Landkreis : Wir tun nichts, also tun sie – also die B. – uns auch nichts.

"Chaos gegen Schwellenangst" aus Hamburg

Sommercamps

Dieses Jahr sollen wieder Sommercamps im Landkreis Lüchow–Dannenberg durchgeführt werden.

Im letzten Sommer hatten nur wenige Menschen an den Camps teilgenommen, während 1983 mehr Interesse daran bestanden hatte. Auch die Aktivitäten, die vom Camp ausgingen, waren 1983 vielfältiger. Der mäßige Erfolg im letzten Jahr lag vermutlich daran, daß die Camps nicht so intensiv vorbereitet waren. Wir hatten darauf verzichtet, für die Camps im grösseren Stil zu mobilisieren, da wir davon ausgegangen waren, daß ohnehin viele Auswärtige das Bedürfnis hätten, sich vor Ort auf Tag X vorzubereiten. Ausserdem war das Konzept für die Sommerlager 1983 klarer gewesen und in den Städten gründlicher diskutiert worden.

Während des überregionalen Treffens am 24.3. in Gülden wurden erste Ideen und Gedanken dazu ausgetauscht. Dabei wurde der Vorschlag gemacht, schon zu Pfingsten ein Camp durchzuführen, auf dem das Sommercamp vorbereitet werden soll. Als ungefähren Zeitraum für die eigentlichen Sommercamps wurde der Monat August genannt. Eine Frau berichtete von einer Diskussion innerhalb der BI Lüchow–Dannenberg, bei der sie sich vor allem an positive Erfahrungen mit den Sommercamps 1978/79 erinnert hätten. Damals hätten wesentlich mehr Menschen daran teilgenommen, als in den Jahren 1983/84. Die Vorbereitung der Camps habe schon im Winter angefangen. Die Gruppen hätten Kontakte zu Einheimischen geknüpft, die zum Teil jetzt noch bestünden. Ein wichtiger Erfolg der Camps sei gewesen, daß die auswärtigen Gruppen einen tieferen Einblick in die Diskussionen innerhalb des Landkreises bekommen hätten.

Über die Gestaltung der Camps in diesem Sommer gab es noch keine konkreten Vorstellungen, aber es wurden einige Frage aufgeworfen, die in der nächsten Zeit diskutiert werden müssen.

- Sollen die Sommerlager einen ähnlichen Charakter annehmen, wie die Aktionstage im Febrauar – jedoch über einen längeren Zeitraum? Wie können wir das angesichts der polizeilichen Überwachung überhaupt ermöglichen (im vergangenen Jahr hatten die Bullen das Camp sehr umfangreich observiert und ständig die Personalien der Autofahrer kontrolliert)
- Einer der Schwerpunkte der Sommerlager soll die Diskussion untereinander und mit Einheimischen sein. Welche Themen wollen wir diskutieren? (Bei den Sommercapms 1983 waren zum Teil Veranstaltungen zu verschiedenen Themen organisiert worden). (Wie wärs mit ..Wie schütze ich mich und andere vor meiner unkontrollierten Paranoia?" d.S.)
- Sollen auch Menschen, die noch keine Erfahrungen mit dem Widerstand im Wendland gemacht haben und die noch nicht in Gruppen organisiert sind einbezogen werden ? (oder machen wir nur Wendland–Widerstand für Fortgeschrittene? d.S.) Gibt es Gruppen, die sich schon besser auskennen und die bereit sind, sich während der Sommerlager um solche „Neuankömmlinge" zu kümmern?
- Ist es günstiger, wenn es nur einen großen Zeltplatz gibt, oder sind mehrere kleine besser? Über diese Frage gingen die Meinungen in Gülden auseinander.
- Wie groß ist die Bereitschaft der Lüchow–Dannenberger/innen, sich um die Sommerlager zu kümmern. Über welche Wege können die Kontakte entstehen?

CASTOR–TRANSPORTE

Die Einlagerung des ersten Castor-Behälters indas Zwischenlager Gorleben ist vorläufig durch den Beschluß des Verwaltungsgerichts Lüneburg gestoppt. Da mit der vernichtenden Begründung des Urteils das gesamte Entsorgungsprogramm auf der Kippe steht, bleibt zunächst abzuwarten, wie die nächsthöhere Instanz, das Oberverwaltungsgericht Lüneburg, demnächst entscheiden wird. Vermutlich ist mit einer neuen Betriebsgenehmigung noch vor dem Sommer zu rechnen.
Es gibt also absolut keine Veranlassung, rumzuschlafen, und dann zwei Wochen vor dem möglichen Castor-Transport in Hektik zu verfallen. Jetzt ist noch genügend Zeit, sich gründlich auf den nächsten Atommüll vorzubereiten. Das gilt für alle einzelnen Anti-AKW-Gruppen aber auch für die Trebeler Treffen! Also...

Brandstifter wollten Betonwerk in Schutt und Asche legen

Anschlag in Tramm – Über 60 Feuerwehrleute im Einsatz

Tramm. Sirenengeheul rief Sonntag abend über 60 Männer der Freiwilligen Feuerwehren aus Dannenberg, Jameln und Schaafhausen zu ihren Gerätehäusern. Anlaß für den Alarm war ein Großbrand, der im Kies- und Betonwerk Weber in Tramm wütete. Dort hatten unbekannte Täter, wie berichtet, einen Brandanschlag verübt. Ihr Ziel war es zweifellos, das Werk in Schutt und Asche zu legen; darauf deutet auch die Verteilung der Brandsätze hin.

Bei klirrender Kälte und im Schneegestöber mußten die Einsatzkräfte ihre Schläuche und Strahlrohre zusammenkuppeln; durch beißenden Qualm kämpften sich die Löschtrupps in die brennende Produktionshalle, nur schwerer Atemschutz erlaubte den Freiwilligen das Vordringen zu den Brandherden.

Dannenbergs Gemeindebrandmeister Adolf Büsch überwachte den Einsatz, der sich durch die schlechten Sichtverhältnisse in der Halle zunächst als äußerst schwierig erwies. Doch bald verzog sich der dichte Rauch, und starke Handlampen sowie die Hallenbeleuchtung ermöglichten es den Feuerwehrmännern, gezielt gegen die „Brandnester" vorzugehen.

Vor allem in der Nähe von Maschinen und Fahrzeugen, aber auch an anderen Stellen des Betriebsgeländes hatten die unbekannten Täter mit brennbaren Flüssigkeiten Brandsätze gelegt und entzündet. So auch in der Nähe einer elektrischen Anlage, die während der Löscharbeiten noch unter Strom stand und auf das Wasser aus dem Feuerwehrschlauch mit einem explosionsartigen Knall reagierte.

Viele der Männer, die der Alarm aus ihrer Feiertagsruhe gerissen hatte, äußerten sich erbost über das Verbrechen, das Brandstifter bei Nacht und Nebel verübt haben. „Was sind das für Menschen, die anderen Leuten die Arbeitsplätze kaputtmachen?" fragte ein Feuerwehrmann angesichts der sinnlosen Tat. Die rasch alarmierten Löschkräfte konnten zwar verhindern, daß Halle und Maschinen völlig zerstört wurden, dennoch ist der entstandene Schaden ganz erheblich.

Brandschutzprüfer Rolf Heeren vom Landkreis Lüchow-Dannenberg und Experten der Lüchower Kripo begannen schon während der Löscharbeiten mit ihren Untersuchungen. Inzwischen hat eine Sonderkommission der Kriminalpolizei die Ermittlungen übernommen. Dankbar wäre die Kripo für Hinweise aus der Bevölkerung, die zur Aufklärung des Brandanschlags führen könnten.

EJZ 15.1.85

Bekennerbrief nach Anschlag auf Bahn

gm. **Burgdorf**

Der Anschlag auf die Bundesbahn bei Burgdorf-Otze (Kreis Hannover) hat vermutlich politische Hintergründe. Bei der Deutschen Presseagentur (dpa) in Hamburg ging am Freitag ein kurzer Bekennerbrief ein, der mit BBB (Bundesbahn-Bande) unterschrieben war. In der kurzen Mitteilung wird der Anschlag, bei dem – wie berichtet – von der Otzer Brücke aus ein Stahlseil über die Oberleitung der Bundesbahn geworfen worden war, beschrieben.

Dann heißt es weiter: „So kann man weder Atommüllbehälter noch Panzer transportieren." Zugleich bekennen sich die Absender zu einem ähnlichen Anschlag auf der Nordsüdstrecke im Wendland. Bei dem Anschlag hatte sich ein Güterzug in einem Stahlseil verfangen und die Oberleitung abgerissen.

HAZ 13.3.85

Herzschläge

Anschlag auf Bundesbahn

dt **Lüneburg.** Ein Anschlag auf die Bundesbahn-Strecke Lüneburg—Hamburg bei Bardowick ist glimpflich abgelaufen. Er verursachte eine kurzzeitige Unterbrechung des Bahnbetriebes. Unbekannte hatten von einer Brücke aus ein mit Messinggewichten beschwertes Stahlseil über die Bahn-Oberleitung geworfen.

Größerer Schaden wurde nach Angaben der Kriminalpolizei verhindert, weil eine Diesellok nach dem Anschlag die Strecke befuhr. Sie riß das Seil von der Oberleitung herab. Das Stahlseil wurde gestern vormittag gefunden.

Täter und Tatmotive sind bisher unbekannt.

LZ .3.85

Gorleben-Anschlag

„Signal entsetzt"

Der Widerstand gegen die Einlagerung atomaren Mülls ins Zwischenlager Gorleben dauert an: Wie erst gestern bekannt wurde, haben unbekannte Atomkraftgegner am vergangenen Donnerstag bei Weste einen Anschlag auf die Bundesbahn-Strekke Uelzen-Dannenberg verübt.

In einem anonymen Brief unter der Überschrift „Wendland Widerstand! Signal entsetzt", der am Dienstagmorgen die Hamburg-Redaktion der taz erreichte und inzwischen von unserem Redaktionskater zerfetzt wurde, übernahm eine kleine Gruppe unbekannten Namens die Verantwortung für den Anschlag: „Wenige Leute haben auf die Bahn-Strecke Uelzen-Dannenberg, die nur für Atommülltransporte und einige Gütertransporte benutzt wird, Höhe Weste einen Signalmast umgelegt". Anschließend die Tatanweisung: „Dazu benutzten sie eine Eisensäge und einen 30iger Maulschlüssel".

„Es waren in der Vergangenheit schon mehrere Anschläge verübt worden", erklärte auf Anfrage ein Sprecher der Kripo Uelzen und verwies für weitere Auskünfte an das Landeskriminalamt in Hannover. Dort zeigte man sich über die Uelzener Haltung erstaunt. Zwar bestätigte LKA-Sprecher Stahlberger die Angaben aus dem Bekennerbrief, nach denen die Bolzen des Mastes angesägt worden und anschließend der Mast mit einem Seil umgerissen worden sei, jedoch habe das LKA der Kripo Uelzen die Ermittlungen übertragen. Stahlberger: „Ich habe der Kripo mitgeteilt, daß uns der Sachverhalt nicht interessiert". Inzwischen gibt es für die mangelnde Auskunftsfreudigkeit der Uelzener Kripo einen plausiblen Grund: Wie aus AKW-Kreisen berichtet wurde, hat die Kripo aufgrund des Anschlages bereits Hausdurchsuchungen gestartet. *kva*

TAZ 16.4.85

Sprengstoffanschlag auf Bahn gescheitert

042

vdB. **Hannover/Uelzen**

Die starken Regenfälle der vergangenen Tage haben entscheidend dazu beigetragen, daß ein Sprengstoffanschlag auf die Bahnlinie von Uelzen nach Dannenberg gescheitert ist. Die Kriminalpolizei in Uelzen bestätigte am Dienstag, daß ein Spaziergänger am späten Montagnachmittag zwischen Masendorf und Oetzen einen Sprengsatz am Bahnkörper gefunden hat. Die noch unbekannten Attentäter hatten 3,6 Kilogramm selbstgefertigten Sprengstoff in vier Cola-Flaschen gefüllt und im Schotter unter den Schienen vergraben. Neben den Gleisen lag eine Plastikschachtel mit dem Zündmechanismus. Sprengstoff und Zeitzünder waren durch Kabel miteinander verbunden.

Spezialisten aus dem Landeskriminalamt in Hannover, die zur Entschärfung des Sprengkörpers nach Uelzen gerufen worden waren, stellten fest, daß der Zünder versagt hatte, weil das Pulver feucht geworden war. Die Polizei, die noch keine Hinweise auf die Täter und ihre Motive hat, vermutet, daß der Sprengsatz in der Nacht zum Montag an der nur von Güterzügen befahrenen Strecke installiert worden ist. In der Vergangenheit waren mehrfach Anschläge auf die Bahnlinien nach Dannenberg verübt worden, weil über diese Gleise die Atommülltransporte nach Gorleben laufen werden.

HAZ 17.4.85

Anschlag auf Bahnhauptstrecke

Lüneburg. Bislang unbekannte Gegner der Ostumgehungsstraße Lüneburg haben in der Nacht zum Sonntag einen Anschlag auf die Bundesbahnhauptstrecke Hamburg – Hannover verübt. Die Täter hatten zwei gestohlene Mülltonnen in der Nähe von Lüneburg auf die Schienen gelegt und damit einen mit Erz beladenen Güterzug zur Notbremsung gezwungen. An einer Mülltonne fand die Polizei einen Bekennerbrief von Gegnern der Ostumgehung, der weitere Tätigkeiten ankündigt, falls noch mehr Bäume gefällt werden sollten. Für den Bau der Straße soll ein Teil des Stadtforstes Tiergarten gerodet werden, durch den auch die Bundesbahnstrecke führt und der für die Lüneburger ein stadtnahes Erholungsgebiet darstellt.

LZ

Anschlag auf Bundesbahn-Signalanlagen

bs **Maschen/Lüneburg.** Unbekannte Täter haben, wie erst jetzt bekannt wurde, am vergangenen Freitag in der Zeit von 21 bis 21.25 Uhr zehn Signalanlagen der Deutschen Bundesbahn auf der Strecke zwischen Maschen und Stelle (Kreis Harburg) beschädigt. Es entstand ein Schaden von rund 10 000 Mark.

LZ 7.1.86

Kriminal - Prärie

Freisprüche Wendlandblockade

Beim Amtsgericht Dannenberg wurde am 25.2. ein Student von dem Vorwurf freigesprochen am Tage der Wendlandblokkade beim Bau einer Straßensperre bei Pudripp beteiligt gewesen zu sein. Für das Gericht war es mit der für eine Verurteilung notwendigen Sicherheit nicht feststellbar, daß die beobachtet große Person mit heller Jacke identisch mit dem Angeklagten sei. Ein Prozeß wegen Nötigung und Widerstand gegen die Staatsgewalt in Zusammenhang mit der Wendlandblockade wurde am 27.2. vom Amtgericht Lüneburg gegen Zahlung einer Geldbuße eingestellt.
Bemerkenswert waren die Aussagen der sechs Polizeizeugen, welche sich in wesentlichen Punkten widersprachen oder z. T. wortgleich vorgetragen wurden. Der Höhepunkt des Prozeßes war, als ein bereits vernommener Polizist seinen Kollegen im Zeugenstand durch Zeichen und Zurufe von der Zuschauerbank aus zu verstehen gab, er solle die Aussage verweigern, was dieser auch tat.

Prozeßtermin

Gegen zwei Frauen wird wegen Nötigung am Tag X am 9.Mai 1985 um 9^{00}Uhr vorm Amtsgericht Dannenberg verhandelt.

10 Monate auf Bewährung

Am 15. Februar 1985 verurteilte das Amtsgericht Dannenberg einen jungen Mann aus der Wohngemeinschaft Metzingen wegen gefährlicher Körperverletzung in Tateinheit mit Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte zu einer Freiheitsstrafe von 10 Monaten, die auf drei Monate zur Bewährung ausgesetzt wurde. Zusätzlich muß der Angeklagte 2.000 DM Schmerzensgeld an den Polizeibeamten zahlen und die Kosten des Verfahrens tragen.
Der Angeklagte soll bei einer nächtlichen Überprüfung, eines angeblich gefälschen Treckerkennzeichens der WG, in einer unübersichtlichen Situation in der Garage einen Polizeibeamten mit gezielten Sprüngen und Schlägen verletzt haben. Obwohl in der mehrtägigen Hauptverhandlung der Sachverhalt nicht eindeutig geklärt werden konnte, forderte der Staatsanwalt sogar 11 Monate ohne Bewährung.

Betrifft: Wendlandaktionstage, Samstag 23.3.85, ca 15 Uhr

Es geht um den Gefangenentransport, der ca. um 15 Uhr von der Kreuzung Pudripp in Richtung Uelzen und später durch Borg, Rosche und Suhlendorf fuhr. Wir suchen die Leute, die im ersten Gefangenenbus saßen und den Vorfall gesehen haben, wie ein weißer PKW einem Polizisten, der auf der Straße lief, ausgewichen ist.

Kontakt RA Zorn, Tel. 040/382537

Der Ermittlungsausschuß Gorleben bittet um Eure Unterstützung

All diejenigen, die im Zusammenhang mit dem Widerstand im Wendland Ermittlungsverfahren bzw. Prozesse am Hals haben, sollen dies nicht mit sich selbst im stillen Kämmerlein ausmachen, sondern sich beim EA Gorleben schriftlich melden!
KONTAKTADRESSE: EA Gorleben
3131 Bülitz
Haus 5 b

Für die organisatorische Arbeit (Telefon, Porto etc.) des Ermittlungsaussusses wird dringend Geld benötigt.
Spendet Spendet Spendet Spendet
Spendenkonto: EA Gorleben
Volksbank Clenze
Nr. 129 300

Stahlnägelprozess

Am 5.3. begann vor dem Landgericht Lüneburg die Berufungsverhandlung in dem sogenannten „Stahlnägelprozeß" . Die drei Angeklagten denen vorgeworfen wurde, im Rahmen eines Sommercamps im Wendland 1983 auf einer Straße, die zu einem Bullencamp führte, Stahlnägel in die Fahrbahn gehämmert und anschließend die Nägelköpfe abgekniffen zu haben, waren am 19. März 1984 in ersten Instanz vom Amtsgericht Dannenberg zu insgesamt 20 Monaten (9/7/4) Knast verurteilt worden. In seinem Plädoyer verglich Staatsanwalt Traupe die Indizienkette, welche die Grundlage zum Prozeß darstellte mit dem „großartigen Mosaik der Madonna in Ravenna" (muß ja ein miserables Stück sein). Um seine Ausführungen, in welchen er die einzelnen Indizien nochmals darstellte, moralisch zu stärken, bezeichnete er die Angeklagten lautstark als „Berufschaoten und Kriminelle , die jede sich bietende Gelegenheit ausnützten um Krawalle zu verursachen".
„Man müsse den phantasievollen und ideenreichen Widerstand der Bürger aus dem Landkreis Lüchow Dannenberg welchen er sehr zu schätzen wisse, vor solchen Elementen bewahren. Deshalb beantragte er für die drei Angeklagten einmal sechs und zweimal 11 Monate ohne Bewährung.
Der Richter konnte diesem Antrag aber nicht zustimmen, da, wie er in seiner Urteilsbegründung ausführte für ihn die Indizienkette nicht so lückenlos war, was bereits die drei Verteidiger in ihren Plädoyers sehr deutlich machten. So endete der Prozeß am 22.3.85 mit einem Freispruch für alle drei Angeklagten. Eine Entschädigung für die von zwei Angeklagten bereits abgesessene U-Haft wollte der Richter ihnen jedoch nicht zusprechen.

Gegen eine Frau aus Hamburg wird ermittelt wegen Nichtbeachtung der Weisung eines Polizeibeamten, gefährlichen Eingriff in den Straßenverkehr, Widerstand und Nötigung bei den Aktionstagen im Februar 85. Sie fuhr mit einem VW-Golf hinter einem Gefangenentransporter her. Dabei wurden die Autos von Hubschraubern verfolgt. Es werden dringend Zeugen aus dem Gefangenentransporter bei Sellien gesucht, die den Vorfall beobachtet haben.
Tel. 040/40 04 23 BUU-Hamburg

Maulkorb–Verfahren gegen Wendland–Widerstand

In dieser Woche wurde drei Mitarbeitern der "Atommüllzeitung" die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Lüneburg zugestellt. Als presserechtlich Verantwortliche für die "Atommüllzeitung" Nr. 27 (Titel: "Atommüll ins Wendland? Sie kommen nicht durch!") sollen sie zu Straßenblockaden und zu Störungen öffentlicher Betriebe (Schienenverkehr) (§ 111, öffentliche Aufforderung zu Straftaten, in Verbindung mit § 240 und § 316 StGB.) aufgerufen haben.

In der 7-seitigen Anklageschrift wird auf den nachgedruckten "Tag X"-Aufruf der Atommüllkonferenz und auf drei Diskussionsbeiträge in der Zeitung verwiesen, die von ihren Autoren, AKW-Gegnern/innen aus Lüchow-Dannenberg, Göttingen und Lüneburg, mit Kürzeln unterzeichnet worden sind. Alle Beiträge beschäftigen sich mit Schlußfolgerungen aus der Wendlandblockade für die Vorbereitung auf den Tag der ersten Atomtransporte ins Wendland (Tag X).

Daß die Presseverantwortlichen "die relevanten Inhalte der Beiträge verbreiten" und damit zu Straftaten aufrufen wollten, soll sich - so die Staatsanwaltschaft Lüneburg - aus den zahlreichen Papieren ergeben, die bei zwei Hausdurchsuchungen - drei Wochen vor dem Tag X - bei den Mitarbeitern der Atommüllzeitung gefunden wurden. Damals waren alle möglichen Bekennerschreiben und Widerstandspapiere, wie sie der "Atommüllzeitung" seit ihrem Bestehen zugeschickt werden, beschlagnahmt und in reißerischen Presseveröffentlichungen ausgeschlachtet nach dem Motto: "Sabotagekonzept für den Tag X entdeckt!"

Wir gehen davon aus, daß dieses Verfahren gegen die "Atommüllzeitung" von der ganzen Anti-AkW-Bewegung und anderen oppositionellen Bewegungen und Gruppen ernst genommen werden muß. Zum einen ist der § 111 StGB, der seit 1871 der politischen Disziplinierung dient, ein typischer Hintermänner/frauen-paragraph, d. h. der/die Angeklagte braucht bei "Straftaten" nirgendwo dabeigewesen zu sein. Dieser Paragraph geht von der perversen Annahme aus, daß es bei oppositionellen Aktionen hier die Drahtzieher und Anstifter und dort die kopflose und "instinktiv" folgende Masse gibt.

Dabei macht der Wendland-Widerstand bisher gerade wegen seiner örtlichen Verankerung, seiner Vielfältigkeit und seiner Unberechenbarkeit den Ermittlungsbehörden große Schwierigkeiten. Bis heute konnte z.B. für unzählige Sabotage-Aktionen gegen Atomfirmen und -infrastruktur, die einen Schaden von über 4 Mio. DM hinterließen, kein "harter Kern" ausgemacht werden. Ihre Hilflosigkeit hat die Staatsanwaltschaft allerdings mit einer geradezu blindwütigen Jagd auf die "Tag X"-Aufrufe und -Plakate (ebenfalls wegen § 111 StGB) sowie ihre Weiterverbreiter wettzumachen versucht. Die Anklage gegen die "Atommüllzeitung" zielt nun darauf ab, als mögliche "geistige Urheber" zumindest die zu fassen, die (per Impressum) namentlich festzumachen sind.

Zum anderen geht es bei dem § 111 StGB darum, die Veröffentlichung und Dokumentation von Meinungen und Vorschlägen über Widerstand, zivilen Ungehorsam etc. – in welcher Form auch immer – zu kriminalisieren.

Während es die Staatsanwaltschaft bisher bevorzugte, mit dem schweren Geschütz der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung (s. § 129-Verfahren gegen "Atomexpress") herumzufuchteln, wird bei der Anklage gegen die "Atommüllzeitung" schon die Publikation von Stellungnahmen zu Blockaden etc. für krimineil erklärt. Mit der Anklage gegen die "Atommüllzeitung" wird zudem versucht, einen Teil der Infrastruktur dieses ziemlich einzigartigen wendländischen Widerstands zu zerschlagen. Per Gerichtsurteil soll die seit einigen Monaten im Wendland geführte öffentliche Auseinandersetzung über Sinn und Zweck von Widerstandsmöglichkeiten gegen Atomanlagen und Atomtransporte abgewürgt werden.

Die "Atommüllzeitung" hat sich seit Herbst 1984 mit dem "Atomexpress" zu einer gemeinsamen Zeitung, der "atom" zusammengetan. In dieser Zeitung soll und muß es auch in Zukunft möglich sein, unzensierte Veröffentlichungen über notwendig erscheinende Widerstandsformen, über längerfristige Strategien etc. abzudrucken. Ob dies auch weiterhin möglich sein wird, wird von der öffentlichen Begleitmusik zum angelaufenen Verfahren gegen die "Atommüllzeitung" mit abhängen. Ein Präzedenzurteil gegen die "Atommüllzeitung" könnte weitreichende Folgen auch für die Diskussionsfreiheit innerhalb anderer Bewegungen haben. Es darf der Lüneburger Staatsanwaltschaft nicht gelingen, zugunsten der Atomindustrie, eine Bresche in die noch verbliebene Presse- und Meinungsfreiheit zu schlagen!

Fordert mit uns die Einstellung aller § 111 und sonstigen Verfahren gegen AKW-Gegner/innen!

Lüneburg, den 2.3.1985

Die Betroffenen und ihre Anwälte

SPENDENKONTO:
Postgirokonto Hamburg
S. Voigt
578239 – 200

8 Anklagen wegen §111 verschickt

In den vergangenen Monaten erhielten insgesamt acht Atomkraftgegner/innen Anklageschriften mit dem Vorwurf der öffentlichen Aufforderung zu Straftaten (§ 111 StGB) für Tag X. Im folgenden wollen wir einen Überblick der von der Staatsanwaltschaft erhobenen Vorwürfe geben:

Prozeß gegen H. Kempmann am 3. Juni vor dem Amtsgericht Dannenberg

Hannes Kempmann, Pressesprecher der BI Lüchow-Dannenberg erhielt als einer der Ersten bereits Ende letzten Jahres eine Anklageschrift. Ihm wird zur Last gelegt im Büro der BI während zweimaliger Durchsuchungen der Kriminalpolizei, bei denen ein Protokoll des Blockadeausschusses mitgenommen wurde, dort anwesend gewesen zu sein. (Das Büro der BI Lüchow-Dannenberg war eine von mehreren Bestelladressen für die verbotenen Tag X-Aufrufe.) Für dieses Vergehen muß Hannes Kempmann am Montag, den 3. Juni vor das Amtsgericht in Dannenberg.

Bei den anderen Beschuldigten sind bisher 'nur' die Anklageschriften verschickt worden.

Den grünen Abgeordneten im niedersächsischen Landtag Charlotte Garbe und Martin Mombaur, sowie dem Pressesprecher der Fraktion, Jürgen Trittin, wird vorgeworfen in einer Pressekonferenz zu verbotenen Demonstrationen gegen die Atommülleinlagerung (Tag X) aufgerufen zu haben. Als Zeugen der Anklage sind zwei hannoversche Journalisten (dpa und FAZ) benannt worden, die in einer polizeilichen Vernehmung u. a. ausgesagt haben, daß die Vertreter der GRÜNEN verbotene Tag X-Flugblätter verteilt hätten. Die Immunität der beiden Abgeordneten wurde aufgrund dieser Vorwürfe vom niedersächsischen Landtat bereits aufgehoben.

Vorwürfe ähnlichen Inhalts richtet die Bonner Anwaltschaft gegen den Pressesprecher des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) Gerd Billen. Er zeichnet verantwortlich für den BBU-Infodienst, dem in einer Auflage die Aufrufe zu Tag X ('Verhindert die Atommülltransporte') beigelegt waren.

In Göttingen erhielten zwei der Presserechtlich Verantwortlichen des Atom-Express, sowie ein Göttinger Drucker für den Abdruck bzw. die Herstellung des Tag X-Plakates 'Verhindert die Atommülltransporte' Anklageschriften nach § 111.

In Lüneburg blieben von den anfangs mehr als zehn Ermittlungsverfahren wegen § 111 nur drei Anklagen übrig, die sich gegen die Presserechtlich Verantwortlichen der Atommüllzeitung Nr. 27 (Titel: 'Atommüll in's Wendland? – Sie kommen nicht durch!') richten. Die von diesen Vorwürfen Betroffenen haben hierzu die nebenstehend abgedruckte Presseerklärung abgegeben.

STANDORT-NEWS

Mitterteich

Sowohl das bayr. Umweltministerium als auch die Gesellschaft zur Beseitigung radioaktiven Mülls haben den Einlagerungsbeginn für schwachradioaktiven Atommüll in der Landessammelstelle Mitterteich bereits für März 1985 angekündigt – doch bis jetzt steht noch kein Faß Atommüll dort. Es fehlt noch an der Erfüllung der Feuerschutzauflagen.

Das Mitterteicher Atommüllager besteht aus zwei Hallen, zum einen der o.ä. Landessammelstelle für schwachradioaktive Abfälle mit einer Kapazität von 10.000 Fässern. Zum anderen das Lager für schwach- und mittelaktive Abfälle aus AKWs, in dem 40.000 Fässer gestapelt werden sollen. Für das letztgenannte Lager, das sich noch im Rohbau befindet, hat die BI einen Baustoppantrag gestellt. Der erste Atommüll für Mitterteich wird aus der Landessammelstelle Neuherberg (vgl. Atommüllzeitung Nr. 21) bei München kommen, um dort Platz für die geplante Annahmestelle Südbayern zu schaffen – es kommt also Bewegung in die Fässer. Unfälle im Mitterteicher Lager sind natürlich auszuschließen. Trotzdem hat die Polizei bereits 13 „Strahlenspürrtrupps" aufgestellt. (NT v. 13.3.85). Bis zur Fertigstellung des Bahnanschlusses für das Lager werden die Fässer per LKW angeliefert. Defekte Fässer können im Lager selbst nicht abgedichtet werden, sondern müssen nach Neuherberg zurückgeschickt werden.

Unfälle sind aber nach Auskunft des Umwelt(verschmutzungs)minsteriums unmöglich (wer hätte anderes erwartet), lediglich bei einem Brand könnte die Luft kontaminiert werden. Doch *„auch bei radioaktiv verseuchter Luft"* besteht nach Auskunft der GSF (Gesellschaft für Strahlenforschung) *„keine Gefahr"* (FR v. 14.3.85), denn die radioaktive Luft wird in der Landessammelstelle abgesaugt und über einen Kamin in die Umgebung abgeblasen – damit jeder etwas davon hat. Nicht zu unterschätzen ist der strukturelle Effekt der 37,5 Mio DM Anlage auf die von Arbeitslosigkeit geplagte Grenzlandregion. Bei Inbetriebnahme der Landessammelstelle entstehen drei Arbeitsplätze; für einen Betriebsleiter, einen Meister und einen Lagerarbeiter; bei Inbetriebnahme der zweiten Halle könnten daraus sechs bis neun Arbeitsplätze werden! Doch dies wird der GSF nicht gedankt. Sowohl der Mitterteicher Stadtradt, der in der Vergangenheit vergeblich versucht hatte, die Anlage gerichtlich zu verhindern, als auch die Bevölkerung stehen der Sache negativ gegenüber. Die BI hat außer dem o.a. Baustoppantrag noch eine Klage gegen die strahlenschutzrechtliche Genehmigung eingereicht und will auf die Einlagerung mit Aktionen aufmerksam machen.

Kontakt:
Franz Kunz, Ernst Reuter Str. 7, 8596 Mitterteich

Lingen II

Im Gerichtsstreit um das AKW Lingen II hat das Verwaltungsgericht Osnabrück am 6.2.85 die Klage eines Holländers gegen das neue AKW in Lingen abgewiesen, weil das Gericht Ausländer vor deutschen Gerichten nicht für klagebefugt hält. Schon beim atomrechtlichen Erörterungstermin 1981 wurde den Holländern in nachbarschafts-feindlicher Weise das Rederecht verweigert. Die Einwender verließen damals aus Protest geschlossen den Saal. Der betroffene Niederländer wird mit Unterstützung der Emsländischen BIs weiterklagen.

Ferner hat das Oberverwaltungsgericht Lüneburg am 21.1. die Klage eines Emsländers gegen die sofortige Vollziehbarkeit der Baugenehmigung des 2. Lingener Atomkraftwerks mit der Begründung abgewiesen, der Kläger wohne, obwohl er seinen ersten Wohnsitz dort habe, gar nicht im Emsland. Diese Art der Rechtssprechung mißt zur Durchsetzung der Atomenergienutzung mit anderen Maßen als sonst in der Rechtssprechung üblich. Überhaupt wird der Eindruck erweckt, daß Formalismus mehr zählt als die Gefährdung der Bevölkerung.

Es wird aber weiterhin gegen den Sicherheitsabbau, den Wegfall international gehandhabter Sicherungseinrichtungen, der mit der 2. Teilerrichtungsgenehmigung (TEG) genehmigt worden ist, geklagt, in diesem Fall von einem Lingener. Auch gegen ein von Ministerpräsident Albrecht erwogenes drittes AKW in Lingen als Ersatz für die WAA Dragahn werden die Emsländischen Bürgerinitiativen neben anderen Mitteln auch das der Gerichtsklage anwenden. Ein drittes AKW in Lingen ist energie-politischer Schwachsinn, zudem soll der Strom nach Süddeutschland gehen. Hier scheint uns Herr Albrecht eher von Torschlußpanik getrieben angesichts seiner wirtschaftspolitischen Mißerfolge: Mobil Oil – Wilhelmshaven, Hanomag – Hannover, Olympia - Leer, Klöckner – Georgsmarienhütte, WAA – Dragahn und vieles mehr. Im übrigen steht zu hoffen, daß die Möglichkeit eines dritten AKWs in Lingen einer Mehrheit aus Grünen und SPD bei den Landtagswahlen 1986 zum Opfer fällt. In jedem Fall werden die Emsländischen Bürgerinitiativen einem dritten AKW massiven Widerstand entgegensetzen.

Kontakt:
Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen (BEgA), Gartenstr. 33, 4478 Geeste3

Aktionskonferenz gegen Schnellen Töter

Liebe Freunde, liebe Freundinnen!

Ein Jahr vor der geplannten Inbetriebnahme des Brüters in Kalkar scheint sich die Bevölkerung / Bewegung damit abgefunden zu haben; selbst zwei Brände auf dem Werksgelände (Nov. 84 Natriumbrand, Febr. 85 Brand im Reaktorkern), bei denen die Feuerwehr ein mehr als klägliches Bild abgab, scheinen den tödlichen Phlegmatismus nicht mehr aufbrechen zu können!

Um den Brüter wieder stärker ins Gerede zu bringen, laden wir zu einer landesweiten Aktionskonferenz aller AKW–Gegner/innen nach Krefeld ein, um gemeinsame oder parallel verlaufende Aktionen zu planen und durchzuführen.

So haben wir schon einige Ideen und ein Konzept für den Krefelder Raum entwickelt, die vorzustellen uns eine Freude sein wird, da sie u.E. auch andesweit in anderen Städten umzusetzen sind!

Tagesordnungsvorschlag:
1. Bericht über den aktuellen Stand der Inbetriebnahme des Schnellen Brüters
2. Konzeptvorschlag zur Wiederaufnahme des Widerstandes gegen den Schnellen Brüter (auf kommunaler Ebene)
3. Diskussion über Aktionen und deren Ziele, die im Rahmen der Inbetriebnahme gemeinsam gegen z.B. Betreiber durchgeführt werden können (auf Landesebene)

Aktionskonferenz gegen den Schnellen Brüter
Sonntag, den 2.6.85, Beginn 11.00 Uhr, Ende ca. 16.00 Uhr, Westwall 37, 4150 Krefeld

Bitte meldet Euch umgehend – bei Interesse – bei: BINKA (Bürgerinitiative Niederrhein/Krefeld gegen Atomkraftwerke für den Umweltschutz), Südstr. 80, 4150 Krefeld, Tel.: 02151/67360, oder 02151/734658

Erörterungstermin zum Abriß in Niederaichbach

Nach der Ablehnung ihrer sachlich wohlbegründeten Anträge auf Terminverschiebung aufs Wochenende, auf Befangenheit des ministeriellen Referenten Schwartzkopff sowie auf Verfahrensabbruch sahen die Vertreter des Landshuter Bürgerforums gegen Atomkraftwerke ihre Befürchtungen, daß die Abriß längst beschlossene Sache ist, voll bestätigt. Allein die Tatsache, daß die Projekt–Antragsteller weiterhin undementiert von baldiger Genehmigung und den Abrißbeginn schon im Frühsommer 1985 ansetzen und in das Abrißprojekt sicherlich nicht ohne Genehmigungszusage bereits Millionenbeträge investiert haben, ist eindeutig.

Zum Auszug der Bürgerforums–Vertreterinnen und der meisten anwesenden Einwender kam es nach Ablehnung des Antrags auf Verfahrens–Abbruch. Dieser Antrag wurde begründet mit unvollständigen, unbestimmten und falschen Angaben im Sicherheitsbericht der Abriß Firmen. Im einzelnen wurde dabei der fehlende Nachweis von Zwischen– und Endlagerungen für den entstehenden radioaktiven Abfall kritisiert und die Befürchtung geäußert,

der Atommüll werde im Faßpuffer–Lager Niederaichbach bleiben oder in weitere ungenannte Zwischenlager – z.B. Mitterteich – oder Endlager verbracht. Darüberhinaus enthält der Sicherheitsbericht die widerlegbaren Behauptungen, daß die beantragten Grenzwerte zur Trennung von „radioaktiven" und „nicht radioaktiven" Abfall „nachgewiesenermaßen schadlos" für die Bevölkerung seien, die beiden langlebigsten radioaktiven Stoffe Nickel 59 und Niob 94 gar nicht benannt werden, obwohl deren Vorhandensein und relativ hohe Aktivität den Abrißfirmen bekannt waren.

Obwohl der Versammlungsleiter, Dr. Mauker vom Umweltministerium, die wichtigsten der vorgebrachten Kritikpunkte als berechtigt anerkannte, wurde der Antrag auf Verfahrensabbruch aus nicht nachvollziehbaren Gründen abgelehnt. Die Bürgerforums–Vertreter und die große Mehrzahl der Einwenderinnen sahen in der weiteren Erörterung einer offenbar längst beschlossenen Sache ein sinnloses Alibi–Theater und zogen unter Protest aus.

Die knapp 3.000 Einwender und das Landshuter Bürgerforum gegen Atomkraftwerke lehnen das Abrißprojekt u.a. aus folgenden Gründen ab:

- Der unnötige Abriß führt dazu, daß die Radioaktivität mutwillig in die Umgebung verteilt wird. Am meisten werden die Abrißarbeiter der radioaktiven Strahlung ausgesetzt.
- Der wiederverwendete radioaktive Stahl und der Betonschutt werden zahlreiche Menschen im Landkreis Landshut und weit darüberhinaus durch zusätzliche Strahlung gefährden.
- Durch den Abriß wird ein nicht sachgerechter politischer Druck auf die Genehmigungsverfahren aller genannten Zwischen– und Endlager ausgeübt, die bislang nicht existieren oder rechtlich ungesichert sind.
- Obendrein ist das Projekt eine ungeheure Verschwendung von Steuergeldern, die zur Finanzierung von Umweltschutzmaßnahmen und zur Schaffung von gesunden Arbeitsplätzen dringend benötigt werden. Die Propagandaschau des Niederaichbacher Abrisses ist völlig ungeeignet, die gefahrlose Beseitigung anderer Atomkraftwerke zu beweisen.

Das Landshuter Bürgerforum ruft die betroffene Bevölkerung zum verstärkten Widerstand gegen dieses weitere gefährliche atomare Unsinnsprojekt auf. Die niederbayerische Bevölkerung will nicht Versuchskarnickel der Nation sein!

Kontakt: Landshuter Bürgerforum, Dammstr. 13, 8300 Landshut, Tel.: 08761/65886

GRÜNE NRW auf der Atommüllkonferenz:

Viel Programm - wenig Kompetenz

Schwerpunkt der Atommüllkonferenz am 12./13. April in Ahaus war neben der Diskussion der momentan für die Anti-AKW-Bewegung sehr positiven "Entsorgungssituation" und den Widerstandsaktionen gegen den WAA-Baubeginn, die Anti-Atompolitik der GRÜNEN in Nordrheinwestfalen. Die Einladung an die GRÜNEN war erfolgt, weil NRW das Bundesland mit den meisten Atomprojekten (s. Kasten) ist. Der größte Teil steht vor der Genehmigung bzw. Inbetriebnahme. Vor dem Hintergrund der in NRW bevorstehenden Landtagswahlen, die möglicherweise eine rechnerische rot/grüne Mehrheit erbringen und damit die jahrzehntelange Alleinherrschaft der SPD in's Wanken bringen, wollten die BI's erkunden, welche Zusammenarbeitsmöglichkeiten sich in Zukunft mit den GRÜNEN ergeben. Laut Programm verlangen die GRÜNEN von der Landesregierung:

- Bundesratsinitiative zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes und zur Einführung eines Atomsperrgesetzes
- Die Auflösung aller finanziellen und sonstigen Verpflichtungen zugunsten der AKW-Industrie und der Kernforschung...
- Sofortiger Baustop des Schnellen Brüters und Verhinderung der Inbetriebnahme des Hochtemperaturreaktors
- Einstellung der Bauarbeiten am Zwischenlager Ahaus
- Stillegung des AKW Würgassen
- Einstellung der Bauarbeiten an der Urananreicherungsanlage Gronau und der Laserstrahlenforschung zur PU-Anreicherung

Der Ausstieg der Landesregierung aus dem Atomprogramm ist eine der vier unverzichtbaren Hauptforderungen der GRÜNEN für eine Zusammenarbeit mit der SPD.

Angesichts der Bedeutung der Atomfrage für die GRÜNEN erwiesen sich die Kenntnisse über die Atomprojekte bei den angereisten Landtagskandidatinnen, unter ihnen die für den Energiebereich zuständige Dorle Schubert, als äußerst dürftig. Dies ist nicht nur der persönlichen Inkompetenz der zukünftigen Volksvertreter/innen zuzuschieben, mehr in's Gewicht fallen dürften die hahnebüchenden Strukturen der Partei (Wahl der Kandidatin/nen erst im Februar) und das vorherrschende Politikverständnis der GRÜNEN , das frau als blinde "Expertengläubigkeit" bezeichnen kann.

Die bisherigen Aktivitäten zur Anti-Atom-Politik beschränken sich auf die Herausgabe eines katalogschweren Werkes "Umwelt- und ressourcenschonende Energiepolitik in NRW", erarbeitet von einem Münsteraner Forschungsinstitut und wahrscheinlich keiner/m GRÜNEN inhaltlich bekannt. Juristen prüfen z. Zt. im Auftrag der GRÜNEN die Möglichkeit eines Baustopps für Kalkar. Diese o. a. Experten sollen später eventuelle Verhandlungen mit der SPD mitführen und die mangelnde Kompetenz der Abgeordneten ersetzen.

Die GRÜNEN übersehen offensichtlich die Fallstricke, welche die SPD bei einzelnen Atomprojekten auslegen kann und die auch der hessischen Landtagsgrupp bei ihren Auseinandersetzungen zwischen "Fundis" und "Realos" schon mehrfach fast zum Verhängnis geworden wären. Die einschlägigen Tricks, wie das Herausreden auf die Bundeskompetenz u. a. dürften Rau und seine Mannen besser als die GRÜNEN beherrschen–beste Voraussetzungen, die GRÜNEN über den Tisch zu ziehen.

Das Ansinnen der GRÜNEN bei der Atommüllkonferenz, von den BI's zu lernen in allen Ehren, doch dies reicht für eine andere Politik im Parlament nicht aus.

Die politischen Mittel der BI's, der Druck der Straße und der direkten Aktionen sind andere als die der GRÜNEN im Parlament, und wenn die Experten mit Recht und Latein am Ende sind, hilft auch das Wissen der BI's nicht weiter, da geht es um eine politische Strategie. Die Doppelzüngigkeit der SPD muß an den Pranger gestellt werden, die Öffentlichkeit über die "Bühne Parlament" informiert und die grüne Basis zu gemeinsamen Aktionen mit den BI's mobilisiert werden.

Eine solche Politik des Auseinanderklaffens von proklamiertem Programm und politischer und sachlicher Kompetenz ist jedoch nur mit fehlendem Druck und mangelnder Einmischeung der BI's möglich. So ist die Initiative einer jetzt stattfindenden Standortkonferenz von BI's zum Punkt grüne Atompolitik sehr erfreulich, kommt aber reichlich spät, da die personellen Entscheidungen im Wesentlichen getroffen sind. Bleibt nur zu hoffen, daß die Standortkonferenz der Auftakt einer koordinierten Einflußnahme der BI's auf die Politik der GRÜNEN wird, die solange unterstützt werden sollen, wie sie an den *„gemeinsamen Forderungen festhalten"* (Erklärung der Atommüllkonferenz),

Die nächste Atommüllkonferenz findet am 22./23. Juni in Schwandorf statt, genauer Ort wird noch bekanntgegeben.

KONTAKT: Anti-Atom-Büro Diemelstadt, Auf dem Ort 10, 3549 Diemelstadt/Wethen, Tel.: 05694/737

Platzbesetzung in Wyhl

»Jeder von euch hat einen Anteil daran, daß das Chaos in den letzten 10 Jahren so gut funktioniert hat.« Eine Vertreterin der gastgebenden Bürgerinitiative Sasbach begrüßte die etwa 700 Menschen, die sich unweit vom Geburtsort der bundesdeutschen Anti-AKW-Bewegung in der Limburghalle bei Wyhl zum zehnjährigen Jubiläum der Platzbesetzung von 1975 eingefunden hatten.
Bruchstückhaft seien die damaligen Ereignisse nochmal aufgeführt:
18.05.74 Bekanntgabe zum Bau eines Kernkraftwerkes am Kaiserstuhl im »Staatsanzeiger«. Innerhalb der Frist von 4 Wochen erheben 8 Gemeinden, 50 Vereinigungen, 330 Einsprecher und 89430 private Sammeleinwänder Einspruch.
05.11.74 Baubeschluß des damaligen Filbinger-Kabinetts.
22.01.75 Wirtschaftsminister Eberle erteilt die 1. Teilerrichtungsgenehmigung.
17.02.75 Baubeginn mit Zaun und Abholzungen.
18.02.75 Erste AKW-Bauplatzbesetzung in der Bundesrepublik Deutschland; einige hundert Besetzer.
20.02.75 Räumung des Platzes durch 700 Bereitschaftspolizisten.
23.02.75 Kundgebung mit 28000 Menschen, zweite Besetzung nach Erstürmen des Platzes.
Der Bau des AKWs ist seither erfolgreich verhindert worden. Als der baden-würtembergische Ministerpräsident Filbinger dann damals von Kommunisten und Extremisten als Drahtzieher sprach, hatte zurecht der CDU-Kreisverband Emmendingen erklärt: »Die Landesregierung muß endlich zur Kenntnis nehmen, daß hinter der Protestaktion...die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung« steht.(1)
Diese war zwar nun zur Jubiläumsfeier am 2.3. nicht erschienen, aber dennoch bot sich ein für weite Teile der heutigen Anti-AKW-Bewegung recht untypisches Bild: Die ältere Generation der über 40jährigen war nicht minder zahlreich als die Jüngeren; Bäuerinnen und BürgER **problemlos zwischen Lehrlingen und Landfreaks. »Das war hier schon immer so«, höre ich, der ich damals sowieso nicht dabei war und auch noch nicht allzu lange in dieser Gegend wohne.**
Gerichtlichen Erfolg gab es für die Bürgerinitiative im März 1977, als die zweite Kammer des Verwaltungsgerichtes Freiburg einen Baustop wegen des Fehlens eines Berstschutzes um den Reaktorkern aussprach. In zweiter Instanz wurde das Urteil vom Verwaltungsgerichtshof Mannheim ziemlich genau 5 Jahre später am 31.3.1982 aufgehoben. Als eine Reaktion darauf gab es am 4.4.1982 die größte Demonstration in Wyhl mit gut 50.000 Menschen. Die Revision liegt jetzt noch beim Bundesverwaltungsgericht in Berlin.
Trotzdem, so erklärte der Freiburger Rechtsanwalt Rainer Beeretz auf einer der abendlichen Zehnjahresfeier vorweggegangenen Vortragsveranstaltung, könne rein rechtlich gesehen jeder Zeit mit dem Bau begonnen werden.
Die rechtliche ist aber eben nicht die einzig entscheidende Ebene: Zum Einen sind die Stromzuwachsraten in den zurückliegenden Jahren viel geringer ausgefallen, als von den Verantwortlichen ehemals vorhergesagt bzw. herbeigewünscht und es wird vom Badenwerk überschüssiger Atomstrom aus Frankreich abgenommen, zum Anderen würde es mit Sicherheit auch heute wieder erheblichen Widerstand aus der Bevölkerung geben. Die glaubhafte Androhung der Bürgerinitiativen in ihrer dritten Erklärung vom 2.4.1982 bei etwaigem Baubeginn die »einmar-

schierenden Truppen als Besatzungsarmee« zu betrachten, sich zwar »auf keine Schlacht um Wyhl« einzulassen, dafür aber die Grenzübergänge entlang des Rheins nicht nur symbolisch »von beiden Seiten zu verstopfen« und »Südbaden unregierbar« zu machen »bis die Regierung ihre Truppen aus Wyhl abzieht«, dürfte man auch in Stuttgart noch nicht ganz vergessen haben.(2)
Das AKW ist jedoch immer noch nicht vom Tisch. Ministerpräsident Späth hat unmißverständlich noch vor 1 1/2 Jahren erklärt: »sicher kann es keinen langfristigen Verzicht auf Wyhl geben.«(3) Weit jüngere Gerüchte sprechen davon, daß in Stuttgart mit Hochdruck an dem wasserrechtlichen Genehmigungsverfahren gearbeitet werden soll und das Badenwerk, dem Wyhl laut Geschäftsbericht allein 1983 9 Mio. DM Verlust bescherte, konnte 1984 seinen Stromabsatz im Versorgungsgebiet um 4,8 % steigern.
In der jüngst vorgelegten Fortschreibung des Energieprogramms der Landesregierung wird bei einem 3-prozentigen Wirtschaftswachstum wieder einmal mit einer Deckungslücke von 1.100 Megawatt bis 1995 im Grundlastbereich gesprochen. Zur Zeit laufen Strombezugsverhandlungen mit der Electricite de France und »erst nach Abschluß dieser Verhandlungen könne über den Zeitpunkt eines etwaigen Baus des umstrittenen Kernkraftwerks Wyhl entschieden werden.«(4)
»Die da oben machen doch eh', was sie wollen«, ließ Walter Moßmann zum Jubiläum einen Freund seines Freundes Klefisch sprechen. Es sei doch gespannt, wie dieser nun nach den zehn erfolgreichen Jahren die Sache sähe und es wäre doch wohl falsch, angesichts der Bilder von Wackersdorf im Fernsehen wieder ähnliches von sich zu geben. Wyhl sei wie ein hoffnungsvolles Loch in der Mauer der Unmöglichkeiten.
Solidarische Grüße gab es im Verlauf des Abends auch aus Lüchow-Dannenberg und Kaiseraugst, der offizielle Vertreter der oberpfälzer BI's forderte das übliche »Endlager für unfähige Politiker«.
»Ich bin davon überzeugt, daß seinerseits in Wyhl ein energischer Einsatz von Polizeikräften - nicht einmal halbsoviel, wie heute üblich - den Konflikt zu Gunsten des Kernkraftwerksbaues entschieden hätte!«

Starke Worte von Marineoberstabsoffizier a.D. Filbinger aus dem Jahre 1977 (5), die auch zeigen, was die andere Seite aus Wyhl gelernt haben will.
Die Lichter sind 1980 jedenfalls nicht ausgegangen (6), dafür ist anderen aber denn doch ein Licht aufgegangen: »Haben wir die politischen Dimensionen des Kernenergieproblems nicht erst erkannt, als in Wyhl und Brokdorf Gewalt angewendet wurde?« (Walter Scheel am 8.10.1977 in Tübingen (7))
Ulrich/Freiburg

Adressen: Badisch-elsässische Bürgerinitiativen
Hauptstr. 53
7831 Weisweil

Wyhl-Info-Zentrum
Habsburger Str.9
7800 Freiburg
0761/551280 (Treffen 14tägig Montags 19 h)

Anmerkungen:
(1) Spiegel 14/75
(2) Atomexpress 29
(3) Badische Zeitung 31.3.83
(4) " 6.3.85
(5) Atomexpress 4
(6) Wenn Wyhl nicht gebaut wird, »dann gehen 1980 die Lichter aus« Zitat Filbinger, Spiegel 14/75
(7) zitiert nach »Terrorismus-Herausforderung und Antwort«, Bonn 1978, S.90

Ahaus

Seit der Demo im Oktober 1982 ist der Widerstand gegen die Atommüllendlager Asse 2 und Schacht Konrad weitgehend eingeschlafen. Die Gruppen, die Ende der 70'er Jahre den Widerstand gegen AKWs aus ökologischen Motiven entwickelt hatten, konnten aus dieser Position heraus keine umfassende Kritik an der kapitalistischen Gesellschaft entwickeln; und da ein solcher Zustand einer diffusen Unzufriedenheit keine eigene Basis besitzen kann, endeten sie im Dialog mit dem Machtapparat.
Für die Herrschenden war es also in den letzten Jahren ohne größere Schwierigkeiten möglich, ihre Planungen bezüglich Schacht Konrad und Asse 2 durchzuziehen, um damit ihr Energieprogramm abzusichern. Um das Schweigen, daß die Betreiber der Atomanlagen und ihre wissenschaftlichen Legitimationsabteilungen über die Region BS/SZ/WF legen, zu durchbrechen und dagegen den Versuch zu setzen,mit verschiedenen Gruppen wieder einen gemeinsamen Widerstand zu entwickeln, wurde vor einigen Wochen im Rahmen einer Anti-AKW-Veranstaltung besprochen, regelmäßige Sonntagsspaziergänge am Schacht Konrad und in der Asse 2 durchzuführen.
Am 31.3 fand der erste dieser Spaziergänge am Schacht Konrad statt. Gekommen waren ca. 80 AKW - Gegner/innen, nur die Bullen hatten offensichtlich den Termin versäumt und waren nicht präsent. Bei der Umrundung flogen daraufhin Farbbeutel über den Zaun und auch etliche Steine fanden ihren Weg in nahegelegene Fensterscheiben von Gebäuden auf dem Schachtgelände.Während an einigen Stellen noch versucht wurde, den Zaun anzuknabbern, spielte das Demo-Orchester die abschließenden Takte und mensch zog mit dem Gefühl nach Hause, einen erfreulichen Sonntagnachmittag verbracht und den Bullen ein Schippchen geschlagen zu haben.
Dabei wurde allerdings zu schnell vergessen, daß eine einzelne Aktion die Situation des Widerstands nicht grundlegend verändern kann. Das Kräfteverhätnis gegenüber dem Machtapparat können wir nur dann verschieben, wenn es gelingt, kontinuierlich etwas gegen die einzelnen Projekte zu machen und Klarheit über die hinter diesen einzelnen Projekten stehende Strategie zu gewinnen.
Beim zwei Wochen später stattfindenden Asse-Spaziergang am 14.4. wollten die Bullen ihre Schlappe ausbügeln. An diesem Tag kamen leider etwas weniger Menschen (ca. 60), als zum Schacht Konrad, woran sich zeigte, daß das Endlager in der Asse von vielen noch als unbedeutend für das gesamte Energieprogram eingeschätzt wird. Zugleich drücken sich aber auch die Unklarheiten aus, ob das Energieprogramm heute noch ein Ansatzpunkt sein kann, um im gesellschaftlichen Raum gegen die Krisenpolitik des Regimes handlungsfähig zu werden.

Spaziergang am Schacht

Nichtsdestotrotz gingen wir zum Asse-Schacht, wo wiederum Farbbeutel und Steine zum Ausdruck des aufkeimenden Widerstands gegen die Atommafia wurden. Schon auf dem Weg zum Schacht waren einige Meßstationen außer Betrieb gesetzt worden. Nach einem kurzen Rückzug in den angrenzenden Wald wurde dann nochmal versucht, den Zaun zum Schacht zu zerschneiden. Zu diesem Zeitpunkt war auf dem Asse-Gelände bereits ein Hubschrauber der Bullen gestartet und kreiste ständig über den Spaziergänger/innen. Als nun am Zaun geschnippelt wurde fuhren Bullenfahrzeuge in den Wald hinein, wodurch einige Verwirrung unter uns entstand, die in einen überstürzten Rückzug mündete.
Erst als klar wurde, daß die Wannen nicht weiter hinterher kamen, konnten wir uns wieder sammeln. Während des daraufhin folgenden Rückmarsches nach Wittmar, dem Ausgangspunkt des Spaziergangs, ließ der Hubschrauber die gesamte Gruppe nicht mehr aus den Augen und es wurde klar, daß die 60-80 Bullen, die im Einsatz waren, uns alle am Waldrand abgreifen wollten. Während es einigen noch gelang, unkontrolliert den Wald zu verlassen, wurden andere von Hundeführern aus dem Wald getrieben und einer brutalen Personalienfeststellung unterzogen. Dabei wurde neben der Durchsuchung aller auch versucht, Leuten Halstücher übers Gesicht zu ziehen und sie so zu fotografieren. Das ganze Bullenaufgebot sollte offensichtlich dazu dienen, uns von weiteren Spaziergängen abzuhalten. Dagegen steht aber unsere gemeinsame Erfahrung des letzten Sonntags, daß wir auch unter solchen Bedingungen handlungsfähig bleiben können und nicht die Zuflucht im erlaubten Protest suchen müssen. Das heißt aber auch, daß wir uns nicht eine bestimmte Eskalation der Mittel aufzwingen lassen, sondern aus dem Zusammenhang des Spaziergangs heraus gemeinsam bestimmen, wie wir unseren Widerstand jeweils ausdrücken.
Die Sonntagsspaziergänge sind keineswegs ein exklusives Vergnügen!
Beteiligt Euch am nächsten Spaziergang am 12.5. um 14 Uhr am Schacht-Konrad!

Am 22.Januar '85 wurde der Antrag zur Stillegung der Bauarbeiten des Ahauser Zwischenlagers vom VG Münster abgelehnt.
Der Antrag wurde von dem anwohnenden Landwirt Hermann Lenting gestellt, der 200m von der Anlage entfernt mit seiner Familie Vieh-, Milch-, und Getreidewirtschaft betreibt.
Beanstandet wurde in dem Antrag insbesondere das Fehlen einer gesetzlichen Grundlage zum Bau der Anlage, die sich daraus ergebende Nichtigkeit von Bebauungsplan und Baugenehmigung, sowie allgemein die Unvereinbarkeit der engen Lage von Industrie und Landwirtschaft in dieser Gegend. Ferner hat H. Lenting auf die ihm gesetzlich zustehende Privilegierung als Landwirt und die Notwendigkeit der Intaktheit der Landschaft als Grundlage seiner Berufsausübung hingewiesen.
Nach mehr als 6 Monaten endlich, als die betreffende Lagerhalle bereits im wesentlichen fertiggestellt werden konnte, kam die Entscheidung des Gerichts. Diese lange Verzögerung ist nicht ohne Folgen: Steht nämlich die Anlage erstmal, ist ein solcher Antrag, bzw. die Beschwerde, unzulässig. Darüberhinaus wurde damit dem Kläger die Möglichkeit in die zweite Überprüfungsinstanz zu gehen (dem OVG Münster), empfindlich verkürzt.
In seiner Entscheidung nun geht das Gericht gar nicht erst auf die Hauptschwerpunkte des Antrags (s.o.) ein, sondern zieht sich auf einen Einzelaspekt zurück, indem es darauf verweist, daß der Kläger keinen Anspruch auf Unveränderlichkeit der Landschaft habe.
Im übrigen stützt sich das Gericht, unter Auslassung aller ortsspezifischen Kriterien, besonders auf die Parallelität zwischen Gorleben und Ahaus. Motto: Wenn Gorleben gebaut werden kann, dann Ahaus erst recht.

Unterdrückung, Hunger, Krieg

die Folgen imperialistischer Politik

Materialien gegen den Weltwirtschaftsgipfel vom 2.-4.Mai in Bonn

Im Zusammenhang mit Überlegungen, was wir gegen den im Mai stattfindenden Gipfel unternehmen können, haben wir diese Broschüre zusammengestellt. Wir hoffen, daß sie vielen bei inhaltlichen Diskussionen, bei der Vorbereitung von Veranstaltungen und bei der allgemeinen Öffentlichkeitsarbeit von Nutzen ist.

Inhaltliche Schwerpunkte:

- **Schuldenlast**
- **Krise des Neo-Kolonialismus**
- **Nord-Süd Dialog?**
- **Atom Exporte**
- **Hunger und Unterdrückung**
- **Bevölkerungspolitik**
- **Die Rolle der Pharmakonzerne**
- **Agrobusiness**
- **Internationale Organisationen**
- **Chronik der Weltw.-Gipfel**
- **Die Bedeutung der Gipfel**

Herausgeber: Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie und Antimil-Kommission KB Göttingen 76 Seiten A 4, Preis: 5.-DM + Porto für Wiederverkäufer 30% Rabatt

Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie
Postfach 1945 in 34 Göttingen
oder Antimil-Kommission, c/o Buchladen Rote Str. Rotestr.10 in 34 Göttingen

Alternative Ökonomie

Neuauflage!

Aus dem Inhalt:
- **ökonomische Analysen: Krise der Arbeit, ökologische Grenzen des Wachstums, historische Versuche alternativer Ökonomie**
- **Utopien: Selbstverwaltungsmodelle. Beispiele aus der Geschichte, aus anderen Ländern**
- **Alternativmodelle: Arbeitsplätze selber schaffen**
- **Feministische Ansätze in der Ökonomie**

Die Ökonomienummer war aufgrund der großen Nachfrage kurzzeitig vergriffen, ist jetzt jedoch als Neuauflage wieder erhältlich zum Preis von DM 6 & DM 0,80 Porto. Auf Bestellungen ab 5 Exemplaren gibt es 30 % Rabatt (gegen Rechnung).

Bezug: Graswurzelrevolution, Nernstweg, 32, 2000 Hamburg 50.

Sondernummer Jetzt bestellen !

Fulda Gap

Hier könnte der dritte Weltkrieg beginnen

INFORMATIONEN ZUR MILITARISIERUNG OSTHESSENS 92 S.

Zu bestellen bei:

Friedensbüro Osthessen

Friedrichstr.24 64 Fulda

Einzelexemplar DM 6,-

Ab 10 Stück DM 5,-

FuldaGap, AirLandBattle, Manöver, Giftgas, Sprengkammern, Rogers ·

Selbstschutz und Erste Hilfe bei Demonstrationen und Blockaden

Mit Rechtshilfetips

Eine Anleitung für jedefrau und jedermann
Hrsg.: Sanitätergruppen
7. vollst. überarb. Auflage
15. - 20. Tausend - 64 S. - 41 Abb.
Preis 4,- DM - 3,50 sfr - 28 öS
(Incl. 50 Pf. Nicaragua-Spende)

zu bestellen bei:
FUU — Förderverein Umweltschutz Unterelbe, Weidenstieg 17
2000 Hamburg 20
Für Buchhandel und Bl's Rabatte
Einzelexempl.: 4 DM + 1 DM Porto

Inhalt: Vorbereitung und Verhaltenstips für Demos, Blockaden und phantasievolle Aktionen; Rechtshilfetips; Erkennen und Selbstversorgung der wichtigsten demonstrationstypischen Verletzungen; Checklisten für Demos, Blockaden u.a.m.

RODUNGSBEGINN
WAA
NIT WIE HIN!
2. Rodungstag: Aktionen am Baugelände
Treff: Kölbldorf, 9.00 Uhr
1. Samstag nach Rodungsbeginn:
große WAAldbesichtigung
Treff: Bahnhof Altenschwand, 14.00 Uhr